UNGLAUBLICHKEITEN

präsentiert:

"Auf dem Stundenplan"

Ersatzblätter für
fehlende oder verfälschte Schulbücher
der UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

Hinweise:

- Die Hefte liegen in alter Rechtschreibung vor. Die Formatierung wurde komplett übernommen.

Deutschland, im Julmond (Dezember) 2005

Anforderungsabschnitt

- ☐ Senden Sie mir _____ Mappe(n) der Serie *»Auf dem Stundenplan«* mit allen bisher erschienenen Folgen gegen eine entsprechende Kostenbeteiligung (10,- € pro Mappe zzgl. Versand).
- ☐ *Senden Sie mir jeweils* _____ *Exemplare der im Innenteil* angekreuzten Stundenpläne gegen eine entsprechende Kostenbeteiligung (100 Blatt: 2-seitig 5,- €, 4-seitig 10,- €).
- ☐ Senden Sie mir ein kostenloses Probeexemplar der UN. 1,44 € Rückporto-Marke liegt bei.
- ☐ Eine Kostenerstattung liegt bar oder per Scheck bei / überweise ich nach Erhalt auf das angegebene Konto.

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

Tel.:

Fax:

E-Post:

Geburtsdatum:

UN-Adreß-Nr.:

Bitte im Umschlag einsenden an:

UN · Postfach 400 215 · 44736 Bochum

Die Serie »Auf dem Stundenplan« finden Sie auch im Weltnetz:

www.AufdemStundenplan.de

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •

Beiblätter für Schülerzeitungen • Sonderdrucke der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

Sehr geehrter Empfänger,

im Innenteil finden Sie eine Auflistung der bisher erschienenen bzw. geplanten Folgen 1 bis 42 unserer Serie der »Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher«, welche in unregelmäßigen Abständen in der Monatsschrift »UN - Unabhängige Nachrichten« erscheinen.

Einige dieser Blätter, deren Folge 1 schon 1983 erschien, waren vergriffen. Sie mußten nachkopiert werden, was die Qualität der Drucke beeinträchtigt. Einige dieser Blätter sind auch durch neuere Erkenntnisse überholt, unvollständig und nicht auf dem letzten Stand der Zeitgeschichtsforschung. Beachten Sie deshalb beim Studium das Jahr der Herausgabe.

Oft werden wir nach den Kosten dieser Blätter gefragt:

Wir können alle die vielen mit der Herausgabe solcher Blätter verbundenen Kosten weder aufrechnen noch einfordern. Und einen Verkauf betreiben wir auch nicht. Als Richtwert für eine Mindestbeteiligung an diesen Kosten gehen Sie bitte von 10,00 € (zzgl. Versand) für eine solche Zusammenstellung aus.

Höhere Kostenbeiträge und zweckgebundene Spenden werden dafür verwandt, diese Blätter in Schulen zu verbreiten und Schülerzeitungen, besonders an Gymnasien, das Angebot zu machen, einzelne Stundenplan-Ausgaben zur Freude der Lehrerschaft den Ausgaben der Schülerzeitungen beizulegen.

Wir wären dankbar, wenn Sie mithelfen könnten, das zu bezahlen!

Hinweis: Die auf den Blättern früherer Jahrgänge angegebenen Bankverbindungen existieren nicht mehr!

Wir über uns

Einmal im Monat, zwölfmal im Jahr - und das seit über 30 Jahren - bieten wir Hintergrundinformationen aus Zeitgeschichte und aktueller Tagespolitik. Wir wollen damit die Lücke füllen, die durch Manipulation, Lenkung und Zensur entsteht, d.h. die Nachrichten und Meinungen veröffentlichen, die von den etablierten und abhängigen Massenmedien unterdrückt, verstümmelt und verschwiegen werden. Deshalb werden wir, wie das heute so üblich ist, als rechtsextrem beschimpft. Wir vertreten die Interessen der Deutschen, so wie z.B. der Zentralrat der Juden die Interessen der Juden vertritt. Meinungsfreiheit gibt es aber nur auf der einen Seite - nicht auf unserer. Daß schon über 40 Verfahren gegen uns eingeleitet worden sind, beweist, wie wir verfolgt werden. Keines der vielen Ermittlungsverfahren hat jedoch zu einer Verurteilung oder zum Verbot der UN geführt - weil wir die Wahrheit schreiben und dies auch belegen können.

Unser Leserkreis reicht vom Bauarbeiter bis zum Rechtsanwalt, vom Schüler bis zum Professor, von Deutschland und Europa bis nach Amerika, Asien und Australien.

Besonders schätzen unsere Leser unsere Unabhängigkeit. Wir vertreten nicht die Meinung irgendeiner Partei, eines Verbandes, von Geldgebern oder dergleichen. Wir vertreten uns Deutsche. Viel zu viele Deutsche sagen *„Wir können ja nichts machen“.* **Wir machen etwas!**

Bei einer Bestellung der Unabhängigen Nachrichten gehen Sie kein Abo mit Verpflichtungen ein. Die Mitarbeiter erhalten keinen Lohn, sie arbeiten ehrenamtlich aus innerer Verpflichtung. Es gibt in den UN keine Werbung, weil diese uns von Interessen anderer abhängig machen könnte.

Die anfallenden Kosten werden aus Spenden finanziert. Sobald ein Spendenüberschuß vorhanden ist, werben wir damit um neue Leser, machen also keine Gewinne. Es kann sich niemand an den Einnahmen bereichern.

Wir müssen unsere Bezieher aber um Kostenbeiträge und Spenden bitten. Dabei sollte der Selbstkostenpreis von 18 € pro Jahr (zwölf Ausgaben inklusive Versand) nach Möglichkeit nicht unterschritten werden, weil wir sonst über kurz oder lang pleite wären. Über Spenden, die über diesen Betrag hinausgehen, freuen wir uns riesig, da wir diese für die Werbung weiterer Leser und für die Verbreitung der UN einsetzen können.

Auch die Banken mögen uns nicht. Sie kündigen uns die Konten ohne Angabe von Gründen. Nur mündlich (um schriftliche Beweise zu vermeiden) deutet man uns aber an, für „politisch unkorrekte Rechte“ wolle man keine Konten führen.

Da wir heute nicht wissen, wo wir künftig ein Konto haben werden, bitten wir darum, uns für Ihre Spenden eine Einzugsermächtigung zu erteilen, die jederzeit von Ihnen widerrufen werden kann und alles Organisatorische bei uns beläßt und Ihnen Mühen erspart.

Dankbar sind wir auch für Anregungen, besondere Artikel und für deutschfreundliche Leserbriefe aus Ihrer Tageszeitung.

Falls auch Sie die UN beziehen möchten, bedienen Sie sich bitte des beigefügten Bestellscheins.

Ihre UN-Mitarbeiter

http://un-nachrichten.de/

UN • Postfach 400 215 • 44736 Bochum • Tel.: (0208) 84 01 32 • Fax (0208) 84 87 057

Inhaltsverzeichnis der Serie »AUF DEM STUNDENPLAN«

Auf dem Stundenplan

Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

‚Auf dem Stundenplan' - Beiblatt für Schülerzeitungen Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Deutschland und seine Ostgebiete. Verzicht oder nicht?

Ostwärts der „Oder - Neiße – Linie" liegt:

Die Provinz Ostpreußen: Das „Memelland" ist der Sowjetrepublik Litauen zugeteilt. Der übrige Nordteil der Provinz steht unter russischer Verwaltung und dient als russische Militärbasis gegen Süd-, Nord-, Mittel- und Westeuropa. Der Südteil der Provinz steht unter polnischer Verwaltung.

Die Provinz Westpreußen: Sie steht unter polnischer Verwaltung. Der sogenannte „Polnische Korridor" wurde schon im Versailler Vertrag Polen zugesprochen Danzig wurde damals zur „Freien Stadt" erklärt.

Die Provinz Schlesien: Sie steht unter polnischer Verwaltung Das Hauptindustriegebiet in Ostoberschlesien wurde trotz der dort nach dem 1. Weltkrieg vorgenommenen Abstimmung, die 60 % für Deutschland erbrachte, Polen zugesprochen.

Der ostwärts der Oder liegende Teil der Provinz Pommern mit Stettin: Er steht unter polnischer Verwaltung.

Sudetenland: Nach dem ersten Weltkrieg wurden die fast ausschließlich deutsch besiedelten Randgebiete Böhmens und Mährens, seitdem Sudetenland genannt, dem aus deutschen, tschechischen und slowakischen Gebieten der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie neugebildeten Kunststaat „Tschechoslowakei" zugeteilt. Hier wurden 1945 2,9 Millionen Deutsche vertrieben; die Zahl der Toten durch Vertreibung betrug etwa 300.000.

Größe, Einwohnerzahl, Vertreibung ohne Sudetenland und ohne die Vertreibung und Ermordung Volksdeutscher in Polen und der übrigen Tschechoslowakei:
In den Grenzen von 1937: 114.296 qkm = fast 25 % der Fläche des Deutschen Reiches.
Einwohner 9.620.818 = 14 % der Einwohner des Deutschen Reiches.
Kriegsverluste 667.000. Nachkriegsverluste durch Vertreibung 1.212.000.
Vertrieben: 7,5 Millionen, davon in die Bundesrepublik 4,4 Mio.

Geschichte (auf kürzesten Nenner gebracht):

Bis zum 5. Jahrhundert waren Schlesien sowie das Oder- und Warthe-Land germanisch besiedelt, z.B. Vandalen und Burgunder. Diese rückten teilweise unter dem Druck mongolischer Einfälle (Hunnen) nach Westen ab; in das Gebiet rückten Oststämme nach, die sich mit der germanischen Restbevölkerung mischten. Seit 1175 erfolgte neue friedliche deutsche Besiedlung, Kultivierung.
In Ostpommern saßen die Kaschuben, die keine Polen waren; sie sind im Laufe von Jahrhunderten eingedeutscht.
Im 12. Jahrhundert riefen die Herzöge von Masovien (Polen) den Deutschen Ritterorden zu Hilfe gegen die Pruzzen (Preußen), die neben anderen (Masuren) im heutigen Ostpreußen saßen. Der Orden eroberte West- und Ostpreußen und leistete gemeinsam mit deutschen Einwanderern und der Hanse bedeutende Kulturarbeit. Die dortigen (nichtpolnischen) Stämme gingen mit der Zeit im Deutschtum auf. In wechselnder Geschichte nahm zeitweilig Polen Besitz von Teilen West-, Ostpreußens und Schlesiens (auch des östlich anschließenden Litauen). Der Deutsche Ritterorden wurde 1410 von Polen bei Tannenberg geschlagen, Im Ganzen jedoch blieb seit über 700 Jahren die Geschichte und Kulturgeschichte dieser Gebiete deutsche Geschichte

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

Eine von den Unabhängigen Nachrichten (UN) beauftragte Arbeitsgruppe von Lehrern, Historikern und Autoren hat eine Serie von Unterlagen für den Schulunterricht zusammengestellt bzw. ausgearbeitet, die den Mangel an entspr. Beiträgen in den Schulbüchern oder deren verfälschende Inhalte ausgleichen sollen. Diese Unterrichtsmaterialien zu den Fächern Geschichte, Staatsbürgerkunde und Politik erscheinen unter dem Titel „Auf dem Stundenplan" als Teil (Innenblatt) der Monatszeitschrift UN in Loseblattform, um ein Sammeln und Abheften zu ermöglichen. Lehrer und Schüler aller Schulformen und anderer Bildungseinrichtungen sind aufgerufen, sich mit diesen Unterlagen, die in offiziellen Lehrmaterialien selten zu finden sind, kritisch auseinanderzusetzen.

Die Diskussion, ob wir territoriale Ansprüche an Polen erheben, ist verfehlt. Territoriale Ansprüche erhebt Polen an uns, nämlich auf Abtretung eines Gebiets, das 4 preußischen Provinzen entspricht, entschädigungslos samt allem privaten Eigentum in diesem Land.

Ist es zweckmäßig, diese Ansprüche zu erfüllen?

Es wird behauptet, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze Frieden zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk herbeiführen würde. Dabei wird manchmal auf Otto von Bismarck Bezug genommen, der nicht wie Hitler alles angestrebt habe, um schließlich alles zu verlieren. Hierzu ein Ausspruch Bismarcks: „Niemand wird jemals reich genug sein, um seine Feinde mit Konzessionen kaufen zu können."

Gerade am Beispiel Hitlers zeigte sich, daß Versuche mißlangen, mit Konzessionen Frieden und Verständigung zu erreichen:

1) Er war ein Freund und Bewunderer Englands, hat ihm die Herrschaft zur See zugestanden und ihm die Hilfe der deutschen Landmacht zur Erhaltung des britischen Imperiums angeboten. England hat ihm den Krieg erklärt, weil es nach altem Rezept die deutsche Konkurrenz ausschalten und auf die ständige Unruhestiftung auf dem europäischen Festland (Balance of Power, d.h. Niederschlagung der ersten Festlandsmacht mit Hilfe der zweiten), nicht verzichten wollte.

2) Er hat Frankreich den endgültigen Besitz des weit überwiegend deutsch besiedelten Elsaß-Lothringen zugesprochen, nachdem das Saarland für Deutschland gestimmt hatte und die deutsche Souveränität im Rheinland wiederhergestellt war. Nunmehr gäbe es nichts mehr, das zwischen Deutschland und Frankreich stände. Ergebnis: Frankreich hat Deutschland den Krieg erklärt, sich zum zweiten Male das Saarland anzueignen versucht und bemüht sich bis heute, die deutsche Bevölkerung Elsaß-Lothringens zu französisieren.

3) Er hat Italien Südtirol zugestanden, um ihm die ersehnte Brennergrenze zu verschaffen. Das hat nicht zu Frieden und Verständigung geführt. Italien verfolgt bis heute Deutsche in Südtirol und gebärdet sich bei sonstigen Gelegenheiten deutschfeindlich.

4) Er hat Polen versichert, die im Versailler Vertrag festgesetzten Grenzen Polens nicht anfechten zu wollen. Das bedeutete Abtretung des oberschlesischen Industriegebietes und des „polnischen Korridors", obwohl dieser Ostpreußen vom Reich trennte. Zu dieser Anerkennung waren selbst Brüning und der liberale Stresemann nie bereit gewesen. Ribbentrop hat einmal einen polnischen Diplomaten daraufhingewiesen, daß nur Hitler es dem deutschen Volk gegenüber wagen könne, ein solches Angebot zu machen. Als Gegenleistung wurde erwartet: Eine kreuzungsfreie Straße und Bahn nach Ostpreußen und Polens Zustimmung zur Rückkehr der „Freien Stadt Danzig" zum Reich. Polen sollte zudem in Danzig einen Freihafen erhalten außer dem Hafen Gdingen an der Korridorküste. - Das Ergebnis: Polen lehnte - von England in seiner Überheblichkeit unterstützt - die Vorschläge ab, weil es seine Versuche, Danzig zu annektieren, nicht aufgeben wollte. Die blutigen Verfolgungen Deutscher in Polen nahmen immer größere Maße an.

Es liegt kein Grund vor anzunehmen, daß Polen sich heute anders verhalten würde. Wer ohne zwingende Notwendigkeit und nur der Annahme wegen, damit Frieden stiften zu können, Polen große und wichtige Gebiete freiwillig zugestehen will, der muß damit rechnen, daß der so Beschenkte auch noch mehr schluckt.

Das ist keine leere Behauptung mit gewagten geschichtlichen Konstruktionen hat Polen mehrfach seinen Anspruch auf das deutsche Territorium zwischen Elbe und Weichsel zu begründen versucht. So führt man dort den Namen der Stadt Lübeck auf slawisch „Luba" zurück, behauptet, Ostholstein sei einmal slawisch besiedelt gewesen und scheut sich nicht, polnische Rechte auf alle irgendwann einmal von nichtpolnischen Slawen bewohnten Räume zu konstruieren.

Nun zu der geflissentlich verbreiteten These, das sei alles unnötige Überlegung, weil Deutschland nie die verlorenen Gebiete wiedergewinnen könne.

Das ist nichts als eine bequeme Ausrede kurzsichtiger Defaitisten oder bewußter Saboteure der Wiedervereinigung. Die ungenutzten Möglichkeiten, die es seit 1945 gab, sind zwar bewußt sabotiert worden und durch sture Anti-Rußland-Politik westhöriger Kollaborateure wurden, insbesondere zur Adenauerzeit, alle Wege verbaut. Auch läuft die gegenwärtige SPD-Ostpolitik auf eine Betonierung der Gewaltgrenzen hinaus, so daß wiederum das Versagen bundesrepublikanischer Außenpolitik den Pessimisten Recht zu geben scheint. Jedoch bleibt die Weltgeschichte nicht stehen und Möglichkeiten werden im Wechsel der Weltpolitik kommen.

Gerade die Sturheit, mit der polnische Chauvinisten auf der Rettung ihres Landraubes bestehen und jeder Verhandlung darüber auszuweichen versuchen, zeigt, wie unsicher sie sich fühlen. Daß Polen begrüßenswerte Wirtschaftsabkommen mit der BRD schließt, bevor es die vorauszusehende Brandt-Kapitulation in der Tasche hat, beweist die Zwangsläufigkeit der Annäherung und die Unsinnigkeit und Unverantwortlichkeit territorialer Zugeständnisse an Polen, zu denen der teildeutsche Weststaat weder gezwungen noch überhaupt befugt ist. Daß das letzte Wort über Grenzen längst nicht gesprochen ist, zeigt eine Meldung aus exilpolnischen Kreisen in London (25.4.70), „daß Ostberlin trotz des Görlitzer Abkommens insgeheim nur

auf den Augenblick warte, um in Moskau wegen der Oder-Neiße-Frage vorstellig zu werden, um eine Änderung zugunsten der DDR zu erreichen".

Ein anderes Beispiel: Die hierin unverdächtigen „Ruhr-Nachrichten" vom 17.3.1966 brachten eine russische Karte, wonach Chruschtschow „den größten Teil Hinterpommerns, fast das gesamte polnisch verwaltete Gebiet Brandenburgs und Teile Niederschlesiens" an die DDR zurückgeben wollte. Das war kurz vor seinem Sturz, zu dem die Bonner Politik viel beigetragen hat. Der Eifer Warschaus, die Gunst der Ära Brandt für sich zu nutzen, ist gewiß auch auf das Wissen zurückzuführen, daß nur die auf diesem Gebiet noch andauernde Nachkriegszeit ihm die Unterstützung Moskaus bietet. Änderungen der Weltsituation, die in der Luft liegen und bestimmt einmal eintreten werden, können historisch gegebene gegenseitige Streitpunkte wieder zu Bedeutung bringen.

Seit langer Zeit wird unser Volk an seinen Grenzen ständig zurück- und zusammengedrängt von Nachbarn, die weniger eng leben als wir.

Seit Hans Grimm das Wort vom „Volk ohne Raum" prägte, hat sich äußerlich einiges geändert, doch der Kern seiner Gedanken ist nach wie vor richtig. Ein Volk braucht ausreichend Raum, um wenigstens die notwendigsten Nahrungsmittel und den wichtigsten sonstigen Lebensbedarf selbst erzeugen zu können. Ohne das gibt es keine Freiheit. Da alle schönen Worte von internationalem Recht, Vereinten Nationen, Frieden und Völkerversöhnung aber bisher nur Redensarten sind, gilt der Satz immer noch. Deshalb hängt unsere Freiheit u.a. von der Erhaltung und Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft ab. Sie hat Unerhörtes an Erzeugungssteigerung geleistet, wäre aber im Notfall in unserm verkleinerten Raum außerstande, genug Nahrungsmittel zu erzeugen. Über diese Tatsache täuscht heute die nicht gesicherte Möglichkeit unbegrenzter Einfuhr hinweg sowie die Übererzeugung einzelner Produkte als Folge eines fehlgeleiteten Anbau- und Erzeugungsprogramms.

Aber auch aus einem anderen Grund braucht unser Volk seine Ostgebiete:

Die Enge unseres Raumes zwingt uns, unser Land mehr und mehr zu einer Asphalt-, Beton- und Produktionswüste zu machen, in deren Hast und Gedrängtheit ein Volk nicht auf weite Sicht körperlich und geistig gesund bleiben kann. Wenn ein Volk größte Anstrengungen machen muß, seinen Boden nicht mit Chemikalien zu verseuchen, sein Wasser verwendbar zu halten, seine Abfälle zu beseitigen, seine Atemluft zu säubern, so wird das Leben problematisch.

Müssen diese Überlegungen nun dazu führen, daß die Zurückweisung der polnischen Annektionsabsichten zugleich die Vertreibung der in den deutschen Gebieten in deutschem Eigentum angesiedelten Polen bedeutet? So klar und so zäh, wie wir auf der Erhaltung unseres Lebensraumes zu bestehen haben, so großzügig können wir bei einer künftigen Gestaltung eines neuen Europa sein, dessen Mitte und Ausgangspunkt nur ein geeintes Deutschland sein kann. Nach einer Äußerung des CDU-MdB Stingl vom Juli 1966, die auch mit anderen Angaben übereinstimmt, sollen in den abgetrennten deutschen Ostgebieten 47 bis 120 Menschen auf dem qkm wohnen; in der BRD sind es 235 im Durchschnitt. Da dürfte man also ohne Sorge den so oft zitierten im Lande geborenen polnischen Kindern das angebliche Heimatrecht zugestehen, soweit sie bleiben wollen. Und wir werden wohl unser Besitzrecht beanspruchen dürfen, wenn zugleich der größte Teil der Welt den Israelis 2000 Jahre nach ihrer Vertreibung das Besitzrecht des Landes Israel zugesteht. Es mag auch sein, daß bis zu dem Zeitpunkt, an dem die beiden deutschen Teilstaaten sich werden zusammengefunden haben und die Frage der deutschen Ostgebiete tatsächlich akut wird, sich eine echte europäische Annäherung anbahnt, die manche heute kaum lösbar scheinende Frage lösbar macht. Wir können eine solche Entwicklung, die auf der gleich berechtigten Anerkennung der Volkstümer organisch aufbaut, begrüßen und fördern. Zu fürchten brauchen wir sie bei der kulturellen Kraft unseres Volkstums nicht.



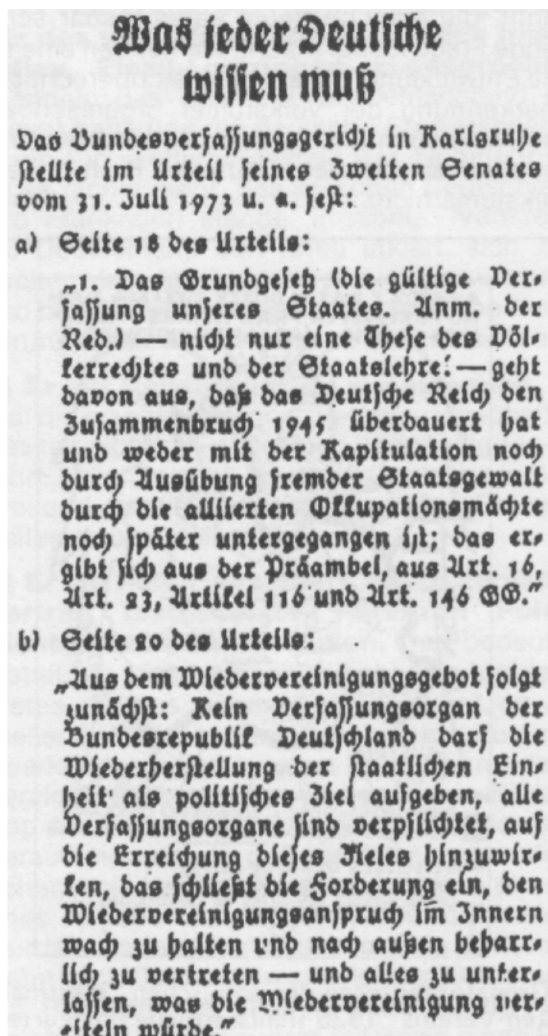
Grenzforderungen des polnischen „Westmarken-Vereins" 1935 (halbamtliche Postkarte)

Wie hat sich unter diesen Umständen eine von Ost- und Westabhängigkeiten freie deutsche Politik zu verhalten, die sich zur Vertretung der Belange des ganzen deutschen Volkes verpflichtet sieht?

Sie wird erkennen, daß die Wiederzusammenführung der beiden deutschen Teilstaaten (wobei der dritte deutsche Teilstaat; nämlich Österreich, vorerst außer Betracht bleibt) der Regelung der Ostgrenzen vorausgehen muß, weil nur das gesamte deutsche Volk, das z.Z. keine autorisierte Vertretung hat, gültige Entscheidungen dieser Art treffen kann. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze durch die abhängige DDR oder die abhängige BRD bindet das deutsche Volk nicht. Wenn auch die Rückkehr abgetrennter Gebiete zur DDR vor einer Wiedervereinigung denkbar ist und von uns zu begrüßen wäre, so bleibt doch im ganzen der Satz richtig, daß der zweite Schritt nicht vor dem ersten getan werden kann. Andererseits haben wir uns für den „zweiten Schritt“ alle Möglichkeiten offen zu halten. Aus den vorstehend angeführten Gründen sind alle Äußerungen unmöglich, die als Bereitschaft zum Verzicht auf lebenswichtige nationale Positionen aufgefaßt werden können oder gar diesen Verzicht aussprechen. Hier den kleinen Finger reichen, heißt das Spiel bereits verloren haben.

Mit einem klaren Bekenntnis zur Vertretung der nationalen Lebensbedingungen unseres Volkes müssen wir unser Bekenntnis zur Unabhängigkeit von Ost und West und zur gesamtdeutschen Verhandlungsbereitschaft nach allen Seiten verbinden.

Kampf ums Dasein bleibt Naturgesetz, nur die Mittel ändern sich. Darum müssen wir unsere Stellung als freie und ungeschmälerte Mitte Europas mit Klauen und Zähnen verteidigen. Wir haben die Kräfte des zur Zeit außerparlamentarischen Widerstandes gegen nationale Defaitisten und volksentwurzelte politische Geschäftemacher zu sammeln und sie unter Beiseitestellung trennender Nebensächlichkeiten auf die großen Lebensfragen unseres Volkes auszurichten.



Was jeder Deutsche wissen muß

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe stellte im Urteil seines Zweiten Senates vom 31. Juli 1973 u. a. fest:

a) Seite 18 des Urteils:

„1. Das Grundgesetz (die gültige Verfassung unseres Staates. Anm. der Red.) — nicht nur eine These des Völkerrechts und der Staatslehre! — geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Artikel 116 und Art. 146 GG.“

b) Seite 20 des Urteils:

„Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt zunächst: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken, das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wach zu halten und nach außen beharrlich zu vertreten — und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.“

HINWEIS::
Die vorstellende Ausarbeitung ist schon 1970 in den „Unabhängigen Nachrichten“ veröffentlicht worden. Sie wurde bewußt unverändert übernommen, um zu zeigen, daß grundsätzliche Ausführungen ihre Gültigkeit behalten, auch wenn die für den Schulunterricht genehmigten Lehrbücher nach wechselnden parteipolitischen Machtverhältnissen 'überarbeitet' werden. Allein zu der kurz angerissenen SLAWEN-Frage liegen durch neuere Forschungen und Veröffentlichungen Erkenntnisse vor, die hier nicht berücksichtigt werden konnten.

WEITERFÜHRENDE QUELLENHINWEISE: Zum Studium der staats- und völkerrechtlichen Fragen zum Thema 'Deutschland und seine Ostgebiete - Verzicht oder nicht' wird auf die nachfolgenden Gesetze, Urteile und Abkommen verwiesen:

1. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Präambel)
2. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über das Fortbestehen des Deutschen Reiches vom l7.8.1956
3. Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3l .7.1973
4. Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18.10.1907 (IV. Haager Abkommen von 1907)
5. Anlage zum Abkommen Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges (Haager Landkriegsordnung)
6. Atlantic-Charta vom 14.8.1941
7. Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945
8. Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 9.12.1948
9. IV. Genfer Abkommen vom l 2.8.1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
10. Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den vier Genfer Rotes-Kreuz-Abkommen vom 21.8.1954
11. Beschluß des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 22.11.1967
12. Konvention der Vereinten Nationen über die Unverjährbarkeit der Vertreibung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom 27.11.1968
13. Wiener Konvention über das Recht der völkerrechtlichen Verträge vom 23.5.1969.

Folge 1, UN 6/83. Unabhängige Nachrichten, Postfach 400215, 4630 Bochum 4. V.i.S.d.P. Hans W. Schimmelpfeng, Abgabe an Schüler kostenlos, wenn der Spendeneingang dies gestattet. Bankeinzug

Auf dem Stundenplan



Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

‚Auf dem Stundenplan' Beiblatt für Schülerzeitungen Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

Verdunkelung der Weltgeschichte durch Schulbuch-Bla-Bla.

In dem Lehr- und Arbeitsbuch für den Geschichtsunterricht SPIEGEL DER ZEITEN Ausgabe B Band 4 Seite 43 Verlag Moritz Diesterweg (Frankfurt-Berlin-München) lesen wir über den Börsenkrach der USA von 1929:

„Der allgemeine Glaube an eine Wunderwirkung des Kapitalismus gab den Anstoß zu der Börsenspekulation größten Ausmaßes ... Im Oktober und November 1929 brach diese Spekulation zusammen. Einzelne Aktien verloren bis zu 90 % ihres Wertes. Da sie alle auf Kredit gekauft waren, mußten weitere Werte verkauft werden. Die Spirale schien ohne Ende."

Also die Torheit der Masse mit schlimmen Folgen nach dem Motto: „Es hat sich eben mal so ergeben"?

So erklärt ein Schulbuch die größte Wirtschaftskatastrophe eines Kontinents mit seinen weltweiten Auswirkungen!

So geht man über ein Geschehen hinweg, das alle Völker der Erde hätte alarmieren und auch aufklären müssen! Aber unser Schulbuch tut diesen wahrhaft welterschütternden Vorgang mit der pflaumenweichen Phrase ab: „Der allgemeine Glaube an eine Wunderwirkung" habe eine Spekulation zusammenbrechen lassen.

So wird Ende des 20. Jahrhunderts die heranwachsende Jugend eingelullt, obwohl schon 1893 nach einem „Hearing" des US-Repräsentantenhauses klar sein mußte, welche finanzpolitischen Strauchritter derartige Krisen auslösen konnten, und wie man es bewerkstellen konnte: Senator OWEN gab an, daß seine Bank ein Rundschreiben der Nationalen Bankenvereinigung mit der Anweisung bekam: „Sie werden sofort ein Drittel Ihres Geldumlaufes aus dem Verkehr ziehen und die Hälfte Ihrer Darlehen kündigen" [1] Dieses Rundschreiben ist als „Panikrundschreiben von 1893" in die US-Geschichte eingegangen. Solche von langer Hand vorbereitete Eingriffe in eine Nationalwirtschaft müssen verheerende Folgen für die gesamte Bevölkerung hervorrufen, verbunden mit schwindelhaft hohen Gewinnen derer, die das Elend hervorgerufen haben und es auch heute noch dirigieren.

Währungs- und finanzpolitische Erdrutsche kommen nicht von irgendeinem „Glauben an Wunderwirkungen", wie die Schulbuchträumereien glauben machen wollen, sondern von handfesten Maßnahmen internationaler Bankiers, die kühl ausgeklügelt und erbarmungslos vollstreckt werden.

Der Vater des berühmten Ozeanbezwingers, Charles A, Lindbergh aus Minnesota, erklärte schon 1920: „Finanzielle Panik wird wissenschaftlich erzeugt." [2]

In einem Buche, das sich mit diesem Börsenkrach von 1929 befaßt, (William Bryans, THE UNITED STATES UNRESOLVED MONETARY AND POLITICAL PROBLEMS) lesen wir: „Als alles fertig war, begannen die New Yorker Bankiers, von den Maklern die 24-Stunden-Abrufdarlehen zurückzufordern. Das bedeutete, daß die Börsenmakler und deren Kunden ihre Aktien in die Börse werfen mußten, um so ihre Darlehen einlösen zu können. Das führte natürlich zu einem Börsensturz und brachte den Zusammenbruch der Banken im ganzen Land. Die Bankiers, die nicht zur Oligarchie gehörten, waren zu dieser Zeit sehr stark in die Abrufforderungen der Makler verwickelt. Damit waren die Zahlungsmittel der Banken sehr schnell erschöpft, so daß sie schließen mußten. Das Federal Reserve System kam ihnen bewußt nicht zu Hilfe, obwohl es, angewiesen durch das Gesetz, verpflichtet war, eine elastische Währung aufrechtzuerhalten." [3]

Der Automobil-König Henry Ford schrieb 1920:

„Eigentlich ist es gut, daß die Menschen der Nation unser Banken- und Währungssystem nicht verstehen. Würden sie es nämlich, so hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh." [4]

Es ist schwer vorstellbar, daß Leute, die von diesen Dingen entweder keine Ahnung haben oder mit verschwommenen Phrasen vernebeln, Schulbücher schreiben, die unsere Jugend auf Grund soliden Wissens urteilsfähig, machen sollten. Um es noch einmal ganz deutlich herauszustellen, sei der Vorsitzende der US-Währungskommission, Louis Mc Fadden angeführt: **Sie** (die Krise von 1929 d.V.) **war nicht zufällig, sie war ein sorgfältig ausgeklügeltes Ereignis ... Die internationalen Bankiers trachteten danach, einen Zustand der Verzweiflung herbeizuführen, damit sie sich als Gebieter über uns alle emporheben könnten."** [5]

Das Verbrechen der Börsenhyänen von 1929 fällt in die Regierungszeit des US-Präsidenten Herbert Hoover (1928 -1932), der die schicksalhafte Schwere der Vorgänge deutlicher bezeichnete, als es irgend ein Außenstehender hätte tun können. Danach war kein „Glaube an eine Wunderwirkung" verantwortlich, sondern ein kleiner Klüngel großer Gauner.
Hoover: „Durch die Kreditinflation waren alle Wege für die betrügerische Manipulierung und den betrügerischen Handel mit Aktien geebnet ... Es gibt Verbrechen, die weit schlimmer sind als Mord, und für sie sollte man die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen und bestrafen." [6]

Es ist kaum zu fassen: Wir wickeln die Weltkatastrophe von 1929 in nichtssagende Redensarten ein, indes der 7. Präsident der USA, Andrew Jackson (1829 -1837) dieselbe Sorte Leute damals schon mit den erbitterten Worten angriff: **„Ihr seid eine Schlangenhöhle. Ich will Euch ausrotten und beim ewigen Gott, ich werde Euch ausrotten."** [7]

Aber seit Generationen wachen Milliardäre wie Morgan, Vanderbilt, Carnegie, Harriman, Baruch, Rockefeller darüber, daß die Menschheit abgelenkt und vom Gegenteil der Wahrheit „motiviert" wird, bis dem Vizepräsidenten der USA, Garner, 1933 das unvorsichtige Wort entschlüpfen konnte: **„Sie sehen, meine Herren, wem die Vereinigten Staaten gehören."** [8] Denn, so sagte der US-Präsident Theodore Roosevelt (1901 - 1909): „In unserem Lande war es zu einer wahren Schwelgerei im individualistischen Materialismus gekommen, in welcher sich die vollkommene Freiheit des Starken zur Unterdrückung der Schwachen umgestaltet hat... in keinem anderen Land der Welt besaßen die Männer, die diese Vermögen erworben hatten, solche Macht." [9] Die „da oben" wußten, was man vor denen „da unten" mit qualligem Geschwätz zudeckte.

Die LONDON FINANCIAL TIMES schrieb am 26. September 1912: „Ein halbes Dutzend Männer an der Spitze der fünf großen Banken könnte das gesamte Gebäude der Regierungsfinanzen umstoßen, indem sie von der Erneuerung der kurzfristigen Schatzwechsel absehen." Also auch hier wird das nämliche Spiel angesprochen, mit dem man 1929 die ganze Wirtschaft der USA zum Zusammenbruch brachte!
Die Zusammenhänge waren also von den zuständigen Männern und Organen frühzeitig genug klargestellt worden! Dennoch konnte eine Handvoll privater Finanzpiraten sich in den Besitz der zentralen, währungsdiktierenden US-Zentralbank bringen, der FEDERAL RESERVE BANK (Dezember 1913). Sie wurde gegründet, um angeblich Börsenkatastrophen zu verhindern und deckte wirksam einen Riesenschwindel, in welchem das US-Volk rund 120 Milliarden Goldmark verlor.

Charles Lindbergh hatte im US-Senat gewarnt: **„Dieses Gesetz (für das Federal -Reserve-System) etabliert den gigantischen Trust auf Erden ... Wenn der Präsident dieses Schriftstück unterzeichnet, wird die unsichtbare Regierung der Geldmacht - nachweisbar existierend durch die Geld-Trust-Untersuchung - legalisiert sein."** [10]

Unter dieser „unsichtbaren Regierung" fand dann der „Schwarze Freitag" von 1929 statt! Im selben Sinne äußerte sich ja auch der US-Präsident Theodore Roosevelt (1901 -1909) in seinem Wahlaufruf von 1912: **„Hinter der sichtbaren Regierung sitzt auf dem Throne eine unsichtbare Regierung, die dem Volke keine Treue schuldet und keine Verantwortlichkeit anerkennt. Diese unsichtbare Regierung zu vernichten, den gottlosen Bund zwischen korruptem Geschäft und korrupter Politik zu lösen, ist heute die erste Aufgabe des Staatsmannes."** [11]

Um es noch aus privater Quelle zu erhärten, sei der Präsident der Midland-Bank, Mc Kenna von England, angeführt: **„Diejenigen, die das Geld und den Kredit hervorbringen, dirigieren die Maßnahmen der Regierung und halten das Schicksal der Bevölkerung in ihren Händen."** [12]

Die Spinne im Netz der amerikanischen FEDERAL RESERVE BANK, Paul Warburg, ließ vollends alle Hüllen fallen, und bezeichnet es als natürlich notwendig, daß diejenigen, welche das Geld beherrschen, es den Politikern, die ihren Aufstieg dem Zufall und der Korruption verdanken, „nicht überlassen dürfen, zu regieren." [13]

Solche Zitate fehlen in den Schulbüchern und im Unterricht. So meinen die Menschen zu schieben - und werden geschoben. Aber es lebt sich so frei und froh, wenn man nichts weiß, wohl aber sich einbildet, etwas zu wissen - so wie es der Chef der größten amerikanischen Gewerkschaftsorganisation, AFL-CIO, George Meany, schrieb: „Aber wie fehlerhaft auch immer dieses System sein mag, es gibt uns so viel Freiheit, daß wir nicht merken, wie unterdrückt wir sind." [14]

Möge die Jugend aus dem Gesagten erkennen, wie man sie dumm halten will in allen Dingen, die das Wesen der Dinge ausmachen!

Quellenhinweise: 1) Allen Garry DIE INSIDER Wiesbaden 1974 S. 78 - 2) Cantelon, Willard DER TAG AN DEM DER DOLLAR STIRBT Schorndorf 1974 S.15 - 3) Allen S. 74 -4) C.O.D.E. Vaduz II/7 1978 S. 18 -5) Allen S. 75 - 6) Hoover, Herbert MEMOIREN Mainz 1952 S. 20- 7) C.O.D.E. II/7 S. 15-8) Cantelon S.15 - 9) Härtle, Heinrich AMERIKAS KRIEG GEGEN DEUTSCHLAND Göttingen 1968 S. 34 -10) Allen S. 67 -11) Sündermann, Helmut DIE PIONIERE UND DIE AHNUNGSLOSEN Leoni 1960 S. 119 - 12) Allen S. 54 -13) Ford, Henry DER INTERNATIONALE JUDE Leipzig 1922 II. Bd. S. 147 -14) American Federaration of Labor and Congress of Industrial Organization in WER IST IMPERIALIST? Seewald Stuttgart 1973 S. 57

Folge 2, UN 7/83. Unabhängige Nachrichten, Postf. 400215, 4630 Bochum 4. ViSdP.: Emil Maier-Dorn, Abgabe an Schüler kostenlos, wenn der Spendeneingang dies gestattet.

Auf dem Stundenplan

Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

‚Auf dem Stundenplan' - Beiblatt für Schülerzeitungen, Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



THEODOR HEUSS:
„Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles !“

1983 — Nicht 50. Jahr der Machtübernahme, sondern 65. Jahr nach Versailles!

DIE VERSCHWIEGENEN URSACHEN DES UNFRIEDENS

Der „Versailler Friedensvertrag“ - ein Diktatfrieden mit verheerenden Folgen

Das volkspädagogisch gesteuerte Trommelfeuer im Hinblick auf den 50. Jahrestag der Machtübernahme durch die Hitler-Papen-Regierung am 30. Januar 1933 ist auf die West-Deutschen niedergeprasselt. Das sog. Deutsche Fernsehen hat sich erblödet, die Wiederholung der Hollywood-Serie „Holocaust“ mit einem Plakat anzukündigen, auf dem ein geschmiertes Hakenkreuz abgedruckt war. Sollten damit primitive Geister und Provokateure zu Schmierereien angeregt werden, um den Vergangenheitsbewältigern ihre Lebensversorgung zu sichern? Die durchweg schlampig gemachte Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“ brachte Einblendungen aus unserer Zeit, die man nur als fehl am Platze und als Zeitschinderei bezeichnen kann. Eine Ausnahme machte allein die Sendung über London, die in Sachen Kriegsursache und Kriegsausbruch manches brachte und zurechtrückte, was nicht so in den gängigen Geschichtswerken für unsere Schulen steht. Ähnlich hastig wurde die Sendung „Ein anderes Lutherjahr (1933)“ aus Archivfilmen, Bildern und Gesprächen am Beispiel der Stadt Marburg zusammengestellt und mit einem unbewiesenen Kommentar versehen. Immer wieder tauchte die Behauptung auf „Keiner könne sich in Marburg erinnern ...“. Um die Stunde vollzubekommen, wurde gleich über 1933 hinaus ein weiteres Jahrzehnt hinzugenommen. Krönung des Ganzen war ein Gespräch mit dem Erzhasser S. Wiesenthal. - Man kann nur hoffen, daß diese Sendungen eine geringe Einschaltquote hatten, sonst müßte man Angst haben, daß damit ein gefährliches Potential an Negativgefühlen aufgespeichert wurde.

Faschismusgeschrei hilft nur den Völkerverhetzern und Kriegstreibern

Derlei Sendungen, deren Sachlichkeit und Objektivität mehr als zweifelhaft sind, helfen im-

Ernst von Weizsäcker, der spätere Widerstandskämpfer gegen das Dritte Reich, schrieb bereits am Tage des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 in sein Tagebuch: „Hieraus entsteht ein neuer Krieg; unsere Kinder werden ihn ausfechten müssen.“

Der Reichsaußenminister des Weimarer Staates, Dr. Gustav Stresemann, charakterisierte am 14. September 1925 dieses Diktat mit folgenden Worten:

„Das ist ja gerade die diabolische Art des Versailler Diktates (Sperrung im Original !) gewesen, daß sie an allen Ecken und Enden Unfrieden zwischen Deutschland und seinen Nachbarn geschaffen hat. Von allem anderen abgesehen, suchte sie Feindschaft zu legen zwischen Frankreich und Deutschland (Elsaß-Lothringen), Belgien (Eupen-Malmedy), Dänemark (Nordgrenze), Polen (Danzig, Korridor, Oberschlesien), Tschecho-Slowakei (Deutschböhmen und Verhinderung des Anschlusses), Litauen (Memel). Dazu alle die Unterdrückungen Deutschstämmiger, die Streitpunkte mit Jugoslawien und Rumänien schaffen, genau so wie die Südtiroler Frage eine brennende Wunde für die deutsche Seele ist. (Damals, für einen damaligen deutschen Außenminister!) Nehmen wir dazu die Wegnahme der deutschen Kolonien, so ist es klar, daß eine Politik, die darauf hinausginge, das alles in den früheren Status quo umzuwandeln, eine Politik des Kampfes gegen die ganze Welt wäre .... Selbst ein gerüstetes Deutschland würde diese Politik mit einer dauernden antideutschen Weltkonstellation zu bezahlen haben.“

merhin bei der Vernebelung der Bedrohung durch die internationalen Kriegsverbrecher. Sie sind ein herrliches Mittel der Täuschung und Falschunterrichtung. Durch das ständige Faschismus- und Neo-Nazismus-Geschrei, das wir mit unseren Steuergeldern finanzieren, soll von der weltweiten, auf Umsturz ausgerichteten Partisanen- und Spionage-Wühlarbeit sowie von der ungeheuren Aufrüstung durch die Supermächte abgelenkt und die Wehrbereitschaft sowie der Verteidigungswille völlig abgebaut werden. Jedem Mitleid mit den in einem „begrenzten Krieg“ auszulöschenden bösen Deutschen soll vorgebeugt werden. Wir sehen ein gutfunktionierendes Bündnis von Geldmachern und Anti-Deutschen beim sog. Deutschen Fernsehen, der rosaroten Schickeria an den Universitäten sowie den eiskalten Strategen der Welt-Revolution. Sicher ist es kein Zufall, daß der BRD-Faschismus-Papst, ein gewisser Prof. R. Kühnl aus Marburg, im roten Pahl-Rugenstein-Verlag/Köln sowie bei „rororo“ seine Faschismus-Warnungen veröffentlicht.

Selbstbestimmungsrecht 1918/1919 vorenthalten

Wenn von der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und die Deutschnationale Volkspartei im Jahre 1933 gesprochen wird - daß sie in völliger Übereinstimmung mit den Gesetzen erfolgte, wird nicht immer gesagt! - dann muß betont werden, daß dieses Ereignis u.a. nur möglich wurde, weil der Vorvertrag zum „Frieden von Versailles“, der zum Waffenstillstand vom 11. Nov. 1918 führte, in schmählicher Weise hintergangen wurde. Gemeint sind die 14 Punkte des US-Präsidenten Wilson, die 1917 einen Friedensschluß auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes in Aussicht stellten. Es war die Tragödie Europas, daß man nur wenigen Völkern im östlichen Mitteleuropa die Bildung von Nationalstaaten ermöglichte, die jedoch wegen der Gemengelage ihrer Bewohner neue Mehr- oder Vielvölkerstaaten in Kleinausgabe wurden. Die neuen „Minderheiten“ hatten durchweg weniger Rechte als die Minderheiten im kaiserlichen Deutschland oder in der k.u.k. Monarchie. Vor allem jedoch gab es kein Selbstbestimmungsrecht für Deutsche! Mindestens zehn von zwölf Millionen Deutschen in diesem Raum wären bei Abstimmungen zu einer großdeutschen Republik gekommen - die Deutsch-Österreicher einschließlich der Sudeten-Deutschen und der Südtiroler, die Westpreußen und Danziger, die Memelländer, ein Drittel der Bevölkerung der Provinz Posen (vor allem um Bromberg), die Ost-Oberschlesier mit den Bewohnern von Teschen und Bielitz, die Elsaß-Lothringer mit großer Wahrscheinlichkeit, sicherlich aber die Bewohner des Saarlandes, von Eupen und Umland, der Stadt Ödenburg/Burgenland sowie Teilen der Krain. Bei sauberen Abstimmungen hätte sich das deutsche Volk mit dem Verlust von Gebietsteilen auch leichter abgefunden, wie es das Beispiel von Nordschleswig zeigt. Selbst im Kriege wurde dies von der nationalsozialistischen Regierung nicht in Frage gestellt.

„Versailler Frieden“ - nur ein Waffenstillstand auf 20 Jahre

Die Aussprüche von Politikern aller europäischen Länder, die dieses Friedensdiktat von Versailles als Vorstufe zu einem kommenden Krieg ansahen, sind Legion. Theodor Heuß, der im Deutschen Reichstag nicht nur dem sog. Ermächtigungsgesetz zustimmte, sondern auch der erste Bundespräsident (FDP) war, sagte, „Die Geburt der Nationalsozialistischen Bewegung liegt nicht in München, sondern in Versailles“. Das Friedensdiktat führte auch zu einer inneren Spaltung in Deutschland zwischen den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Liberalen, die sich bemühten, durch eine „Erfüllungspolitik“ die Auswirkungen dieses Vertrages mit der Zeit zu mildern und das Vertrauen der früheren Kriegsgegner im Westen zu gewinnen, auf der einen Seite sowie den Rechtsparteien und extremen Kräften auf der anderen, die den durch eine Hungerblockade erzwungenen Vertrag von vornherein ablehnten. Sie hielten ihn für eine Anhäufung von unerfüllbaren Bedingungen und Forderungen sowie die Grundlage eines Bündnissystems zwischen Frankreich und den neuen Staaten des östlichen Mitteleuropa, einzig dazu geschaffen, Deutschland ständig zu bedrohen und kleinzuhalten.

Hoffnung auf Einsicht vergebens

Den Sozialdemokraten, dem Zentrum sowie den Liberalen stellte sich eine praktisch fast unlösbare Aufgabe. Sie hofften, vergeblich, die 14 Punkte von US-Präsident Wilson würden sich letztlich als europäisches Gestaltungselement durchsetzen. Im Hinblick darauf hatten sie um einen Waffenstillstand nachersucht, um einen verlustreichen Endkampf des deutschen Volkes, das hungerte und fast ausgeblutet war, zu verhindern. Erinnern wir in diesem Zusammenhang daran, daß die Hälfte der Kriegstoten des 2. Weltkrieges auf die Zeit ab 1944 entfällt. Deutschland hatte keine Chance mehr, den Krieg für sich zu entscheiden, obwohl seine Truppen noch in Belgien und tief in Rußland standen. Die Verbündeten, die k.u.k-ler, die Bulgaren und die Türken, hatten bereits aufgegeben. Eine neue Front im Südosten und Süden wäre entstanden, für die keine Truppen mehr zur Verfügung gestanden hätten. In der Bitte und dem Ersuchen auf Waffenstillstand kann man, sofern man will, auch die Hoffnung auf die Solidarität der Demokraten der Welt sehen. Es blieb eine Hoffnung und ein Traum! Als Dolchstoß gegenüber der kämpfenden Front, der Verpflegung und Munition fehlten, kann man es nicht sehen.



Verlust deutschen Staats- und angrenzenden, geschlossenen Siedlungsgebietes 1918/20

Betrug an deutschen Demokraten

Der sog. Dolchstoß hingegen wurde von Politikern wie Clemenceau, Poincaré, Lloyd George, Orlando und Wilson geführt, und zwar gegen die deutsche Republik. Beteiligt waren auch die neuen Verbündeten im östlichen Mitteleuropa, die Herren Benes, Domowski und Massaryk. Nach diesem Friedensdiktat hatte die junge deutsche Republik von 1918 kaum noch eine Chance. Sie kämpfte um die Erleichterung und die Streckung der Wiedergutmachungszahlungen, mußte erleben, wie die Franzosen 1923 als Faustpfand das Ruhrgebiet besetzten. Man suchte nach immer neuen Finanzquellen, u.a. durch Verkauf den Zündholzmonopols, um den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und so die Besatzer wieder loszuwerden. Sechs Jahre lang verhandelte Gustav Stresemann. Weil man ihm nicht einen einzigen Schritt entgegenkam, mußte er es sich gefallen lassen, als Erfüllungspolitiker bezeichnet zu werden. „Stresemann, verwese man!“ hieß es damals landauf, landab. Seine Partei sank zur Bedeutungslosigkeit herab, und er starb allein und verzweifelt an einem Schlaganfall im Oktober 1929.

Die Jugend Hitler in die Arme getrieben?

Auf Grund der Auswirkungen des Versailler Friedensdiktates wurde die deutsche Jugend gegen die Staatsform der jungen Republik eingenommen und vertraute nach und nach immer mehr der Macht und Gewalt. Auch die Weltwirtschaftskrise wurde der Unfähigkeit der Demokratie angelastet. Kurz vor seinem Tode vertraute Stresemann einem englischen Besucher an: „Es ist nun fünf Jahre her, seit wir Locarno unterzeichnet haben. Wenn Ihr ein einziges Zugeständnis gemacht hättet, würde ich mein Volk überzeugt haben ... Jetzt bleibt nichts übrig als die rohe Gewalt. Die Zukunft liegt in den Händen der jungen Generation. Und die Jugend Deutschlands, die wir für den Frieden und das neue Europa hätten gewinnen können, haben wir für beide verloren. Das ist meine Tragik und Eure Schuld.“ [1)]

Dann kam Adolf Hitler, die „letzte Hoffnung“, vor allem der jungen Menschen. Die westlichen Demokratien gaben Hitler Stück um Stück nach, was sie den Politikern zuvor verweigert hatten. Sie ließen den Einmarsch in das Rheinland zu, unternahmen nichts, um den Anschluß Österreichs zu verhindern, entdeckten plötzlich, wie schamlos die Sudetendeutschen von den Tschechen behandelt und ausgebeutet wurden. Dies machte diese Staatsform in den Augen der deutschen Jugend der 30er Jahre vollends unglaubwürdig.

Deutschland und Europa zerstört

Am Ende stand der 2. Weltkrieg, als Deutschland unter Hitler den letzten Rest des Unrechts von Versailles beseitigen wollte. Die Sowjets wurden als Verbündete des Westens gewonnen, obwohl sie zusammen mit Hitler Polen aufgeteilt hatten. Man wollte den „Teufel mit Belzebub“ austreiben, doch am Ende standen die Sowjets mitten in Europa. Es half nichts mehr, daß Churchill nun der Auffassung war, man habe „das falsche Schwein geschlachtet“.

Wenn man eine Lektion aus den letzten 65 Jahren ziehen will, dann die, daß solche Knebelungs- und Unterwerfungsverträge wie Versailles keinen Frieden schaffen, sondern nur Haß und Rüstung für den Gegenschlag.

Bei der Verurteilung der Machtübernahme von 1933, wie sie zur Genüge auf allen Ebenen deutlich geworden ist, darf und kann nicht vergessen werden, daß gerade „Versailles“ Adolf Hitler eine politische Chance gab.

„Versailles“ - Ursprung allen Übels

Heute versuchen Schulbuchautoren bereits den Versailler Friedensvertrag als eine Wohltat für Deutschland zu verkaufen. Sie veröffentlichen in verkleinerter Form eine offizielle Wandkarte, die 1928 im Auftrag der Reichsregierung für den Schulgebrauch herausgegeben wurde, und bezeichnen sie als ein Beispiel dafür, wie der Versailler Vertrag in der Zeit der Weimarer Republik in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung verstanden wurde. Sie bedauern, daß diese Deutung zu einem Mittel des politischen Kampfes wurde (Dolchstoßlegende). Die in der Karte verwendeten Begriffe sollten unter diesen Gesichtspunkten gesehen werden. [2)]



Auf die Dauer werden intelligente Schüler wohl nach mehr Quellen fragen und sich die Frage stellen, warum die damalige Reichsregierung (1928) eine Karte mit der Überschrift „Deutschlands Verstümmelung“ verbreiten ließ. Auch die Erwähnung „Versailler Vertrag 50 bzw. 60 Jahre in Kraft (16.1.1920)“ in einem Taschenbuch, das die Bundeszentrale für Politische Bildung in Bonn als Trostpreis für die Beteiligung beim jährlichen Schüler-Preisausschreiben vergibt, wird suchenden jungen Deutschen auf die Dauer hoffentlich nicht genügen. Auch die Angabe „Verlorenes Reichsgebiet“ für Posen-Westpreußen, Danzig, Elsaß-Lothringen in einem Geschichtslehrbuch [3] wird sicherlich ein kritisches Hinterfragen zur Folge haben.
Die vorenthaltenen Volksabstimmungen sind eben der Geburtsfehler dieser Abtretungen. Bei Ober-Schlesien ist es noch schlimmer: trotz der für Deutschland günstigen Abstimmung (69 %) wurde der wirtschaftlich wertvollere Teil an Polen gegeben.
Der Versailler Diktatfrieden muß als Beispiel dafür herausgestellt werden, daß „Nichts geregelt ist, was nicht gerecht geregelt ist!“ (US-Präsident A. Lincoln). Geben wir unseren Kindern und Enkeln eine Argumentationschance. Machen wir das 50. Jahr der Machtübernahme durch eine Regierung Hitler-Papen zum 65. Jahr des Versailler Diktatfriedens sowie des Dolchstoßes an der jungen deutschen Republik. Machen wir es auch zu einem Jahr der Mahnung an die Sieger des 2. Weltkrieges, Deutschland endlich einen gerechten Friedensvertrag zu geben und nicht ständig und ewig als Vorbestraften zu behandeln.

Quellenhinweise: 1) Gespräch mit Bruce Kockhard, Mitglied der Brit. Botschaft in Berlin, 13.3.29; nach Prof. H.-S. Weber in Rhein. Post vom 25.5.49 - 2) Geschichtliche Weltkunde, Hrsg. Prof. Dr. W. Hug - Verlag M. Diesterweg/fm 1979[2], Bd. 3, S. 41 - 3) Politik und Geschichte des 19. u. 20. Jh. von Rückert/Hettinger-Verlag F. Schöningh/Paderborn 1978, S. 88, sowie Grundriß der Geschichte, Verlag F. Schöningh/Paderborn, Bd. 3, S. 73

„AUF DEM STUNDENPLAN" - UN-Schülerblatt-Serie, 3. Folge. V.i.S.d.P.: Walther Wehr, Unabhänggige Nachrichten, Postfach 400215, 4630 Bochum. Eigendruck. - Die Serie erscheint als Mittelblatt der Monatszeitschrift UN und wird an Schüler zur Verteilung kostenlos abgegeben, wenn der Spendeneingang dies ermöglicht. UN

Unveränderter Nachdruck 1993: Richtig und unwiderlegbar wie vor 10 Jahren!

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

‚Auf dem Stundenplan' - Beiblatt für Schülerzeitungen . Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Dr. Hans Riegelmann

Kriegsschuld

„Es gibt zwei Arten von Weltgeschichte: die eine ist die offizielle, verlogene, für den Schulunterricht bestimmte; die andere ist die geheime Geschichte, welche die wahren Ursachen der Ereignisse birgt."

Honore de Balzac

Die unbewältigte Gegenwart: Der 1. September 1939

Das Geschehen nach Aussage und Urteil der Anderen

1. Auftakt

Eine Prophezeiung aus dem Jahre 1933: „Wenn Hitler scheitert, wird sein Nachfolger der Bolschewismus sein; wenn er Erfolg hat, wird er innerhalb von fünf Jahren einen europäischen Krieg bekommen." - Also sprach **Lord Robert G. Vansittart.** (Robert Vansittart, Even now, London 1949, S. 69).

Die erste Kriegserklärung an Deutschland, bereits 53 Tage nach Hitlers Machtergreifung, veröffentlicht am 24. März 1933 in dem bekanntlich in Millionenauflage erscheinenden Londoner **„Daily-Express".** „Das israelische Volk der ganzen Welt erklärt Deutschland wirtschaftlich und finanziell den Krieg. Das Auftreten des Hakenkreuzes als Symbol des neuen Deutschland hat das alte Streitsymbol Judas zu neuem Leben erweckt. 14 Millionen Juden stehen wie ein Mann zusammen, um Deutschland den Krieg zu erklären. Der jüdische Großhändler wird sein Haus verlassen, der Bankier seine Börse, der Kaufmann sein Geschäft und der Bettler seine Elendshütte, um sich in einem heiligen Kriege gegen die Leute Hitlers zusammenzuschließen!"

Daß „der Krieg beschlossen war, lange bevor die Frage des polnischen Korridors aufgeworfen wurde", bezeugt unter anderem ein Brief des **USA-Botschafters Bullit** an den USA-Außenminister Cordell Hull vom Jahre 1935. („American Mercur" 1958/12, S. 87).

Winston Churchill droht: „Deutschland wird zu stark, wir müssen es vernichten!" So zu dem Militärfachmann und Industriellen General Robert E. Wood im November 1936. (Ludwig Leher, Das Tribunal, 1965, S.161). Und im gleichen Jahre: „Wir werden Hitler den Krieg aufzwingen, ob er will oder nicht!" („Das Neue Reich" Nr. 15 vom 11.4.1959). Im Jahre 1937 bei seinem Besuch in der Deutschen Botschaft in London zum Botschafter v. Ribbentrop: „Wenn Deutschland zu stark wird, wird es wieder zerschlagen werden!" (Joachim v. Ribbentrop, Zwischen London und Moskau, 1953, S. 97).

Warum der britische Premierminister **Neville Chamberlain** nach Deutschland reiste: „viele haben es ausgesprochen und geschrieben, daß Chamberlains Hauptgrund, nach München zu gehen, gewesen ist, für einen unvermeidlichen Krieg Zeit zu gewinnen! Er wäre in der Tat ein ungeeigneter Premier gewesen, wenn er das nicht im Sinne gehabt hätte." (Keith Feiling, The Life of Neville Chamberlain, London 1946, S. 359).

Chamberlains Geständnis: Der USA-Kriegsminister Forrestal in seinem Tagebuch am 27. Dezember 1945: „Ich habe heute mit Joe Kennedy (USA-Botschafter in London) Golf gespielt. Ich befragte ihn über seine Unterredungen mit Roosevelt und Neville Chamberlain von 1938 an. Er sagte, Chamberlains Überzeugung 1938 sei gewesen, daß Großbritannien nichts in der Hand habe, um zu fechten, und daß es deshalb nicht wagen könne, gegen Hitler in den Krieg zu gehen... Weder Franzosen noch Engländer würden Polen zum Kriegsgrund gemacht haben, wenn sie nicht unablässig von Washington angestachelt worden wären .... Chamberlain, sagt Kennedy, habe festgestellt, Amerika und die Juden hätten England in den Krieg gezwungen (American and the Jews forced England into the war)." (The Forrestal Diaries, New York 1951, S. 121 f.)

USA-Botschafter in Paris Bullit gibt zu: „Der Krieg in Europa ist eine beschlossene Sache ... Amerika wird nach Großbritannien und Frankreich in den Krieg eintreten." So Bullit am 25. April 1939 zu dem amerikanischen Europa-Reporter Weigand. (Generalmajor J.F.C. Fuller, The Decisive Battles of the Western World and their Influence upon History, Bd. III - nach: Ludwig Leher, Das Tribunal, 1965, S. 162).

US-amerikanischer Protest gegen die Kriegstreiber im Lande: „Danzig ist deutsch! Wenn Hitler Danzig will und die Danziger zu Hitler wollen, dann sehen wir nicht ein, warum ein Krieg ihn daran hindern soll. Wir sehen nicht ein, warum die Jugend Englands und Frankreichs aufgeputscht wird, für Danzig zu sterben. Danzig ist für England nicht die Knochen eines einzigen britischen Soldaten wert. Wir sehen auch nicht

ein, warum wir Amerikaner uns über Danzig aufregen sollen, auch wenn die USA-Radikalen und -Liberalen uns weismachen wollen, die Jugend der USA solle demütig-dankbar die Gelegenheit wahrnehmen, für Danzig den Tod zu suchen!" („New York Daily News" am 1. Juli 1939).

Eine denkwürdige Note vom 29. August 1939: Am gleichen Tage des letztmaligen Angebotes der Mäßigung und des guten Willens an Polen seitens der deutschen Reichsregierung erging noch ein anderes Angebot, das im Londoner Auswärtigen Amt einlief und dem man weder Mäßigung noch guten Willen nachsagen kann. Der Zionistenführer und spätere Präsident von Israel, Dr. Chaim Weizmann an den britischen Premierminister Neville Chamberlain: „Ich wünsche in nachdrücklichster Form die Erklärung abzugeben, daß wir Juden an der Seite Großbritanniens stehen und für die Demokratie kämpfen werden. Aus diesem Grunde stellen wir uns in den kleinsten und größten Dingen unter die zusammenfassende Leitung der britischen Regierung. Die jüdische Vertretung ist bereit, in sofortige Abkommen einzutreten, um alle menschlich-jüdische Kraft, ihre Technik, ihre Hilfsmittel und alle Fähigkeiten nützlich einzusetzen."

Die Erklärung wurde veröffentlicht in der **Londoner „Times" vom 5. September 1939,** drei Tage später auch in der **„Jewish Chronicle"** (8.9.39). Das merkwürdigste an dieser Note ist aber, daß sie bereits vor Kriegsausbruch (drei Tage vorher und sechs Tage vor der englischfranzösischen Kriegserklärung an Deutschland!) vom „Kampf" an der Seite Großbritanniens spricht, woraus doch wohl nur zu folgern sein kann: 1) der Kriegsentschluß der englischen Regierung stand bereits damals fest, 2) der Zionist Weizmann wußte das genau!

Zwei Wochen später veröffentlichte das **„Centraalblad voor Israeliten in Nederland",** am 13. September 1939, folgende Erklärung: „Die Millionen von Juden, welche leben in Amerika, England, Frankreich, in Nord- und Südafrika, ohne Palästina zu vergessen, sind entschlossen, den Ausrottungskrieg nach Deutschland zu tragen bis zur totalen Vernichtung."

Und am 26. Februar 1940 erklärte **Mr. Maurice Perlzweig,** Führer der britischen Abteilung des Jüdischen Weltkongresses, lt. „Toronto Evening Telegram", in einer Rede in Kanada: „Der Jüdische Weltkongreß (World Jewish Congress) befindet sich seit sieben Jahren ununterbrochen im Kriege mit Deutschland." (Was ja mit der „ersten Kriegserklärung an Deutschland" vom 24. März 1933 im „Daily-Express" -siehe oben! -völlig übereinstimmt.)

2. Einsichten und Bekenntnisse

Ein Geständnis Churchills vom 21. Juni 1939: „Es liegt ein gut Stück Wahrheit in den Vorwürfen in Bezug auf die gegen die Achsenmächte gerichtete Einkreisung. Es ist gegenwärtig nicht mehr nötig, die Wahrheit zu verbergen." (Bolko Frhr. v. Richthofen, Kriegsschuld 1939/41, 1968, S. 61).

Erkenntnisse des USA-Senators Gerald P. Nye, ausgesprochen am 27. April 1941 vor dem Senat in Washington: „Wir werden von denselben Mächten zum Narren gehalten, die uns im Weltkrieg (1914/18) zum Narren gehalten haben ...Wenn wir je in diesen Krieg verwickelt werden, so wird er von den künftigen Geschichtsschreibern nur mit einem Namen bezeichnet werden: „Der Krieg des Präsidenten" (Roosevelt), weil jeder seiner Schritte seit seiner Rede in Chikago auf den Krieg hinlenkte." (Helmut Sündermann, die Pioniere und die Ahnungslosen, 1960, S. 181).

Ein neutrales Urteil, der schwedische Gelehrte und Forschungsreisende **Sven Hedin:** „Die Frage, warum es zum neuen Weltkrieg kam, ist nicht nur damit zu beantworten, daß die Grundlage in den Friedensverträgen von 1919 gelegt wurde, oder in der Niederhaltung Deutschlands und seiner Verbündeten nach dem Ersten Weltkrieg, oder in der Fortsetzung der uralten Politik Großbritanniens und Frankreichs. Der entscheidende Anstoß kam von jenseits des Atlantischen Ozeans. (Sven Hedin, Amerika im Kampf der Kontinente, 1943, S. 54).

Britische Einsichten:
Der Engländer **Russel Grenfell** über die englische Garantie für Polen vom 31. März 1939: „Eine Garantie ist an sich bereits eine Herausforderung: Sie fordert den Gegner öffentlich heraus, die Garantie zu mißachten und die Konsequenzen zu tragen. Ist sie einmal ausgesprochen, so ist es für den Gegner kaum noch möglich, sich um eine friedliche Lösung seines Streites mit dem garantierten Lande zu bemühen, will er nicht den Eindruck erwecken, daß er sich einer Erpressung füge. Eine Garantie kann deshalb gerade zu dem größeren Konflikt anreizen, den sie vorgeblich verhindern soll." (Russel Grenfell, Bedingungsloser Haß? 1955, S. 98).

Der englische Militärschriftsteller **Liddel Hart** in seinen Lebenserinnerungen: „Die Garantie an Polen war der sicherste Weg, frühzeitig eine Explosion und einen Weltkrieg herbeizuführen. Sie verband ein Höchstmaß von Versuchung mit offenbarer Provokation. Sie veranlaßte Hitler, die Sinnlosigkeit einer solchen Garantie an einem außerhalb der Reichweite des Westens liegenden Land zu beweisen, während sie die eigensinnigen Polen noch weniger geneigt machte, irgendeine Konzession an ihn in Erwägung zu ziehen; gleichzeitig nahm sie Hitler die Möglichkeit, sich zurückzuziehen, ohne sein Gesicht zu verlieren." (Nach: „Deutsche Hochschullehrer-Zeitung" II/1966, S. 31).

London, 2. September 1939 - ein „Geständ-

nis auf Gegenseitigkeit":
Ein Abgeordneter der Arbeiterpartei fragt im Unterhaus den britischen Außenminister Lord Halifax: „Haben Sie noch Hoffnung?" - „Wenn Sie Hoffnung auf Krieg meinen, dann wird Ihre Hoffnung morgen erfüllt sein!" - „Gott sei Dank!" erwiderte der Vertreter der Arbeiterpartei. (Prof. Michael Feund, Bis zur Stunde kein Friede, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" Nr. 201 vom 1. September 1959).

London, in der Nacht vom 2. zum 3. September 1939 - ein frommer Engländer betet: „Ich kann mich entsinnen, wie ich in der Nacht, bevor wir endlich (!) den Krieg erklärten, auf die Knie sank und betete: „O Gott, bitte, laß uns morgen in den Krieg gehen!" Also berichtete - noch immer froh über diese „Gebetserhörung" - Lord Ismay, Sekretär des Empire-Verteidigungsrates, bei einem Dinner für Präsident Eisenhower am 1. September 1959 im Winfield House in London. („New York Herald Tribüne" vom 2. September 1959).

3. Worum es ging

Adolf Hitler in einem Brief an den französischen Ministerpräsidenten Edouard Daladier am *27.* August 1939: „Ich, Herr Daladier, kämpfe dann mit meinem Volk um die Wiedergutmachung eines uns zugefügten Unrechts und die anderen um die Beibehaltung desselben." („Deutsche Weißbücher", Bd. II, 1940, Nr. 461).

London, 3. September 1939: Rede des britischen Außenministers Lord Halifax (am Tage der englisch-französischen Kriegserklärung an Deutschland): „Jetzt haben wir Hitler zum Kriege gezwungen, so daß er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann!" („Nation Europa" 1954,1, S. 46).

Kurz darauf Churchill im englischen Rundfunk: „Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands!" (Sven Hedin, Amerika im Kampf der Kontinente, 1943, S. 175; Hans Grimm, Warum-Woher-aber Wohin? 5. Aufl., S. 350),

Duff Cooper, Erster Lord der Admiralität und britischer Minister für wirtschaftliche Kriegsführung, ergänzte diese Erklärung Churchills am 25. April 1940 noch mit den Worten: „Der kommende Friedensvertrag muß weit härter und mitleidsloser werden als Versailles. Wir dürfen keinen Unterschied machen zwischen Hitler und dem deutschen Volk!" (Pater E.J. Reichenberger, Wider Willkür und Machtrausch, 1955, S. 114).

Noch deutlicher die **englische Antwort an einen Beauftragten des „Deutschen Widerstandes"** auf die Frage nach den englischen Bedingungen für Deutschland, wenn es dort gelinge, Hitler zu beseitigen: „Sie müssen sich darüber klar sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt!" (Peter Kleist, Auch Du warst dabei, 1952, S.370).

Wenn dennoch am 20. Juli 1944 - mitten in der schwersten Zeit des Krieges - von Seiten dieses Widerstandskreises das Attentat auf das Staatsoberhaupt durchgeführt wurde, dann dürfte dies nur aus einer Geisteshaltung zu erklären sein, wie sie auch den **Worten eines evangelischen Theologen** deutlich wird: „Mein Kreis verfolgte den Vormarsch der Alliierten mit größter Freude", den „ein nationalsozialistischer Sieg wäre für uns die größte Niederlage - **dann lieber ein verwüstetes Deutschland!"** So berichtet der berühmte Schweizer Theologe Univ.-Professor Karl Barth in seinem Buch „Zur Genesung des deutschen Wesens", 1945, S. 98.

Und noch einmal **Winston Churchill und die Wahrheit:** „Im Krieg ist die Wahrheit so kostbar, daß sie nie anders als mit einer Leibwache von Lügen auftreten sollte!" Stalin und seine Mitarbeiter fanden an dem Bonmot, als es übersetzt wurde, großes Gefallen. So endete die offizielle Sitzung in heiterer Stimmung. (Churchill, Der Zweite Weltkrieg, 5. Buch, Bd. II. - Nach: Robert Vansittard, Black Record, London 1941, S. 75).

4. Versailles und Nürnberg

Shakespeare und die Kriegsschuldpropaganda:

> **„Ich tu' das Üble, schrei' dann selbst zuerst-**
> **Das Unheil, das ich selber angerichtet,**
> **Leg' ich den Ändern dann zur Last!"**

Universitätsprofessor Charles Callan Tansill: „In Nürnberg wurden Männer gehängt, weil sie die Sprengung der mit nationalem Haß legierten Ketten geplant hatten. Kein Wort fiel über die Pseudo-Staatsmänner, die in Versailles den Hexentrank bereitet hatten, durch den die Gemüter der Deutschen vergiftet wurden." (Die Hintertür zum Kriege, 1957, S. 49).

Der bereits genannte Leiter der britischen Abteilung des Jüdischen Weltkongresses **Maurice Perlzweig** in einer Rede in der Langside Hall in London am 27. November 1949: „Es war der Jüdische Weltkongreß, der für die Abhaltung der Nürnberger Prozesse gesorgt hat, für die er erfahrenen Rat und sehr wertvolle Beweismittel lieferte, - der so weitgehende Verbindungen während des Krieges hatte, daß sie sich selbst in das Deutsche Auswärtige Amt erstreckten, ja, daß er Informationen bekam, lange bevor der britische Secret Service oder der amerikanische Geheimdienst sie bekam." („Jewish Chronicle", London, am 16. Dezember 1949).

Der französische Historiker Prof. Dr. Paul Rassinier, Sozialist, Widerstandskämpfer und einstiger KZ-Insasse von Buchenwald: „Wenn aber die Anfänge des Krieges von 1939-1945 tatsächlich im Versailler Vertrag liegen - wer wird dann leugnen, daß die Frage nach der Verantwortlichkeit erneut zu prüfen ist und daß die dreizehn Prozesse in Nürnberg ... neu aufgerollt werden müssen?" (Was ist Wahrheit oder Die unbelehrbaren Sieger, 1963, S. 204).

USA-Historiker Hermann Lutz: „Für uns ist es eine unumstößliche Tatsache, daß der Zweite Weltkrieg im Vertrag von Versailles wurzelt. Wollt Ihr Deutsche diese Tatsache nicht vertreten?"

(Verbrechervolk im Herzen Europas? 1958, S. XVII).

Der deutsche Universitätsprofessor Theodor Eschenburg (Tübingen): „Wer die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkriege bezweifelt, zerstört die Grundlage der Nachkriegspolitik." (Prof. Dr. Bolko Frhr. v, Richthofen, Kriegsschuld 1939-1941,1968, S. 9).

5. Die unbewältigte Gegenwart

Es ist genau dasselbe Rezept, einen Krieg zu erzwingen, 1914 wie 1939: Einst angeblich wegen Serbien und angeblich um der „verletzten" belgischen „Neutralität" willen - später angeblich Polens wegen, dem man, um sicher zu gehen, ebenfalls vorher die „Garantie" gibt, um dann den geeigneten Vorwand zur Kriegserklärung zu haben! Und es ist fast langweilig: Alle 25 Jahre dasselbe - ein eingekreistes Deutschland, ein unterlegenes Deutschland, ein an allem schuldiges Deutschland. Und die Gegner sind genau dieselben - wie ihre Methoden, ihre Propaganda, Ursachen und Wirkungen zu manipulieren und zu vertauschen, wie ihre Ziele: „Deutschland wird zu stark - wir müssen es vernichten!" **Das** ist der Schlüssel zu allem. Und seine Umhüllung: „Ich tu' das Üble, schrei' dann selbst zuerst...!"

Alle die unentwegt noch laufenden und nach dem Willen der noch Regierenden wahrscheinlich bis in alle Ewigkeit weiterlaufenden „Kriegsverbrecher" -, „Verbrechen wider die Menschlichkeit" - Prozesse usw. haben den dreifachen Sinn: unser verleumdetes Volk noch weiterhin vor aller Welt zu diffamieren, auf solche Weise immer neue „Wiedergutmachungs"-Milliarden von uns zu erpressen und schließlich immer wieder den „Indizienbeweis" zu führen, daß ein Volk, das solcher Verbrechen fähig ist, dementsprechend auch fähig gewesen seih muß, den **Krieg** zu verursachen. Und da es also, wie nunmehr „erwiesen", dazu fähig **war, hat** es ihn auch verschuldet! Was zu beweisen war.

Daß es mit dieser Gaunerlogik gelungen ist, ein ganzes Volk zu verdummen - denn dies ist das deutsche Wort für „umerziehen" - ist das Beschämendste dabei!

Alles, was seit 1945 in unserem Lande und mit unserem Volke geschah und noch immer geschieht, findet seine „Rechts"-Begründung in der **behaupteten Kriegsschuld Deutschlands,** deren einwandfreier Beweis bis heute noch nicht geführt wurde. Diese Behauptung aber wird in fast vierzigjähriger „Umerziehung" durch öffentliche Meinungsmache wie durch Schule und Jugenderziehung unserem Volke noch immer suggeriert. Zu welchem Zwecke, wurde bereits gezeigt. Wird hier nicht endlich von Regierung und Parlament her, die nach dem von ihnen beschworenen Grundgesetz doch **verpflichtet** sind, ihre „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren" und „Schaden von ihm zu wenden" und diese ihre Pflichten „gewissenhaft zu erfüllen", gehandelt, so droht der **Jugend unseres Volkes** ein Sklavenleben ohne Zukunft. Hieraus erwächst auch die Aufgabe und die Pflicht der doch vom Volke bezahlten **Lehrer und Hochschullehrer,** zumal der **Geschichtslehrer.** Sind diese denn selber alle dieser „Umerziehung" zum Opfer gefallen? Oder ist die persönliche Feigheit größer als die Verpflichtung ihrem hohen, verantwortungsvollen Berufe gegenüber?

Die **unvoreingenommene Kriegsursachenforschung** ist nicht nur ein sittliches **Recht** jedes Universitätshistorikers, sondern seine „verdammte **Pflicht und Schuldigkeit"** - auch wenn dadurch „die Grundlage der Nachkriegs-Politik zerstört" wird! Es geht um Leben und Zukunft unseres Volkes und seiner Jugend - allein danach hat sich eine deutsche Politik, die den Namen Politik wie die Bezeichnung deutsch mit Recht tragen soll, zu richten. Das allein ist die Pflicht aller in Deutschland für Politik Verantwortlichen vor ihrem Volke wie vor seiner Geschichte.

Der **Weimarer Staat** gab im nationalen Interesse des gesamten deutschen Volkes Millionenbeträge für die deutsche Kriegsursachenforschung aus, begrüßte **dankbar** die freiwillige Mitarbeit **ausländischer Forscher** dabei und feierte diese zumeist aus dem einstigen Feindlager kommenden ehrlichen Wahrheitssucher in öffentlicher Ehrung. Bei uns suchen nach wie vor bezahlte Subjekte die Lüge von der deutschen Kriegsschuld mit allen noch so schmutzigen Mitteln aufrechtzuerhalten, obwohl kein denkender und ehrlicher Mensch in der Welt mehr daran glaubt, - zum Ekel eben dieser Welt!

Hier liegt noch immer, fragend und fordernd, unsere unbewältigte Gegenwart!

„Auf dem Stundenplan" — Folge 4

Schülerblätter der Unabhängigen Nachrichten, Postfach 400215, D-44736 Bochum. ViSdP.: Dr. Hans Riegelmann. Eigendruck. Abgabe an Schüler kostenlos, wenn der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck und Beilage in Schülerzeitungen erwünscht.

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher —

‚Auf dem Stundenplan' - Beiblatt für Schülerzeitungen - Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Versailles: DER BETRUG IM SCHULBUCH

In dem Unterrichtsbuch GESCHICHTLICHE WELTKUNDE Band 3 - Verlag Moritz Diesterweg Frankfurt - Berlin - München 2. Auflage wird der deutsch-russische **Friedensvertrag von Brest-Litowsk** vom März 1918 im Fettdruck als **„Gewaltfrieden im Osten“** hervorgehoben.

Das Friedensdiktat von Versailles wird brav nur ganz einfach **„Vertrag“** genannt. Hier wird gleichsam im Vorbeigehen in hinterhältiger Weise der Eindruck erweckt, daß wir Deutsche wieder einmal recht brutal vorgegangen seien, im Gegensatz zu den viel korrekteren und menschlicheren Siegern im Weltkrieg l.

Zunächst: Ein „Vertrag“ wird immer zwischen mehreren Parteien abgeschlossen. Die deutsche Seite wurde aber zu den Verhandlungen in Versailles überhaupt nicht zugelassen, sondern **„wie Tiere im zoologischen Garten behandelt“.**

Der spätere Außenminister der USA, John Fester Dulles, schrieb als damaliges Mitglied der US-Delegation von 1918/19: **„Ich erinnere mich lebhaft, wie dort die Mitglieder der deutschen Friedensdelegation in ein mit Stacheldraht eingefaßtes Gehege verwiesen wurden, den Blicken wie Tiere in einem zoologischen Garten ausgesetzt und ihnen jede persönliche Berührung mit alliierten Delegierten versagend ...“**[1]

Solches erfährt die deutsche Schuljugend aus ihren Schulbüchern natürlich nicht, denn diese zeigen durchgängig das unverkennbare Bestreben, die eigene Geschichte abstoßend zu zeichnen und die Gegner musterknabenhaft reinzuwaschen.

Und was forderte der „Gewaltfrieden“ von Brest-Litowsk?

Es sollten souverän werden: Die baltischen Staaten, Finnland, Polen, Georgien, Ukraine. Landstriche im Kaukasus sollten an die Türkei zurückgegeben werden, sowie eine Kriegsentschädigung von sechs Milliarden Mark bezahlt werden. Die Landabtretungen bedeuteten im wesentlichen nichts anderes als die Erfüllung der Forderungen des US-Präsidenten Woodrow Wilson nach Selbstbestimmung der Völker, denn all diese Völkerschaften wollten los vom russischen Joch. Die Forderung von sechs Milliarden Mark vergleiche man aber mit der Forderung der Sieger an Deutschland, die im Londoner Abkommen von 1921 mit 132 Milliarden beziffert wurde!

Wie die Unterwerfung der so in Brest-Litowsk befreiten Gebiete vor sich ging, mag ein Bericht beleuchten, den der Heerführer des Zaren Peter d. Gr., General Scheremetjew, an seinen obersten Befehlshaber erstattete: „Vieh und Enten haben wir eine Menge gefangen. Kühe sind jetzt für 3 Altynen zu haben, Schafe für 2 Dengen, kleine Kinder für 1 Denga, größere für ein Griwna, 4 Stück kauft man für 1 Altyne. Ich habe Dir zu melden, daß der allmächtige Gott und die allergnädigste Gottesmutter Deinen Wunsch erfüllt haben: im feindlichen Lager gibt es nichts mehr zu verheeren, alles ist verwüstet, nichts steht aufrecht... von Reval bis Riga ist alles mit Stumpf und Stil ausgerottet.“[2]

Was es mit dem „GEWALTFRIEDEN“ des Schulbuchs auf sich hat, kann uns der am besten unterrichtete Zeuge anschaulich machen: Wladimir lljitsch Uljanow = Lenin. Im Verlauf einer Rede über den russisch-polnischen Krieg von 1920 sagte dieser:

„Ihr wißt, daß die alliierten Imperialisten - Frankreich, England, Amerika und Japan - nach der Vernichtung Deutschlands den Versailler Vertrag geschlossen haben, der jedenfalls viel brutaler ist als der berüchtigte Vertrag von Brest, der so viel Geschrei auslöste.“ [3]

In dem Schulbuch darf natürlich der Hinweis auf die Bezeichnung **„Untermenschen“** durch **Hitler** nicht fehlen. Aber es fehlt der Hinweis darauf, daß Hitler diese Bezeichnung von Herrn **Churchill** übernommen hat, der 1919 von der russischen „Doktrin des Untermenschen“, vom Bolschewismus als „Krankheit“ und „Seuche“ sprach.[4] Das war in den Tagen, als am 25. Juli 1919 der Londoner „Daily Herald“ aus einer Rede Churchills zitierte, „die Bolschewisten haben ihre Reden „mit dem grausamsten und niederträchtigsten Auftreten verbunden, das es jemals unter Menschen gegeben hat, und mit Taten, die der Steinzeit und den Hottentotten Zentral-Afrikas zur Schande gereichen würden.“ [5]

Der „Gewaltfrieden“ von Brest-Litowsk hat demnach eine Reihe von Völkern vor der „grausamsten und niederträchtigsten“ Gewalt bewahrt!

Am 11. Januar 1919 erklärte Churchill im Aldwych-Club: „Von allen Tyranneien der Geschichte ist die der Bolschewisten die schlimmste, die vernichtendste, die erniedrigendste.“[6] Wir fragen: „Ist es das Merkmal von einem „Gewaltfrieden“, daß er Völker vor der „vernichtendsten“ Gewalt befreit?

Den Schulbuchhistorikern zufolge wurde dagegen in Versailles 1918 ein ganz normaler Friedensvertrag geschlossen. Nun, dieser war ja auch frühzeitig gründlich vorbereitet worden. Schon 1915 erklärte der große Europäer Winston Churchill dem Pariser „Matin“, **man werde die „bedingungslose Kapitulation“ Deutschlands erzwingen, indem man es solange an der Kehle würge, bis sein Herz aussetze!**[7]

Deutschland wurde durch die Kapitulation wehrlos und völlig hilflos. Dennoch - trotz 800.000 Hungertoten bis zum Waffenstillstand wurde Deutschland weiter an der Kehle gewürgt!

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher —

Eine von den Unabhängigen Nachrichten (UN) beauftragte Arbeitsgruppe von Lehrern. Historikern und Autoren hat eine Serie von Unterlagen für den Schulunterricht zusammengestellt bzw. ausgearbeitet, die den Mangel an entspr. Beiträgen in den Schulbüchern oder deren verfälschende Inhalte ausgleichen soll.

Diese Unterrichtsmaterialien zu den Fächern Geschichte, Staatsbürgerkunde und Politik erscheinen unter dem Titel „Auf dem Stundenplan“ in der Monatszeitschrift UN in Loseblattform, um ein Sammeln und Abheften zu ermöglichen.

Lehrer und Schüler aller Schulformen und anderer Bildungseinrichtungen sind aufgerufen, sich mit diesen Unterlagen, die in offiziellen Lehrmaterialien selten zu finden sind, kritisch auseinanderzusetzen.

Bisher sind erschienen:

Folge 1:
Deutschland und seine Ostgebiete — Verzicht oder nicht ?

Folge 2:
Verdunkelung der Weltgeschichte durch Schulbuch-Bla-Bla

Folge 3:
1983 — nicht 50. Jahr der Machtübernahme, sondern 65. Jahr nach Versailles !

Folge 4:
Kriegsschuld — Die unbewältigte Gegenwart: Der 1. September 1939

Folge 5:
Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Versailles: Der Betrug im Schulbuch

Einzelblätter bei Portoerstattung kostenlos anzufordern von:
UN, POSTFACH 400215, D 4630 BOCHUM 4

Am 10. Dezember 1918 gab der spätere US-Präsident Herbert Hoover einen Bericht nach Washington, in dem festgestellt wurde, daß seit dem Waffenstillstand „die Kindersterblichkeit um 30 % und die Sterblichkeit der Menschen über 70 Jahre um 33 Prozent zugenommen habe.“[8]

Der britische Premier Lloyd George verlas am 8. März 1919 - also 4 Monate nach der Entwaffnung - aus einem Bericht: „Die Fischereiflotten, die ein paar Heringe hätten fangen wollen, wären sogar am Auslaufen verhindert worden.“! [9]

Warum? Winston Churchill hat es in schamloser Offenheit vor dem Unterhaus zugegeben: „Wir halten unsere Zwangsmittel in vollem Umfang aufrecht, sie sind ständig im Einsatz oder zu sofortigem Einsatz bereit. Die Blockade führen wir energisch durch ... Deutschland steht am Rande einer Hungersnot. Unsere Berichte zeigen zweitens, die große Gefahr eines Zusammenbruches der gesamten Struktur des sozialen und nationalen Lebens unter dem Druck des Hungers und der Unterernährung. Nun ist der Augenblick einer Regelung gekommen.“[10]

Aber die Herren Schulbuchverfasser meinen wohl, der Hunger schleiche seine Todesopfer lautlos an und daher sei es keine „Gewalt“. Der mit dem Hungertod von Millionen Deutschen erpreßte „Frieden“ sei also kein „Gewaltfrieden“!

So schleicht die Verfälschung der Geschichte auf Taubenfüßen ins Klassenzimmer.

Franz Joseph Strauß forderte am 30. November 1965 im Bundestag, „daß die gewohnheitsmäßigen, fahrlässigen, absichtlichen und manchmal bewußt in den Dienst der Auflösung der westlichen Gemeinschaft gestellten Verzerrungen der deutschen Geschichte und des Deutschlandbildes von heute bekämpft und beseitigt werden.“

Wir sind diesem Aufruf gefolgt und hoffen, daß die deutsche Jugend die Wahrheit nicht wegwirft wie einen Zigarettenstummel.

Quellenhinweise: 1) Lutz Hermann VERBRECHERVOLK IM HERZEN EUROPAS, Tübingen 1959 S. 43 - 2) Rimscha, Hans v. Geschichte Rußlands, Darmstadt 1970 S. 288 - 3) Lutz S. 88 - 4) Aigner, Dietrich CHURCHILL Göttingen 1975 S. 73 - 5) Churchill MEIN BUNDESGENOSSE Berlin 1942 S. 10 - 6) Hughes Emrys, CHURCHILL - EIN MANN IN SEINEM WIDERSPRUCH Tübingen 1959 S. 93 - 7) Aigner CHURCHILL S. 64 - 8) Hoover, Herbert MEMOIREN Mainz 1951 Bd. I S. 302 - 9) Hoover Bd. I S. 307/308 - 10) Hoover Bd. I S. 305

„Auf dem Stundenplan“ - Folge 5, UN 9/83. Unabhängige Nachrichten, Postfach 400215, 4630 Bochum 4. V.i.S.d.P.: Emil Maier-Dorn. Eigendruck. Abgabe an Schüler und Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck gestattet. Spendenkonto: Bankeinzug

Auf dem Stundenplan



- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

‚Auf dem Stundenplan' - Beiblatt für Schülerzeitungen - Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

VORSICHT! TRETMINEN IM SCHULBUCH!

Stichwort: Das Hoßbach-Protokoll

„Geschichtliche Weltkunde", Band 3, 2. Auflage 1979, Diesterweg-Verlag Frankfurt:

10. Der Zweite Weltkrieg

Lernziele

- Das Kapitel stellt Ursachen und Verlauf des Zweiten Weltkrieges dar, damit du Kriegsziele, Kriegsschuld und Kriegsverbrechen erkennen und beurteilen kannst.
- Es berichtet über die furchtbaren Auswirkungen des Vernichtungskrieges gegen andere Völker und über die Bewegungen des Widerstandes. Daraus sind Konsequenzen für die eigene politische Grundeinstellung zu ziehen.
- Das Kapitel informiert über die politischen und militärischen Unternehmungen der Anti-Hitler-Koalition, um eine Einsicht in den Wandel der weltpolitischen Machtverhältnisse durch den Zweiten Weltkrieg zu vermitteln.

10.1. Hitler entfesselt den Krieg in Europa

Hitlers Entschluß zur Kriegführung. Die Schaffung einer deutschen Großmacht war von Anfang an ein Grundsatz in Hitlers außenpolitischem Programm. Angespornt von Japans Großraumpolitik war er nun entschlossen, selbst um den Preis eines Krieges ein Großdeutsches Reich zu errichten, das einmal Europa beherrschen sollte. Am 5. November 1937 lud Hitler die Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile sowie den Außen- und den Kriegsminister zu einer Besprechung in die Reichskanzlei. Über Hitlers Ausführungen liegt uns ein Protokoll (die „Hoßbach-Niederschrift") vor:

Hoßbach-Protokoll

„. . .Stelle man an die Spitze der nachfolgenden Ausführungen den Entschluß zur Anwendung von Gewalt unter Risiko, dann bleibt noch die Antwort der Fragen ‚wann' und ‚wie'. Hierbei seien drei Falle zu entscheiden:
Fall 1: Zeitpunkt 1943/1945. Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten zu erwarten . . .
Wie die Lage in den Jahren 1943- 1945 tatsächlich sein wurde, wisse heute niemand. Sicher sei nur, daß wir nicht langer warten können . . .
Fall 2: Wenn die sozialen Spannungen in Frankreich sich zu einer derartigen innenpolitischen Krise auswachsen sollten, daß durch letztere die französische Armee absorbiert und für eine Kriegsverwendung gegen Deutschland ausgeschaltet würde, sei der Zeitpunkt zum Handeln gegen die Tschechei gekommen.
Fall 3: Wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat so gefesselt ist, daß es gegen Deutschland nicht vorgehen kann.
Zur Verbesserung unserer militärpolitischen Lage müsse in jedem Fall bei einer kriegerischen Verwicklung unser erstes Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen . . . Sei die Tschechei niedergeworfen, eine gemeinsame Grenze Deutschland-Ungarn gewonnen, so könne eher mit einem neutralen Verhalten Polens in einem deutsch-französischen Konflikt gerechnet werden. Unsere Abmachungen mit Polen behielten nur solange Geltung, als Deutschlands Stärke unerschüttert sei, bei deutschen Rückschlägen müsse ein Vorgehen Polens gegen Ostpreußen, vielleicht auch gegen Pommern und Schlesien in Rechnung gestellt werden . . ."

Alleinschuld am II. Weltkrieg? Also „Schuld an 50 Millionen Toten in aller Welt?"

Das war und ist die Begründung für die Zertrümmerung des Deutschen Reiches, die Entmündigung der deutschen Politik, für die Zersetzung des deutschen Selbstgefühls und damit der Zukunft der deutschen Jugend!

Und wie lautet die Begründung?

Im LEHR- UND ARBEITSBUCH FÜR GEMEINSCHAFTSKUNDE/POLITISCHE WELTKUNDE, Hirschgrabenverlag, Frankfurt/Main 1972 Seite 142 steht:

„Die Vorstellungen Hitlers, der besonders in der Außenpolitik allein bestimmte, lassen sich der Hoßbachniederschrift deutlich genug entnehmen."

„Deutlich genug" an dieser Niederschrift ist aber nur die freche Irreführung!

Die sogenannten Historiker haben aber bereits zurückgesteckt! Jahrelang hantierte man nämlich mit dem Begriff Hoßbach-“Protokoll“. Dafür ist diesen Herren der Boden aber bereits zu heiß geworden. Nun spricht man lediglich von einer **Niederschrift.**

Niederschreiben läßt sich aber alles, ohne daß die Feder sich sträubt. Und Hoßbach war ein Mann des „Widerstandes“.

Oberst Hoßbach war bei der Ansprache Hitlers am 5. November 1937 anwesend. Er hatte keinen Auftrag, ein Protokoll zu verfassen und war auch gar nicht in der Lage dazu. Hoßbach selbst: „Da ich über keine stenographischen Kenntnisse verfüge, war ich zu einer wortgetreuen und vollinhaltlichen Wiedergabe der Sitzung nicht in der Lage.“[1]

Aber in Schule und Schulbuch sind die „Historiker“ „in der Lage“, ein derart zweifelhaftes Schriftstück schlechthin zum wichtigsten „Schlüsseldokument“ hochzustilisieren.

Und ein für den Schulunterricht zuständiger Minister, der doch geschworen hat, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, läßt durch seine Dienststelle solchen Unfug absegnen!

Aber nicht nur dies: Eine „Niederschrift“ oder deren Abschrift gibt es gar nicht mehr! Man hat sie verschwinden lassen. Dafür zeigt man der Welt den schwindelhaften Text einer unauffindbaren Mikrofilmkopie.[2] Dieser wurde beim „Internationalen“ (in der Wahrheit aber interalliierten) Militärtribunal (IMT) unter der Signatur „386 PS Beweisstück US 25“ als Anklagedokument benutzt.

Oberst Hoßbach erklärte: „Auf welche Weise eine oder mehrere Schreibmaschinenabschriften meiner ehemaligen handschriftlichen Niederschrift zustandegekommen sind, entzieht sich meiner Kenntnis.“[3]

Noch schlimmer: Hoßbach hat sich eindeutig geweigert, die Übereinstimmung dieser Photokopie mit seiner Niederschrift zu bezeugen![4]

Es kommt noch übler: Hoßbachs Niederschrift wurde gelesen von:

1. dem Luftwaffenadjutanten des Führers, v. Below. Dieser erklärte, das dem Nürnberger Tribunal vorgelegte „Document PS 368“ sei etwa dreimal so umfangreich, wie das handschriftliche Original.[5] Also hätten die von den Siegern eingesetzten Geschichtsfälscher noch doppelt soviel dazugelogen![6] Somit gerade gut genug, um ins Schulbuch zum Zwecke der Besudelung der eigenen Geschichte aufgenommen zu werden.
2. dem Marineadjutanten v. Puttkamer, der sich nicht scheut, dieses „Schlüsseldokument“ für die angebliche deutsche Kriegsschuld als „gefälscht“ zu bezeichnen, (v. Below und v. Puttkamer am 12.12. und 13.12.1978 in Gesprächen mit Dankwart Kluge)
   Der Teilnehmer der Sitzung, Großadmiral Raeder, bezeugt, daß er durchaus nicht den Eindruck hatte, daß „Hitler von der Friedenspolitik zu einer Kriegspolitik übergehen würde.“[7]

Man mache sich aber nun nicht dadurch lächerlich, daß man solche Aussagen als Bekundungen von „Nazis“ verdächtigt. Ein Mann aus dem Kreise des Widerstandes. Viktor v. Martin, der eine Abschrift des „Dokumentes“ im Juli 1945 dem britischen Gouverneur Thompson zugespielt hatte, gab zu, daß das nunmehr vorliegende „Hoßbachprotokoll“ durch „Streichungen“. „Fälschungen“ und „Verfälschungen“ entstellt worden sei.[8]

Mit solchem schulbuchreifen Schwindel begründen deutsche „Historiker“ und Lehrer die geradezu tödliche Schuldanerkenntnis Deutschlands. Ein solches Machwerk wird der deutschen Jugend bedenkenlos als HAUPTBELASTUNGSDOKUMENT im Tonfall selbstverständlicher Anmerkungen unter die Weste gejubelt!

Einer der führenden Politologen der Bundesrepublik Professor Dr. Theodor Eschenburg, nennt die Anerkenntnis der deutschen Alleinkriegsschuld am II. Weltkrieg gar „die Grundlage der deutschen Nachkriegspolitik“.[9]

Wer mit solchen „Schlüsseldokumenten“ hantiert, stellt sich in die Dienste derer, die der deutschen Jugend eine tödliche Last auf die Schultern legen.

Wer es nötig hat, mit solchen Fälschungen und Irreführungen umzugehen, der beweist, daß sein Geschichtsbild auf tönernen Füßen steht, mehr noch, daß er wirkliche Beweise für die deutsche Schuld nicht in Händen hält.

Schwerste Folgen drohen daraus für unsere Zukunft. Deutsche Jugend, wehre Dich!

Quellenhinweise: 1) Dankwart Kluge DAS HOSSBACH-„Protokoll“ S. 66 - 2) Kluge S. 21 - 3) IMT XII S 228 - 4) Kluge S.34 - 5) Kluge S. 36 - 6) Kluge S.36 - 7) Raeder MEIN LEBEN Bd. 2 149 ff - 8) Kluge S.40 - 9) Bolko v. Richthofen KRIEGSSCHULD 1939 - 1945 S. 9

„AUF DEM STUNDENPLAN“ - Folge 6

UN - Ausgabe 10/83. Die Schülerblatt-Serie „Auf dem Stundenplan“ erscheint in regelmäßiger Folge in der Monatszeitschrift Unabhängige Nachrichten, Postfach 400215, D 4630 Bochum 4, ViSdP.: Emil Maier-Dorn.
Abgabe an Schüler kostenlos, wenn der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck und Beilage in Schülerzeitungen gestattet. Spendenkonto: Bankeinzug

Auf dem Stundenplan



- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

‚Auf dem Stundenplan' - Beiblatt für Schülerzeitungen. Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

Der böse Deutsche

Man kann in der Massenpropaganda gegen Deutschland nicht gut so vorgehen, daß man sagt: Bringt sie um, denn sie sind zu tüchtig, zu fleißig, zu erfolgreich, folglich sind sie uns ganz einfach im Wege.

Also heißt es stattdessen: Sie sind eine Plage der Menschheit, die ewigen Kriegsanstifter, die brutalen Eroberer.

Und so werden sie täglich - auch bei unseren militärischen Verbündeten - in Filmen und in den Massenmedien vorgezeigt. Auch die Deutschen selbst leisten in dieser Herabwürdigung ihr trauriges Soll ab.

Es sei daher - dem Zeitgeist zum Trotz - gestattet, dem ausgetrockneten deutschen Selbstbewußtsein ein paar warme Regentropfen zu spenden. Natürlich dürfen es keine deutschen Zeugnisse sein, die uns dabei helfen dürfen, denn sonst zetern unsere verbogenen Landsleute gleich wieder über die „deutsche Überheblichkeit". Denn wenn der derzeitige Deutsche mit dem Deutschen so recht deutsch reden will, muß er englisch lispeln oder russische radebrechen, damit er es gesagt haben darf.

Man höre: In den Zwanziger Jahren haben die ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Herriot, Painlevé, Paul Boncour u.a. einen Aufruf erlassen, in dem die Rechtlosigkeit der Minderheiten in Polen gegeißelt wurde und in dem es wörtlich heißt:

„Eine Woge von Terror ergießt sich in diesem Augenblick über Polen. Das ist in ihrer ganzen Abscheulichkeit die Herrschaft der Polizei und ihrer wilden Gewaltmaßnahmen."[1]

Der Russe Korostvetz, Träger des Titels „Ritter der französischen Ehrenlegion" schrieb über das damalige Polen:

„Polen hat sich so viele Feinde geschaffen, daß zu befürchten ist, daß dieser Kampf seine Kräfte übersteigt."[2]

Auf diesem Hintergrund kann erst die Würdigung des deutschen Verhaltens gewertet werden, die der polnische Politiker Wladimir Studnicki am 1. März 1929 der deutschen Minderheit zuteil werden ließ:

„Es gibt kein Volk, dessen Glieder als Bürger eines Fremdstaates sich durch eine so bedeutende Loyalität (pflichttreues regierungsfreundliches Verhalten) dem Staate gegenüber auszeichneten, wie die Deutschen."[2]

Ein Volk, das sich auch nach jahrelanger Quälerei nicht aus seiner Ruhe bringen ließ! Müssen ausgerechnet die Deutschen als ein Volk von Sadisten durch die Weltgeschichte geistern?

Und waren wir nicht immer schon ein besonders geduldiges, korrektes Volk?

Nachdem Deutschland 1811 fast zwei Jahrzehnte lang den Übergriffen und der Verarmung durch die Franzosen ausgesetzt gewesen war, schrieb Napoleon I. an den Generalgouverneur des Departements Elbemündung:

„Urteilen Sie selbst, was zu befürchten ist von einem so braven, so vernünftigen, so kühlen Volke, das von jeder Ausschreitung so fern ist, daß kein einziger von meinen Leuten während des Krieges in Deutschland ermordet wurde."[3]

Man halte dagegen, daß die Sowjetrussen sich rühmen, im völkerrechtswidrigen Partisanenkampf eine halbe Million Deutsche im Etappengebiet ermordet zu haben!

Millionen Deutsche standen im letzten Weltkrieg in vielen Ländern Europas. Durch sie war im wahrsten Sinne das deutsche Volk vertreten. In schroffem Gegensatz zu den niederträchtigen Verleumdungen durch unsere Feinde ist der Schild der deutschen Ehre so rein geblieben, wie der unserer Gegner es leider meist nicht war!

Der bedeutendste Militärsachverständige der ganzen Welt - der Engländer Liddell Hart, schrieb in seinen Lebenserinnerungen:

„Es war eine Überraschende Erscheinung des nächsten Krieges, daß sich die deutsche Armee in bezug auf menschliches Verhalten einen besseren Ruf erwarb als 1870 und 1914; man hätte eigentlich erwarten sollen, daß die Addition von „Nazismus" und „Preußentum" diesen Ruf verschlechtert hätte ... Reiste man nach dem Krieg durch die befreiten Länder, so hörte man allenthalben das Lob der deutschen Soldaten - und nur zu oft wenig freundliche Betrachtungen über das Verhalten der Befreiertruppen ... Die Annäherung zwischen Franzosen und Deutschen ist das bemerkenswerteste Ergebnis davon gewesen".[4]

Muß uns die Welt nicht beneiden um dieses

Zeugnis für die Menschlichkeit des ganzen deutschen Volkes?

Wie vergiftet aber in Deutschland selbst die Atmosphäre durch die Nachkriegspropaganda wurde, zeigt ein Gedicht, das in „Der Neue Vorwärts“ vom 18. September 1948 zu lesen war:

„Sie standen in Frankreich und Polen
Sie standen an Wolga und Don
Sie haben geraubt und gestohlen
Und wissen heut nichts mehr davon.

Das ist der Ruhm der Soldaten
Helden in Saus und Braus
Und alles, was sie taten,
Löffeln wir jetzt aus.

So, deutsche Jugend, wird das Bild des jahrelangen Heldenkampfes im eigenen Volk in den Schmutz gezogen. Im Spiegel eines ritterlichen Engländers müssen wir uns erst wiedererkennen !

Ja, der Gegner war sich nicht erst nach dem Kriege über das - nach Liddel Hart - „äußerst korrekte Verhalten der Deutschen“ im Klaren. 1944 gab man jedem Soldaten der Invasionsarmeen eine „Tornisterschrift“ an die Hand, die erreichen sollte, daß sich die „Befreier“ nicht schlechter verhalten sollten als die deutschen „Hunnen“! Es hieß darin:

„Fast bestimmt wird es das erstemal sein, daß Sie ein Land sehen, das mehrere Jahre deutscher Besatzung unterworfen war. Das müssen Sie sich fest einprägen. In der Tat hat sich, im ganzen genommen, der einzelne Soldat in Frankreich bemerkenswert korrekt verhalten. Er hatte Befehl, sich so zu verhalten ...“[5]

In der russischen „Tornisterschrift“ des Ilja Ehrenburg hieß es: „Tötet! Brecht den Rassenhochmut der germanischen Frauen! Nehmt sie als Beute!“

Was von dem deutschen Frontsoldaten über menschliche Haltung gesagt wurde, gilt für das ganze deutsche Volk, und nur der bösartig gezielte Haß will es anders wissen.

Nach all den empörenden Bedingungen des Versailler Vernichtungsdiktates hat das deutsche Volk auch nach dem 1. Weltkrieg nicht mit Auflehnung geantwortet, wie sie im gleichen Falle wohl überall hochgegangen wäre.

So konnte der Botschaftsrat der Vereinigten Staaten, Hugh Wilson, über das Deutschland des Jahres 1920 schreiben:

„Ich habe nie die Bevölkerung einer großen Nation gesehen, die so glühend und laut Frieden, Freundschaft und Zuneigung ersehnte... es herrschte ein weitverbreiteter und fast rührender Glaube, daß irgendwie eine bessere internationale Ordnung entstanden sei, daß die übrigen Staaten abrüsten würden, daß, sobald Deutschlands friedfertiger Sinn erkannt würde, die wirtschaftlichen Fesseln des Vertrags gelöst würden.... Die Deutschen von damals - 1920 - wollten befreundet sein mit der Welt, insbesondere aber wollten sie sich mit den Amerikanern anfreunden.“[6]

Lest Ihr, deutsche Schüler, solches in euren Schulbüchern?

Quellenangabe: 1) Friedrich Grimm FRANKREICH UND DER KORRIDOR S. 78 Hamburg 1939 - 2) Herder STAATSLEXIKON IV S. 250-3) Edwin Hennig ZEITGESCHICHTLICHE AUFDECKUNGEN S. 24 München 1964 - 4) Liddell Hart LEBENSERINNERUNGEN S. 143 Düsseldorf 1966 - 5) Alfred Bornhardt DAS JANUSGESICHT DER SOZIALDEMOKRATIE S. 158 Stuttgart 1953 - 6) Hermann Lutz VERBRECHERVOLK IM HERZEN EUROPAS S. 127/128 Tübingen 1958

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

Eine von den Unabhängigen Nachrichten (UN) beauftragte Arbeitsgruppe von Lehrern, Historikern und Autoren hat eine Serie von Unterlagen für den Schulunterricht zusammengestellt bzw. ausgearbeitet, die den Mangel an entspr. Beiträgen in den Schulbüchern oder deren verfälschende Inhalte ausgleichen soll.

Diese Unterrichtsmaterialien zu den Fächern Geschichte, Staatsbürgerkunde und Politik erscheinen unter dem Titel „Auf dem Stundenplan“ in der Monatszeitschrift UN in Loseblattform, um ein Sammeln und Abheften zu ermöglichen.

Lehrer und Schüler aller Schulformen und anderer Bildungseinrichtungen sind aufgerufen, sich mit diesen Unterlagen, die in offiziellen Lehrmaterialien selten zu finden sind, kritisch auseinanderzusetzen.

Bisher sind erschienen:

Folge 1:
Deutschland und seine Ostgebiete - Verzicht oder nicht?

Folge 2:
Verdunkelung der Weltgeschichte durch Schulbuch-Bla-Bla

Folge 3:
1983 - nicht 50. Jahr der Machtübernahme, sondern 65. Jahr nach Versailles!

Folge 4:
Kriegsschuld — Die unbewältigte Gegenwart: Der 1. September 1939

Folge 5:
Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Versailles: Der Betrug im Schulbuch

Folge 6:
Vorsicht: Tretminen im Schulbuch! Stichwort: Das Hoßbach-Protokoll

Folge 7:
Der böse Deutsche

Einzelblätter bei Portoerstattung Kostenlos anzufordern von:
UN, POSTFACH 400215, D 4630 BOCHUM 4

„AUF DEM STUNDENPLAN“ - Folge 7 - Unabhängige Nachrichten, Ausgabe 11/83, Seiten 9-10. V.i.S.d.P.: Emil Maier-Dorn. - UN, Postfach 400215, D 4630 Bochum 4
Abgabe an Schüler kostenlos - Abdruck erwünscht
Spendenkonto: Bankeinzug

Unabhängige Nachrichten, Ausgabe 4/85, Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

— Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher —

'Auf dem Stundenplan' - Beiblatt für Schülerzeitungen. Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Stichworte:
LUSITANIA, LIDICE, ORADOUR

Vierzig und mehr Jahre danach .....

In dem Bestreben, auch Jahrzehnte nach Kriegsschluß die Diffamierung des deutschen Volkes in aller Welt aufrecht zu erhalten und eigene Schuld vergessen zu machen, wiederholen hintergründige Unruhestifter - und sogar auch Unwürdige im eigenen Volke - Falschdarstellungen vergangener Kriegsereignisse, die längst widerlegt sind.

Da tauchen immer wieder die Vorkommnisse von **Lidice und Oradour** auf, und selbst die seit dem Mai 1915 vor der irischen Küste auf dem Boden der See rostende **„Lusitania"** muß immer noch dazu herhalten. Um ihr tragisches Schicksal richtig zu beurteilen, muß man folgendes wissen:

Mit Beginn der englischen Kriegserklärung gegen das Deutsche Reich am 4.8.1914 führte England die „Seeblockade" gegen die deutschen Küsten ein. Das heißt, sie drohte jedes Schiff - auch jedes neutrale - zu versenken, das einen deutschen Hafen ansteuerte. Bei der Übermacht der seebeherrschenden englischen Hochseeflotte bedeutete dies die gänzliche Unterbindung von Lebensmittelzufuhren zur See für das Deutsche Reich, ohne die eine ausreichende Ernährung nicht möglich war. Diese völkerrechtswidrige Maßnahme berechtigte und veranlaßte die deutsche Seekriegführung zu entsprechenden Gegenmaßnahmen. Wegen der Unterlegenheit der deutschen Hochseeflotte, die nicht auf Kriegführung gegen England eingestellt war, gab es nur eines: Den Einsatz der ganz neuen und noch unerprobten Unterseebootwaffe zu einer nur beschränkt möglichen Gegenblockade der englischen Küsten. Am 4. Februar 1915 erfolgte die Erklärung der Gewässer um England als Kriegsgebiet, nachdem England die gesamte Nordsee als Kriegsgebiet erklärt und die Hungerblockade über Deutschland eröffnet hatte.

Die US-amerikanische Regierung belieferte auch schon vor der am 6.4.1917 erfolgten amerikanischen Kriegserklärung das kriegführende England einseitig mit Lebensmitteln, Waffen und Munition. Mit Recht verfielen amerikanische (und natürlich auch andere England ansteuernde Schiffe) der Seeblockade.

Am 7. Mai 1915 sichtete das deutsche U-Boot U 20 vor der irischen Küste einen großen Dampfer mit Kurs auf Queenstown. Die 4 Schornsteine waren schwarz bemalt, die Reedereizeichen überstrichen, eine Flagge war nicht gesetzt. Das Boot schoß einen Torpedo ab, der an Steuerbordseite traf. Bericht des Kommandanten: „Ungewöhnlich starke Detonation, gefolgt von ungeheurer Rauchwolke. Trümmermassen flogen bis in Schornsteinhöhe. Es folgte eine zweite Explosion, als wäre Munition in die Luft gegangen. Die Brücke und die Stelle der Bordwand, wo der Torpedo traf, waren weit aufgerissen....".

Am Bug des sinkenden Schiffes erkannte ein Besatzungsmitglied des U-Bootes durch das Sehrohr den Namen „Lusitania". Es handelte sich um den mit Munition beladenen, aber auch Passagiere befördernden englischen Dampfer dieses Namens, der bereits 1913 auf Drängen

Auf dem Stundenplan

— Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher —

Eine von den Unabhängigen Nachrichten (UN) beauftragte Arbeitsgruppe von Lehrern, Historikern und Autoren hat eine Serie von Unterlagen für den Schulunterricht zusammengestellt bzw. ausgearbeitet, die den Mangel an entspr. Beiträgen in den Schulbüchern oder deren verfälschende Inhalte ausgleichen sollen.
Diese Unterrichtsmaterialien zu den Fächern Geschichte, Staatsbürgerkunde und Politik erscheinen unter dem Titel „Auf dem Stundenplan" als Teil (Innenblatt) der Monatszeitschrift UN in Loseblattform, um ein Sammeln und Abheften zu ermöglichen.
Lehrer und Schüler aller Schulformen und anderer Bildungseinrichtungen sind aufgerufen, sich mit diesen Unterlagen, die in offiziellen Lehrmaterialien selten zu finden sind, kritisch auseinanderzusetzen.

der britischen Admiralität unter Marineminister Winston Churchill im Hinblick auf den schon damals beabsichtigten Krieg gegen Deutschland zum Hilfskreuzer umgebaut worden war.

Nach jahrzehntelanger Ableugnung von englischer Seite bewies der englische Publizist Colin Simpson in seinem 1972 erschienenen Buch „Lusitania“ anhand genauer Untersuchungen, daß das Schiff (30369 BRT) für umfangreiche Transporte von Waffen und Munition auf regelmäßigen Fahrten von New York nach Liverpool benutzt wurde. (Siehe Martin Jenke „Verheimlichte Tatsachen“ S. 75 - 78).

Mit der gleichzeitigen Benutzung des Munitionsschiffes als Passagierschiff (die Versenkung kostete rund 1200 Menschen das Leben) verschaffte sich die britische Kriegspropaganda unter Ableugnung der eigenen Schuld ein lange benutztes Mittel zur Diffamierung der deutschen Kriegführung. Die britische Schuld wiegt umso schwerer, als es der britischen Admiralität bekannt sein mußte, daß sie die Lusitania ungewarnt in ein Operationsgebiet deutscher U-Boote laufen ließ, in dem kurz zuvor einige kleine Schiffe versenkt worden waren.

Wer heute noch die deutsche Kriegführung im Fall Lusitania beschuldigt, macht sich durch Verschweigen der näheren Umstände, insbesondere der englischen Seeblockade, der Geschichtsfälschung schuldig.

Schmutziges Geschäft

Ein Täuschungsmanöver brachte Amerika in den Ersten Weltkrieg: Der Untergang des britischen Passagierschiffes „Lusitania" war von Winston Churchill vorgeplant, behaupten britische Autoren. ...

Der Streit erregte Amerika, seit ein deutsches U-Boot am 7. Mai 1915 das von New York kommende britische Passagierschiff „Lusitania“ nahe der Südwestküste Irlands versenkt hatte. Wie kein anderes Ereignis im Ersten Weltkrieg brachte der Untergang der „Lusitania“ die damals noch neutralen USA gegen Deutschland auf: Unter den 1198 Menschen, die dabei umgekommen waren, befanden sich 124 Amerikaner. ...

Die Legende von der unprovozierten Versenkung eines harmlosen Passagierdampfers nistete sich in angelsächsischen Geschichtsbüchern ein. So behauptete etwa die „Encyclopedia Americana“, die „Lusitania“ habe „keine Geschütze, Explosivstoffe oder Granaten“ besessen.
Seit Mitte dieses Monats müssen die Legendenschreiber die „Lusitania“-Mär korrigieren: Zwei Illustrierte, Amerikas „Life“ und Frankreichs „Paris Match“, druckten Passagen eines demnächst erscheinenden Buches ab. In dem der britische Publizist Colin Simpson nachweist, daß die Versenkung der „Lusitania“ ein konventioneller Akt der Seekriegsführung war. ...

Im Februar 1913 aber brachte sich die Admiralität wieder in Erinnerung. Marineminister Winston Churchill ließ die Cunard-Herren wissen, die Stunde der Bewährung nahe heran; der Krieg gegen Deutschland sei sicher, spätestens im September 1914 werde er ausbrechen.
Die „Lusitania“ kam daraufhin in ein Trockendock von Liverpool, um vollends für den Krieg gerüstet zu werden. Schutz- und Oberdecks erhielten Panzerplatten, Pulvermagazine und Halterungen für Granaten wurden eingebaut, zum Schluß montierte man zwölf 15-Zentimeter-Schnellfeuergeschütze an Bord, die nach außen sorgfältig verdeckt waren. Ab 17. September 1914 - der Krieg tobte bereits - gehörte die „Lusitania“ als Hilfskreuzer zur britischen Kriegsflotte.

Auszug: Spiegel Nr. 45/1972 Seiten 143 - 144

Lidice

Die Selbstbeschuldigungssucht und Kniefallpolitik bezüglich der deutschen Vergangenheit, die seit Jahrzehnten bei uns eingerissen ist, ist leider immer noch nicht der Erkenntnis gewichen, daß wir „40 Jahre danach“ keinen Grund zur einseitigen Entschuldigung haben, wenn angebliche oder tatsächliche Kriegsverbrechen auf deutscher Seite denjenigen unserer Kriegsgegner gegenübergestellt werden. Und wir sollen nicht aufrechnen?

Weil immer noch spektakuläre Vorfälle wie „Lidice“ oder „Oradour“ von unserer Prominenz, Presse oder Funk als abschreckendes Beispiel einseitig und ohne sachliche Darstellung zitiert werden, jedoch weit schlimmere damalige Handlungen der Gegenseite diesen sonderbaren Volksvertretern nicht erwähnenswert erscheinen, sind wir um der geschichtlichen Wahrheit willen verpflichtet, nicht zu schweigen. Zum Beispiel besuchte der Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer kürzlich Afghanistan und appellierte danach an uns Bundesbürger, dieses „tägliche Lidice“ durch Spenden zu mildern. Wir meinen, man sollte nicht immer nur „Lidice“ als abschreckendes Beispiel hinstellen, sondern auch mal mit „Dresden“ vergleichen oder mit den toten Frauen und Mädchen von Stuttgart, die 1945 die Massenvergewaltigungen durch die Besatzer nicht überlebten. Ähnliche Vergleiche stehen in großer Zahl zur Verfügung.

Auch der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion Klein verglich die Zerstörungen in Afghanistan mit „Hunderten von Oradours und Lidices“. Wie aber war das z.B. mit Lidice?

Am 10. Juni 1942 wurde der Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer Heydrich, in einer Vorstadt von Prag erschossen, als er, nur in Begleitung seines Fahrers, auf dem Weg zu seiner Dienststelle war. „Ein englischer Langstreckenbomber setzte bereits in der Nacht zum 19. Dezember 1941 die Männer ab, die fünf Monate später den Mord ausführten. Der Ausgang des Unternehmens mit Schwarzsender, Waffen, Munition und Verpflegung war das Dorf Lidice.“ (Wilhelm Pleyer, Europas unbekannte Mitte, S. 232).

Nach dieser Feststellung wurde das Dorf Lidice zerstört, nachdem es zuvor von Frauen und Kindern geräumt worden war. Die Männer, etwa 192, wurden erschossen. Hierüber schrieb der schottische Geistliche Reverend Peter H. Nicoll in seinem Buch „Englands Krieg gegen Deutschland“ Seite 312:

„Der Fall Lidice wirft auf die Engländer kein besseres Licht als auf die Deutschen, nachdem neuerdings bekannt geworden ist, daß der Mord

an Heydrich von britischen ‚agents provocateurs' verübt wurde. Ihr Ziel war, deutsche Vergeltungsmaßnahmen zu provozieren und damit den Haß auf die Deutschen, die angeblich so wilden Barbaren, zu steigern. Die Engländer waren im Einsatz dieser agents provocateurs, die in der Hauptsache deutsche Vergeltungsmaßnahmen erzwingen und damit die einheimische Bevölkerung sowie die alliierte Öffentlichkeit gegen Deutschland aufbringen sollten, sehr aktiv. Sie waren für viele Gewaltakte in Dänemark verantwortlich, wo die Deutschen die Bevölkerung besonders rücksichtsvoll behandelt hatten, und die Dänen darum gegen sie aufgehetzt werden mußten. Diese Agenten hatten auch großen Anteil an den Greueltaten in der Via Rasella in Rom im März 1944, welche die immer wieder propagandistisch ausgebeuteten Vergeltungsaktionen der Deutschen in Italien zur Folge hatten. ... Kein denkender Mensch wird bestreiten, daß die deutsche Vergeltungsaktion an Lidice eine brutale und beklagenswerte Maßnahme war, aber sie als Akt einzigartiger Barbarei zu bezeichnen, ist absurd.... Die von den Alliierten begonnenen Vernichtungsbombenwürfe brachten Millionen der Zivilbevölkerung ums Leben. Tausende fanden in Hamburg und anderen deutschen Städten durch die von Engländern abgeworfenen Phosphor-Brandbomben den Feuertod. Über Hunderttausende verbrannten bei dem militärisch in keiner Weise erforderlichen und berechtigten amerikanischen Atombombenangriff auf Hiroshima und Nagasaki. Nach dem Krieg haben die Tschechen, wie der Gegner der Nationalsozialisten und bayerische Edelmann Hubertus Prinz zu Löwenstein nachwies, bei der Vertreibung der Sudetendeutschen Lidice dutzendfach wiederholt. Die Franzosen haben sich damit gebrüstet, sie hätten im Spätsommer 1955 die Behandlung Lidices in einem Tage neun algerischen Dörfern angedeihen lassen. Zur gleichen Zeit haben die Engländer beim Niederwerfen der Revolten in Malaya und Kenya dieselben Methoden angewandt...."

Oradour

Als am Schluß des zweiten Weltkrieges die deutschen Truppen sich aus dem besetzten Teil Frankreichs zurückzogen, bekamen diejenigen Kräfte in Frankreich freie Hand, die als „Maquisards" oder „Franc-Tireurs" während der Besatzungszeit einen völkerrechtswidrigen Heckenschützenkrieg (Partisanenkrieg) gegen die deutschen Besatzungstruppen geführt hatten. Sie wüteten jetzt mitleidlos und grausam gegen die sogenannten „Kollaborateure", d.h. gegen diejenigen Franzosen, die während der Besatzungszeit z.B. als Verwaltungsbeamte mit den deutschen Stellen bei der Versorgung der Bevölkerung und sonstigen Wirtschafts- und Ordnungsaufgaben pflichtgemäß zusammengearbeitet hatten. Die Toten sind nie gezählt worden, man schätzt aber, daß weit über 100000 „Kollaborateure" außerhalb aller Gesetzlichkeit erschlagen oder erschossen worden sind. Eine Amnestie schloß das Kapitel ab.

Zuvor hatten sich diese entgegen der Haager Landkriegsordnung nach Heckenschützenart tätige Gruppen gebildet, als nach Abschluß des Frankreichfeldzuges zwischen der deutschen Reichsregierung und der französischen Regierung Petain (Vichy-Regierung) ein Waffenstillstand abgeschlossen war. Manche ihrer Führer waren russische, spanische und französische Kommunisten. Ziel der für die deutschen Soldaten verlustreichen hinterhältigen Mordanschläge war die Erzwingung deutscher Abwehrmaßnahmen und damit die Aufputschung der Zivilbevölkerung, um eine sich anbahnende Verständigung zwischen deutschen Soldaten und der französischen Bevölkerung zu unterbinden. Waffen und Munition erhielt der Maqui durch Abwurf englischer Flugzeuge.

Im Juni 1944 befand sich die 2. SS-Panzerdivision in Frankreich auf dem Marsch nach Norden an die durch die englisch-amerikanische Landung entstandene Invasionsfront. Sie erreichte Limoges, in dessen Nähe das Dorf Oradoure sur Glane liegt. Zu dieser Zeit war ein Bataillonskommandeur dieser Division, Kämpfe, in die Hand der Partisanen gefallen und es wurde infolge einer Agentenmeldung vermutet, daß er in Oradour gefangen gehalten und gefoltert wurde. Daraufhin erhielt die 3. Kompanie eines SS-Panzergrenadier-Bataillons am 10.6.1944 den Befehl, Kämpfe zu suchen, nach Möglichkeit zu befreien und andernfalls Geiseln zu nehmen, die zum Austausch gegen Kämpfe dienen sollten. Zu dieser Zeit war der Truppe noch nicht bekannt, daß es sich bei Oradour um ein typisches Partisanendorf handelte. Aber bereits vor dem Dorf fand die Kompanie eine mit allen 12 Insassen, Sanitätern und Verwundeten, verbrannte Sanitätsstaffel des Heeres. Die verbrannten Fahrer waren am Lenkrad ihrer Wagen angebunden. Im Dorf fand sich die verstümmelte Leiche eines deutschen Offiziers, aber es war wahrscheinlich nicht Kämpfe. Er war am Vormittag desselben Tages gefoltert und verbrannt worden. Es fanden sich weitere Leichenteile deutscher Soldaten, und auf dem Gehöft Picat lagen unidentifizierte Leichen im Brunnen.

Nach der Besetzung des Dorfes wurden die Einwohner aufgefordert, sich auf dem Marktplatz zu versammeln. Von dort wurden die Frauen und Kinder in die Kirche gebracht. Die Männer wurden in Scheunen eingewiesen und bewacht. Die Kompanie wurde eingeteilt für die Sicherung um das Dorf, für die Bewachung der Männer und für die Durchsuchung des Dorfes. Kämpfe wurde nicht gefunden, aber in fast allen Häusern fanden sich Waffen und Sprengstoff. Diese Häuser wurden zur Vernichtung der Munition in Brand gesetzt. Diese Maßnahme entsprach einem für

den Partisanenkampf gegebenen Befehl des Oberbefehlshabers West und dem geltenden internationalen Kriegsrecht. Partisanen stehen nicht unter dem Schutz der Haager Landkriegsordnung. Ferner stellte sich heraus, daß schätzungsweise 100 Maquisards dem Befehl zur Sammlung auf dem Marktplatz nicht gefolgt waren. Es entwickelten sich aus Partisanenverstecken Schießereien im Dorf und auch um die Kirche. Später wurde festgestellt, daß es ideale Verstecke gab, z.B. unter der Kirche und auf dem Friedhof. In Oradour und im weiteren Umkreis schätzte man etwa 1000 organisierte Partisanen. Explosionen und danach Brand in der Kirche hatten zur Folge, daß die Frauen und Kinder die Kirche wegen Zerstörung der Ausgänge nicht mehr verlassen konnten und darin umkamen. Die seitdem verbreitete Behauptung, die Kirche sei von den SS-Soldaten angezündet worden, ist unwahr. Zuerst explodierte der Oberteil des Kirchturmes, weil er versteckte Munition enthielt. Weitere Munition explodierte in einem Raum unter der Sakristei. Die Kirche war nicht untersucht worden, so daß das Vorhandensein der Munition und die nachgewiesene Anwesenheit von Partisanen in der Kirche und in Verstecken unter der Kirche den Soldaten unbekannt gewesen war. Die Möglichkeit liegt nahe, daß die Sprengung von Partisanen ausgelöst wurde.

Daß die Kirche nicht von deutschen Soldaten angezündet wurde, jedoch einige Frauen und Kinder von deutschen Soldaten gerettet wurden, ist sehr viel später von geretteten Frauen bestätigt worden, nachdem vorherige Vorgänge, so auch der Oradour-Prozeß in Bordeaux, eher zur Verschleierung als zur Klärung des Hergangs gedient hatten.

Während dieser unübersichtlichen Verwirrungen, auch verbunden mit einem Ausbruchsversuch von Männern, ist die zuvor keineswegs beabsichtigte Erschießung der etwa 180 Männer befohlen worden und erfolgt. Die Zahl der umgekommenen Frauen und Kinder konnte nicht festgestellt werden, weil die ungeheure Hitzeentwicklung der explodierenden Munition die größte Zahl der Leichen gänzlich vernichtete. Daß die Glocke im Turm schmolz, ist der beste Beweis für die Entzündung hochexplosiver Sprengstoffe, ohne die ein Brand des Gebäudes das Kupfer nicht hätte zum Schmelzen bringen können.

Daß es Kreise gibt, die zwecks Diffamierung der deutschen Kriegführung und besonders der Waffen-SS die wahren Vorgänge um Oradour zu verschleiern bemüht sind, ergibt sich aus folgender der einschlägigen Literatur entnommenen Feststellung: Das, was die Vichy-Behörden über Oradour ermittelt haben, wurde durch Gesetze von Charles de Gaulle vom Oktober 1944 für 50 Jahre in die Staatsarchive verbannt und verschlossen. Auch dort wird sich also voraussichtlich später die Bestätigung finden, daß die tragischen Ereignisse von Oradour durch die völkerrechtswidrigen Mordanschläge während des mit Frankreich geschlossenen Waffenstillstandes hervorgerufen wurden.

H.W. Schimmelpfeng

Benutzt: Herbert Taege, "Wo ist Kain?" Enthüllungen und Dokumente zum Komplex Tulle und Oradour, Askania-Verlag 1961,

Martin Jenke, Verheimlichte Tatsachen, Verlagsagentur Angerer, München 1981

„AUF DEM STUNDENPLAN"- Folge 8

UN • Ausgabe 4/ 85. Die Schülerblatt-Serie „Auf dem Stundenplan" erscheint in regelmäßiger Folge in der Monatszeitschrift Unabhängige Nachrichten, Postfach 400215, D4630 Bochum 4. ViSdP.: Hans W. Schimmelpfeng. Abgabe an Schüler kostenlos, wenn der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck und Beilage in Schülerzeitungen gestattet.
Spendenkonto: Bankeinzug

Unabhängige Nachrichten, Ausgabe 9/85, Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

‚Auf dem Stundenplan' - Beiblatt für Schülerzeitungen. Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Die Tschechen - ein „slawisches Volk"?

Wie die Kelto-Germanen Böhmen-Mährens zu „Slawen" umgemünzt wurden. Aus „Böhmen zweiter Ordnung" machte man „die Tschechen". Nutznießer dieses Völkerbetruges: die Okkupationspolitik des Ostblocks.

Den Verfechtern der kommunistisch-panslawistischen Okkupationspolitik dienen vor allem die groben Irrtümer der bisherigen Geschichtsschreibung als dogmatisch bestimmende Argumentations- und Propagandagrundlage.

Um die geforderte Anerkennung der Oder-Neiße-Demarkationslinie als künftige deutsch-polnische „Friedensgrenze" durchsetzen zu können und die „Rechtmäßigkeit" des Raubes reindeutscher Volksgebiete - darunter das Hultschiner Ländchen, das Sudeten- und Egerland, der Böhmerwald, Deutsch-Mähren, die nördlichen Randgebiete von Ober- und Niederösterreich, die Untersteiermark und Unterkärnten — **in ihrer Glaubhaftmachung theoretisch zu begründen, betreiben polnische, sowjetische und tschechische „Wissenschaftler" im Verein mit willfährigen deutschen Etablierten eine unermüdliche „Forschungsarbeit".**

Deren Ergebnisse schlagen sich in der Literatur ihrer jeweiligen „Akademie der Wissenschaften" nieder, werden außerhalb des sowjetischen Kolonialreiches unkritisch und teils sogar wohlwollend übernommen und beeinflussen - grob vereinfachend in „Aufklärungsschriften" und Artikelserien aller Art zusammengefaßt - die an Zahl ständig zunehmende, in sämtlichen Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens unheilvoll dominierende Schicht der Halbgebildeten Westeuropas und der USA.

Die verheerenden Erfolge der slawophilen Propaganda

Den Erfordernissen der sowjetischen Deutschland- und Europapolitik angepaßt, bereitet diese Art der „wissenschaftlichen" Aktivität eine vorsorglich eingeplante Brückenkopfbildung westlich von Elbe und Saale vor.

Die vom „Akademie-Verlag" Ist Ost-Berlin herausgebrachten Geschichts-, Siedlungs- und Volkstumskarten enthalten jeweils eine klar erkennbare, zugunsten der „DDR" verschobene Grenzlinie - die „Urheimat" der „Slawen" in „westlichen 'Grenzmarken'" einbeziehend -, eine Grenzlinie also, die von Eckernförde über Kiel, Bad Oldesloe, Lauenburg/Elbe und Lüneburg bis Wolfsburg reicht, aber auch Ost-Oberfranken und die Oberpfalz bis an den Main und an die Pegnitz einschließt.

Es kann nicht übersehen werden, daß ausgerechnet in dem erwähnten breiten Gebietsstreifen eine slawophil ausgerichtete, intensive „Forschungstätigkeit" eingesetzt hat, die publizistisch natürlich unterstützt und breit ausgewalzt wird.

Von Kiel bis Kärnten 'slawischer' Boden?

- Die Aktivitäten der „Deutsch-polnischen Schulbuchkommission" haben in den Schulen der BRD zur Vermittlung eines falschen Geschichtsbildes über Entwicklungsvorgänge in Mittel- und Osteuropa geführt,
- In Polen wird dem Offiziernachwuchs und den Studierenden seit Jahren gelehrt, daß z.B. LÜBECK, LAUENBURG/Elbe, RATZEBURG, KIEL usw. „uralte slawische Städte" seien; daß somit ein historischer Anspruch der „slawischen Völkerfamilie" auf HOLSTEIN, ja sogar auf Teile DÄNEMARKS bestünde.
- Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) veröffentlichte Im Jahr 1979 eine Landkarte, welche die von Polen angestrebte „neue Westgrenze" zeigt. Diese „Grenze" verläuft von KIEL zur Elbemündung, dann nach BREMEN und von dort über HANNOVER und FRANKFURT/Main bis in den Ostraum von MÜNCHEN und schließt nach polnischer Auffassung die „Urheimat der Slawen" ein.

Forts. auf der Rückseite

Wie in Polen dem intellektuellen Nachwuchs weisgemacht wird, die „Westgrenze der ‚Slawen'" schließe Schleswig-Holstein und den Süden Dänemarks ein und verlaufe westlich der Elbe über Hannover und Frankfurt am Main bis in den Ostraum Münchens, so impft man dem tschechischen Schulkind schon seit geraumer Zeit ein, der Rückgewinnung „'altslawischen' Bodens" in Schlesien, Böhmen und Mähren müssen eines Tages auch jene der „angestammten Gebiete" im Westen (Bayerischer Wald) und im Süden bis zur Donau zwischen Passau und der Slowakei folgen.

Solcherart bauen die Kommunisten vorsorglich eine Bewußtheit auf, die im Zuge erhoffter Entwicklungsvorgänge einer angestrebten Okkupation des oberösterreichischen Mühlviertels

und des niederösterreichischen Wald- und Weinviertels den nötigen „nationalen“ Rückhalt sichern soll.

Die Erfolge der seit über 100 Jahren zäh durchgesetzten slawophilen Propaganda haben immerhin gezeigt, wie verhältnismäßig rasch sich derartige Ansprüche verwirklichen lassen.

„Ideales Menschenreservoir“: Die Böhmen zweiter Ordnung

Die übliche Lehrmeinung suggeriert uns Deutschen zwar seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts die verschwommene These von einem gewachsenen„Slawen“tum „fremdvölkischer“ Art im böhmisch-mährischen Raum, bleibt uns aber - wie's ja gar nicht anders sein kann!-jeden Beleg und Beweis für Entstehung und Werden dieses einmaligen Volkswunders ohne Ursprung und Herkommen nach wie vor schuldig. Legenden, aus der Luft gegriffene Erfindungen und primitive Fälschungen - das ist alles, was man - „untermauernd“ - zu bieten vermag. Nichts davon hält der Überprüfung stand, wenn sorgsam erforschte Tatsachen berücksichtigt werden.

Weder der Massenmord an Deutschen, noch die Vertreibungsverbrechen oder ein „tschechischer Anspruch“ auf weitere „'slawische' Volksgebiete“ im Westen und Süden lassen sich ethnisch oder historisch begründen.

Ein den Deutschen gegenüberstehendes Volk der „Tschechen“, „Czechen“ oder „Češsi“ fremdrassischer oder fremdvölkischer Herkunft gab es nie und gibt es nämlich überhaupt nicht. Wie auch die Mehrheit der Deutschen, sind Tschechen und Slowaken vorwiegend Nachkommen der keltischen und germanischen Bevölkerung im böhmisch-mährischen Raum. Erst als Folge der Schwertmission entstand die Kluft unter Menschen ethnisch gleichen Urstammes - nämlich zwischen „Böhmen erster Ordnung“ (privilegierte Deutsche unter königlichem Schutz) und „Böhmen zweiter Ordnung“ (rechtlose Böhmen und Mährer als Ausbeutungsobjekte der geistlichen und weltlichen Grundherren).

Generationen lang geistig-seelisch unterworfen und unterdrückt, oft wie Haustiere behandelt, als Leibeigene ohne Bildungsmöglichkeiten, besitzlos und ärmlich lebend, stellte das große Heer der unzufriedenen „Böhmen zweiter Ordnung“ ein ideales Menschenreservoir für die reichsfeindliche Kirchenpolitik und deren klosterpriesterliche Exekutivorgane dar.

„ .. Nichts Slawisches ging aus dem Lande hervor!"

Ein Gegensatz zu den Deutschen wurde eingepflanzt und sorgfältig hochgezüchtet. Dem Klerus und seinen Helfern fiel es dann auch nicht mehr schwer, ein völlig anderes Wertbewußtsein, den „Neues-Volk-im-Volk“-Begriff - zu verankern, der von den unwissend gehaltenen Massen der Unterprivilegierten mit Beginn 19. Jahrhundert als eine Art „Selbstbefreiung von jahrhundertelanger Unterdrückung“ empfunden, akzeptiert und „sinn-inhaltlich“ ausgefüllt wurde. Die Scheingeburt eines zu kreierenden „Tschechentums“ samt dazugehöriger „Nationalsprache“ gelang! Aber selbst der panslawistische Vorkämpfer und Historiker Koneczny (Tscheche!) sah sich veranlaßt, die betrügerische Manipulation indirekt zu berichtigen, als er niederschrieb,

„ ..., daß man die Tschechen anderwärts als deutschen Stamm betrachtet, denn nichts Slawisches ging aus dem Lande hervor.“

Dieser bemerkenswert wahrheitsliebenden Feststellung wäre nichts hinzuzufügen, wenn Koneczny im Jahre 1897 seiner Mitwelt auch die Bedeutung der Namensfindung „Tschechen“ erklärt hätte. Der erwähnte Sammelbegriff, eine Verdeutschung der willkürlich aus dem Mittellateinischen rückübersetzten Form „Cech“ für „Bohemus“ (= „der Böhme“) erfaßte in seiner Grundbestimmung alle Bewohner Böhmens einschließlich der Reichsunmittelbaren, der Deutschböhmen.

Die Sprache - Konspirative Fälscher am Werk

Nichtsahnend und -argend hatte König und Kaiser Karl IV. (1346-1378) in der Reichshauptstadt Prag landfremden Glagolitenmönchen vom Balkan leichtsinnig die Erlaubnis zum Wirken im Sinne der Romkirche erteilt. Im Prager Kloster Emaus nahmen sie - gemeinsam mit ortsansässigen Klerikern und ausgewählten Söhnen Besitzloser und Verarmter - ihre spalterische Tätigkeit auf. Anfangs wurden aus dem Lateinischen nur Heiligenlegenden und Fabeln in die KYRIL-LIZA - die verfeinerte GLAGOLICA - übersetzt; dies allerdings nicht ohne Spitzen und Ausfälle gegen das Reichsdeutschtum. Diesen Übungen folgten Übertragungen aus dem Spätlateinischen und aus alt- und mittelhochdeutschen Texten. Auf diese Weise entstand schließlich mit der Zeit eine „sprachliche“ (nachsprechbare) Kunstliteratur, die später erst als „Nachweis einer neuen Nation“ diente. Hinter unverletzlichen Klostermauern entwickelte sich dabei eine geheimnisvolle und konspirative Atmosphäre. In diesem politischen (!) Zwielicht entstand eine typische Geheimgesellschaft: die ZECTECH(i)-NA, deren Mitglieder im „Dunkeln“ (das ist spätlateinisch: caeco) arbeiteten. Daran knüpften Anfang 19. Jahrhundert die sogenannten „Wie-dererwecker“ eines „tschechischen Volkstums mit eigener Sprache“ an. Ihr Anführer war der Lehrer, Panslawist und geniale Fälscher Wenzel (=tschechisiert: Vaclav) Hanka (1792-1861). Außer durch seine orthographischen und grammatikalischen Verputzarbeiten an dem noch keineswegs sprech-, schreib- und vorstellungsreifen „tschechischen“ Kunstidiom wurde er un-

rühmlich bekannt durch seine „literarischen“ Fälschungen (wie z.B. „Königinhofer Handschrift“, „Grünberger Handschrift“ u.a.m.), mit denen er die Existenz einer „tschechischen“ Heldenepik und somit das Vorhandensein einer „originären tschechischen Schriftsprache“ („natürlich“ seit spätantik-frühmittelalterlichen Zeiten schon!) vortäuschen wollte.

Weil nun aber Wenzel Hanka und seine philologischen, „neuchauvinistischen“ Mitverschworenen nicht sicher waren, ob die von ihnen vorgelegten „Beweise“ auch ausreichen und zur Glaubhaftmachung genügend „Beweiskraft“ vermitteln würden, legten sie in der urdeutschen Stadt der Reichsmetropole Prag, den Schwur ab: „.... die czechische Sprache aus den Resten versinkender sarmatischer Bauerndialekte zu retten.“ (!)

Der Name - auch eine Konstruktion

Um außer einer etymologisch-linguistischen „Glaubhaftigkeit“ auch noch die einer ethnologisch-ethnischen zu untermauern, holten die „Wiedererwecker“ den Begriff der südböhmischen „Tschechanen“ hervor und brachten ihn mit der Erwähnung des Wortes „CECH“ durch den gelehrten Kanoniker Dalimil von Meseritsch (angeblich aus 1310) sowie des Wortes „CESI“ durch den Pseudonymus „Nestor“ (angeblich aus 1377) in Verbindung. Sie - die W.-Hanka-Verschwörer - übergingen großzügig, daß sowohl „Cech“ wie auch „Cesi“ nur im Zusammenhang mit dem Wort „Druzina“ Erwähnung fanden! Bei einiger Sachkenntnis ergibt sich hierfür die folgende, historisch einwandfreie Erklärung:

Aus dem Machtbereich Ostroms (Konstantinopels) stammen jene Militär-Vokabeln, die jetzt als „urtschechische“ Wortbegriffe herzuhalten hatten. Denn: „Druzina“ = (aus keltisch) „drungos“ = Gefolgschaft der „Nemetos“ (= der Edlen, der Nobiles) = Kelto-Germanen in byzantinischen (Ostroms) Diensten, byzantinisch-spätgriechisch: „DRUGGOS“ (gesprochen: drungos). In solch einer Mannschaft kämpften Berittene = (keltisch) „lingi“ und Fußsoldaten = (keltisch) „cingi“ (gesprochen: tschingi), daraus (im byzantinischen Militärdienst): „TZEKO-NES“ = Festungssoldaten. Das war um das Jahr 949! (siehe Kaiser KONSTANTINOS VIL. PORPHYROGENNETOS, 905/913-57).

Im 14. Jahrhundert taucht zudem noch die spätgriechisch-byzantinische Bezeichnung „TZAKONES“ auf - gemäß geschichtlicher Lautentwicklung entstanden aus (spätgriechisch-byzantinisch) „TZEK“-, „TZAK“ - mit Aussprachen „CECH“ und „CACH“. Die „Beweis führen“ sollenden Begriffe „CECH“ und „CESI“ (gem. Dalimil und Nestor) beziehen sich also überhaupt nicht auf ein Volk, sondern auf die militärische Fußtruppe TZEKONES - bestehend aus keltischen, thrakischen und germanischen Söldnerkontingenten im Dienste Ostroms. Die sogenannten „Tschechanen“ in Südböhmen und Mähren sind demnach nichts anderes als heimgekehrte „Tzekones“ (also: ehem. Söldner) und ihre Nachkommen.

Fazit aus den Fälschungen: Opfer eines Völkerbetruges!

Es gab weder „'slawische' Tschechen“ noch „tschechische ‚Slawen’“, sondern ausschließlich - im Lauf der Zeiten und allmählich - reichsfeindlich umgepolte, denaturierte, einst freie Kelten und Germanen. Gerade in der einschneidenden Epoche (lt. heute üblicher Lehrmeinung!) vom 4. bis 8. Jahrhundert ist keiner einzigen zeitgenössischen Chronik oder sonstigen Quelle ein „Einsickern“, „Einwandern“ oder „Erobern“ durch fremdvölkische Elemente im böhmisch-mährischen Raum bekannt.

Die meisten der heutigen Tschechen wissen von all dem nichts, manche hingegen ahnen die Zusammenhänge und daß da mit ihnen, ihrer Herkunft und „Identität“ etwas nicht stimmt Blondheit und Blauäugigkeit sind kein Kriterium für Deutschsein. Man sehe sich einmal unter den Volksgruppen Ost- und auch Westeuropas um! Die rein keltisch-germanische Abstammung der Tschechen beweist zusätzlich ihre „posthum“ translatierte Literatur.

Der verschlungene Geschichtsablauf in Böhmen und Mähren erscheint allein schon wegen der „slawi“sierenden Umknetung zwar noch komplizierter als anderswo auf deutschem Reichsboden, läßt aber in keinem seiner Abschnitte das Vorhandensein eines „Tschechen“volkes erkennen. Die „Tschechen“ waren und bleiben Nachfahren der böhmisch-mährischen Kelto-Germanen, denen man - heute mehr denn je - mittels panslawistischer Machenschaften ihre wahre Geschichte und volkliche Identität zu entwinden, zu zerstören, umzufälschen versucht, um sie als Sklaven willfährig zu halten.

Die kraft reichsfeindlichen Willens zu „Tschechen“ umgemodelten Böhmen aber haben mittlerweise unter bolschewistischer Herrschaft die von einer entarteten Minderheit verübten Akte des Verrats und Brudermords an Deutschen, Mährern und Slowaken nach 1945 bitter gebüßt. Sie zählen nun selbst - im Verein mit allen anderen geschädigten Mitteleuropäern - zu den Opfern eines dämonisch und zielstrebig durchgesetzten Völkerbetruges.

Lothar Greil

Weiterführende Literatur und Quellen zum Selbststudium:

Erich Bromme: „Grundlagen der Siedlungsforschung", Erich Bromme Verlag, Berlin 1982;
Herman Gauch: „Entstehung unserer Sprache und Schrift", Orieon-Heimreiter-Verlag, Heusenstamm 1970;
Walther Steller: „Grundlagen der deutschen Geschichtsforschung", Band I u. II. Volkstum-Verlag, Wien 1973, 1975;
Franz Wolff: „Ostgermanien" – „Waren die Ostvölker Slawen?", Grabert-Verlag, Tübingen 1977;
Lothar Greil: „Slawenlegende" – „Die Deutschen - Opfer einer irrigen Geschichtsbetrachtung", Iptinger Buch-Verlag, Wiernsheim 1982 (Erstauflage Wien 1971).

Fortsetzung von Seite 1:

Von Kiel bis Kärnten 'slawischer' Boden?

Diese Karte erinnert an einen kartographischen Schulbehelf an jugoslawischen Schulen, der Kärnten, die Steiermark sowie Niederösterreich bis 30 Kilometer vor WIEN als „alten slowenischen Siedlungsboden“ reklamiert und sämtliche Ortschaften mit „slowenischen Namen“ aufführt.

- In den Jahren 1980/81 haben über 90 Orte in Schleswig-Holstein ihr 800-jähriges Bestehensjubiläum gefeiert. In Zeitungsberichten, Artikelserien, Festschriften und Übertragungen wurde in allen Fällen ein „slawischer“ Ursprung groß herausgestellt und pseudowissenschaftlich erklärt. Nachweislich war eine zentrale Lenkung sowie die Unterstützung durch Bonner Stellen und eine Förderung durch Logen der Freimaurer, der Rotarier und der Lionisten. Die gesamte Lizenzpresse stellte sich in den Dienst des „Slawen“-Rummels, der auf einer Fälschung des RATZEBURGER ZEHENTREGISTERS aufgebaut ist. Nicht genug: Man stellte „slawische“ Denkmäler auf, fand plötzlich “'slawische' Altertümer“, entdeckte „'slawische' Burganlagen“ - und man begrüßte schaumschlagend die Truppe herbeieilender polnischer und sowjetischer Wissenschaftler.
- Auf Schloß GOTTORP in Schleswig war bis 1982 ein Professor Dr. Karl STRUWE der Leiter des Landesamtes für Vor- und Frühgeschichte. Vielzitiert im Schrifttum der „Akademie der Wissenschaften“ in der DDR, machte er als Teilnehmer an Tagungen und Kongressen der Ostblock-Staaten von sich reden. Ihn, den nunmehrigen Museumsdirektor auf Schloß GOTTORP, hat sich die DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT (DFG) für ihr 5-jähriges Projekt im Sonderforschungsbereich 17 am OLDENBURGER WALL (Holstein) als Grabungsleiter erkoren. Weil OLDENBURG laut Berichterstattung der KIELER NACHRICHTEN als „äußerster Vorposten der slawischen Welt“ gilt, arbeiten mit STRUWE die sowjetischen Professoren Dr. MARCAN, Dr. BARAN und Dr. Iwan Iwanowitsch ARTEMENKO von der „Akademie der Wissenschaften“ in der UKRAINE eng zusammen.

  Begünstigt von sozialdemokratischen Regierungskreisen, erhielt die DFG zwischen 1969 und 1982 rund 39 Millionen DM an Förderungsmitteln. Derart horrende Beträge hat der deutsche Steuerzahler für die Untermauerung des Verrats an seinem Volk aufzubringen!
- Hans-Georg KAACK, in offiziösen Kreisen hochgelobter Kreisarchivar im Herzogtum LAUENBURG, zeichnet verantwortlich für die Verankerung der Lüge vom „slawischen Ursprung“ von 70 Ortschaften in deren Chronik. Im Frühjahr 1983 erschien sein skandalöses Buch „Slawen und Deutsche im Lande Lauenburg“. Als Koautor fungierte der Slawophile Hans WURMS. Selbstredend, daß sich KAACK auch auf den bereits erwähnten Prof. Dr. STRUWE beruft. Herausgeber des Machwerks ist der KREIS HERZOGTUM LAUENBURG. Und wiederum hat der Steuerzahler dafür aufzukommen!
- In seinen neuesten Arbeiten für die Presse hat Prof. Dr. Erwin HERRMANN von der Universität BAYREUTH in primitivster Klittermanier „Geschichte geschrieben“, nachdem er ganz Ober- und Unterfranken so wie die Oberpfalz zu „slawischen“ Siedel- und Sprachterritorien erklärt hatte. Für diese massive Unterstützung glatten Landes- und Gebietsverrats wurde er noch von der Industrie- und Handelskammer und nicht zuletzt sogar vom zuständigen REGIERUNGSPRÄSIDENTEN besonders geehrt.
- Großankündigungen empfahlen den Besuch der Ausstellung „Slawen und Deutsche zwischen Elbe und Oder“ im Museum für Vor- und Frühgeschichte in BERLIN. Ergänzt wurde dieser Monsterbetrug durch entsprechende Vorträge in der Berliner URANIA. Zu diesem Zweck wurde eine simpel fälschende Broschüre herausgegeben, für die der PÄDAGOGISCHE DIENST DER STAATLICHEN MUSEEN PREUSSISCHER KULTURBESITZ verantwortlich zeichnet und die den Lehrern Berlins erleichtern soll, ihre Schüler im Sinne der „deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen“ zu unterrichten und durch die Ausstellung zu führen. Und wer die Liste der vortragenden „Wissenschaftler“ durchsieht, kann unschwer erkennen, wie das Zusammenspiel der „Slawen“-Propaganda in Ost und West funktioniert.

● ● Verteilen Sie deshalb dieses Blatt vor Schulen!

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

„Auf dem Stundenplan" - Beiblatt für Schülerzeitungen
Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

Bisher sind folgende Blätter erschienen;

Folge 1:

Deutschland und seine Ostgebiete - Verzicht oder nicht?

Folge 2:

Verdunkelung der Weltgeschichte durch Schulbuch-Bla-Bla

Folge 3:

1983 - nicht 50. Jahr der Machtübernahme, sondern 65. Jahr nach Versailles!

Folge 4:

Kriegsschuld - Die unbewältigte Gegenwart: Der 1. September 1939

Folge 5:

Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Versailles: Der Betrug im Schulbuch

Folge 6:

Vorsicht: Tretminen im Schulbuch! Stichwort: Das Hoßbach-Protokoll

Folge 7:

Der böse Deutsche

Folge 8:

Stichworte Lusitania, Lidice, Oradour

Einzelblätter bei Portoerstattung kostenlos anzufordern von:

UN, POSTFACH 400215, D 4630 BOCHUM 4

HINWEIS: Zur Zeit sind trotz mehrfachen Nachdruckes nicht alle Folgen vorrätig. Neuauflagen können jederzeit herausgegeben werden. Dazu sind wir jedoch auf die Hilfe der Älteren angewiesen, da die Schüler meist kostenlose Zusendung erbitten.

Die Serie „Auf dem Stundenplan" erscheint als herausnehmbares Sammelblatt in unregelmäßiger Folge in der Monatszeitschrift UN - UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN, Postf. 40 02 15, D 4630 Bochum 4. Verantwortlich für Folge Nr. 9: Lothar G r e i l

Die Abgabe und der Versand an Schüler erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang von der älteren Generation dies ermöglicht. Abdruck und Beilage in Schülerzeitungen erlaubt. In Österreich: Bankverbindung bitte anfragen

Unabhängige Nachrichten, Ausgabe 3/86, Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

‚Auf dem Stundenplan' - Beiblatt für Schülerzeitungen. Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Lehren der Weimarer Republik

Vor 65 Jahren, am 20. März 1921, fand die denkwürdige Abstimmung in Oberschlesien statt. Wer erfährt heute in den Schulen und Universitäten, in den Massenmedien und von den Bonner Parteien noch ein tatsachengetreues Bild jener Zeit, ja der Weimarer Republik insgesamt?

Es ist das außerordentliche Verdienst von Martin Jenke, in seinem neuen Buch „Bonn besser als Weimar?" (im Untertitel: „Gustav Stresemann als Beispiel - In der Bundesrepublik wäre er nur ein Außenseiter") gleich eine dreifache Aufklärung zu geben: Zum ersten die Weimarer Republik in der Person ihres größten Politikers - des langjährigen Außenministers Gustav Stresemann - genau zu schildern. Zum zweiten die weitverbreitete, immer wieder rätselhaft erscheinende Frage zu beantworten, wie es zum Ende der Weimarer Republik kam. Zum dritten in der Gestalt von Gustav Stresemann der heutigen wirren Politik ein wegweisendes Vorbild zu zeigen.

Über die Vorgänge von 1921 lesen wir: Am 5. Mai 1921 „präsentierten die Westmächte in Berlin ein Ultimatum mit dem Verlangen, ihnen 132 Milliarden Mark als Reparation zu zahlen! Außerdem wurde die Kriegsschuldlüge gegen Deutschland wiederholt und die Verurteilung angeblicher deutscher Kriegsverbrecher gefordert. Frist zur Annahme des Ultimatums: sechs Tage; Drohung: andernfalls Einmarsch ins Ruhrgebiet. Natürlich lehnte Stresemanns Fraktion dieses Ultimatum einmütig ab, während sich im Reichstag eine 'Weimarer Mehrheit' für die Annahme von 220 gegen 172 Stimmen fand. Der Führer der Deutschen Volkspartei (Stresemann), der den Grundsatz vertrat, materielle Opfer seien für den Verbleib deutschen Landes beim Reich zu akzeptieren, begründete diese Ablehnung des alliierten Ultimatums u.a. wie folgt: 'Die Versuche, eine Zusicherung darüber zu erlangen, daß im Falle der Annahme des Ultimatums neben anderen Forderungen vor allem der Besitz Oberschlesiens gewährleistet werde, haben leider bis zur Stunde zu keinem uns beruhigenden Ergebnis geführt.'

Vorausgegangen war am 20. März 1921 die Abstimmung in Oberschlesien, bei der sich (trotz polnischen Terrors unter Korfanty, geduldet von französischen Besatzungstruppen) eine Mehrheit von 60 Prozent für das Deutsche Reich und 40 Prozent für Polen erklärte. Dennoch wurde das Land zerrissen, um Polen die wichtigsten Teile des von Deutschen aufgebauten Industriegebiets zuzuschanzen; obwohl gerade in den großen Städten des Kohlereviers die Stimmen für Deutschland weit überwogen (in Kattowitz beispielsweise, dem Zentrum, mit fast 86 Prozent). Immer wieder kämpfte Stresemann damals und auch später bis zu seinem Tode gegen derlei Unrecht (auch gegen die Wegnahme des Korridors - wo die Westmächte wohlweislich eine Abstimmung gar nicht erst zuließen). Es ist deshalb, wie wir noch genauer sehen werden, geradezu eine Umkehrung der Tatsachen, wenn ausgerechnet Politiker wie Brandt und Scheel, die mit ihren zweideutigen Ostverträgen ohne jeden Zwang ein Viertel des Deutschen Reiches abschreiben wollten (das Verfassungsgericht schob einen Riegel vor), es wagten, als Wahrer des Gedankenguts von Stresemann aufzutreten!"

Auf dem Stundenplan

Bisher erschienen und vorrätig:

Stresemanns Ziele

Einen Monat vor Paraphierung des Locarno-Vertrags (16.10.1925) schreibt Reichsaußenminister Stresemann am 7. September 1925 einen später bekannt gewordenen geheimen Brief an den von ihm verehrten Kronprinzen Wilhelm, worin er die Ziele seiner Außenpolitik klarlegt. Wir zitieren wieder aus Jenkes Buch:

„Die deutsche Außenpolitik hat nach meiner Auffassung für die nächste absehbare Zeit drei große Aufgaben: Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist. Zweitens rechne ich dazu den Schutz der Auslandsdeutschen, jener 10-12 Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben. Die dritte Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: die Wiedergewinnung von Danzig, vom polnischen Korridor und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien. Im Hintergrunde steht der Anschluß von Deutsch-Österreich ..."

Zur gleichen Zeit (am 14. September 1925) beschrieb Stresemann in einem Zeitungsbeitrag (im „Hamburger Fremdenblatt") den Versailler Vertrag und kam dabei auch wieder auf die Grenzfragen zu sprechen: „Denn das ist ja gerade die diabolische Art des Versailler Diktats gewesen, daß sie an allen Ecken und Enden Unfrieden zwischen Deutschland und allen seinen Nachbarn geschaffen hat. Von allem anderen abgesehen, suchte sie Feindschaft zu legen zwischen Frankreich und Deutschland (Elsaß-Lothringen), Belgien (Eupen-Malmedy), Dänemark (Nordgrenze), Polen (Danzig, Korridor, Oberschlesien), Tschechoslowakei (Deutschböhmen und Verhinderung des Anschlusses), Litauen (Memel). Dazu alle die Unterdrückungen Deutschstämmiger, die Streitpunkte mit Jugoslawien und Rumänien schaffen, genau so wie die Südtiroler Frage eine brennende Wunde für die deutsche Seele ist."

England dachte einmal anders

Jenkes Buch bringt jeweils nach genauer Zitierung von Stresemanns Reden und Artikeln dann stets hochaktuelle Vergleiche mit der heutigen Zeit und kommt dabei zum Resultat, „daß Weimar längst noch nicht Bonn war". Aus der Fülle dieser Vergleiche (beispielsweise Kriegsschuldlüge, Märchen von deutschen Verbrechen, Kampf um Besatzungsfreiheit, Bewahrung der Bismarckschen Linie einer Reichspolitik zwischen West und Ost) sei hier wegen des Jubiläums der oberschlesischen Abstimmung vor 65 Jahren nur die Problematik der damaligen Grenzen berührt(wobei es damals im Osten noch nicht um Ostpreußen, Pommern und ganz Schlesien ging, sondern „nur" um den Streifen von Danzig bis Ostoberschlesien). Allein dazu ist das Buch eine Fundgrube, wobei die Einteilung in einzelne Kapitel und das Personen- und Sachregister eine leichte Hilfe zum Auffinden der betreffenden Stellen sind. Hierzu das folgende Zitat:

„Wie sehr Polen 1939 zum bloßen 'Schaukelpferdchen' Englands geworden war, ergibt sich daraus, daß London in den zwanziger Jahren die deutsch-polnische Grenze noch als änderungsbedürftig angesehen hatte im Sinne Deutschlands! Außenminister Stresemann schreibt dazu am 13. März 1925 in der 'Kölnischen Zeitung': 'Man hat heute in weiten Kreisen der Weltöffentlichkeit Verständnis dafür, daß die Grenzziehung im Osten - sehr euphemistisch ausgedrückt - das schwächste Werk des Versailler Vertrages sei, für das man auch seitens der Alliierten sich nicht für alle Ewigkeit zu irgendeinem Schutz und Trutz verbinden könnte. Man ist sogar in der englischen Presse sehr viel weiter gegangen, und ich weiß nicht, ob diese Sekundantendienste uns in dieser Situation sehr nützlich gewesen sind. Daß der 'Manchester Guardian' schrieb, England werde die Ostgrenze niemals garantieren, war sehr gut, soweit man daraus sah, daß Deutschland nicht allein sich dagegen wehrte. Aber die 'Times' gehen weiter. Der 'Times'-Artikel konnte in Warschau gar nicht anders verstanden werden als eine Aufforderung dazu, freiwillig auf den Korridor zu verzichten, freiwillig sich mit Deutschland über die beiden Fragen in Verbindung zu setzen, von denen man in England annimmt, daß sie geregelt werden müssen. Das ist die Korridorfrage und die oberschlesische Frage. Die ‚Times' haben Polen zugeredet, es sei besser, sich mit einem mächtigen Nachbarn freundschaftlich durch eine große Geste zu verständigen, als mit ihm in Feindschaft zu leben.'

Daß Stresemann im Einklang mit dem gesamten deutschen Volke stand, die Grenze zu Polen nicht anzuerkennen, stellte der Außenminister auch vor dem Plenum des Reichstages am 18. Mai 1925 fest: 'Es gibt niemand in Deutschland, der anerkennen könnte, daß die in flagrantem Widerspruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogene Grenze im Osten eine für immer unabänderliche Tatsache sei. Es kann deshalb für Deutschland auch keine Regelung der Sicherheitsfrage in Betracht kommen, die eine nochmalige Anerkennung dieser Grenze in sich schlösse.'"

Jenke schreibt in diesem Zusammenhang: „So einig sich der Berliner Reichstag in der Ablehnung der damaligen deutsch-polnischen Grenze war, und zwar von linken Kommunisten bis rechten Deutschnationalen, so geschlossen - außer drei Trotzkisten - verabschiedete er 1926 den Berliner Vertrag (mit der Sowjetunion). Während im Jahr zuvor nur 292 Abgeordnete (gegen 174) den Locarno-Vertrag befürwortet hatten. Das entsprach der Volksmeinung; denn dem Berliner Vertrag haftete im Unterschied zum Locarno-Vertrag nicht das Odium des 'Verzichts' an - das aber war damals ein verrufenes Wort, im heutigen 'Rumpf-Deutschland' (wie es Botschafter a.D. Allardt bezeichnet) kommt es offenbar nicht mehr darauf an, daß nach Versailles mit dem Verlust des Korridors, Danzigs und

Ost-Oberschlesiens nun auch auf ganz Ostpreußen, Pommern und Schlesien (um nur diese Gebiete im Vergleich zu erwähnen) verzichtet wird. Ja, um das Super-Versailles noch 'superber' zu machen, verzichtet man auch seit Installierung einer Bonner Regierung auf jede zielstrebige Politik zur Wiedervereinigung wenigstens mit Mitteldeutschland."

Richtungsweisende Worte für heute

Am 21. September 1926 erklärte Reichsaußenminister Stresemann vor der deutschen Kolonie in Genf:

„Nicht das materielle Leben ist das Entscheidende, sondern die politische Freiheit der Nation. Wir können arm und doch eine große Nation sein. Das ist nicht das Entscheidende, ob der eine einen schlechteren Rock trägt als der andere, sondern ob er freien Charakters ist und stolz jedem anderen ins Auge sehen kann. Wir wollen den anderen Nationen frei und stolz in die Augen sehen, wenn wir wieder einen freien Boden in Deutschland haben, und ich hoffe, daß wir in Genf einen Schritt vorwärtsgekommen sind zur Erreichung dieses Zieles."

Jenke schreibt dazu in seinem Buch (das im eigenen Verlag in Göttingen, Teichstraße 75, zum Preis von 19,80 DM herausgekommen ist): „Wahrlich richtungsweisende Worte, die der heutigen Bundesrepublik Deutschland ins Stammbuch geschrieben werden müßten: 'Wir wollen den anderen Nationen frei und stolz in die Augen sehen, wenn wir wieder einen freien Boden in Deutschland haben'."

Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Köln am 2. Oktober 1926 erklärte Stresemann:

„Es ist allerdings ein schriller Nachklang zu dieser Politik der allgemeinen Befriedigung, den ich im Interesse der erhofften Verständigung tief bedauere, wenn neuerdings auf der Gegenseite von hoher verantwortlicher Stelle (Poincaré) der Öffentlichkeit wieder die alten Behauptungen von der alleinigen Kriegsschuld der Mittelmächte und den systematischen Grausamkeiten des deutschen Generalstabs verkündet worden sind. Die Aufklärung der Völker über die wahren Vorgänge ist zu weit fortgeschritten, als daß derartige Behauptungen noch jetzt gewagt werden dürften. Wir brauchen sie um so weniger zu fürchten, wenn die Behauptungen sich aus einer Stellungnahme zu allen diesen Fragen erklären, deren fast zwangsläufige Parteilichkeit vor aller Welt offen zutage liegt. - Wir sind bereit, uns jedem unparteiischen Gerichtshof zu stellen, der die Ursachen des Weltkrieges untersucht. Wer gleich guten Gewissens ist wie wir, folge unserem Beispiel. Die Menschheit hat ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren, und niemand wird sich diesem Wunsch der Menschlichkeit nach einem unparteiischen Schiedsspruch auf die Dauer widersetzen können."

Jenke schreibt im Anschluß daran: „Warum stellt heute Bonn nicht eine solche Forderung, von unparteiischer internationaler Stelle die Ursachen des Zweiten Weltkrieges untersuchen zu lassen? Dabei hat aber die Forschung nicht mit 1939 und auch nicht mit 1933, sondern mit dem Versailler Diktat von 1919 zu beginnen. Niemand spricht heute in der Öffentlichkeit beispielsweise auch von Warschaus Unersättlichkeit nach 1918, obwohl die geschichtlichen Tatsachen jedem Zeitgeschichtler und eigentlich auch jedem Bonner Politiker bekannt sein sollten: daß nämlich Polen nach dem Begehr und dem Erhalt des Korridors, Posens und Ostoberschlesiens auch noch die ukrainischen und weißrussischen Gebiete östlich der Curzon-Linie und das litauische Wilna-Gebiet raubte, so daß 1921 bei einer polnischen Gesamtbevölkerung von zirka 27 Millionen Menschen mehr als ein Drittel Minderheiten waren (Ukrainer, Weißrussen, Deutsche, Litauer und Juden). Man stelle sich einmal zum Vergleich vor, Deutschland mit damals etwa 60 Millionen Menschen hätte noch 30 Millionen fremdländische Minderheiten im Staate regiert und unterdrückt!"

Frank Falkenberg

„Die Aufklärung der Völker über die wahren Vorgänge" sei zu weit fortgeschritten, erklärte Stresemann 1926, also vor nunmehr 60 Jahren, als er den Behauptungen von der „alleinigen Kriegsschuld" entgegentrat, Stresemann konnte nicht ahnen, was heute in deutschen Schulbüchern zu lesen ist:

GESCHICHTE IM SCHULBUCH — PROPAGANDA FÜR DEN GEGNER!

In dem Unterrichtsbuch GESCHICHTLICHE WELTKUNDE, Verlag Moritz Diesterweg Frankfurt-Berlin-München 2. Aufl. wird die Entwicklung beschrieben, die zum l. Weltkrieg führte:

„Die deutsche Regierung verlor durch ihre herausfordernde Flottenpolitik das Vertrauen Englands, das seine Rolle als stärkste Seemacht behaupten wollte."

Woher wissen eigentlich die Herren Schulbuchautoren, daß der deutsche Flottenbau „herausfordernd“ war? Winston Churchill, seit 1911 Erster Lord der Admiralität, hat öffentlich erklärt, „daß der deutsche Flottenbau, der in dem vor 1914 mit England vereinbarten Plane genau eingehalten wurde, zum Kriege von 1914 keinerlei Anlaß gegeben habe.“ [1]

In den Britischen Documenten zur Außenpolitik Band VI S. 175 ist ein Vermerk des britischen Außenministers Sir Edward Grey nachzulesen, der geradezu höchste Beruhigung im Hinblick auf die deutsche Flottenrüstung zum Ausdruck bringt: „Die Deutschen sind weit zurück. Wir werden sieben Dreadnoughts fertig haben, ehe sie einen haben, ohne daß wir weitere auf Stapel legen.“ [2]

Churchill im März 1914: „ Wir werden zehn mit diesen Geschützen bewaffnete Schiffe zu einer Zeit haben, da jede andere Seemacht nur zwei davon besitzt.“ [3]

Der britische Unterhausabgeordnete Emrys Hughes schrieb über Arthur Balfour-ehem. britischer Premier und später Außenminister -: „die Geschichte seiner nahezu kriminellen Kriegslüsternheit und das Fehlen jedes echten Grundes für den britischen Alarm über das deutsche Flottenbauprogramm hat der amerikanische Publizist H.K. Norton im Januar 1928 im CENTURY MAGAZINE berichtet. Sogar Grey (Außenminister) und Churchill haben zugegeben, daß das Alarmgeschrei der Konservativen eine Farce gewesen ist.“ [4]

Über die deutsche Flottenbaunovelle äußerte sich Churchill: „Zudem ist dieses vom Reichstag angenommene Gesetz in keiner Weise übertrieben, und ich freue mich, sagen zu können, daß die Feststellungen des zuständigen deutschen Ministers zu dieser Sache von den Ereignissen genau bestätigt worden sind.“ [5]

Also: Was von den verantwortlichen Ministern Englands schon vor 70 Jahren als „Farce“ entlarvt worden war, wird heute in einem bundesdeutschen Unterrichtsbuch vom Unterrichtsministerium unbeanstandet und ungescheut aufgetischt.

Im Schulbuch wird der Eindruck erweckt, als habe Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg maßlos gerüstet. Kaiser Wilhelm II. wird zitiert, wie er auf die Forderung des britischen Unterstaatssekretärs Hardinge, Deutschland „müsse“ einhalten, antwortete: „Dann werden wir kämpfen, denn es ist eine Frage der nationalen Ehre und Würde.“ Im Schulbuch lesen wir dazu:

„Kaiser Wilhelm II. liebte es, „mit dem Säbel zu rasseln“ “

Ehrlich wäre es gewesen, wenn man an dieser Stelle dem deutschen Schüler dargestellt hätte, wie es auf der anderen Seite, den nämlichen Gegenstand betreffend, zugegangen ist. Der amerikanische Fünf-Sterne-General Albert C. Wedemeyer berichtet in seinem Buch DER VERWALTETE KRIEG Gütersloh 1958 Seite 25 von einem Gespräch, das Balfour mit dem US-Botschafter in Rom, Henry White führte:
Balfour: „Wir sind wahrscheinlich töricht, daß wir keinen Grund finden, Deutschland den Krieg zu erklären, ehe es zu viel Schiffe baut und uns unseren Handel nimmt.“
White: „Sie sind im privaten Leben ein hochherziger Mann. Wie ist es möglich, daß Sie etwas politisch so unmoralisches erwägen können wie einen Krieg gegen eine harmlose Nation zu provozieren, die ein ebenso gutes Recht auf eine Flotte hat wie Sie? Wenn Sie mit dem Handel konkurrieren wollen, so arbeiten Sie härter!“
Balfour: „Das würde bedeuten, daß wir unseren Lebensstandard senken müßten. Vielleicht wäre ein Krieg einfacher für uns.“
White: „ich bin erschrocken, daß gerade Sie solche Prinzipien aufstellen können.“ [6]
Balfour: „Ist das eine Frage von Recht und Unrecht? Vielleicht ist das nur eine Frage der Erhaltung unserer Vorherrschaft.“

Treudoof aber heißt es im Schulbuch: Die deutsche Regierung „verlor das Vertrauen Englands“!

Gibt es außer dem unsrigen noch irgend ein Volk, dessen Verantwortliche eine solche abartige Genugtuung an dem Anschwärzen seiner eigenen Geschichte empfindet?

Deutsche Jugend, erwäge wohl, wem du dein Vertrauen schenkst!

Quellenhinweise 1) Grimm, Hans WARUM- WOHER- ABER WOHIN? Lippoldsberg 1954 S. 25 - 2) Sündermann, Helmut ALLER FEIND - WAS NUN? Leoni 1960 S. 32 - 3) Hughes, Emrys CHURCHILL - EIN MANN IN SEINEM WIDERSPRUCH Tübingen 1959 S. 6 3 - 4) Hughes S. 63 - 5) Hughes S. 64 - 6) Wedemeyer, Albert C. DER VERWALTETE KRIEG Gütersloh 1958 S. 25

HINWEIS der Herausgeber und Schriftleiter der Serie „Auf dem Stundenplan“ :
Die Serie ,,Auf dem Stundenplan" - Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher - hat in Kultusministerien und Schulen sowohl in der Bundesrepublik als auch in Österreich schon zu Erlassen geführt, mit denen die Verwendung als Unterrichtsmaterial untersagt wurde.
Dies sollte Anlaß sein, diese Blätter in noch größerer Anzahl an Schüler und vor Schulen zu verbreiten.

Die Serie „Auf dem Stundenplan" erscheint als herausnehmbares Sammelblatt in unregelmäßiger Folge in der Monatszeitschrift UN - UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN, Postf. 400215, D 4630 Bochum 4, Verantwortlich für Folge Nr. 10: F.Falkenberg (1.Teil); Emil Maier-Dorn (2. Teil)
Die Abgabe und der Versand an Schüler erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang: von der älteren Generation dies ermöglicht. Abdruck und Beilage in Schülerzeitungen erlaubt. Bankeinzug

Unabhängige-Nachrichten 3/87, Seiten 9 - 10:

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

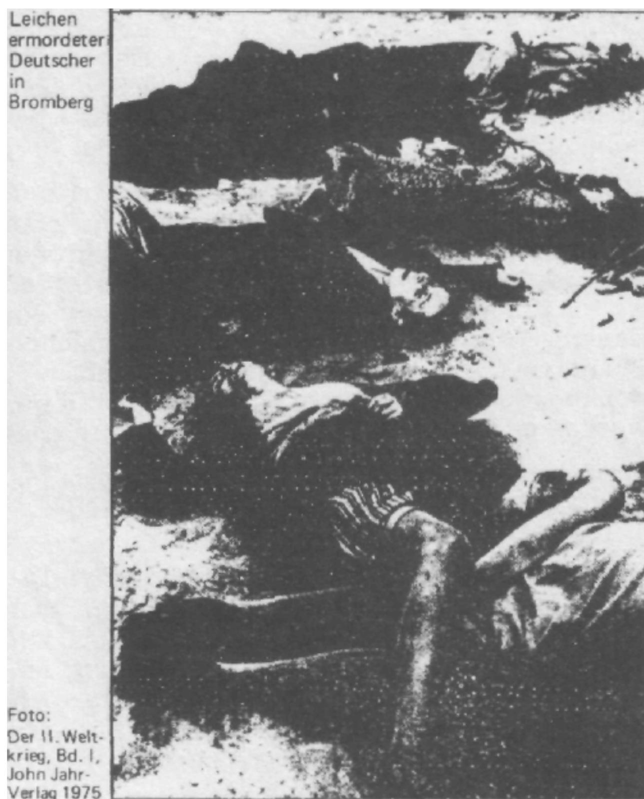
‚Auf dem Stundenplan' - Beiblatt für Schülerzeitungen. Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



DER BROMBERGER BLUTSONNTAG

„Als einer der ersten Soldaten, die Bromberg nach diesen Morden an den Volksdeutschen betreten haben, bin ich zu folgender Feststellung verpflichtet: Alles, was über diesen Blutsonntag geschrieben und erzählt worden ist, kann nur ein Schatten der Wirklichkeit sein. Der tatsächliche Wahnsinn ist nicht zu beschreiben und für den Nichtaugenzeugen unglaubhaft. Nach fast 50 Jahren fahre ich heute noch in manchem Traum durch die Spaliere der zur Unkenntlichkeit zerhackten Leiber der deutschen Bevölkerung. Das deutsche Volk, besonders die Jugend, wird grausam belogen. Die Wahrheit wäre für die Umerzieher wohl auch gefährlich."

So die Aussage des Augenzeugen J. Wichmann, Weißenborn, in der DNZ vom 8.11.1985.



Leichen ermordeter Deutscher in Bromberg

Foto: Der II. Weltkrieg, Bd. I, John Jahr-Verlag 1975

Was war das, der „Bromberger Blutsonntag"?

In allen uns erreichbaren Schulbüchern für Geschichte finden wir nichts zum Begriff „Bromberger Blutsonntag" oder „Bromberg". Es ist nur eines der vielen Massenverbrechen an Deutschen sowohl vor Kriegsbeginn als auch danach, die in den Schulbüchern verschwiegen werden. In allen durchgesehenen Schulbüchern wird lediglich der Kriegsausbruch geschildert, und zwar in folgender Weise:

„In den Morgenstunden des 1. Sept. 1939 überschritten die deutschen Heere ohne Kriegserklärung die polnische Grenze ... Die ehemals deutschen Gebiete Polens, aber auch solche mit rein polnischer Bevölkerung, wurden mit dem Deutschen Reich vereinigt, der Rest Westpolens wurde zu einem 'Generalgouvernement Polen' umgeschaffen und der deutschen Regierung unterstellt. Für die polnische Bevölkerung begann damit eine lange Leidenszeit. Sowohl von deutscher wie von russischer Seite wurde sie bedrückt, durch Hunger niedergehalten; polnisches Eigentum wurde zerstört oder enteignet; die Bevölkerung wurde zu Zwangsarbeiten eingezogen oder wanderte in deutsche oder russische Konzentrationslager. ..." (Rückert/Lachner, Grundriß der Geschichte, Paderborn 1971).

Die Vorgeschichte

Durch die von England und Frankreich im März 1939 den Polen gegebene bedingungslose Garantieerklärung, im Falle eines bewaffneten Konfliktes auf Seiten Polens in den Krieg zu ziehen, wurden die Polen geradezu ermutigt, jede nur denkbare Provokation gegen Deutsche in ihrem Machtbereich und gegen das Deutsche Reich zu begehen und den blutigen Terror gegen die Volksdeutschen ins Grenzenlose zu steigern. Der polnische Marschall Rydz-Smiglj erklärte im Sommer 1939:

„Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte."

Auch diese Erklärung war natürlich das Ergebnis der englisch-französischen Garantie, ebenso wie die für ganz Europa tragische Ablehnung des sehr maßvollen Angebotes des Reiches vom 28. August 1939. Dieses Angebot sah vor, daß Danzig, dem Willen seiner rein deutschen Bevölkerung entsprechend, zum Reich zurückkehrt, in Westpreußen (Korridor) eine Volksabstimmung stattfindet und dem Unterlegenen bei der Volksabstimmung eine exterritoriale Straßen- und Bahnverbindung durch dieses Gebiet gestattet wird. Außerdem sollte den Minderheiten gegenseitig voller Schutz gewährt werden.
Eine friedlichere und gerechtere Lösung ist gar nicht denkbar!
Im Wissen um die Garantie aber verbreitete die polnische Presse in den Monaten April bis September 1939 wahre Haßorgien gegen das altansässige Deutschtum und gegen das Deutsche Reich. Bald flogen Steine in die Fensterscheiben deutscher Häuser, bald wurden friedliche deutsche Bürger von Polen überfallen und deutsche Frauen und Kinder auf offener Straße niedergeschlagen. Zu Tau-

senden wanderten Volksdeutsche in Kerker und polnische Konzentrationslager. Das Eigentum der Volksdeutschen wurde zerstört, beschlagnahmt und enteignet, und je näher der von den Polen provozierte Kriegsausbruch kam, desto stärker wurde der polnische Terror. Die Zahl der internierten und nach Osten verschleppten Deutschen erreichte schließlich 50.000. Tausende davon sind dabei den Strapazen erlegen oder wurden gewaltsam ums Leben gebracht. Nur durch den raschen Vormarsch der deutschen Truppen wurde den überlebenden Volksdeutschen das gleiche Schicksal erspart.

Der Höhepunkt der Mordorgien

Vom 31. August 1939 an mußte jeder Volksdeutsche in Polen, ob Mann, Frau oder Kind, in jeder Minute um sein Leben bangen, In allen Städten und Dörfern begann die schauerliche Jagd auf die Deutschen. Die polnischen Polizei- und Armeebehörden sahen diesem entsetzlichen Treiben des aufgeputschten polnischen Gesindels nicht nur tatenlos zu, sondern beteiligten sich vielfach an diesen Gewaltverbrechen.

Der Blutsonntag von Bromberg am 3. September 1939 war der grauenhafte Gipfelpunkt in dieser Mordorgie, der Höhepunkt des zwanzigjährigen polnischen Vernichtungskampfes gegen die deutsche Volksgruppe.

In und um Bromberg wurden tausende Volksdeutsche ermordet, die nicht rechtzeitig vor den polnischen Mordbanden fliehen konnten. Die Tatsache, daß die Rollkommandos meist aus Ortsfremden bestanden und Listen in den Händen hatten, beweist, daß diese Verbrechen nicht nur geduldet, sondern gelenkt wurden. Anhand dieser Listen durchsuchten die Mordbanden die Häuser der Volksdeutschen, führten sie ab oder erschossen sie an Ort und Stelle. Unfaßbar dabei die Gehässigkeit des polnischen Klerus! Nachdem schon am 3. Juli 1939 auf Anordnung der polnischen Kirchenbehörde der katholische Gottesdienst in deutscher Sprache verboten worden war, hetzten die Priester in den Gottesdiensten die Polen auf, die Deutschen „auszurotten“ (so wörtlich aus einem Vernehmungsprotokoll). Nun, an diesem Blutsonntag, gaben die Pfarrer der Jesuitenkirche am Marktplatz an den Pöbel Waffen aus. Es begab sich, daß Polen vor dem Kirchgang ihren deutschen Nachbarn noch grüßten und nach dem Kirchgang auf ihn schössen. Es spielten sich grauenvolle Geschehnisse ab, die das menschliche Hirn nicht fassen konnte, sofern es nicht abartige Hirne waren, in denen die Taten ersonnen waren. Wer nicht in seiner Wohnung oder im Keller seines Hauses erschossen worden war, wurde zumeist gefesselt oder mit anderen zusammengebunden aus der Stadt geführt und dort auf die verschiedensten Arten geschunden, verstümmelt und ermordet. Auch Militäreinheiten Beteiligten sich an dieser Tötung gefesselter, verschleppter Volksdeutscher. Tagelang lagen die Toten noch auf den Feldern, in den Höfen und Gärten oder vor ihren Häusern, manchmal nur mit Zweigen und Laub bedeckt oder oberflächlich verscharrt. Viele lagen zu zweit oder zu dritt mit Strikken zusammengefesselt am Straßenrand, viele Opfer wurden erst später an entlegenen Orten aufgefunden, viele blieben für immer vermißt. Die gefundenen Leichen wiesen kaum zu schildernde Verstümmelungen auf.

Über 900 Deutsche fanden ihre letzte Ruhe auf dem Ehrenfeld des evangelischen Neuen Friedhofs in Bromberg, auf dem heute Hochhäuser stehen.

Allein in und um Bromberg wurden mindestens 5.437 - eine durch internationale Zeugen überprüfte Zahl - Deutsche unter grauenvollen Umständen ermordet. Über die Gesamtzahl der Toten der polnischen Massaker von 1939 gibt es bis heute keine genauen Zahlen. Der ostdeutsche Historiker Theodor Bierschenk nannte im Jahr 1954 die Zahl von 12.857 identifizierten Toten, die sich - nach Feststellungen der seinerzeitigen 'Gräberzentrale Posen' - auf 15.000 Tote erhöht haben sollte. Die gleichen Opferzahlen nannte im Jahr 1955 der aus Lodsch stammende sozialdemokratische Publizist Otto Heike.

Alles das, worüber wir hier mit Schaudern berichten, ereignete sich vor bzw. in den ersten Tagen des Krieges.

Wenn bis heute in den Schulbüchern alle Verbrechen an Deutschen vor, im und besonders nach dem Kriege verschwiegen, verharmlost oder als verständliche Revanche entschuldigt werden - was natürlich auch falsch, rechtswidrig und unmoralisch ist - so gibt es für diese Verbrechen an Deutschen **vor** dem Einmarsch 1939 nicht die geringste Rechtfertigung.

All diese Verbrechen waren Ausdruck eines polnischen Größenwahns, den der flämische Beobachter Ward Hermanns am 3. August 1939 wie folgt beschrieb:

„Die Polen haben das letzte Gefühl von Maß und Größe verloren. Jeder Ausländer, der in Polen die neuen Karten betrachtet, worauf ein großer Teil Deutschlands bis in die Nähe von Berlin, weiter Böhmen, Mähren, die Slowakei und ein riesiger Teil Rußlands in der überaus reichen Phantasie der Polen schon annektiert sind, muß denken, daß Polen eine riesige Irrenanstalt geworden ist.“

Dazu kam ein grenzenloser Deutschenhaß mit dem Ziel, unser Volk langsam aber sicher zu vernichten.

Im Rahmen dieser Zielsetzung war der „Bromberger Blutsonntag“ wie unzählige andere Verbrechen an Deutschen im Frieden und vor dem Einmarsch der deutschen Truppen nur ein Bruchteil und ein Auftakt dessen, was denn in und besonders nach dem Zeiten Weltkrieg an millionenfachem Massenmord an Deutschen begangen wurde.

Da nach allem, was uns gelehrt wird, die Voraussetzung für die Versöhnung der Völker eine immerwährende Erinnerung und ein Wachhalten der geschehenen Verbrechen ist, sollte dieses Blatt als Ersatz für fehlende oder verfälschte Schulbücher als Unterrichtsmaterial an allen bundesdeutschen Schulen Eingang finden.

Quellenbelege und Hinweise auf weiterführende Literatur auf Anfrage.

Die Serie *„Auf dem Stundenplan“* erscheint in der Monatszeitschrift UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN, Postfach 400215, 4630 Bochum. Abgabe an Schüler — soweit möglich — kostenlos. ViSdP.: B. Unger. Spendenkonto: Bankeinzug.

Auf dem Stundenplan

— Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher —

‚Auf dem Stundenplan' - Beiblatt für Schülerzeitungen. Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Südafrika und Deutsch-Südwest

Eine geschichtliche Betrachtung von Konrad Wahl

Von Gotthold Ephraim Lessing stammt das Wort: **„Ohne die Geschichte bleibt man ein unerfahrenes Kind.“** Und der englische Historiker Arnold Toynbee meinte sogar: **„Ein Volk, das seine Geschichte vergißt, verschwindet von der Landkarte“.**

Fragen wir heute einmal die Absolventen westdeutscher Oberschulen, was sie z. B. über das Bismarck-Archipel, Tsingtao oder gar Neuschwabenland wissen, wir werden höchstwahrscheinlich ein hilfloses Achselzucken zur Antwort erhalten. Nicht viel anders wird unsere Frage nach den ehemaligen deutschen Schutzgebieten in Deutsch-Südwest, Deutsch-Ostafrika, Togo und Kamerun beantwortet werden, es sei denn, dieser oder jener Oberschüler hätte zufällig einen jener zeitgeistig verzerrten Bewältigungsfilme über MORENGA oder die „daumenbrechenden, deutschen Kolonisten in Togo“ gesehen, die jüngst über die bundesdeutsche Fernsehleinwand flimmerten.

Auch bei den älteren Jahrgängen wird man leider nur zu oft auf die nämliche Ignoranz gestoßen, doch kann man zugleich die erstaunliche Feststellung machen, daß sich dieselben Leute durchaus für kompetent genug halten, über die derzeitigen Probleme Südafrikas und „NAMIBIAS“ ein definitives Urteil abzugeben.

Abgesehen einmal von den auftragsorientierten und vorprogrammierten westdeutschen Zeitungs- und Fernsehjournalisten, die südafrikanischen Buren wie deutschen Südwestlern als letzte Weisheit eine faschistoide Gesinnung attestieren, fallen selbst durchaus gutwillige, bundesdeutsche „Normalbürger“ und Besucher des Landes auf die Schlagworte der nachkriegsbedingten „Reeducation“ bzw. des auf Zerstörung ausgerichteten Zeitgeistes herein.

So wundern sie sich beispielsweise darüber, daß die neue Namensgebung für Deutsch-Südwestafrika „NAMIBIA“ bei den deutschstämmigen Landesbewohnern keinerlei Anklang findet, oder darüber, daß die alten Südwestler keine Scham oder auch nur ein peinliches Unbehagen über das von den Geschichts-„Aufarbeitern“ so genannte „deutsche Massaker“ an den Hereros empfinden — und überhaupt, daß man sich in Windhuk und Swakopmund „deutscher als deutsch“ gebärdet.

Die Verwunderung über solche Fragen und Feststellungen ist erstens ein Ergebnis mangelnden geschichtlichen Wissens und des freiwilligen Wissensverzichts, weil der „Normalbürger“ sich nicht aufrafft, sich die geschichtlichen Zusammenhänge, die von den Schulen und Medien verschwiegen oder verfälscht werden, selbst zu erarbeiten.

Zweitens rührt die Verwunderung daher, daß den Bundesrepublikanern ganz allgemein jedes Gefühl der Verantwortung und Verpflichtung für das deutsche Volk, seine Geschichte und Zukunft genommen worden ist.

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher —

Eine von den Unabhängigen Nachrichten (UN) beauftragte Arbeitsgruppe von Lehrern, Historikern und Autoren hat eine Serie von Unterlagen für den Schulunterricht zusammengestellt bzw. ausgearbeitet, die den Mangel an entspr. Beiträgen in den Schulbüchern oder deren verfälschende Inhalte ausgleichen sollen.
Diese Unterrichtsmaterialien zu den Fächern Geschichte, Staatsbürgerkunde und Politik erscheinen unter dem Titel „Auf dem Stundenplan“ als Teil (Innenblatt) der Monatszeitschrift UN in Loseblattform, um ein Sammeln und Abheften zu ermöglichen.
Lehrer und Schüler aller Schulformen und anderer Bildungseinrichtungen sind aufgerufen, sich mit diesen Unterlagen, die in offiziellen Lehrmaterialien selten zu finden sind, kritisch auseinanderzusetzen.

Eine der markantesten Erscheinungen des bundesdeutschen Alltagslebens ist ja wohl der Massentourismus. Man kommt überall hin und gibt mehr oder weniger Zeugnis von seinem neuen Nationalgefühl; so wie z. B. jener Ruhrgebietler, der seinen Mittelklassewagen neben einem Ochsengespann in Terlan anhält und den Weinbauern unter der blauen Schürze der Südtiroler in radebrecherischem Italienisch über den Weg nach Meran befragt, oder auch wie der Schwabe, der auf dem hölzernen Aussichtsturm des Penegal stand und über den Kalterer-See in Richtung Bozen deutend pathetisch ausrief: „Dort drüben liegt BOLZANO!“

Derartige Beispiele auch auf beliebigen anderen Gebieten sind leider nur allzuleicht zu finden, allerdings eben nicht dort, wo man sein Deutschsein seit Jahrzehnten oder Jahrhunderten gegen fremde, feindliche Einflüsse und Gewalten verteidigen mußte!

Die Besiedelung des südlichen Afrikas, zu dem „Südwest" nicht nur geographisch zu zählen ist, war eine Gemeinschaftsleistung holländischer, deutscher und hugenottischer Auswanderer. Sie unterschied sich in wesentlichen Teilen durchaus positiv von dem Landraub und der kolonialen Ausbeutungs- und Ausrottungspolitik in anderen Teilen des afrikanischen Kontinents und Amerikas. Als 1842 der Oranjefreistaat mit der Hauptstadt Bloemfontain gegründet wurde, waren nahezu 50 % der Kolonisten deutscher Abstammung.

Aber schon nach den ersten Gold- und Diamantenfunden wurden im Jahr 1848 Teile dieses Gebietes von England annektiert. England selbst lenkte später den Strom deutscher Einwanderer ins Land, in durchaus eigennütziger Absicht erstmals 1856, als nämlich die britische Regierung Soldaten aus der Deutschen Legion des Krimkrieges zur militärischen Sicherung an der Kafferngrenze ansiedelte. Hier entstanden Orte wie z. B. Suttersheim, Potsdam, Hannover, Hamburg, Braunschweig und Berlin. Die zweite deutsche Einwanderungswelle um das Jahr 1870 bestand hauptsächlich aus Uckermärkern und Pommern, während letztlich 1880 durch die Kapregierung wiederum Deutsche, vornehmlich Landarbeiter und Kleinbauern, die nach der Bismarckschen Sozialgesetzgebung ihre Heimat verließen, ins Land geholt wurden. Diese deutschen Einwanderer machten aus dem trostlosen, unerschlossenen Kaffernland ein blühendes Kleinod.

Als dann 1899 der Burenkrieg unter Ohm Krüger ausbrach, kämpften die deutschen Siedler Schulter an Schulter mit Buren und Hugenotten gegen die Briten, und auch alle deutschen Kolonisten aus Transvaal und Oranje hielten ihrem Gastvolk die Treue. Anläßlich dieses unnötigen, scheußlichen Krieges wurden sie Zeuge der von den Briten angewendeten Strategie der „verbrannten Erde", der Aufwiegelung der farbigen Bevölkerung (Hereros und Bantus) gegen die weißen Siedler und der Verbringung burischer Frauen, Kinder und Greise in die ersten Konzentrationslager (KZ) der Weltgeschichte. Über den Toren dieser Lager, in denen ca. 25.000 Buren verhungerten, prangte der Satz: „Right or wrong my country".

Auch geschah es in diesem Kriege, daß ein Detachement der berüchtigten Lanzenreiter am Fuße der Biggarsberge zwischen Dundee und Ladysmith ihren Mut an Fliehenden, Verwundeten und Sterbenden ausließ, wobei sich bekanntlich ein gewisser Winston Churchill hervortat. Diese „Heldentat" wurde damals in der britischen Presse unter dem Schlagwort „Pig priking" (Schweinestechen) genüßlich kommentiert, wovon die heutige westdeutsche Wohlstandsgesellschaft sicherlich auch wenig wissen dürfte.

Seitdem die Briten im Kapland regierten (ab 1902), führten sie Kriege gegen die Hereros, Kaffern und Hottentotten und rotteten die dortigen Buschleute aus, was sie aber keinesfalls daran hinderte, Aufwiegler jener Stämme gegen die spätere, deutsche Kolonialverwaltung in Deutsch-Südwest, wie z. B. Witboi, Simon Kopper, Lambert und Morenga indirekt aber wirksam zu unterstützen.

Die Treue der deutschen Kolonisten zu ihrem burischen Gastvolk wurde ihnen nicht gedankt, zumal sie in erster Linie die Last der nachkriegsbedingten Diffamierung durch die Sieger zu tragen hatten. In der Kapkolonie, in der sie keine Arbeit mehr fanden, war nun kein Platz mehr für Deutsche. Britische und jüdische Kapitalgesellschaften fachten erstmals den Wettbewerb zwischen farbigen und weißen Lohnarbeitern an, der naturgemäß zugunsten der Farbigen ausging, da diese durch ihre geringeren Bedürfnisse fügsamer und williger waren.

Deutsche Arbeitssuchende fanden damals den zynischen Satz an den Kontortüren angeschlagen, der folgendermaßen lautete: „No Germans need apply". Die damit verbundene demütigende Herabsetzung der Deutschen sollte noch viel später, nämlich nach Proklamierung der Deutschen Schutzgebiete in Südwestafrika, zum Ausgang des 19. Jahrhunderts ihre Auswirkungen haben, als nämlich viele Deutsche die Kapprovinz verließen, um in Südwest einen neuen Anfang zu machen.

Der deutsche Anfang in Südwest, jenem Landstreifen zwischen zwei Wüstenregionen, nämlich der Namib und der Kalahari, ist mit dem Namen des Bremer Kaufmanns Adolf Lüderitz verbunden, der 1883 das 50.000 qkm große Gebiet Angra-Pequena von einheimischen Stammesfürsten käuflich erwarb und den Hafen Lüderitzbucht gründete. Dieses Land der Fächerpalmen und des gelben Grases, von dem lediglich das vereinzelte Grün der Dornbäume und -büsche abstach, war ursprünglich alles andere als ein Garten Eden. Hier war nichts zu holen oder gar auszubeuten, und die vereinzelten, tümpelartigen, flachen Wasserstellen in den Wüsten, die sogenannten Vleis, dörrten unter einer unbarmherzigen sengenden Sonne oftmals völlig aus.

Dennoch machten sich deutsche Siedler daran, Farmen zu gründen und das mit ihrer Hände Arbeit urbar gemachte Land mit Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Mais, Weizen und Kaffernkorn zu bestellen, willig unterstützt von Hottentotten- und Hererofamilien, die zu keiner Zeit unter den in „Onkel Toms Hütte" beschriebenen Drangsalen zu leiden hatten. Brunnen wurden gebaut, das Land vermessen und schließlich Post- und Eisenbahnverbindungen projektiert und gebaut.

In der Kurzen Zeit von 1884 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 hatte die deutsche Kolonialverwaltung eine Infrastruktur auf die Beine gestellt, die ihresgleichen sucht, all das unter Berücksichtigung der dortigen Eigentumsverhältnisse. Denn das Land gehörte zum Teil den eingeborenen Stämmen, wie auch deutschen und englischen Landgesellschaften. Schon damals wurden Schonbezirke (Reservate) für Großwild wie Leoparden, Gamsbockantilopen und andere angelegt, während die deutsche Schutztruppe aus ganzen 1600 Mann bestand - und das für ein Gebiet, das ungefähr die Ausmaße des damaligen Deutschen Reiches hatte!

Es wurden nicht nur Verwaltungsgebäude erstellt, sondern auch Krankenhäuser, Kirchen, Turnhallen und Schulen gebaut und die Schulpflicht für jedermann ab acht Jahren eingeführt. Der deutsche Farmer Herrmann begründete bereits 1891 mit dem Ankauf von 2000 aus Australien eingeführten Merinoschafen einen für die Gegend neuen Industriezweig, und die neugebaute Eisenbahn verband bald die größeren Orte wie Lüderitzbucht – Keetmanshop - Grünau - Windhuk - Grootfontein - Tsumep - Walfischbay und Wsakopmund miteinander. Die Verbindung mit der fernen Heimat wurde von den Schiffahrtslinien Woermann und der Deutsch-Ostafrikalinie, die mit ihren Schiffen Adolf Woermann, Prinzessin, Bürgermeister, Prinzregent und anderen um das Kap der guten Hoffnung fuhren, aufrechterhalten.

Es waren dann zwei Ereignisse, die die ersten Turbulenzen in die junge Kolonie brachten, deren Leistungen vom Deutschen Reich und seinem Parlament nur schwerfällig, ja oftmals widerwillig anerkannt wurden. Gemeint ist die Bekämpfung und Niederschlagung der Herero- und Hottentottenaufstände von 1904-1908. Hierzu wurde bereits in Verbindung mit dem doppelbödigen britischen Kolonialverhalten einiges gesagt.

Wenn heute jedoch der Eindruck erweckt werden soll, als handelte es sich damals um antikoloniale und antiimperialistische Befreiungskriege gegen eine brutale, deutsche Unterdrückungspolitik, so ist das schlichtweg falsch!

Das stolze und kriegerische Volk der Herero wurde in unverantwortlicher Weise gegen die meist vorbildlich fürsorglichen deutschen Siedler aufgehetzt. Ehrgeizige Eingeborenenführer wie Morenga und der Hottentotten-Kapitän Simon Kopper sammelten Banden von arbeitsscheuen Viehdieben, Farmbrennern und Mördern um sich und überfielen deutsche Farmen, Bohrkolonnen und Heliographenbauer. Die Angriffe wurden aus der wasserarmen Kalahariwüste unter dem Schutz der linear gezogenen britisch-deutschen Grenze geführt. Die geduldigen Bemühungen der deutschen Kolonialverwaltung, ja selbst mit den Aufwieglern geschlossene Verträge waren nutzlos, da die freiwilligen Abmachungen einseitig nicht eingehalten wurden.

Die von diesen Banden durchgeführten Verbrechen an ihren eigenen Landsleuten und an Deutschen, an schutzlosen Farmersfrauen, Greisen und Kindern, waren grausam und zahlreich, und die heute von deutschen Filmemachern idealisierten Bandenführer schreckten sogar davor nicht zurück, die Brunnen in Wüstengebieten zu verunreinigen oder zuzuschütten - das größte Verbrechen in diesen Regionen überhaupt.

Gegen den Hottentottenkapitän Simon Kopper zog die Deutsche Schutztruppe mit 373 Kamelreitern, 27 Offizieren und 129 eingeborenen Trägern, alles Freiwillige, in die Wüste. Die Niederschlagung des Herero-Aufstandes kostete uns Deutsche 800 Tote und Vermißte, 1000 Verwundete und 700 an Krankheiten Verstorbene.

Ihr Requiem wurde niemals gesungen. Und doch war, wie alte Südwestler heute noch wissen, die Achtung der „Orlogleute“ z. B. vor dem Hauptmann von Erckert, dem Kommandeur der Eingreiftruppe gegen Simon Kopper, seinerzeit so groß, daß sie bei einer unerwarteten Einzelbegegnung mit ihm ihren Schlapphut gezogen und ihn mit „Morre groote Kapitän“ begrüßt hätten.

Wer heute über die deutsche Schutztruppe und ihre Offiziere mitreden oder gar ein Urteil fällen möchte, sollte zuvor das Vermächtnis des in der Kalahari gefallenen Hauptmanns Friedrich von Erckert lesen, wie er es in seinem Tagebuch hinterlassen und wie es von Hans Grimm in seinem bekannten Werk „Volk ohne Raum“ der Weltöffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

..." In erster Linie die größte Selbstachtung. Nichts Gemeines tun, Leib und Seele reinhalten. Sich stets beherrschen; selbstlos, heiter und mutig sein. Sich sagen, daß eine gerade, aufrechte Haltung auch die Äußerung einer geraden Seele ist. Sich an einfachen Dingen erfreuen, nichts Unmögliches verlangen, an ein erreichbares Ziel aber Geduld, Ausdauer, gesammelten Willen wenden. Bleibe nie im Schmutz. Auch der Beste kann gelegentlich hineingeraten, aber darin zu bleiben braucht niemand...“

Die zweite Erschütterung der Kolonie war der Diamantenfund im Südwesten des Schutzgebietes, der 1910 Anlaß zu einer hitzigen Debatte im Deutschen Reichstag war. Er verschaffte der kaiserlichen Kolonialverwaltung zusätzlich zu ihren sozialdemokratischen und liberalen Widersachern im Reich weitere Feinde in Gestalt des anglo-jüdischen Großkapitals und der Eigentümer der südafrikanischen Diamantenminen. Hatte der Sozialdemokrat August Bebel

schon am 1. Dezember 1906 die deutsche Kolonialpolitik als „Eroberung, Unterdrückung und Ausbeutung“ diffamiert, bei der „Brutalität und Grausamkeit an der Tagesordnung“ seien, ohne jedoch jemals seinen Fuß auf südafrikanischen Boden gesetzt zu haben, so war nun die Allianz zwischen deutschen Sozial-Liberalen und ausländischem Großkapital - so unglaublich das auch klingen mag - geschlossen. Wie voraussehbar, meldete Südafrika auch bereits 1912 seinen Anspruch auf Südwest an. den es dann allerdings erst 1949 realisieren konnte, als es nämlich das Mandatsgebiet gegen den Einspruch der UNO und des Haager Gerichtshofs in sein Territorium eingliederte.

Der erste Weltkrieg traf die deutsche Kolonie völlig unvorbereitet, sie war für den Verteidigungsfall nicht gerüstet. Den von den Briten aufgebotenen 60.000 Mann standen ganze 3500 Deutsche gegenüber, die in kleineren Scharmützeln sogar Sieger blieben, in einem Zeitraum von 10 Monaten aber letztlich aus dem Schutzgebiet quasi herausgedrängt wurden. Eine offene Konfrontation auf dem Schlachtfeld vermieden die überlegenen „Sieger“ jedoch tunlichst.

Die südafrikanische Kriegserklärung an das deutsche Kaiserreich und der damit verbundene Einmarsch nach Südwestafrika wurden damals von allen Bewohnern des Schutzgebietes als eine ausgesprochen niederträchtige Handlung beurteilt. Zur Ehrenrettung der Buren muß jedoch daran erinnert werden, daß Botha und Smuts zuvor den südafrikanischen Oberbefehlshaber Beyers sowie den Burengeneral Delarey in die Wüste schicken mußten und den alten General Christian Dewet hinter Gitter brachten, ehe sie ihr schmutziges Geschäft beginnen konnten.

Ein Ereignis, das sich Ende Oktober 1914 bei Nautila an der Nordgrenze des Schutzgebietes zu Portugiesisch Angola abspielte, blieb im Gedächtnis alle Südwestler haften: Eine deutsche Delegation, die mit dem portugiesischen Fortkommandanten über Lebensmittellieferungen für die Schutztruppe verhandeln wollte, wurde unter fingierten Begleitumständen in's Fort Nautila gelockt, dort entwaffnet und ermordet, wobei ein angeschossener Polizeidiener den Krokodilen im Kunenefluß noch lebend zum Fraß vorgeworfen wurde. Später verbreiteten die Portugiesen die Legende, es seien die Ovambos und Uknanjamas gewesen.

Im übrigen versuchten die Briten wiederum, die eingeborene Bevölkerung im Damaraland gegen die deutschen Farmer aufzuwiegeln, was zu einem Aufstand der Buschleute und des Bastardstammes führte.

Die eigentliche Leidenszeit für die deutsche Bevölkerung begann aber erst nach Kriegsende, als der britische Administrator Gorges in Windhuk ein Schreckensregiment installierte. Die Engländer gingen nach ihrem bekannten Motto: „All is fair in love and war“ gegen alles Deutsche vor. Sie benötigten zur Stützung ihrer Propagandathese, daß Deutsche unfähig seien über andere zu herrschen, jede Menge deutsche Verbrecher. Hierzu stellten sie ein sogenanntes „Blaubuch“ zusammen, in dem „deutsche Untaten und Kriegsverbrechen“ dokumentiert werden sollten, und natürlich waren ihnen die belastenden Aussagen selbst berüchtigter Farmbrenner und Mörder, wie z. B. die des Buschmannräubers Harris, gerade gut genug. Schließlich wurden aufgrund derartiger „Ermittlungen“ Abschiebelisten aller Deutschstämmigen erstellt, in denen alle die Personen vertreten waren, die irgendwann einmal mit der Rechtspflege in Berührung gekommen waren, und seien es auch nur Notariatssachen, Erbschaftsangelegenheiten oder Grundstückskäufe.

Nach dem Versailler Diktatsfrieden wurde dann die Hälfte aller Deutschen, darunter Ärzte, Lehrer, Missionare, Pfarrer, Handwerker, Beamte, Kaufleute und Farmer unter zum Teil menschenunwürdigen Bedingungen auf den von den Siegern beschlagnahmten Schiffen der Deutsch-Ostafrika-Linie nach Hamburg verfrachtet, was noch als ein unverdientes Entgegenkommen angesehen werden mußte, zumal in Deutsch-Ostafrika und den anderen deutschen Kolonien gemäß § 122 des „Friedensvertrages“ eine 100prozentige Ausweisung erfolgte.

Trotz alledem hat sich das deutsche Element in Südwestafrika über den Zweiten Weltkrieg bis zum heutigen Tage erhalten und durchgesetzt. Die Umgangssprache ist deutsch und nicht das Zirpen und Summen der Buschmänner, nicht die Schnalzlaute der Nama und auch nicht Herero oder Kappholländisch!

Wenn heute die deutsche Bundesregierung und deren Außenminister im Verein mit der UNO die vom Ostblock (DDR und Kuba) ausgehaltene und von Angola aus operierende SWAPO bevorzugt und die nationale „Turnhallenvereinigung“ von Weißen und Farbigen brüskiert, dann ist das nicht nur nach Südwestler-Ansicht ein Skandal. Wäre das von Wilson proklamierte „Selbstbestimmungsrecht“ in Südwestafrika 1920 zur Anwendung gekommen, das Land wäre heute deutsch und hieße ganz sicher nicht nach seiner Wüste „NAMIBIA“.

„AUF DEM STUNDENPLAN“ - Folge 12

UN - Ausgabe *8/87*. Die Schülerblatt-Serie „Auf dem Stundenplan" erscheint in regelmäßiger Folge in der Monatszeitschrift Unabhängige Nachrichten, Postfach 400215, D4630 Bochum 4. ViSdP.: Werner Gebhardt

Abgabe an Schüler kostenlos, wenn der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck und Beilage in Schülerzeitungen gestattet. Spendenkonto: Bankeinzug

Unabhängige Nachrichten, Ausgabe 10/88, Seiten 5 - 8



Auf dem Stundenplan

Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher

Nicht einmal das Datum stimmt.

„Mit Zustimmung Hitlers gab Goebbels an alle Parteistellen Weisungen zu dem sogenannten spontanen Progrom in der Nacht vom 8. zum 9. November 1938, das später auch offiziell unter der Bezeichnung „Reichskristallnacht" bekannt geworden ist."
Adalbert Rückerl,
NS-Vernichtungslager im Spiegel
deutscher Strafprozesse, Seite 93

DIE REICHSKRISTALLNACHT

Die sogenannte Reichskristallnacht, deren 50. Jahrestag im November 1988 begangen wird, ist einer der bisher unerforschten historischen Vorgänge, über die zwar unendlich viel behauptet und geschrieben wird, deren Auslösung und Steuerung aber nach wie vor im Dunkeln liegen.

Sie hat damals das deutsche Volk geschockt und dem Ausland eine Hetzgrundlage gegeben, die fast einmalig war: Gotteshäuser anzuzünden, galt bei allen Kulturvölkern bis dahin als schlimmer Frevel. Erst die Angelsachsen und Amerikaner haben in ihrem Bombenkrieg gegen Deutschland diesen Frevel perfektioniert.

Wer steckte die Synagogen in Brand? War es Dr. Goebbels oder Himmler oder Heydrich; vielleicht Adolf Hitler? War es ein Komplott der Nazi-Verschwörer?
Alle diese Fragen gelten heute als im bejahenden Sinn beantwortet als „allgemein bekannte historische Tatsachen", die anzuzweifeln einem Deutschen sehr schnell strafrechtliche Verfolgung einbringen kann, wenn er ein falsches Wort wählt.

Tatsächlich ist jedoch in der Frage der Urheberschaft der Kristallnacht bis zum heutigen Tage nicht das geringste bewiesen - so urteilt die katholische Theologin (mit Hebraicum und langer beruflicher Tätigkeit in Israel) Ingrid Weckert. Die Sieger hatten 50 Jahre lang Zeit, um alle Möglichkeiten, Vorgänge und Hintergründe der Kristallnacht aufzuklären. Sie taten es nicht. Frau Wekkert ist in einer umfangreichen Studie den Vorgängen und Hintergründen mit geradezu sensationellem Ergebnis nachgegangen. Des Umfanges wegen können hier nur einige Fakten und Schlußfolgerungen aus ihrem Buch „Feuerzeichen". Grabert-Verlag, Tübingen 1981, gebracht werden:

Texte gelöscht!

Amtsgericht Duisburg, 11 GS 633/03, 20.2.2003:

»In der Schrift (von Ingrid Weckert) werden die Ausschreitungen gegen jüdische Menschen und jüdische Einrichtungen in der Reichsprogromnacht als von jüdischer Seite provoziert und von der Nazi-Führung nicht gewollt dargestellt. Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Juden werden durch die Darstellung böswillig verächtlich gemacht und in ihrer Menschenwürde angegriffen (§ 130 Abs. 2 Nr. 1 StGB) Das Andenken der jüdischen Menschen die Opfer der Nazi-Ausschreitungen wurden, wird verunglimpft (§§ 189, 194 Abs. 2 Satz 2 StGB).«

UNABHÄNGIGE FREUNDESKREISE **UN** **UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN**

Persönlicher Bestell- und Leserdienst::
Ruf: 0208 / 84 01 32
Fax: 0208/8487 057

Abs. UN, Postfach 400215, 44736 Bochum

Anschrift für Bestellungen, Schriftleitung und Archiv
UN, Postfach 400215, 44736 Bochum
www.un-nachrichten.de

13./14. FEBRUAR:
DEUTSCHER GEDENKTAG AN
DEN ALLIIERTEN BOMBENTERROR

Betrifft: *»AUF DEM STUNDENPLAN«*, Folge 13, erschienen in der UN-Ausgabe 10/88 im Oktober 1988

Ein mal wieder besonders fröhliches Erlebnis zeigte uns im März 2003, daß die UN mit ihren Forderungen und Belegen zu den aktuellen Fragen den Regierenden in ihrer Ausweglosigkeit wohl sehr weh tut, weshalb man auf »olle Kamellen« zurückgreift:

Am 14. März 2003 um 6.30 Uhr in der Frühe klingelte mal wieder nicht der Milchmann oder Zeitungsbote in unserem Büro in Oberhausen, sondern der „Staatsschutz“ mit 9 Mann an der Tür Hausdurchsuchung wegen Verdachts der „Volksverhetzung“
Grund: Ein im Oktober 1988 (1988 = vor 15 Jahren!!) gedrucktes Blatt der Serie „AUF DEM STUNDENPLAN“, Folge 13, mit dem Titel: „DIE REICHSKRISTALLNACHT“.

Dieses Blatt enthält einige Zitate aus einem 1981 erschienenen Buch von Ingrid Weckert (einer katholischen Theologin mit Hebraicum und langer beruflicher Tätigkeit in Israel), das von 1981 bis 1998 (also 17 Jahre lang!!) frei und unbeanstandet im Buchhandel erhältlich war (Weckert, Ingrid, Feuerzeichen, Tübingen 1981). Mit Beschluß des Amtsgerichts Tübingen vom 5.1.1998 (4 Ds 15 Js 16642/93) und des Landgerichts Tübingen vom 9.3.1998 (I Qs 1498) wurde die bundesweite Einziehung dieses Buches angeordnet.

Zur Sicherung des Staatswesens wurden deshalb bei uns nunmehr die Restexemplare unseres vierseitigen Blattes »Auf dem Stundenplan«, Folge 13 beschlagnahmt und wieder einmal diverse Ermittlungsverfahren gegen Mitarbeiter der UN eingeleitet.

Bis zur Klärung der Frage, warum und weshalb und wegen welcher Textstellen das Buch von Ingrid Weckert nach 17 Jahren bundesweit eingezogen wurde und ob das »Auf dem Stundenplan-Blatt« Folge 13 gerade diese beanstandeten Textstellen enthält, raten wir allen, die dieses Blatt archiviert haben, es nicht zu kopieren und nicht weiterzugeben. Der private Besitz von Einzelexemplaren dieses wie auch anderer beschlagnahmter und eingezogener Druckwerke ist nicht strafbar, wenn sie nicht zur Vervielfältigung und Verbreitung vorrätig gehalten werden. Wir raten deshalb, solche Druckwerke als persönliches Eigentum zu markieren.

Eine aktuelle Liste aller als jugendgefährdend indizierten und gerichtlich beschlagnahmten Bücher und Schriften können Sie anfordern beim DRsK e.V., Postfach 400215, 44736 Bochum (24 Seiten. 10 €)

Ihre UN-Mitarbeiter

Unabhängige Nachrichten, Ausgabe 11/88, Seiten 5 - 8:

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

‚Auf dem Stundenplan' - Beiblatt für Schülerzeitungen. Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Ein Dokument zur Zeitgeschichte

» Man muß daraus lernen: Nicht alles darf man beim Namen nennen in Deutschland.«

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Philipp Jenninger, nach seinem erzwungenen freiwilligen Rücktritt am 11. November 1988.

Zu den geschichtlichen Vorgängen und Tatsachen, die Historiker, Politiker und Schulbuchautoren offenbar bis heute nicht beim Namen nennen dürfen, gehören nicht nur von den Siegern verheimlichte Dokumente, die z. T. erst im Jahre 2007 freigegeben werden sollen, sondern auch Veröffentlichungen wie die am 24. März 1933 im Londoner „Daily Express“ erschienene »jüdische Kriegserklärung«.

Auch sie gehört zur Vorgeschichte der „Kristallnacht“ und alles dessen, was Unschuldige erleiden mußten.

Wenn sie auch geschehenes Unrecht nicht entschuldigen kann, ist sie für die Beantwortung der immer wiederkehrenden Fragen nach dem damaligen Wissensstand, Meinungsbild und mangelnden Protest der Deutschen und danach, »wie es dazu kommen konnte«, sicherlich von historischer Bedeutung.

Umso mehr verwundert es, daß sie in kaum einem Schul- oder Geschichtsbuch benannt und in ihrer Wirkung auf die internationale und die deutsche Politik und Entwicklung bewertet wird. Wir hoffen, daß dieser Beleg-Abdruck dazu führt.

Dies ist eine Verkleinerung der in Originalgröße vorliegenden Ablichtung aus dem gebundenen Zeitungsband. UN-Archiv, Postfach 400215, D-4630 Bochum

Daily Express
NO. 10,258. FRIDAY,

JUDEA DECLARES WAR ON GERMANY



JEWS OF ALL THE WORLD UNITE

BOYCOTT OF GERMAN GOODS

MASS DEMONSTRATIONS

"Daily Express" Special Political Correspondent.

A STRANGE AND UNFORESEEN SEQUEL HAS EMERGED FROM THE STORIES OF GERMAN JEW-BAITING.

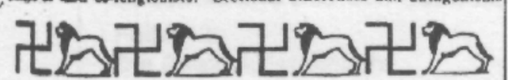
The whole of Israel throughout the world is uniting to declare an economic and financial war on Germany.

Hitherto the cry has gone up: "Germany is persecuting the Jews." If the present plans are carried out, the Hitlerite cry will be: "The Jews are persecuting Germany."

All Israel is rising in wrath against the Nazi onslaught on the Jews. Adolf Hitler, swept into power by an appeal to [illegible] patriotism, is making history of a kind he least expected. Thinking to unite only the German nation to race [illegible], he has roused the whole Jewish people to a national [illegible].

The appearance of the Swastika symbol of a new Germany has [illegible] the Lion of Judah, the old battle symbol of Jewish [illegible].

[illegible] million Jews, dispersed throughout the world, have banded together as one man to declare war on the German persecutors of their co-religionists. Sectional differences and antagonisms



have been submerged in one common aim—to stand by the 600,000 Jews of Germany who are terrorised by Hitlerite anti-Semitism and to compel Fascist Germany to end its campaign of violence and suppression directed against its Jewish minority.

Plans For Action Maturing In Europe And America

World Jewry has made up its mind not to rest quiescent in face of this revival of medieval Jew-baiting.

Germany may be called on to pay a heavy price for Hitler's antagonism to the Jews. She is faced with an international boycott in commerce, finance, and industry.

The Jewish merchant prince is leaving his counting-house, the banker his board-room, the shopkeeper his store, and the pedlar his humble barrow, to join together in what has become a holy war to combat the Hitlerite enemies of the Jew.

Plans for concerted Jewish action are being matured in Europe and America to strike back in reprisal at Hitlerite Germany.

In London, New York, Paris, and Warsaw Jewish merchants are uniting for a commercial crusade.

Resolutions are being taken throughout the Jewish business

PAGE TWO, COLUMN ONE

SUTCLIFFE AND PAYNTER OUT FOR "DUCKS."

CHRISTCHURCH, (N.Z.), Friday, March 24.

There was a thrilling start to the first Test between England and New Zealand here to-day.

Sutcliffe and Paynter opened the innings, but within a few minutes were both out for "ducks."—Sutcliffe caught by James and Paynter bowled by Smith.—Reuter.

Late Scores: Stop Press.

Canon Shot At Prayer

SISTER FINDS HIM KNEELING AT HIS BEDSIDE

"Daily Express" Correspondent.

BRISTOL, Thursday.

CANON ERNEST FREDERICK SMITH, an honorary canon of Gloucester Cathedral, was found shot dead kneeling in an attitude of prayer by his bedside at his rectory of Yate to-day.

His sister, Miss Ethel Smith, went to his room at 8 a.m. after a maid had been unable to get a reply to her knocks.

She found that he had been shot in the head. On the bed was a revolver containing one empty cartridge case.

BREAKING THE NEWS

Doctor and police were summoned, and while they were making their investigations the headmaster of the village school, Mr. E. Brown, called the children together and broke the news to them.

"Always try to remember the rector's cheery smile and kindly word, and what good friends we all were," he said.

Choir practice in the church to-night was cancelled, as well as an organ recital which, it was expected, would have cleared off the remainder of the debt outstanding for rehanging the ancient bells, an object which had been near to the rector's heart.

Express



THER: FINE: COOLER.

MARCH 24, 1933. ONE PENNY.

WAR ON GERMANY



Mr. Churchill's Withering Attack On Premier

SOVIET [AMB]ASSADOR [ENT]ERTAINS

-RED TALKIE [FOR] ALL-WHITE [DIP]LOMATS

[...]NG GUESTS

[Daily] Express" Special [Rep]resentative.

[...]t Ambassador and [M]aisky gave a recep[tion last ni]ght in the Russian [Embassy,] Harrington House, [P]alace-gardens.

[...]he diplomatic repre[sentatives o]f foreign Powers, [and] many of London's intelligentsia, were [there. It w]as understood, how[ever, that so]me of the official re[presentatives] of Great Britain who [received] invitations did not [attend].

[...]ATE REASONS

[...]s which led them to [...]es a delightful even[ing ...]tless as adequate and [...] to overcome as those [...]tly prevented the [Amba]ssador from going to [the Foreign] Office at the request [of the] Government to ex[press ... the imp]risonment of British [subjects in M]oscow.

[...]am of motor-cars and [...]e witness to the [popul]arity of the Ambas[sador and] the guests' apprecia[tion of the en]tertainment that was [given th]em.

[... parties] given by Soviet re[presentatives] as a rule strike the [note of a]rmed truces, because [...]ce of a Communist [...] hostile as can be [to] the social and eco[nomic organis]ation of a capitalist [State].

[...] STIMULANT

[...]proved an interesting [...] refreshments, which [...] choicest wines and [...] anything that diplo[macy] could produce for the [...] of its guests. They [were supple]mented by mental [stimulant i]n the shape of a [talkin]g film, "The Coun[...]

[...] usual truce dis[...] the guests were [...]d to admire the pur[...]e which means, if it [...]

Officer Describes The Girl

DAYS OF LOVE IN BERLIN

"Daily Express" Special Representative.

SUMMER days and nights of love in Berlin through a fortnight of hectic pleasure; and then, when the holiday was over, stolen, hurried meetings in Holland.

One party to this romance, a pretty German girl of wealth, to whom money apparently meant nothing—the other, an officer of the British Army, who was content to allow the girl to pay him for his company and favours.

'MONEY "A PRESENT"

That, in brief, was the story which Lieutenant Norman Baillie-Stewart, of the Seaforth Highlanders, told in defence before the court-martial which is trying him on charges of attempting to betray his country to a foreign Power for payment.

Instead of the money being paid over for revealing military secrets — as the prosecution alleged — Lieutenant Baillie-Stewart says it was given him as a present from a woman. That was the main line of his defence.

"I know," declared Mr. Norman Parkes, his counsel, in his first address to the court for the defence, "and Lieutenant Baillie-Stewart knows, that his conduct was highly discreditable, but is his story a less likely one than the one the prosecution asks you to accept?"

CAFE MEETING

For the first time we learned how Lieutenant Baillie-Stewart met Marie Louise, the German girl who was claimed to have handed over money in English banknotes for happiness given her by this young British officer.

He was sitting in a Berlin café when a German—the man Otto Waldemar Obst—entered into conversation and said he would introduce him to somebody interesting who would entertain him while he was in the German capital. So, said the officer, there followed the introduction to Marie Louise.

We learned something more of Marie Louise when Lieutenant Baillie-Stewart was under cross-examination by Major Shapcott for the prosecution.

She was about twenty-two; height, 5ft. 6 inches; fair, with blue eyes and a good figure.

TOGETHER FOR DAYS

"I noticed her figure," said Lieutenant Baillie-Stewart. But, although they were together for [...]

'BROUGHT US NEARER TO WAR'

FOUR YEARS' WORK WITHOUT ANY SUCCESS

OUR DON QUIXOTE

By Our Parliamentary Representative

THE House of Commons, which has grown mealy-mouthed since the crisis of eighteen months ago, was shocked into reality last night by one of the most withering personal attacks of recent years.

The attack came from Churchill. It fell like a thunderbolt on Ramsay MacDonald.

GRAVE CHARGE

Amid the ridicule and contempt which Mr. Churchill obviously enjoyed heaping on the Prime Minister there was a charge of the utmost gravity. The charge was that the Prime Minister's conduct of foreign affairs has brought Great Britain nearer to war.

"The Prime Minister's interventions in foreign affairs," said Mr. Churchill, "have been remarkably unsuccessful. His repeated excursions have not yet led to any solid, good result. Where anything has been achieved it has nearly always been at British expense and to British disadvantage."

Mr. Churchill, standing just a few yards from Mr. MacDonald,

PAGE ELEVEN, COL. THREE

Mrs. George Lansbury Dead



A boy-and-girl romance which began at fifteen, ended last night with the death of Mrs. George Lansbury, wife of the Parliamentary Leader of the Socialist Party. Their fifty-three years of happy married life began in the deepest poverty and endured through a disappointing emigration to Australia. The dramatic story of this perfect domestic partnership is told on Page Thirteen.

STOP PRESS

Telephone: Central 8000

ENGLAND v. N.Z.: FIRST TEST.

ENGLAND: 84 FOR 3 (LUNCH)
Sutcliffe c James b B[...]
Paynter, b Smith A: Ham[mond] not out 21; Wyatt run out 10
not out 21; extras 3.—Ex

Broadcasting Programmes

DAILY EXPRESS, 24. MÄRZ 1933:

„Das Judentum erklärt Deutschland den Krieg“

Übersetzungen können durch Wortwahl zu Verschärfungen oder Abschwächungen von Texten führen. Nutzen Sie deshalb die Leerspalte für Ihre eigene Übersetzung: Wenn gewünscht oder erforderlich, können Sie die bei uns vorliegende Übersetzung anfordern. UN

Auf dem Stundenplan

Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher

"Auf dem Stundenplan" - Beiblatt für Schülerzeitungen
Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

Bisher sind folgende Blätter erschienen:

Folge 1:
Deutschland und seine Ostgebiete - Verzicht oder nicht?

Folge 2:
Verdunkelung der Weltgeschichte durch Schulbuch-Bla-BIa

Folge 3:
1983- nicht 50. Jahr der Machtübernahme, sondern 65. Jahr nach Versailles!

Folge 4:
Kriegsschuld - Die unbewältigte Gegenwart: Der 1. September 1939

Folge 5:
Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Versailles: Der Betrug im Schulbuch

Folge 6:
Vorsicht: Tretminen im Schulbuch!
Stichwort: Das Hoßbach-Protokoll

Folge 7:
Der böse Deutsche

Folge 8:
Stichworte Lusitania, Lidice, Oradour

Folge 9:
Die Tschechen - Ein „slawisches Volk“?
Von Kiel bis Kärnten „slawischer“ Boden?

Folge 10:
Lehren der Weimarer Republik

Folge 11:
Der Bromberger Blutsonntag

Folge 12:
Südafrika und Deutsch-Südwest

Folge 13:
Die Reichskristallnacht

Einzelblätter bei Portoerstattung kostenlos anzufordern von:
UN, Postfach 40 02 15, D-4630 Bochum 4

"AUF DEM STUNDENPLAN"- Folge 14

UN - Ausgabe 11/88. Die Schülerblatt-Serie "Auf dem Stundenplan" erscheint in unregelmäßiger Folge in der Monatszeitschrift Unabhängige Nachrichten, Postfach 40 02 15, D-4630 Bochum 4. ViSdP: Werner Gebhardt Abgabe an Schüler kostenlos, wenn der Spendeneingang dies ermöglicht Abdruck und Beilage in Schülerzeitungen gestattet.

Spendenkonto: Bankeinzug

UN • Unabhängige Nachrichten 3/89, Seiten 7 - 8:

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

‚Auf dem Stundenplan' - Beiblatt für Schülerzeitungen. Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Katyn:

»1943: Entdeckung von Massengräbern bei Katyn mit den Leichen von ca. 4.000 erschossenen polnischen Offizieren durch die Deutschen.«

(dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Band 2. München 1981, 16. Auflage, S. 213)

Wieder eine angeblich »feststehende historische Tatsache« als Greuellüge entlarvt, - nun sogar ganz offiziell!

Was jeder Deutsche, der sich nur etwas in der Zeitgeschichte auskennt, seit vielen Jahren weiß, wird jetzt sogar von den Polen eingestanden:

Das von den antideutschen Greuelpropagandisten den Deutschen angelastete Massaker von Katyn wurde von den Russen begangen.

Die polnische Wochenzeitung »Odrodzenie« hat in ihrer jüngsten Ausgabe einen Bericht des ehemaligen Generalsekretärs des polnischen Roten Kreuzes, Kazimierz Skarzynski, über die Untersuchungen am Massengrab von Katyn veröffentlicht. Daraus geht eindeutig hervor, daß die dort gefundenen mehr als 4.000 polnischen Offiziere im Frühjahr 1940 vom sowjetischen Sicherheitsdienst ermordet wurden.

Bezeichnend ist, daß der polnische Historiker Wladzimierz Kowalski dieses in nur noch einem Exemplar existierende Dokument in einem britischen Archiv gefunden hat, wo es als »top secret« (streng geheim) gekennzeichnet war.

Noch 44 Jahre nach Kriegsende wollen unsere westlichen »Freunde und Verbündeten« die Aufdeckung von historischen Wahrheiten verhindern!

Mitarbeiter der polnischen Zeitung erklärten, daß monatelang auf die Genehmigung zur Veröffentlichung gewartet wurde. In dem vier enggedruckte Zeitungsseiten umfassenden Bericht schildert Skarzynski, wie das polnische Rote Kreuz bemüht war, sich trotz des grausigen Fundes der Massengräber von Katyn nicht vor den »Karren der Nazipropaganda« spannen zu lassen.

Selbst das Rote Kreuz mußte sich 1943 der Greuelpropaganda gegen Deutschland fügen!

Schon 1943 war die tatsächliche historische Wahrheit bekannt. Trotzdem scheuten sich bis in die 80er Jahre sogar deutsche »Historiker« nicht, die Untat uns Deutschen vorzuwerfen!



Nach Auffindung der Massengräber von Katyn 1943 führten die deutschen Besatzungsbehörden alliierte Offiziere zu den Opfern.

Die deutschen Besatzungsbehörden hätten die Leitung des polnischen Roten Kreuzes am 9. April 1943 von dem Fund der Massengräber im Wald von Katyn unterrichtet und sie aufgefordert Beobachter zu entsenden. Einige Tage später sei er mit

mehreren Vertretern des polnischen Roten Kreuzes nach Katyn gefahren, um für die Identifizierung der Opfer und ihre würdige Beisetzung in neuen Gräbern zu sorgen.

Gespräche der polnischen Rot-Kreuz-Vertreter mit der örtlichen Bevölkerung hätten bestätigt, daß von Anfang März bis zur zweiten Hälfte April täglich zwei bis drei vergitterte Wagen mit polnischen Offizieren an der nächst gelegenen Bahnstation Gniezdowo angekommen seien. Die Häftlinge seien in Autos verladen und in das abgesperrte Gebiet des sowjetischen NKWD im Wald von Katyn gebracht worden. Ein Bauer habe berichtet, daß er täglich viele Schüsse und Schreie gehört habe.

Bei den schon stark verwesten Leichen habe man Papiere gefunden, die ebenfalls keinen Zweifel daran ließen, daß die Offiziere im März und April 1940 erschossen wurden. So habe man bei der Leiche des Majors Solski eine vom 9. April 1940 datierte Notiz gefunden. Darin heißt es: »Eine Gruppe von Offizieren aus dem (Internierungslager) Kozielsk ist um 03.30 Uhr in Smolensk angekommen. Einige Minuten vor 05.00 Uhr wurden wir geweckt. Sie haben uns in Gefängnisautos gesetzt. Wir sind zu einem Wald gekommen, der nach einer Sommerfrische aussieht, wo man uns Eheringe, die Uhr und Taschenmesser abnahm. Was wird aus uns?«

Der Mord an den polnischen Offizieren in Katyn ist eine der wichtigsten noch offenen Fragen zwischen Polen und der Sowjetunion. Trotz der neuen Politik der Perestroika hatte der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow bei seinem Polen-Besuch im vergangenen Jahr kein klärendes Wort darüber gesagt. Die Sowjets hatten bis vor kurzem immer behauptet, die polnischen Offiziere seien von den Deutschen nach dem Einmarsch in die Sowjetunion ermordet worden. Die Forderung der polnischen Exil-Regierung in London nach Aufklärung der Morde von Katyn hatte Stalin zum Verwand genommen, um die diplomatischen Beziehungen abzubrechen.

Die in Katyn ermordeten Offiziere waren den Sowjets im September 1939 in die Hände gefallen, als sie aufgrund des Hitler-Stalin-Pakts Ostpolen besetzten. Von rund 10 000 Offizieren, die sich in anderen Internierungslagern befanden, fehlt noch immer jede Spur.

Wahrscheinlich sind auch diese 10 000 wie unzählige andere Kriegstote ein Teil der Millionen, die bisher den "deutschen Verbrechen" zugerechnet werden, und für die wir bis zum jüngsten Tag büßen und zahlen werden, wenn sich nicht junge, unbelastete Lehrer und Schüler die Aufgabe stellen, in jedem nachweisbaren Einzelfall wie diesem die Lehrbücher von den Greuellügen der Kriegs- und Nachkriegspropaganda zu säubern.

20 Buchpreise zu gewinnen!

Schüler und Studenten bis 28 J., die uns Geschichts- und Lehrbücher, Lexika und Unterrichtsmaterialien nennen, in denen das Massaker von Katyn noch den Deutschen vorgeworfen wird, nehmen an einer Auslosung teil.

Quellenangabe und Kopie der entsprechenden Seite genügt.

Die Gewinner erhalten das für Wissensdurstige Jugendliche wichtige Buch von Martin Jenke, »Verheimlichte Tatsachen«, 208 Seiten, Verlag Walther Angerer, 1981.

Anschrift: UN - Auf dem Stundenplan, Postfach 40 02 15, D-4630 Bochum 4

Inschrift auf Warschauer Katyn-Denkmal wird geändert

WARSCHAU, 22. Februar (Reuter). Die Inschrift eines Warschauer Mahnmals, das an die Ermordung polnischer Offiziere in Katyn während des Zweiten Weltkriegs erinnert, soll nach den Worten von Regierungssprecher Urban geändert werden. Entgegen der bisherigen offiziellen Version soll nicht länger der „Hitler-Faschismus“ für den Massenmord verantwortlich gemacht werden. Urban gab diese Pläne am Dienstag bekannt, sechs Tage nachdem ein offizielles polnisches Presseorgan erstmals berichtet hatte, daß der Massenmord von der sowjetischen Sicherheitspolizei NKWD und nicht von Deutschen begangen wurde.

Frankfurter Allgemeine, 23.2.1989

"AUF DEM STUNDENPLAN" - Folge 15

UN - Ausgabe 3/89. Die Schülerblatt-Serie "Auf dem Stundenplan" erscheint in unregelmäßiger Folge in der Monatszeitschrift Unabhängige Nachrichten. Postfach 400215, D 4630 Bochum 4. ViSdP: Kurt Haußmann.
Abgabe an Schüler kostenlos, wenn der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck und Beilage in Schülerzeitungen gestattet.
Spendenkonto: Bankeinzug

Unabhängige Nachrichten, Ausgabe 8/89, Seiten 6 - 7:



Auf dem Stundenplan

Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher

Deutschland wollte Frieden

Der letzte Versuch: Die 16-Punkte-Vorschläge der Reichsregierung zur Beseitigung der deutsch-polnischen Spannungen vom 31. August 1939, 21.15 Uhr:

Ein Dokument, das man in keinem Schulbuch findet!

1.

Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.

2.

Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder-Graudenz-Kulm-Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.

3.

Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage in diesem Gebiet wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück.

Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu dem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.

4.

Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, insoweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt.

Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5.

Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.

6.

Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen- und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.

7.

Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Summen.

8.

Um nach erfolgter Abstimmung - ganz gleich, wie diese ausgehen möge - die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow-Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d. h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

9.

Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.

10.

Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

11.

Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter einer Handelsstätte erhalten, d. h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

12.

Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.

13.

Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen.

Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorgekommenen wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wieder gutzumachen, bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14.

Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisierung zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15.

Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilmachung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16.

Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.

* * *

Quelle: Sir Nevile Henderson, Fehlschlag einer Mission, Berlin 1937 bis 1939. Zürich, S. 370-374

Weitere Literaturhinweise zur Kriegsschuldfrage auf Anforderung.

An alle Schüler!

1. *Suchen Sie andere Quellenbelege über diese Vorschläge vom 31.8.1939 in Ihren Unterrichtsmaterialien und in der Schulbibliothek.*
2. *Bei erfolgloser Suche bitten Sie ihren Lehrer, ein entsprechendes Dokument zu beschaffen.*
3. *Vergleichen Sie die Texte auf Übereinstimmung.*
4. *Analysieren und bewerten Sie die Vorschläge im Vergleich mit heutigen völkerrechtlichen Normen und Grundsätzen von Friedenspolitik und Selbstbestimmungsrecht.*
5. *Arbeiten Sie heraus, woran der Kriegswille Hitlers erkennbar deutlich wird.*
6. *Beantragen Sie eine Projektstunde zu diesem Dokument.*

»Auf dem Stundenplan« - Folge 16

Schülerblätter der Unabhängigen Nachrichten • Postfach 40 02 15 • D-4630 Bochum 4. ViSdP: Kurt Haußmann. Eigendruck. Abgabe an Schüler kostenlos, wenn der Spendeneingang dies ermöglicht. Spendenkonto: Bankeinzug. Abdruck und Beilage in Schülerzeitungen erwünscht.

Unabhängige Nachrichten, Ausgabe 3/1990, Seiten 5 - 6

Auf dem Stundenplan

Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher



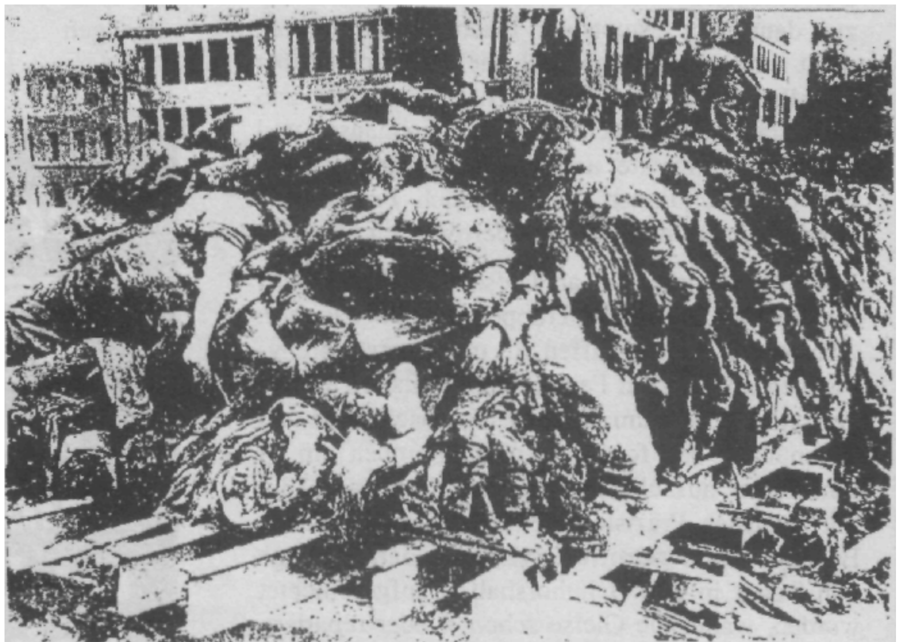
Dresden wurde zum Opfer angewandter Barbarei

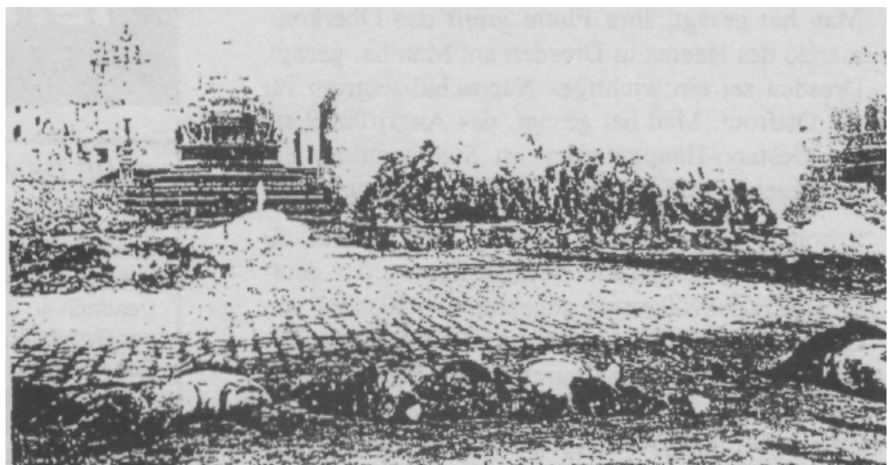
Vor 45 Jahren wurde Hamburgs Partnerstadt bombardiert

Wir dokumentieren einen Artikel von Ulrike Meinhoff

Vor zwanzig Jahren, am 13. und 14. Februar 1945, in der Nacht von Fastnachtsdienstag auf Aschermittwoch, ist der größte Luftangriff der alliierten Bomberkommandos im Zweiten Weltkrieg auf eine deutsche Stadt geflogen worden: der Angriff auf Dresden. Dreimal innerhalb von 14 Stunden wurde die Stadt bombardiert. Von 22.13 Uhr bis 22.21 Uhr dauerte der erste Schlag. Als die englischen Bomber abflogen, hinterließen sie ein Flammenmeer, das über 80 Kilometer weit den Himmel glühend machte. Der zweite Schlag erfolgte von 01.30 Uhr bis 01.50 Uhr. Die abfliegenden Bomber haben das Feuer von Dresden über 300 Kilometer weit beobachten können. Den dritten Angriff flog ein amerikanisches Bombergeschwader am nächsten Vormittag zwischen 12.12 Uhr und 12.23 Uhr.

Über 200.000 Menschen sind in den Flammen von Dresden umgekommen. Der Engländer David Irving schreibt in seinem Buch "Der Untergang Dresdens": "Zum ersten Male in der Geschichte des Krieges hatte ein Luftangriff ein Ziel so verheerend zerstört, daß es nicht genügend unverletzte Überle-





Beim Entstehen dieser Aufnahmen brannten fünf Scheiterhaufen gleichzeitig. Auf dem Platz verstreut sind die Aschehaufen zu erkennen, die zu den Massengräbern abtransportiert werden sollen.

bende gab, um die Toten zu begraben."

Dresden hatte 630.000 ständige Einwohner. Als es zerstört wurde, hielten sich über eine Million Menschen in dieser Stadt auf. Man schätzt 1,2 bis 1,4 Millionen.

Flüchtlinge aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen, Evakuierte aus Berlin und aus dem Rheinland, Kindertransporte, Kriegsgefangene und Fremdarbeiter. Dresden war eine Sammelstelle für genesende und verwundete Soldaten. Dresden hatte keine Rüstungsindustrie. Dresden war eine unverteidigte Stadt ohne Flak und ohne Luftabwehr. Dresden galt in ganz Deutschland als eine Stadt, die nicht bombardiert werden würde. Es gab Gerüchte, wie: Die Engländer würden Dresden schonen, wenn Oxford nicht angegriffen würde - oder: Die Alliierten würden Dresden nach dem Krieg zur deutschen Hauptstadt machen und deshalb nicht zerstören. Es gab noch mehr Gerüchte, aber vor allem konnte sich kein Mensch vorstellen, daß eine Stadt, die täglich neue Krankenhäuser und Lazarette einrichtete, in die täglich Hunderttausende von Flüchtlingen, hauptsächlich Frauen und Kinder, einströmten, bombardiert werden würde.

Militärisch interessant an Dresden war höchstens ein größerer Güter- und Truppenumschlagbahnhof. Aber in den drei Angriffen, als man zuerst Sprengbomben abwarf, um Fenster zum Platzen zu bringen und Dächer zum Einsturz, um Dachstühle und Wohnungen den folgenden Brandbomben um so schutzloser auszuliefern, als das alles planmäßig mit höchster Präzision ablief, da wurde dieser Bahnhof kaum getroffen. Als Tage darauf Berge von Toten in den Bahnhofshallen aufgeschichtet wurden, waren die Gleise schon wieder repariert. Dresden hat sieben Tage und acht Nächte lang gebrannt.

Man hatte den englischen Soldaten, die die Angriffe geflogen haben, nicht die Wahrheit gesagt. Man hat gesagt: Ihre Flotte greift das Oberkommando des Heeres in Dresden an. Man hat gesagt, Dresden sei ein wichtiges Nachschubzentrum für die Ostfront. Man hat gesagt, das Angriffsziel sei ein Gestapo-Hauptquartier im Stadtzentrum, ein wichtiges Munitionswerk, ein großes Giftgaswerk.

Schon 1943 hatte es in der britischen Öffentlichkeit Proteste gegen die Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung gegeben. Der Bischof von Chichester, der Erzbischof von Canterbury, der Kirchenpräsident der Church of Scotland erhoben ihre Stimme. Ihnen aber ebenso wie einem Labourabgeordneten im englischen Unterhaus wurde gesagt, das sei nicht wahr, daß ein Befehl ergangen wäre, Wohngebiete statt Rüstungszentren zu zerstören. Es ist der englischen Regierung unter ihrem Premierminister Sir Winston Churchill bis zum Ende des Krieges, bis März 45, gelungen, den tatsächlichen, absichtlichen, planmäßigen Charakter der britischen Bomberangriffe auf deutsche Städte geheimzuhalten. Dresden war der Höhepunkt dieser Politik. Dresden ging in Schutt und Asche, zwei Jahre nachdem der Ausgang des Zweiten Weltkrieges in Stalingrad entschieden worden war. Als Dresden bombardiert wurde, standen die sowjetischen Truppen schon an der Oder und Neiße, lag die Westfront am Rhein. Der Oberbefehlshaber der Royal Air Force, Sir Arthur Harris, der den Einsatz gegen Dresden geleitet hatte, ging ein Jahr danach, am 13. Februar 1946, in Southampton an Bord, um das Land zu verlassen, das nicht mehr bereit war, seine Verdienste zu würdigen ...

TAZ 14.02.1990)

Der planmäßige Massenmord an Wehrlosen in Dresden war eine Barbarei und Unmenschlichkeit, für die es keine Rechtfertigung gibt.

"AUF DEM STUNDENPLAN" - Folge 17

UN - Ausgabe 3/90. Die Schülerblatt-Serie "Auf dem Stundenplan" erscheint in unregelmäßiger Folge in der Monatszeitschrift Unabhängige Nachrichten, Postfach 40 02 15, D-4630 Bochum 4. ViSdP: Werner Symanek.
Abgabe an Schüler kostenlos, wenn der Spendeneingang dies ermöglicht, Abdruck und Beilage in Schülerzeitungen gestattet. Spendenkonto: Bankeinzug

Anschrift ab 1. Juli 1993: UN - Postfach 400215 • 44736 Bochum

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Zum Gebrauch an allen Schulen - für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde

»Wie gerecht ist der soziale Rechtsstaat?«

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es:

»Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat« (20/1), dessen Ordnung den »Grundsätzen des ... sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen muß« (28/1).

Lernen wir in einem Vergleich die Praxis der sozialen Ordnung unseres Rechtsstaates schätzen.

Fallbeispiel I:
Libanesische Asylbewerberfamilie

In der Kleinstadt Bad Lauterberg (Niedersachsen) lebt eine Asylbewerberfamilie mit 4 Kindern.

Nach dem Stand vom November 1992 erhält die Familie nach dem geltenden Regelsatz der Sozialhilfe folgende monatlichen Unterhaltszahlungen:

1. Haushaltsgeld für

- den Haushaltsvorstand	=	509 DM
- die Ehefrau	=	407 DM
- die Tochter (7 Jahre)	=	255 DM
- die Tochter (12 Jahre)	=	331 DM
- die Tochter (14 Jahre)	=	331 DM
- den Sohn (18 Jahre)	=	458 DM
Haushaltsgeld (netto)		2.291 DM

Nach den Vorschriften sind 52 % dieser Unterhaltsleistungen für Nahrungsmittel und 48 % für die sonstigen Lebensbedürfnisse vorgesehen.

2. Bekleidungszuschuß

Für jedes Halbjahr wird für Erwachsene ein Bekleidungszuschuß von 250 DM und für Kinder 150 DM gezahlt.
Das sind in unserem Fall 2.200 DM je Jahr oder 183,33 DM monatlich.

3. Mietkosten

Die Mietkosten trägt die Gemeinde, einschließlich der umlagefähigen Nebenkosten. Wohnungen für 6-köpfige Familien kosten in unserer Kleinstadt etwa 800 DM, Nebenkosten 373 DM.

Unsere Asylbewerberfamilie erhält also jeden Monat einen Betrag von 2.474,33 netto plus Miete

= 3.647, 33 DM

Weil wir in einem sozialen Rechtsstaat leben, übernimmt das Sozialamt dazu noch andere Kosten für Dinge, die für ein menschenwürdiges Leben notwendig sind, z. B. für den Kauf von Fahrrädern, Kinderwagen und eines Staubsaugers, wenn nachgewiesen wird, daß der Asylbewerber einen Teppich besitzt.

Als Erstausstattung besorgt das Sozialamt alles, vom Eßbesteck bis zur Waschmaschine, Elektroherd (neu) und Fernsehapparat. Die schulpflichtigen Kinder werden selbstverständlich auch mit allen notwendigen Schulranzen etc. ausgerüstet.

Daß es der Menschenwürde entspricht, die ärztliche Betreuung der Familie vom Sozialamt zu übernehmen, versteht sich von selbst, einschließlich aller Medikamente, Krankenhaus- und Operationskosten, Geburtshilfe und selbstverständlich Zahnarztbehandlung einschließlich Zahnersatz.

Diese und andere Kosten wie für zusätzliche Lehrer, städtische Ausländerbetreuer und vieles andere mehr können kaum berechnet werden.

Auf dem Stundenplan - Folge 18 • UN 3/1993
Unabhängige Nachrichten • Postfach 40 02 15 • D-4630 Bochum 1
ViSdP: Hans Clausert, Realschullehrer
Abgabe an Schüler und Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck gestattet.
Spendenkonto: Bankeinzug

Fallbeispiel II:

Deutsche Facharbeiterfamilie

Zwei Straßen weiter wohnt in unserer Kleinstadt ein deutscher Facharbeiter, 43 Jahre alt, mit seiner gleichgroßen Familie.
Sein monatlicher Nettolohn, nach Abzug von Steuern und gesetzlichen Abgaben, beträgt 2.600 DM. Dazu kommen 4 x 150 DM Kindergeld.

Nettoeinkommen also	=	3.200 DM
- abzüglich Miete	=	800 DM
- abzüglich Nebenkosten, die er selber tragen muß	=	373 DM
- abzüglich Versicherungen, weil im Ernstfall für ihn kein Sozialamt bezahlt, und Eigenanteil gem. Gesundheitsreform plus »Zwangsbeiträge« DGB	=	200 DM.

Dem deutschen Facharbeiter und seiner Familie verbleiben =1.827,00 DM

Sämtliche Anschaffungen für ein menschenwürdiges Leben muß er selbstverständlich selbst bezahlen. Darüber hinaus wird er über erhöhte Sozialabgaben und Steuererhöhungen gezwungen, die 35 Milliarden DM aufzubringen, die der soziale Rechtsstaat jährlich für die Asylbewerber ausgibt, denn im Grundgesetz unseres sozialen Rechtsstaates heißt es im Artikel 14/2:

»Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.«

Die Gegenüberstellung

Die Asylbewerberfamilie erhält (ohne Arbeit) einschl. freier Wohnung	= 3.647,33 DM.
Zur freien Verfügung	= 2.474.33 DM.
Der Familie des deutschen Facharbeiters verbleiben nach Mietzahlung (solange ihm nicht wegen Rationalisierung, Stillegung oder »Abwicklung« gekündigt wird)	= 1.827,00 DM.

Mehrbetrag in der Haushaltskasse Asylbewerberfamilie = 647,33 DM

Aufgabenstellung

1. Rechnen Sie die Fallbeispiele nach.

2. Lassen Sie sich vom Sozialamt Ihrer Gemeinde/Stadt die in Ihrem Ort geltenden Regelsätze für Asylbewerber geben (Besuch im Sozialamt).

3. Befragen Sie Ihre Eltern und/oder Arbeiterhaushalte nach ihren Monatseinkommen, Abzügen und Mieten.

4. Beantragen Sie eine Projektstunde, in der Sie die Gegenüberstellungen erarbeiten und diskutieren.

5. Vergleichen Sie die Forderungen des Grundgesetzes mit der sozialen Wirklichkeit. Beurteilen Sie danach Regierung und Parteien, aber hüten Sie sich vor »radikalen« (= an die Wurzel gehenden) Meinungsäußerungen. Im Grundgesetz Art. 18 heißt es: »Wer die Freiheit der Meinungsäußerung ... mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte«. Der Bundesinnenminister hat kürzlich bereits solche Verfahren angekündigt.

6. Hüten Sie sich vor allem vor unbedachten Äußerungen, die als »fremdenfeindlich« ausgelegt, Ihrem Lehrer die Beförderung und Ihnen die Note kosten können.

Stellen Sie deshalb vorsorglich auf die Fensterbänke des Klassenzimmers eine Lichterkette.

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

Eine von den Unabhängigen Nachrichten (UN) beauftragte Arbeitsgruppe von Lehrern, Historikern und Autoren hat eine Serie von Unterlagen für den Schulunterricht zusammengestellt bzw. ausgearbeitet, die den Mangel an entsprechenden Beiträgen in den Schulbüchern oder deren verfälschende Inhalte ausgleichen soll. Diese Unterrichtsmaterialien zu den Fächern Geschichte, Staatsbürgerkunde und Politik erscheinen unter dem Titel »Auf dem Stundenplan« in der Monatszeitschrift UN in Loseblattform, um ein Sammeln und Abheften zu ermöglichen.

Lehrer und Schüler aller Schulformen und anderer Bildungseinrichtungen sind aufgerufen, sich mit diesen Unterlagen, die in offiziellen Lehrmaterialien selten zu finden sind, kritisch auseinanderzusetzen.

Verzeichnis der bisher erschienenen Folgen gegen Rückporto anzufordern bei:

UN • Postfach 40 02 15 • D-4630 Bochum 1

UN • Unabhängige Nachrichten 5/1993 • Seiten 9 - 10:

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Zum Gebrauch an allen Schulen - für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde

Die Umerziehung

Die Umerziehung von unterjochten Völkern ist nichts Neues.

Im Laufe der Menschheitsgeschichte haben sich Reformer, Glaubensstifter, Kriegsherren, Besatzer und Unterdrücker ihrer bedient, um Charakter und Denken der Menschen umzuformen.

Die Methodik ist stets die gleiche:

- Die böse Vergangenheit geißeln und ächten,
- Schuldgefühle wecken,
- öffentliche Scham- und Schuldbekenntnisse erzwingen,
- Besserung, Läuterung und eine Schuldvergabe durch Bußeversprechen, die in der kritiklosen Übernahme des Geschichtsbildes, der Kultur, der Sprache und der Ideologien der Umerzieher gipfelt.

Die Umerziehung der US-Soldaten in chinesischer Kriegsgefangenschaft während des Koreakrieges (1950 - 1953)

Die Gehirn- und Charakterwäsche ist selten so systematisch dargestellt worden wie am Beispiel der 4.428 die chinesische Gefangenschaft überlebenden US-Soldaten des Koreakrieges.

Die rotchinesische Umerziehung hatte zum Ergebnis, daß 14 % der Gefangenen sich als Mitarbeiter der Rotchinesen gewinnen ließen, 33 % als »Mitläufer« eingestuft werden mußten, 37 % durch ungeklärtes Verhalten nicht eingeordnet werden konnten und nur 16 % standhaft blieben, mit allen Konsequenzen bis hin zu Folterungen.

Die Gründe für dieses so unterschiedliche Verhalten konnten geklärt werden:

Standfestigkeit als Ergebnis harter Ausbildung, einfacher Lebensführung, Kameradschaft, fester Grundsätze, sicherer innerer Haltung und Ehrgefühl, Verwurzelung in Familie und Heimat, Vaterlandsliebe und Stolz auf das eigene Land.

Widerstandslos gegen die Gehirn- und Charakterwäsche zeigten sich Soldaten mit Eigenschaften wie verweichlicht, verwöhnt und bequem, Disziplinlosigkeit und fehlendem Gemeinschaftsgeist, materieller Lebenseinstellung, Mangel an Mut und Entschlossenheit, Unfähigkeit, sich auf harte Lebensbedingungen einzustellen, fehlender Vaterlandsliebe, kein Treuegefühl zu Land und Kameraden - also bindungslose Einzelgänger, die jeder für sich gefügig gemacht wurden.

Die Methodik der Umerziehung

In der praktischen Durchführung erfolgte die rotchinesische Umerziehung in fünf aufeinander aufbauenden Stufen:

Erste Stufe:

Ziel: Verunsicherung der Persönlichkeit

Mittel: Unablässige propagandistische Einwirkung. Wecken von Zweifeln an der bisherigen Einstellung und Überzeugung. Zerstören von Selbstwertgefühl und nationalem Bewußtsein. Anhalten zu mündlicher und schriftlicher Selbstkritik.

Zweite Stufe:

Ziel: Schuldbekenntnis

Mittel: Herauslösen aus der gewachsenen Gemeinschaft, Erzeugung und Verstärkung von Schuldgefühlen, Abwendung von der bisherigen Haltung. Belohnung für Schuldbekenntnisse.

Dritte Stufe:

Ziel: Der moralische Zusammenbruch

Mittel: Verschärftes Trennen des Einzelnen von der Gemeinschaft, Schüren von Unsicherheit und Mißtrauen durch Spitzelsysteme. Erzeugung des Gefühls, gänzlich allein, verlassen und hilflos zu sein.

Vierte Stufe:

Ziel: Aufbau des neuen Menschen

Mittel: Kleine Hilfen für den seelisch und moralisch Zusammengebrochenen. Hinführen zu der Erkenntnis, daß an allem Leid und Bösen letztlich die eigene Führung Schuld hat. Kanalisierung des erzeugten Schuldgefühls auf Staat und Vaterland. Überprüfung der Vergangenheit aus geläuterter Sicht. Schaffung der Empfindung, daß man als ein neuer Mensch nun teil hat an einem weltumspannenden wahren und guten Ganzen.

Fünfte Stufe:

Ziel: Festigung des neuen, besseren Menschen

Mittel: Stärkung der Gewißheit, daß das Böse überwun-

den ist, bedingte Befreiung von Schuldgefühlen, Übernahme der Ideologie und Sprachregelungen der Umerzieher. Schaffung eines neuen Selbstwertgefühles durch nun aktive Mithilfe bei der Verwirklichung ihrer Ziele.

Die Umerziehung der Deutschen durch die Besatzungsmächte und ihre deutschen Helfer (1945-heute)

Die Umerziehung des deutschen Volkes durch die Siegermächte entsprach - auch wenn sie vor dem chinesischen Beispiel einsetzte - der gleichen Methodik.

Beispielhaft für die praktische Durchführung war das »Reeducation Program« der US-amerikanischen Besatzungsmacht - ein psychologisches Großprojekt, das zu seiner vollen Verwirklichung jedoch erst durch die deutschen »Hiwis« gekommen ist. Diese wurden in einem »Screening«-Verfahren (Screening Centre, Bad Orb), ausgesiebt auf ihre Eignung als Umerzieher psychoanalytisch geprüft, und erhielten dann die begehrten Lizenzen für ihre Tätigkeit in Presse, Funk und Kultur.

Die Strategien in Westdeutschland, Mitteldeutschland und Österreich waren dabei unterschiedlich und richteten sich nach den Zielen der jeweiligen Besatzungsmacht.

Österreich

Nach dem Willen der Siegermächte sollte Österreich, getrennt von Deutschland, als selbständiger Staat aufgebaut und ein eigenes »Nationalbewußtsein« geschaffen werden.

Es durfte sich daher als »befreit« verstehen, und nach den üblichen Strafmaßnahmen fand die Umerziehung ein vorzeitiges Ende. Schuldkomplexe waren nicht gefragt, Zahlungen wurden nicht erpreßt. Durch diese - im Vergleich zum übrigen Deutschland sehr unterschiedliche Behandlung - sollte die innere Entfremdung von Deutschland ermöglicht und gefördert werden.

Mitteldeutschland (DDR)

Die »DDR« sollte zu einer vorgeschobenen Bastion des sowjetischen Imperiums ausgebaut werden. Nach anfänglichem Terror und Massenmord führten die Sowjets das gesamte Umerziehungsprogramm durch, wobei die Stufen 4 und 5 den Schwerpunkt bildeten. Damit fand die Umerziehung auch ihren Abschluß, und fortan konnte der neue, bessere und sozialistische Mensch, Arm in Arm mit seinen sozialistischen Brudervölkern, den Marsch in immer lichtere Höhen antreten. Eingereiht in die Front der »Friedenskämpfer« war die Pflege dauernder Schuldkomplexe fehl am Platze. Dauerscham und Bußübungen konnten entfallen.

Westdeutschland (BRD)

Nach umfangreichen Strafmaßnahmen einschließlich Lagerhaft (»Automatic Arrest«) und »Entnazifizierung« begann die eigentliche Umerziehung: Das Auflösen der Volksgemeinschaft, die Erzeugung von Schuldkomplexen und nationaler Selbstverachtung.

Die letzten Stufen der Umerziehungsmethodik entsprachen dann zum Teil jedoch nicht mehr den Interessen der Siegermächte: Die Westdeutschen sollten nicht aus ihrer »Schuld« entlassen werden und nie eine Vergebung ihrer Schuld erhalten, da sonst die entscheidende Voraussetzung für ihre politische und finanzielle Erpreßbarkeit entfallen wäre.

Zwar werden gelegentlich die Bitten um »Versöhnung« nach entsprechenden politischen und finanziellen Vorleistungen wohlwollend erhört, jedoch jeweils nur kurzfristig, um weitere Zahlungen nicht zu gefährden.

Aufgabenstellung

Für die US-Soldaten des Koreakrieges bedeutete die Entlassung aus den chinesischen Gefangenenlagern zugleich auch das Ende der Umerziehung. Für die Deutschen scheinen sich »Vergangenheitsbewältigung«, Selbstbezichtigungen, medienwirksame Bußübungen und Betroffenheitsrituale eher noch zu verstärken, zumal die tägliche Bewältigungsarbeit jetzt noch eine zusätzliche Funktion erhalten hat:

Je weniger die herrschenden Parteien, Politiker und »staatstragenden Kräfte« in der Lage sind, die drängenden Aufgaben der Gegenwart zu bewältigen und die Zukunft zu sichern, desto mehr erhält die Beschäftigung mit der Bewältigung einer fernen Vergangenheit eine Alibifunktion für heutiges Versagen und dient dazu, die Aufmerksamkeit der Deutschen von den existenzbedrohenden Problemen und Gefahren von heute abzulenken.

Sammeln Sie Beispiele dafür aus den Tageszeitungen und stellen Sie diese Thesen in einer Projektstunde zur Diskussion.

Quellen- und Literaturhinweise:

»Mayer Report« der US-Army,

Eugene Kinkead: In every war but one, Verlag Huber, Frauenfeld,

Befragung der Gefangenen nach ihrer Freilassung. Tiefenpsychologische Auswertung ihrer Lebensgeschichten,

»What to do with Germany«, Anweisungen für die Reeducation, UN-Archiv 5811,

Caspar von Schrenck-Notzing: Charakterwäsche, Kristall-Verlag.

Auf dem Stundenplan - Folge 19 • UN 5/1993

UN • Postfach 40 02 15 • D-4630 Bochum 1 (ab 1.7.1993: D-44736 Bochum)

ViSdP: Günter Deckert, Ex-Oberstudienrat

Abgabe an Schüler und Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck gestattet.

Spendenkonto:

UN • Unabhängige Nachrichten 7/1994 • Seiten 9-10



Auf dem Stundenplan

- Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

Zum Gebrauch an allen Schulen - für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde

Der Fall Oradour:

Greuelpropaganda - neu aufgewärmt

Zeitgleich mit den Siegesfeiern der heldenhaften, mutigen, friedliebenden, christlichen, sich aufopfernden Alliierten zum 50. Jahrestag der Invasion in der Normandie flimmerten mal wieder erschreckende Bilder angeblicher verbrecherischer deutscher Greueltaten über die Bildschirme: Frankreich gedachte des friedlichen Ortes Oradour, das deutsche Barbaren ohne jeden Grund verwüstet hatten - und das offizielle Deutschland schämte sich mal wieder.

Die ganze Wahrheit über Oradour

Die »re-education« - die »Umerziehung« der Deutschen als Mittel zur Niederhaltung und Auflösung unseres Volkes ist nach wie vor wirksam. Die Mehrheit des deutschen Volkes ist wehrlos der pausenlosen Lügenpropaganda ausgesetzt. Diese Mehrheit wurde bereits nach Kriegsende geboren. Ihr fehlen Vergleichs- und Informationsmöglichkeiten.

Als »Hit« der gesteuerten Greuelpropaganda präsentiert sich seit Jahren - in »sachliche Meldeformen« gepreßt oder je nach Bedarf phantasievoll ausgeschmückt und ausgewalzt - das »Massaker von Oradour«. In Kurzform lautet die gängige »story«:

»Das 800-Seelen-Dorf Oradour-sur-Glane, 23 Kilometer nordwestlich von Limoges, war bis zum 10. Juni 1944 ein idyllischer, vom Krieg unberührter Flecken. Doch an diesem Tag umstellten 150 Soldaten der SS-Division »Das Reich« den Ort, trieben die Einwohner zusammen, erschossen die Männer, pferchten Frauen und Kinder in die Kirche und zündeten das Gotteshaus sowie alle anderen Gebäude an. 642 Menschen starben.«

Und die Wahrheit?

Nachstehend der Tatsachenvorgang:

1. Oradour-sur-Glane und Oradour-sur-Vayres, beides Ortschaften im Raum von Limoges - dienten den kommunistischen Partisanen und ihrer sowjetrussischen Führung als Depot- und Ausfallschwerpunkte.

2. Oradour-sur-Glane war nach amtlichen Unterlagen nicht nur Waffenplatz der Partisanen, sondern auch Befehlszentrale eines höheren Maquis-Stabes. Das hat der damalige Maquis-Chef in der Dordogne, Jugie alias »Gao«, 1969 in Paris offen bestätigt.

3. Auf das Konto dieser Partisanen, deren oberster Kommandant der charakterisierte Sowjet-Oberst und berüchtigte Massenmörder Guingouin war, ging eine

Vielzahl aus dem Hinterhalt gemeuchelter deutscher und französischer Soldaten,

ermordeter französischer Zivilisten,

vergewaltigter und zu Tode gefolterter Rote-Kreuz-Schwestern und Nachrichtenhelferinnen,

sadistisch umgebrachter deutscher Offiziere,

nach entsetzlichen Martern getöteter deutscher Verwundeter,

die in einer Blutorgie abgeschlachteten Landesschützen der Garnison in Tülle,

die Massenmorde an gefangenen deutschen Eisenbahnern und Sanitätssoldaten usw.

4. Auf dem Marsch an die Invasionsfront erlitt die 2. SS-Panzerdivision »Das Reich« seitens der Partisanen beträchtliche personelle und materielle Verluste.

5. Der Kommandeur des III./SS-Panzergrenadier-Regiments 4, Sturmbannführer Helmut Kämpfe, fiel einem Partisanen-Kommando aus Oradour-sur-Vayres in die Hände und erlitt nach unmenschlicher

Auf dem Stundenplan - Folge 20 • UN 7/1994

Unabhängige Nachrichten • Postfach 18 26 • D-55388 Binnen (Rhein)

ViSdP: Lothar Greil

Abgabe an Schüler und Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck gestattet.

Spendenkonto:

Folterung am 10. Juni 1944 in Oradour-sur-Glane den Flammentod.

6. Auf der Suche nach Sturmbannführer Kämpfe stieß die 3. Kompanie des I./SS-Panzergrenadier-Regiments 4 kurz vor Oradour-sur-Glane auf die Leichen gefesselt ermordeter deutscher Verwundeter und kurz darauf auf den verstümmelten Körper eines deutschen Offiziers. Die Kompanie, von französischen Miliz-Soldaten begleitet, mußte erst Feindwiderstand brechen, ehe sie den Ort besetzen konnte.

7. Wie sich herausstellte, enthielten fast alle Gebäude Waffen- und Munitionslager.

8. Der Kommandeur des I. Bataillons/Sturmbannführer Diekmann, ließ die unbeteiligten Frauen und Kinder in die Kirche evakuieren und die festgenommenen Männer - Einwohner und Partisanen - aus Sicherheitsgründen in Schuppen und Garagen fest setzen.

9. In der Kirche führten plötzlich explodierende Munitions- und Sprengstoffkisten, die von den Partisanen sowohl im Schiff als auch im Turm deponiert waren, zur Katastrophe. Die Deckengewölbe stürzten ein, die Glocke schmolz und fiel als glühende Masse vom Turm, die Kirche brannte aus. Nur wenige Frauen und Kinder konnten von den deutschen Soldaten aus der entstandenen Feuerhölle gerettet werden.

10. Angaben aus der französischen Bevölkerung zufolge hatten kommunistische Exilspanier ohne Rücksicht auf die hier isolierten Menschen eine Sprengladung gezündet, um ihre Flucht zu verschleiern und das Depot dem Zugriff der Deutschen zu entziehen.

11. Nach den in der Kirche erfolgten Detonationen kam es bei den Scheunen zu einer Schießerei, der die Mehrzahl der Maquisards zum Opfer fiel.

12. Sturmbannführer Diekmann ordnete die Niederbrennung der Häuser an. Diese Maßnahme war durch einschlägige Befehle des Oberbefehlshabers West vom 3. Februar und vom 8. Juni 1944 sowie des zuständigen LXVI. Reserve-Armeekorps vom 8. Juni 1944 gedeckt.

13. Sturmbannführer Diekmann meldete persönlich die Ereignisse in Oradour. Sein Regimentskommandeur, der damalige Standartenführer Silvester Stadler, reichte hierauf einen Tatbericht beim Divisionsgericht ein und veranlaßte damit eine kriegsgerichtliche Untersuchung.

14. Die erwähnten Tatsachenvorgänge fanden Berücksichtigung:

Der Schauprozeß in Bordeaux (1953) folgte ausschließlich innenpolitischen Beweggründen, nachdem General Charles de Gaulle bereits 1944 den Verschluß aller wesentlichen Oradour-Akten für die Dauer von 50 Jahren angeordnet hatte.

Todesurteile wurden nicht vollstreckt. Alle Verurteilten wurden bald amnestiert und in die Freiheit entlassen. Die Sperrfrist für die in den Archiven befindlichen Akten allerdings wurde bis zum Jahr 2039 verlängert.

So gefährlich scheint in Frankreich die Wahrheit zu sein!

Es ist nur abgefeimtesten Volksverderbern in deutschen Landen vorbehalten, ohne Rücksicht auf bereits historisch gewordene Geschehnisse fortgesetzt infame Lügen zu verbreiten und einst pflichtgetreue Soldaten betrügerisch mit »Blutbädern« zu belasten, die nie stattgefunden haben. Lothar Greil

Quellen- und Literaturhinweise:

Martin Jenke, Verheimlichte Tatsachen, München 1981.

Herbert Taege, Wo ist Kain? Enthüllungen und Dokumente zum Komplex Tülle und Oradour, Lindhorst 1981.

Herbert Taege, Wo ist Abel? Weitere Enthüllungen und Dokumente zum Komplex Tülle und Oradour, Lindhorst 1985.

H. W. Schimmelpfeng, Auf dem Stundenplan, Folge 8, Stichworte Lusitania, Lidice, Oradour, Bochum 1985.

Dr. Heinrich Wendig, Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Heft 6. Der Fall Oradour, Tübingen 1994.

UN • Unabhängige Nachrichten 1/1995 • Seiten 5-8

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Vor 50 Jahren: Dresden

Das war kein Krieg mehr - das war Mord!

Den Toten zum Gedenken, den Lebenden zur Mahnung:



Leichenverbrennung auf dem Altmarkt in Dresden

ERINNERUNG IST DAS GEHEIMNIS DER VERSÖHNUNG

JÜDISCHES SPRICHWORT

Der Untergang von Dresden

Der gigantischste Bombereinsatz der Weltgeschichte sollte bereits im Januar 1945 erfolgen. Churchill wußte jedoch von den gewaltigen Flüchtlingsströmen. Insbesondere von der Flüchtlingswelle aus Breslau, die sich in Richtung Dresden fortbewegte. Von seinen Generälen kamen Vorschläge, deutsche Hydrierwerke zu zerstören, um der deutschen Wehrmacht den Treibstoff zu entziehen. Derartige Vorschläge brachten Churchill zum Rasen. Worte von Churchill:

»Ich möchte keine Vorschläge hören, wie wir die deutsche Kriegswirtschaft sowie die Maschinerie außer Gefecht setzen können, ich möchte Vorschläge haben, wie wir die deutschen Flüchtlinge bei ihrem Entkommen aus Breslau braten können.«

Der geeignetste Weg zu diesem Ziel schien Churchill, die Hunderttausende Frauen, Kinder, Verletzte, Alte, Kriegsversehrte in Dresden ohne Fluchtweg und verteidigungslos eingeschlossen zu wissen. Zwischen den Mauern der Stadt konnte es im Gegensatz zum freien Feld kein Entkommen geben. Als die Zahl der in Dresden angelangten Flüchtlinge die Zahl 600.000 überschritten und damit mehr als 1.200.000 Menschen zusammengepfercht in Elbflorenz auf die Beendigung des für die Alliierten zu diesem Zeitpunkt längst gewonnenen Krieges hofften, zog in der Nacht vom 13. auf 14. Februar 1945 das Unheil am fernen Horizont auf. Das Alliierte Oberkommando stellte zu diesem Zeitpunkt fest, daß es in Dresden weder Flakabwehr noch Nachtjäger gab und daß alle Krankenhäuser, Standort- sowie Hilfslazarette überfüllt waren.

Das größte Bombenaufgebot der Menschheitsgeschichte, die Flotte der Vereinten Nationen, erhielt von Churchill am 13. Februar 1945 unter dem Decknamen »Clarion« den Mordbefehl. Die Hinrichtung Dresdens war damit besiegelt. Der englische Luftmarschall Arthur Harris (»Bomber-Harris«) setzte für diesen Holocaust an der deutschen Zivilbevölkerung tausende US-amerikanische und britische viermotorige Bomber, einmotorige Jäger und Jagdbomber ein.

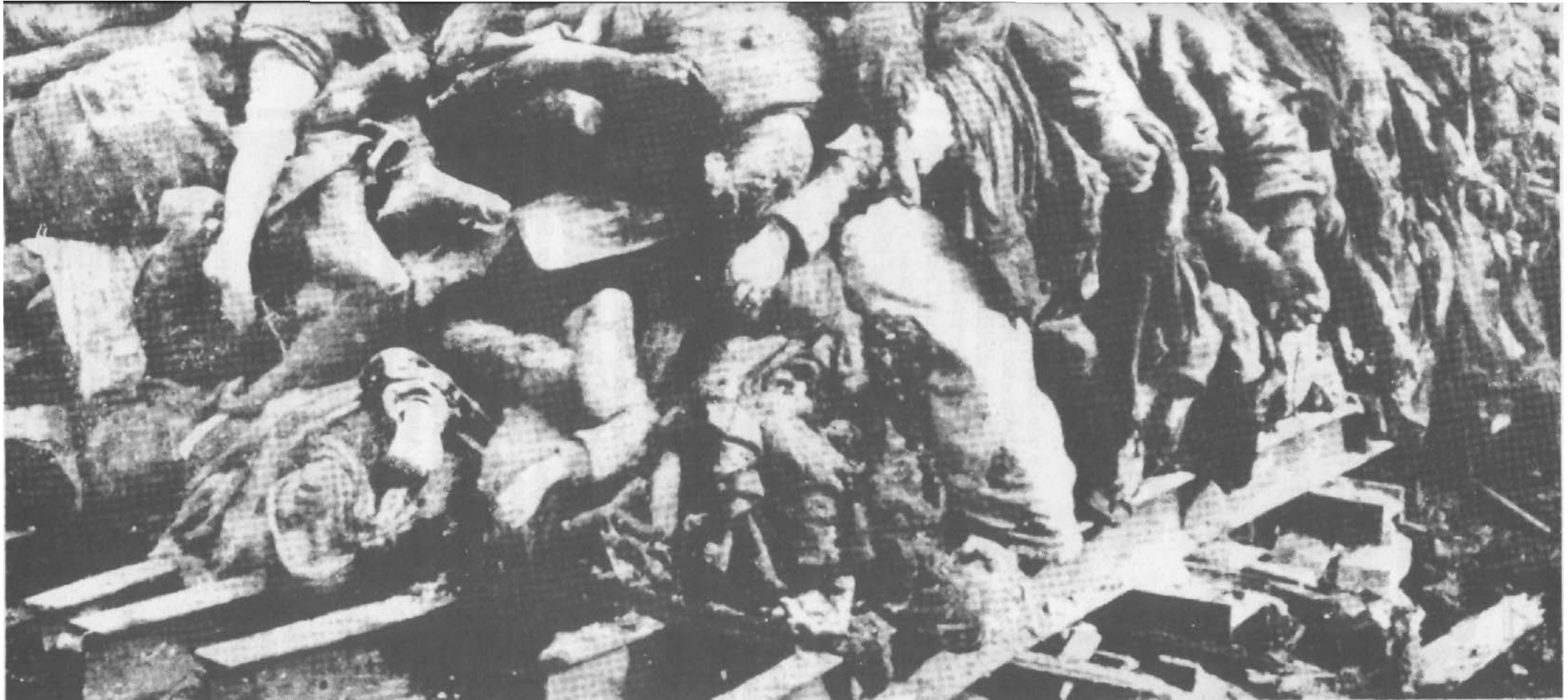
»Es ist uns gelungen, 6 Millionen zu töten. Und es wird uns vielleicht noch gelingen, eine Million zu töten, bevor der Krieg aus ist.«

Winston Churchill,
Premier-Minister des Vereinigten Königreichs,
am 7.2.1945 auf der Konferenz von Jalta.

DRESDEN 1945
13.-14. FEBRUAR

Alliierter Massenmord am deutschen Volk





"Nur die tägliche Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit führt zur Versöhnung"

Immerwährende Mahnung der Staatslenker der BR Deutschland
v. Weizsäcker Süssmuth Kohl Bubis Herzog

UN-Kleinplakat 951 - Unabhängige Nachrichten, Postfach 400215, D-44736 Bochum

ViSdP: RK-Druck und Vertrieb, Käthe-Kollwitz-Str. 10, 58093 Hagen. Einzelpreis einschl. Porto und MWSt.: 5.--DM



»Bis zum 20.3.1945 abends wurden 202.040 Tote, überwiegend Frauen und Kinder, geborgen. Es ist damit zu rechnen, daß die Zahl auf 250.000 Tote ansteigen wird.

Für den Befehlshaber der Ordnungspolizei, gez. Grosse, Dresden den 22.3.1945«

Auszüge aus dem Buch »Zerstörung und Wiederaufbau von Dresden« von Max Seydewitz, Kongress-Verlag, Berlin (Ost), 1955:

»Hölle Innenstadt «

Es ist unmöglich, alle die grauenhaften Einzelheiten des entsetzlichen Geschehens zu schildern, das die Menschen bei dem Hagel von Spreng- und Brandbomben auf die ungeschützte, übervölkerte Stadt erleiden mußten. Die meisten der wehrlosen Opfer, die das Schrecklichste erlebten, sind tot und können nicht mehr sprechen. Aber außer diesen stummen Anklägern gibt es in Dresden noch Zehntausende Männer und Frauen, die in der von den anglo-amerikanischen Bombern zur Hölle gemachten Stadt die unsagbaren Qualen und Schrecken der Auswirkung moderner Barbarei durchlitten und die nur durch besonders glückliche Umstände das nackte Leben retten konnten. Sie alle packt stets von neuem das Grauen, wenn sie sich an ihre Erlebnisse in der Nacht vom 13. zum 14. Februar erinnern, und den meisten von ihnen fällt es noch immer schwer, darüber ohne innere Erschütterung zu sprechen ...

»WER DAS WEINEN VERLERNT HAT, DER LERNT ES WIEDER BEIM UNTERGANG DRESDENS«

GERHARD HAUPTMANN

»Lebende Fackeln im Feuersturm«

»Zwischen Wolle-Leupold und dem Fernsprechamt wirbelten drei brennende Frauen herum - irrsinnig schreiende, riesige menschliche Fackeln«, berichtete eine Telefonistin, die im Fernsprechamt Dienst hatte. »Es war nicht anzusehen, und ein paar Arbeiter wollten sie retten. Einer hatte irgendwo eine Wäscheleine erwischt, ein anderer riß eine Decke von der Tragbahre, tauchte sie in ein Löschwasserfaß, wikkelte sich vom Kopf bis zu den Knien in den triefenden Fetzen, schlang die Leine darüber und rannte durch den Seitenausgang hinaus. Er versuchte, über die Straße zu kommen. In der Mitte erfaßte ihn der Flammensturm und wirbelte ihn gegen den Postplatz. Noch wollte er nicht zurück, wollte helfen, die lebenden Fackeln zu löschen. Aber vergebens. Jetzt kroch er auf dem Bauch, winselnd vor Schmerz. Der Dampf auf der siedenden Decke wurde quälender als Staub und Qualm und Flammen um ihn her. Auf der Straßenmitte packte ihn eine neue Feuerzunge und wirbelte ihn wieder dem Postplatz zu. So weit, daß die Wäscheleine nicht mehr reichte. Als wir ihn hereingezogen hatten, fielen die letzten glimmenden Zunderfetzen von seinem Leib. Über das krebsrote, verbrühte und verbrannte Gesicht lief ein schmerzliches Zucken. Aus seinem Mund mit den festverbissenen Zähnen preßte sich ein tierischer Laut, rauh und rissig, als bräche eine Stahlplatte. Der zuckende, nackte verbrannte Körper wollte sich winden, aufbäumen, wälzen. Er fing an zu zucken, streckte sich und lag plötzlich still. Der Krampf, der die Kinnlade band, löste sich. Still, ganz still lag er - tot.«

Auf dem Stundenplan - Folge 21 • UN 1/1995

ViSdP: Rüdiger Kahsner. Anschrift siehe Innenblatt

Abgabe an Schüler und Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang dies ermöglicht, Abdruck gestattet.

Spendenkonto: Bankeinzug

UN • Unabhängige Nachrichten 9/1995 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945:

Vor 50 Jahren beschlossen die Alliierten die »Ethnische Säuberung« Ostdeutschlands als »Friedenslösung«

Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 trafen sich im zerstörten Deutschland die Sieger, um ihre Abmachungen über die Aufteilung des Deutschen Reiches zu treffen.

Heraus kam das sogenannte »Potsdamer Abkommen«, eigentlich nur ein Konferenzprotokoll, in dem über das Beuteobjekt keine volle Übereinstimmung mehr erzielt werden konnte. Die lange vorbereitete und bereits in Gang befindliche Vertreibung der Deutschen wurde als Tatsache hingenommen.

Diese »ethnische Säuberung« wurde von denen, die im Namen der Humanität, der Menschenrechte, der Demokratie und sonstiger »westlicher Werte« das Deutsche Reich zertrümmert hatten, als Mittel der modernen Politik eingeführt.

Siebzig Tage nach der am 7. Mai 1945 um 2.41 Uhr im Hauptquartier Eisenhowers in Reims erfolgten bedingungslosen Kapitulation der deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft auf allen Kriegsschauplätzen durch Generaloberst Jodl, 54 Tage nach der Gefangensetzung der Geschäftsführenden Deutschen Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz am 23. Mai 1945, 42 Tage nach der am 5. Juni 1945 getroffenen »Feststellung« der »Vier Mächte«, daß Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt wird, trafen sich am 17. Juli 1945 die »Großen Drei« -Truman, Stalin und Churchill - zu der »Berliner Konferenz der drei Mächte«, die das bezeichnende Codewort »Terminal« (=Endstation) trug.

Die »Drei Mächte« unterzeichneten am 2. August 1945 das »Potsdamer Abkommen«. In Abschnitt »III. Deutschland« heißt es:

»Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an. die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind vertraut hat, begangen wurden.«

In Teil »A. Politische Grundsätze« wird formuliert:

»Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.«

Eine Gleichbehandlung war jedoch a priori unmöglich und ausgeschlossen, denn unter VI. heißt es:

»Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion... zugestimmt,«

Und unter »IX. Polen b)« lautet der Text:

»Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt: ... Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu

---

Projektstunde Bosnien:

»Ethnische Säuberungen - Verbrechen oder Friedenslösung?«

These:

»Wer sich heute über »ethnische Säuberungen« in Bosnien, Serbien und Kroatien empört, ist ein Heuchler, wenn er die größte ethnische Säuberung der neueren Zeitgeschichte, die Vertreibung der Deutschen, verharmlost, entschuldigt, akzeptiert und für endgültig erklärt.«

Wer vertritt die Antithese?

der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete... einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen. «

Unter »Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile« XIII. heißt es:

»Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. «

Offenkundig steht dabei das »Potsdamer Abkommen« in krassem Gegensatz zu der »Berliner Erklärung« vom 5. Juni 1945. Die vier Großmächte übernahmen »hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland«; dies geschah nach ihren Worten, um »Vorkehrungen für die Einstellung weiterer Feindseligkeiten seitens der deutschen Streitkräfte, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland und für die Verwaltung des Landes zu treffen« »Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Besatzungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.«

Der Parlamentarische Rat hat den Fortbestand Deutschlands in den Grenzen von 1937 verfassungsrechtlich fortgeschrieben: Satz 1 der Präambel zum Grundgesetz betont den Willen des deutschen Volkes, »seine nationale und staatliche Einheit zu wahren«; Satz 3 der Präambel verpflichtet alle Staatsorgane, »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«. Hierdurch sollte nach den Ausführungen des Abgeordneten Zinn (SPD) darauf hingewiesen werden, »daß für uns der Anspruch auf Unteilbarkeit des nach unserer Auffassung staatsrechtlich noch existenten Deutschland unverzichtbar ist, jenes Deutschland, wie es durch die Verfassung von Weimar errichtet oder geschaffen worden ist«. Doch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges haben sich nicht an die Schranken gehalten, die das allgemeine Völkerrecht, insbesondere der 3. Abschnitt der Haager Landkriegsordnung, »der Ausübung militärischer Gewalt auf besetztem feindlichen Gebiet« setzt. Sie leiteten ihre Befugnisse nicht aus dem Recht, sondern aus dem Sieg her, den eigens erfundenen sog. »occupatio sui generis«.



Die brutale Vertreibung der ost- und sudetendeutschen Bevölkerung demonstrierte, daß die Siegermächte in vergleichbaren Kategorien rücksichtsloser Machtpolitik dachten wie der besiegte Diktator Hitler. Der Hinweis von Potsdam, daß die Vertreibung »human und geregelt« erfolgen solle, war eine Farce. Letztlich bezahlten die Vertriebenen für die Hybris von Politikern mit realem Unglück und Leid. Es war der konkrete Wunsch der Alliierten, die deutsche Nation kollektiv zu bestrafen. Die Versprechungen der »Atlantik-Charta« von 1941 für eine gerechte und humane Welt nach Hitler wurden achtlos beiseite geschoben.

Wie treffend waren die Worte des Dekans der philosophischen Fakultät der Stadt Königsberg, die er im März 1945 über den Rundfunk an die Welt richtete:

»Ich spreche aus einem Trümmerhaufen. In zwei Nächten des Augusts haben britische Bomber Leben und Gestalt der Innenstadt Königsberg ausgelöscht. Ich spreche nicht von den unmenschlichen Geschehnissen, die sich bei diesen britischen Vernichtungsangriffen gegen zivile Bürger ereignet haben. Jene höllischen Nächte enthüllten auch dieser Stadt, daß die Grausamkeiten des gegenwärtigen Krieges schon unter uns Europäern - von den teuflischen Grausamkeiten der Russen schweige ich so ins Maßlose gestiegen sind, daß am Ende keiner, kein einziger der Beteiligten, und sei er noch so selbstgerecht gesonnen über den Gegner moralisch Gericht halten könnte, ohne damit sein Innerstes zu schänden und Gott zu lästern.«

Ähnlich urteilte der große katholische englische Schriftsteller Graham Greene: »Wer nach dem großen Luftangriff auf Dresden die Ruinen dieser Stadt gesehen hat, der muß sagen, daß dort ein größeres Kriegsverbrechen begangen wurde, als beim Atombombenangriff auf Hiroshima.«
Insbesondere das Vertreibungsverbrechen war kein spontaner Akt, sondern ein langfristig geplanter menschenverachtender »Kuhhandel« unter den Alliierten. Schon vor der »Erklärung von Jalta« vom 11. Februar 1945, in der die »Großen Drei« anerkannten, »daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß«, äußerte sich Churchill sehr offen zur Vertreibung.

Am 15.12.1944 proklamierte Churchill die »ethnische Säuberung«

Am 15. Dezember 1944 berichtete der britische Premier vor dem Londoner Unterhaus:

»Es wird den Polen freigestellt, ihr Staatsgebiet nach ihrer Wahl und ihrem Belieben auf Kosten Deutschlands nach Westen zu erweitern. Polen - werde im Norden das ganze deutsche Ostpreußen südlich und westlich von Königsberg erhalten, einschließlich von Danzig, das eine der prächtigsten Städte der Welt... sei... Die Polen werden gesunde und lebenskräftige Gebiete mit hochentwickelter Industrie... erhalten.

Gleichzeitig wird eine Austreibung der Deutschen durchgeführt werden. Es wird eine Total-Austreibung der Deutschen aus allen Gebieten stattfinden, die den Polen zugesprochen sind ...Es wird keine Vermischung der Bevölkerung gewünscht ... Eine solche Zwangsvertreibung ist die zufriedenstellendste und dauerhafteste Methode ... Ich vermag nicht einzusehen, warum sich nicht in Deutschland Raum für die deutsche Bevölkerung Ostpreußens und der übrigen von mir erwähnten Gebiete finden lassen werde...«

In der Unterhaussitzung vom 7. Februar 1945 sagte Churchill:

»Im Hinblick auf die Oder-Neiße-Grenze möchte ich erklären, daß ich immer die Ausdehnung Polens nach Westen, also auf Kosten Deutschlands anerkannt habe. Die Polen sollen Freiheit erhalten, soviel deutsche Gebiete zu übernehmen, als sie wünschen. Ich möchte die polnische Gans aber nicht nudeln, bis sie an Verdauungsstörungen durch zuviel deutsches Gebiet eingeht. Ich bin mir auch bewußt, daß viele Engländer über den Gedanken entsetzt sind, Millionen von Menschen gewaltsam umzusiedeln ... Ich persönlich bin darüber nicht entsetzt ...Wir haben sechs bis sieben Millionen Deutsche getötet, so daß es in Deutschland Platz für die Ostdeutschen gibt!«

Ein drittes Zeugnis seiner Unmenschlichkeit legt Churchill am 27. Februar 1945 vor dem britischen Unterhaus ab:

»Wir brauchen nicht zu fürchten, daß die Aufgabe, die neue Grenzlinie zu halten, sich als zu schwer für die Polen erweisen, oder eine neue deutsche Revanche heraufbeschwören wird oder künftige Kriege in sich tragen werde. Wir gedenken weitaus drastischere und wirksamere Maßnahmen als nach dem letzten Kriege zu ergreifen, weil wir jetzt mehr von diesem Geschäft verstehen, so daß ein offensives Vorgehen von seiten Deutschlands auf Generationen hinaus gänzlich unmöglich gemacht werden wird... wir lassen uns gegenüber Polen und der UdSSR von dem Grundsatz leiten, daß wir jeden unterstützen, der diese Hunnen töten kann. «

Churchill hatte ja bereits am 3. September 1939 im Rundfunk verkündet: »Dieser Krieg ist Englands Krieg! Sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands... Vorwärts, Soldaten Christi!«

»Es wird eine Total-Austreibung der Deutschen stattfinden ... Es wird keine Vermischung der Bevölkerung erwünscht...
Solche Zwangsvertreibung ist die zufriedenstellendste und dauerhafteste Methode.«

Winston Churchill, geehrt mit dem bundesdeutschen Aachener Karlspreis

Zurück zum »Potsdamer Abkommen« wie der »Berliner Erklärung«, die die Kriegsziele der Siegermächte verschleierten und so den Nährboden für viele Hoffnungen boten. Auch hier wurden von englischer Seite keine Illusionen geweckt. Zum geteilten Deutschland sagte der britische Arbeitsminister Elliot 1953 in Königswinter:

»Auch wenn ich mich einer Indiskretion schuldig mache, so muß ich dennoch auf die Auffassung verweisen, daß eine Teilung Deutschlands der europäischen Integration und dem Frieden der Welt dienlich ist. Dieser Tatsache hat man ins Auge zu sehen.«

Laut »Der Spiegel« vom 24. August 1960 stellte das britische Unterhausmitglied Patrik Kirk zur »Oder-Neiße-Linie« fest:

»Die überwältigende Majorität des britischen Volkes sieht die Oder-Neiße-Grenze zwischen Deutschland und Polen als endgültig an, und unser Land wird keinen Finger rühren, um sie ändern zu helfen...«

Auch der britische Feldmarschall Montgomery enthüllt 1960 in seinem Buch »The Path of Leadership«:

»Kein Volk der Erde wünscht ein wiedervereinigtes Deutschland. Jeder westliche Führer hat in Privatunterhaltungen mit mir zugegeben, daß es höchst unklug wäre, die beiden deutschen Staaten wiederzuvereinigen. Aber keiner wagt es, dies öffentlich zu sagen, aus Angst, die Deutschen zu beleidigen...«

Einen Einblick in das englische Gefühlsleben gewährte der »Manchester Guardian Weekly« anläßlich des Besuchs der englischen Königin in Deutschland am 20. Mai 1965 mit folgender Notiz:

»Es wäre töricht, anzunehmen, daß die Deutschen für uns auch eine europäische Nation sind, wie etwa die Franzosen, Dänen, Polen. Sie sind es nicht und werden es nie sein...«

Als Präsident der beratenden Versammlung des Europarates bekannte Sir Geoffry de Freitas im Mai 1967 in Genf: *»Wir schlafen besser, seit Deutschland geteilt ist.«*

Diesem beruhigenden Schlaf haben die Mitteldeutschen 1989 ein unsanftes Ende bereitet - auf friedlichem Wege in Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechtes!

Die Vertreibung der Deutschen ist präzedenzlos in der christlich-abendländischen Geschichte. Das historische Urteil über diesen bestialischen Vorgang ist noch nicht gesprochen. Das »Potsdamer Abkommen« ist rechtlich nichts anderes als ein Schlußkommunique einer Konferenz von Siegermächten. Es behandelt die Vertreibungsmaßnahmen als eine Tatsache und fordert, daß sie »in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen« soll. Dies ist nicht geschehen.

Es ist eine allgemeinkundige geschichtliche Tatsache, in welcher furchtbaren und barbarischen Brutalität die Vertreibung der Deutschen durchgeführt wurde.

Die »ethnische Säuberung« wurde so von den demokratischen, humanistischen, christlichen Siegern vor 50 Jahren als Mittel der modernen Politik und als angebliche »Friedenslösung« eingeführt.

Der vorstehende Beitrag wurde für den Schulgebrauch auf der Basis eines Artikels von Dr. Wolfgang Thüne erarbeitet, der unter dem Titel »50 Jahre ethnische Vertreibung« im »Ostpreußenblatt« Nr. 30/1995 veröffentlicht wurde.

Auf dem Stundenplan - Folge 22 - UN 9/1995

Unabhängige Nachrichten - Postfach 400215 - D-44736 Bochum

ViSdP: Hans Clausert, Realschullehrer

Abgabe an Schüler und Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck gestattet.

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

Bisher sind folgende Blätter erschienen:

Einzelblätter bei Portoerstattung kostenlos anzufordern von:

UN - Postfach 40 02 15 - D-44736 Bochum

Weitere Folgen in Vorbereitung.
Bitte Liste anfordern!

UN • Unabhängige Nachrichten 12/1996 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher -



»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

Die Fundamente der Nachkriegslehre brechen weg:

Der dogmatisierte Lehrsatz: *»Hitler-Deutschland überfiel friedliebende Sowjetunion«* ist endgültig widerlegt

Forscher der historischen Fakultät der Universität Nowosibirsk haben 1995 in einem Moskauer Sonderarchiv unter der Kenn-Nummer F. 7/op. 1/ d. 1223 ein Dokument mit dem Originaltext einer Stalin-Rede gefunden, die die Lehre von der deutschen Kriegsschuld widerlegt und das gesamte Gebäude der offiziellen Zeitgeschichtsschreibung zum Einsturz bringt.

Die Rede des Sowjet-Diktators Joseph Stalin vom 19. August 1939 belegt die damalige geheime Hochrüstung der Roten Armee mit dem erklärten Ziel, einen Angriffskrieg zur weltrevolutionären Bolschewisierung des westlichen Europas zu führen. Nur vier Tage vor dieser Rede hatte Stalin den Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich unterzeichnet, der für die offiziellen bundesdeutschen Geschichtsschreiber bis heute als Beleg dafür gilt, daß der kriegslüsterne Hitler eine friedliebende, nichtsahnende Sowjetunion überfallen habe.

In Wahrheit plante Stalin jedoch, Hitler zu ermutigen, Polen anzugreifen und dann Deutschland für einen Erschöpfungskrieg gegen Großbritannien und Frankreich scheinbar den Rücken freizuhalten, bis die Sowjetarmee die darniederliegenden europäischen Staaten allesamt würde überrennen können.

Es ist nur zu verständlich, daß die Verfechter der deutschen Kriegsschuld und Alleinschuld an allem Unglück der Welt jammern, aufheulen und mit allen nur denkbaren Mitteln versuchen, den Durchbrach der historischen Wahrheit zu verhindern.

Am 16. Juli 1996 wagte es die »Welt«, über diese Stalin-Rede zu berichten, die für staats(geld)-unabhängige Zeitgeschichtsforscher und Wahrheitssucher nicht neu ist: Die französische Nachrichtenagentur »Havas« hatte sie schon 1939 veröffentlicht und 1993/94 wurde sie in den angesehenen Moskauer Blättern »Nowir Mir« und »Ilswestija« veröffentlicht und als echt bestätigt.

Für das bundesdeutsche Politik- und Staatsgebäude, das nach Prof. Eschenburg auf der unbestrittenen und alleinigen Schuld Deutschlands ruht, war und ist dieser Fund so brisant und vernichtend, daß die »Welt« sechs Wochen später, am 31. August 1996 (freiwillig??) »widerrufen« mußte(??):

Verbote können Wahrheit nicht aufhalten!

BR Deutschland:

»Der Historiker Prof. Wippermann von der »Freien Universität« (FU) in Berlin hat die Forderung erhoben, man möge die Verbreitung der »Kriegsschuld-Lüge« genau so unter Strafe stellen wie die »Auschwitz-Lüge«.

(»PHI-Deutschlanddienst« Nr. 25/96 vom 24.7.1996)

Republik Österreich:

»Schon die Leugnung der Alleinschuld Hitlerdeutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs erfüllt in objektiver Umsicht den Tatbestand nationalsozialistischer Wiederbetätigung.«

(»Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus«, Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands, Wien 1993, Seite 378)

Auf den Innenseiten:
Der russische Originaltext (Ausschnitt) und die deutsche Übersetzung der Rede.

Das Dokument zur Zeitgeschichte

Anlage

Text der Rede Stalins auf der Vollversammlung des Politbüros des ZK der WKP (b) vom 19. August 1939

in der Fassung, die von T. S. Buscewoj in den geheimen Fonds der Siegeszeichen des Sonderarchivs der UdSSR entdeckt wurde (Zentrum zur Aufbewahrung der historisch-dokumentarischen Sammlung des ehemaligen Sonderarchivs der UdSSR, F 7, op 1, d. 1223).

»Die Frage Krieg oder Frieden tritt in eine für uns kritische Phase. Wenn wir den Vertrag über gegenseitige Hilfe mit Frankreich und Großbritannien abschließen, wird Deutschland auf Polen verzichten und einen ‚Modus vivendi' mit den Westmächten suchen. Der Krieg wird abgewendet, aber im weiteren können die Ereignisse einen für die UdSSR gefährlichen Charakter annehmen. Wenn wir den Vorschlag Deutschlands über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit ihnen annehmen, werden sie natürlich Polen überfallen und der Eintritt Frankreichs und Englands in diesen Krieg wird unvermeidlich. Westeuropa wird von ernsthaften Unruhen und Unordnung ergriffen werden. Unter diesen Bedingungen werden wir große Chancen haben, außerhalb des Konfliktes zu verbleiben, und wir können auf unseren vorteilhaften Kriegseintritt hoffen.

Die Erfahrung der letzten 20 Jahre zeigt, daß in Friedenszeiten eine kommunistische Bewegung in Europa keine Chancen hat, die stark genug wären, die Macht zu ergreifen. Die Diktatur einer solchen Partei wird nur als Resultat eines großen Krieges möglich. Wir werden unsere Wahl treffen, und die ist eindeutig. Wir müssen den deutschen Vorschlag annehmen und die anglo-französische Mission höflich zurückschicken. Der erste Vorteil, den wir uns zunutze machen, wird die Einnahme Polens bis zu den Toren Warschaus sein, das ukrainische Galizien mit eingeschlossen.

Deutschland behält uns die volle Handlungsfreiheit in den baltischen Staaten vor und erhebt keinen Einspruch in Sachen Rückkehr Bessarabiens in die UdSSR. Sie sind bereit, uns Rumänien, Bulgarien und Ungarn in der Eigenschaft als Einflußsphären abzutreten. Als offen verbleibt die Frage in Verbindung mit Jugoslawien ... Gleichzeitig müssen wir die Folgen in Betracht ziehen, die sich sowohl aus einer Niederlage, wie auch aus einem Sieg Deutschlands ergeben werden. Im Falle einer Niederlage Deutschlands folgt unausweichlich die Sowjetisierung Deutschlands und die Schaffung einer kommunistischen Regierung. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß ein sowjetisiertes Deutschland sich vor einer großen Gefahr befindet, falls diese Sowjetisierung sich als Folge einer Niederlage in einem Blitzkrieg erweist. England und Frankreich werden noch über ausreichend Stärke verfügen, um Berlin einzunehmen und ein sowjetisches Deutschland zu verhindern. Und wir werden nicht in der Lage sein, unseren bolschewistischen Genossen in Berlin zu Hilfe zu kommen.

Auf diese Weise besteht unsere Aufgabe darin, daß Deutschland einen möglichst längeren Krieg führen sollte, mit dem Ziel, daß England und Frankreich ermüden und bis zu einem Grade geschwächt sind, daß sie nicht mehr in der Lage wären, eine Bedrohung für ein sowjetisches Deutschland darzustellen. Während wir eine Position der Neutralität beibehalten und unsere Stunde abwarten, wird die UdSSR dem jetzigen Deutschland Hilfe erweisen, indem wir es mit Rohstoffen und Lebensmitteln versorgen. Es versteht sich aber von selbst, daß unsere Hilfe bestimmte Größenordnungen nicht dahingehend übersteigen soll, die unsere eigene Wirtschaft aushöhlen und die Schlagkraft unserer Armee schwächen könnten.

Gleichzeitig müssen wir eine aktive kommunistische Propaganda, besonders im anglo-französischen Block - und hier vorrangig in Frankreich - führen. Wir müssen darauf vorbereitet sein, daß die Partei in diesen Ländern während des Krieges gezwungen sein wird, sich von ihrer legalen Tätigkeit zu verabschieden und in den Untergrund zu gehen. Wir sind uns im klaren darüber, daß diese Arbeit viele Opfer fordern wird, aber unsere französischen Genossen werden keine Bedenken hegen. Zu ihren Aufgaben werden in erster Linie die Zersetzung und Demoralisierung von Armee und Militär gehören. Wenn diese vorbereitende Tätigkeit in der gebührenden Form ausgeführt wird, ist die Sicherheit von Sowjetdeutschland gewährleistet, und das wiederum wird einer Sowjetisierung Frankreichs förderlich sein.

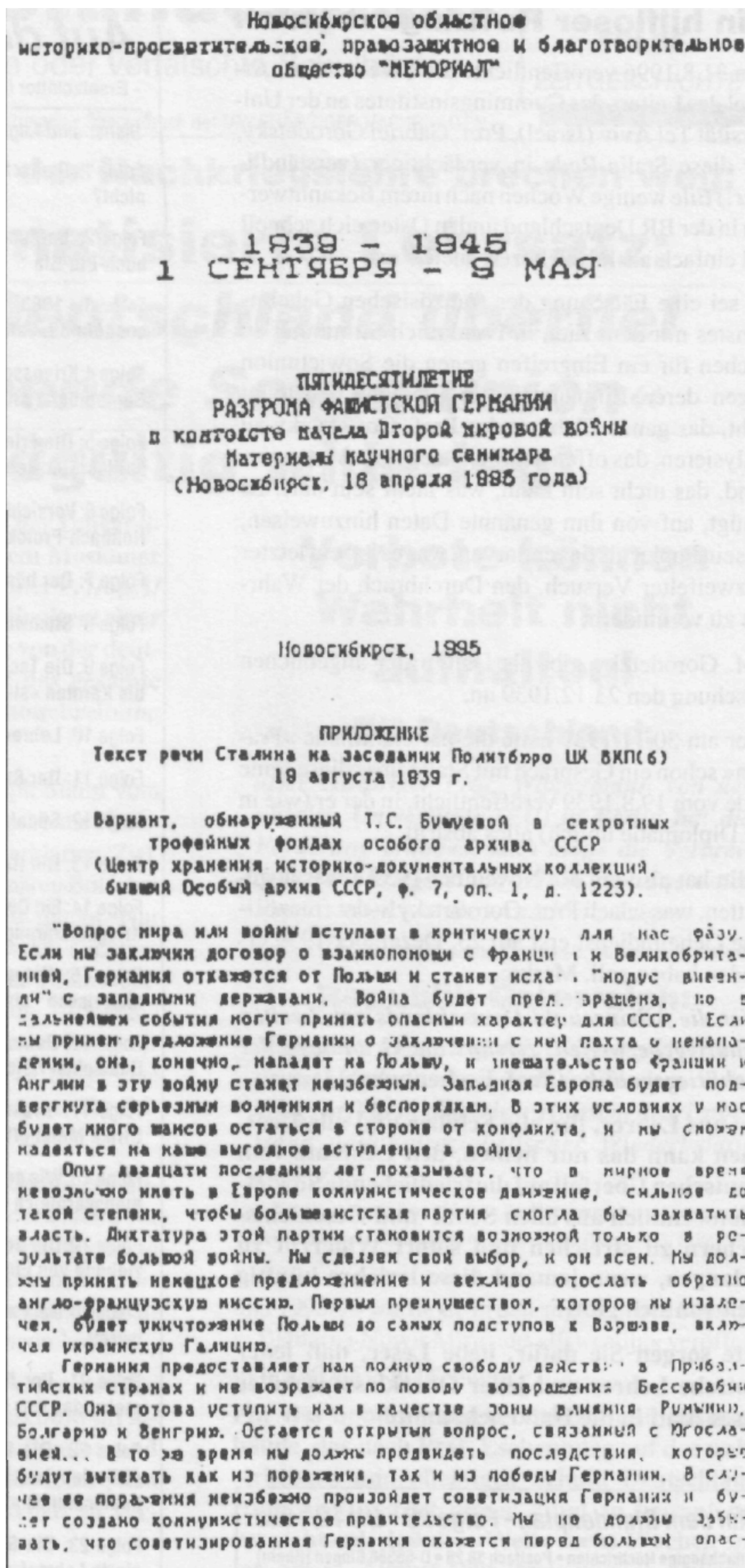
Für die Realisierung dieser Pläne ist es unumgänglich, daß der Krieg solange wie möglich ausgedehnt wird, und genau in diese Richtung müssen alle Kräfte gerichtet werden, mit denen wir in Westeuropa und auf dem Balkan aktiv werden.

Betrachten wir nun eine zweite Annahme, d. h. einen Sieg Deutschlands. Einige haben sich die Ansicht zueigen gemacht, daß diese Möglichkeit uns vor eine große Gefahr stellt. Ein Quentchen Wahrheit liegt in dieser Behauptung, aber es wäre ein Fehler zu denken, daß diese Gefahr so nahe und so groß werden wird, wie sie sich von einigen vorgestellt wird. Wenn Deutschland den Sieg davonträgt, geht es aus dem Krieg zu entkräftet hervor.

als daß es in einen militärischen Konflikt eintritt, der wenigstens 10 Jahre dauert.

Deutschlands Hauptsorge wird die Beobachtung der besiegten Staaten England und Frankreich sein, um dort Widerstandsbewegungen niederzuhalten. Andererseits wird ein siegreiches Deutschland riesige Territorien einnehmen und somit im Verlaufe vieler Jahrzehnte mit 'deren Nutzbarmachung' und der Herstellung der deutschen Ordnung beschäftigt sein. Es ist offensichtlich, daß Deutschland an anderem Platz sehr beschäftigt ist, als sich gegen uns zu wenden. Es gibt noch eine Sache, die unserer Sicherheit dient. In einem besiegten Frankreich wird die FKP sehr stark sein. Die kommunistische Revolution wird unausweichlich stattfinden, und wir können diesen Umstand dahingehend ausnutzen, Frankreich zu Hilfe zu kommen und es zu unserem Verbündeten zu machen. Im weiteren werden alle Völker, die unter den 'Schutz' des siegreichen Deutschlands gefallen sind, ebenso zu unseren Verbündeten werden. Vor uns liegt ein weites Tätigkeitsfeld zur Entwicklung der Weltrevolution.

Genossen! Im Interesse der UdSSR - der Heimat der Werktätigen - damit der Krieg ausbricht zwischen dem Reich und dem kapitalistischen anglo-französischen Block! Man muß alles tun, damit dieser so lange wie möglich ausgedehnt wird mit dem Ziel der Schwächung beider Seiten. Vorrangig aus diesem Grunde müssen wir dem Abschluß des von Deutschland vorgeschlagenen Paktes zustimmen und daran arbeiten, daß dieser Krieg, der eines Tages erklärt werden wird, in die maximal mögliche zeitliche Ausdehnung geführt wird. Es wird notwendig, in den eingetretenen Ländern die propagandistische Arbeit dahingehend zu verstärken, daß sie vorbereitet sind für die Zeit nach dem Krieg ...«



Новосибирское областное
историко-просветительское, правозащитное и благотворительное
общество "МЕМОРИАЛ"

1939 - 1945
1 СЕНТЯБРЯ - 9 МАЯ

ПЯТИДЕСЯТИЛЕТИЕ
РАЗГРОМА ФАШИСТСКОЙ ГЕРМАНИИ
в контексте начала Второй мировой войны
Материалы научного семинара
(Новосибирск, 18 апреля 1995 года)

Новосибирск, 1995

ПРИЛОЖЕНИЕ
Текст речи Сталина на заседании Политбюро ЦК ВКП(б)
19 августа 1939 г.

Вариант, обнаруженный Т.С. Бушуевой в секретных трофейных фондах особого архива СССР
(Центр хранения историко-документальных коллекций, бывший Особый архив СССР, ф. 7, оп. 1, д. 1223).

"Вопрос мира или войны вступает в критическую для нас фазу. Если мы заключим договор о взаимопомощи с Францией и Великобританией, Германия откажется от Польши и станет искать "модус вивенди" с западными державами. Война будет предотвращена, но в дальнейшем события могут принять опасный характер для СССР. Если мы примем предложение Германии о заключении с ней пакта о ненападении, она, конечно, нападет на Польшу, и вмешательство Франции и Англии в эту войну станет неизбежным. Западная Европа будет подвергнута серьезным волнениям и беспорядкам. В этих условиях у нас будет много шансов остаться в стороне от конфликта, и мы сможем надеяться на наше выгодное вступление в войну.

Опыт двадцати последних лет показывает, что в мирное время невозможно иметь в Европе коммунистическое движение, сильное до такой степени, чтобы большевистская партия смогла бы захватить власть. Диктатура этой партии становится возможной только в результате большой войны. Мы сделаем свой выбор, и он ясен. Мы должны принять немецкое предложениение и вежливо отослать обратно англо-французскую миссию. Первым преимуществом, которое мы извлечем, будет уничтожение Польши до самых подступов к Варшаве, включая украинскую Галицию.

Германия предоставляет нам полную свободу действий в Прибалтийских странах и не возражает по поводу возвращения Бессарабии СССР. Она готова уступить нам в качестве зоны влияния Румынию, Болгарию и Венгрию. Остается открытым вопрос, связанный с Югославией... В то же время мы должны предвидеть последствия, которые будут вытекать как из поражения, так и из победы Германии. В случае ее поражения неизбежно произойдет советизация Германии и будет создано коммунистическое правительство. Мы не должны забывать, что советизированная Германия окажется перед большой опас-

Das Dokument mit der Kenn-Nummer F. 7/op. 1/d. 1223 aus einem streng geheimen Moskauer Sonderarchiv. Die Rede Stalins vom 19. August 1939 belegt das feste Ziel, Deutschland und Westeuropa zu bolschewisieren.

Ein hilfloser Rettungsversuch

Am 31.8.1996 veröffentlichte die »Welt« einen Artikel des Leiters des Cummingsinstitutes an der Universität Tel Aviv (Israel), Prof. Gabriel Gorodetsky, der diese Stalin-Rede in verdächtiger (verständlicher!) Eile wenige Wochen nach ihrem Bekanntwerden in der BR Deutschland und in Österreich schnell und einfach als falsch bezeichnete:

Sie sei eine Fälschung des französischen Geheimdienstes mit dem Ziel, in Frankreich Stimmung zu machen für ein Eingreifen gegen die Sowjetunion wegen deren Einmarsches in Finnland. Es lohnt nicht, das ganze Elaborat des Prof. Gorodetsky zu analysieren, das offensichtlich nach dem Motto entstand, das nicht sein kann, was nicht sein darf. Es genügt, auf von ihm genannte Daten hinzuweisen, die sein Papier als das entlarven, was es ist: ein letzter verzweifelter Versuch, den Durchbruch der Wahrheit zu verhindern:

Prof. Gorodetsky gibt als Datum der angeblichen Fälschung den 23.12.1939 an.

Aber am 30.11.1939 hatte die parteiamtliche »Prawda« schon ein Gespräch mit Stalin über diese seine Rede vom 19.8.1939 veröffentlicht, in der er (wie in der Diplomatie üblich) alles abstritt.

Stalin hat also am 30. November 1939 etwas abgestritten, was - nach Prof. Gorodetsky! - der französische Geheimdienst erst am 23. Dezember 1939 erfunden haben soll. Merke:

***»Wer die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg bezweifelt, zerstört die Grundlage der Nachkriegspolitik«* (Prof. Eschenburg).**

Für uns Lehrer, für alle Schüler und alle Deutschen kann das nur heißen, den Lehrsatz vom »deutschen Überfall auf die friedliebende Sowjetunion« endlich aus allen Schul- und Geschichtsbüchern zu streichen und sofort Widerruf zu verlangen, wenn jemand diese Irrlehre künftig noch von sich gibt!

Bitte sorgen Sie dafür, liebe Leser, daß jeder deutsche Lehrer und jeder Oberklassenschüler dieses Blatt in die Hand bekommt!

Auf dem Stundenplan - Folge 23 • UN 12/1996

Unabhängige Nachrichten • Postfach 18 26 • D-55388 Bingen (Rhein)

ViSdP: Hans Clausert, Realschullehrer

Abgabe an Schüler und Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck gestattet. Spendenkonto:

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

Bisher sind folgende Blätter erschienen:

Folge 1: Deutschland und seine Ostgebiete - Verzicht oder nicht?

Folge 2: Verdunkelung der Weltgeschichte durch Schulbuch-Bla-BIa

Folge 3: 1983 - nicht 50. Jahr der Machtübernahme, sondern 65. Jahr nach Versailles!

Folge 4: Kriegsschuld - Die unbewältigte Gegenwart: Der 1. September 1939

Folge 5: Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Versailles: Der Betrug im Schulbuch

Folge 6: Vorsicht: Tretminen im Schulbuch! Stichwort: Das Hoßbach-Protokoll

Folge 7: Der böse Deutsche

Folge 8: Stichworte Lusitania, Lidice, Oradour

Folge 9: Die Tschechen - Ein »slawisches Volk»? Von Kiel bis Kärnten »slawischer« Boden?

Folge 10: Lehren der Weimarer Republik

Folge 11: Der Bromberger Blutsonntag

Folge 12: Südafrika und Deutsch-Südwest

Folge 13: Die Reichskristallnacht

Folge 14: Ein Dokument zur Zeitgeschichte: Die »Jüdische Kriegserklärung« vom 24. März 1933

Folge 15: Katyn - Wieder eine angeblich »feststehende historische Tatsache« als Greuellüge entlarvt

Folge 16: Deutschland wollte Frieden. Die 16 Punkte der Deutschen Reichsregierung vom 31.8.1939

Folge 17: Dresden wurde zum Opfer der Barbarei (von Ulrike Meinhoff)

Folge 18: Wie gerecht ist der soziale Rechtsstaat? Einkommensvergleich Asylbewerber-/Facharbeiterfamilie

Folge 19: Die Umerziehung - Über die Methodik der Umerziehung von Einzelnen und Völkern

Folge 20: Der Fall Oradour: Greuelpropaganda - neu aufgewärmt

Folge 21: Vor 50 Jahren - Dresden: Das war kein Krieg mehr, das war Mord!

Folge 22: Die Potsdamer Konferenz vor 50 Jahren: Die Alliierten beschließen die »ethnische Säuberung« Ostdeutschlands als »Friedenslösung«

Folge 23: Die Stalin-Rede vom 19.8.1939: Der dogmatisierte Lehrsatz: »Hitler-Deutschland überfiel die friedliebende Sowjetunion« - ist endgültig widerlegt

Einzelblätter bei Portoerstattung kostenlos anzufordern von:

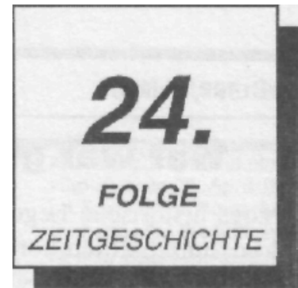
UN • Postfach 40 02 15 • D-44736 Bochum

UN • Unabhängige Nachrichten 5/1997 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Bombenschwindel um Guernica

Bundespräsident Herzog als Großinquisitor angeblicher »deutscher Verbrechen«

Eine historische Richtigstellung zum Thema »Guernica«

von Richard Sperber

Roman Herzog, der Bundespräsident der BR Deutschland, scheint in zunehmendem Maße in eine selbstgewählte Doppelrolle zur »Vergangenheitsbewältigung« hineinzuwachsen, die mit seinen grundgesetzlichen und durch seinen Amtseid beschworenen Pflichten (»... daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden... werde«) nicht mehr viel gemein hat:

Bei jedem nur möglichen Anlaß und besonders auf Auslandsreisen, die immer mehr den Charakter von Canossagängen annehmen, tritt er symbolisch im Büßergewand auf und bittet in den Hauptstädten anderer Nationen (auch solcher, die in der Geschichte selbst schwere Schuld auf sich geladen haben) im Namen des deutschen Volkes um Vergebung für Verbrechen, die es gar nicht begangen hat oder für schlimme Ereignisse, die mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegen und die nur im Rahmen des grausamen alliierten Vernichtungskrieges gegen Deutschland beurteilt werden könnten.

Im Inland gefällt er sich anscheinend in der Autorität eines politischen Groß-Inquisitors, der wahre oder behauptete Sünden seiner Landsleute bis um drei Generationen zurück verfolgt und mit einem moralischen Bannfluch belegt.

Neuester Ausdruck dieser merkwürdigen Amtsauffassung ist Herzogs Darstellung des deutschen Luftangriffs auf die baskische Ortschaft Guernica während des Spanischen Bürgerkrieges vor 60 Jahren.

Nach seiner Version - die übrigens mit der damaligen rotspanischen Propaganda auffällig übereinstimmt - handelte es sich am 26. April 1937 um einen gezielten Terrorangriff gegen die spanische Zivilbevölkerung von Guernica die Tausende von Todesopfern erlitten habe.

Alle haben es satt und mehr als satt:

Der Sänger Heinz Rudolf Kunze antwortete auf die Frage, was er zuerst durchsetzen würde, wenn er einen Tag lang Deutschland regieren könnte, ganz spontan:

»Strafbarkeit von Selbstmitleid und Vergangenheits-bewältigungsbußrausch.«



Herzog bittet um Vergebung

Bundespräsident Herzog hat die Tschechen vor dem Parlament in Prag um Vergebung für das Leid und Unrecht gebeten, das ihnen von Deutschen angetan wurde. Im Bild: Herzog (r.) mit Tschechiens Präsident Havel.

Foto mit Text aus »Westdeutsche Allgemeine«, 30. 4. 1997. Ob in Polen, Tschechien oder Spanien, überall der gleiche »Vergangenheitsbewältigungsbußrausch«!

Was war geschehen?

Herzogs historische Legende hält einer objektiven und wissenschaftlich korrekten Nachprüfung nicht stand. In der Schriftenreihe »Richtigstellungen zur Zeitgeschichte«, Heft 2, schreibt der Tübinger Historiker Dr. Heinrich Wendig über den »Bombenschwindel um Guernica« u. a.:

»Bei dem Namen Guernica denkt man unwillkürlich au das Mammutbild von Picasso, La muerte de Guernica (Der Tod von Guernica). Es wird als Dokument deutscher Grausamkeit gezeigt und hängt seit 1981 im Prado-Museum in Madrid. Von 1939 bis 1981 hing es im Museum of Modern Art in New York,

Guernica ist ein kleines Städtchen in Spanien, etwa 15 bis 20 Kilometer östlich von Bilbao gelegen. Zur Zeit des Spanischen Bürgerkrieges hatte Guernica rund 5.000 Einwohner. In der antideutschen Propaganda spielt der Name dieser Stadt seit Jahrzehnten eine makabre Rolle.

Was war geschehen ?

Von 1936 bis 1939 fand in Spanien ein blutiger Bürgerkrieg statt, der rein innenpolitische Ursachen hatte...

Am 13. Juli 1936 wurde Calvo Sotelo, ein monarchistischer Abgeordneter der Cortes (Parlament) von Linksradikalen ermordet. Dieser Mord kann als Anlaß für die Erhebung des Militärs, die 'Alzamiento nacional' (nationale Erhebung) angesehen werden. Sie begann am 17. Juli 1936 unter Führung von General Mola (nicht von Franco). General Franco befand sich zu dieser Zeit nämlich noch in Marokko.

Das Besondere an diesem Bürgerkrieg war, daß sich zahlreiche ausländische Mächte einmischten (die Sowjetunion, Italien, Frankreich, Deutschland); amerikanische Ölgesellschaften und zahlreiche Persönlichkeiten aus allen möglichen Ländern nahmen teil. In vereinfachender Weise kann man sagen, daß zwei Gruppen gegeneinander kämpften: die 'Republikaner' (Rotspanier, Kommunisten) und die Nationalspanier.

Die deutsche militärische Einheit, die in Spanien kämpfte, bestand aus Freiwilligen und hieß 'Legion Condor'. Befehlshaber war der spätere Generalfeldmarschall Hugo Sperrle(1885-1953). Dieser Legion gehörten unter anderen die Jagdflieger Werner Mölders und Adolf Galland an.«

Angriffsziel war eine Brücke!

»Am 26. April 1937 flogen Verbände der Legion Condor einen Luftangriff auf militärische Ziele bei Guernica. Geflogen wurde in drei Angriffsschwärmen zu je 6 Flugzeugen, die in etwa 3,5 km Höhe das Ziel ansteuerten. In der Nähe von Guernica befanden sich starke Truppenansammlungen der Roten, die alle auf dem Rückzug in Richtung Bilbao marschierten. Bei Guernica mußten die Truppen über eine kleine Brücke (Rentaria-Brücke) über den Rio Oca. Diese Brücke war das befohlene Angriffsziel.

Da es noch keine Zielgeräte für den Bombenabwurf gab, wurde die Brücke verfehlt. Daß dabei auch Bomben auf die Stadt fielen, die nicht weniger als vier Munitions- und sonstige Rüstungsfabriken besaß und mit roten Truppen vollgestopft war, ist von niemandem bestritten worden. Einige Autoren geben an, daß auch italienische Flugzeuge gegen Guernica geflogen sind.

Fest steht, daß der Luftangriff gegen Guernica ein taktisches Unternehmen zur Unterstützung der Bodentruppen im Zuge einer konventionellen Schlacht gewesen ist. Von der rotspanischen Propaganda wurde behauptet, es habe 1.645 Tote und 889 Verwundete gegeben, während die wahre Zahl der Getöteten zwischen 200 und 300 lag.

Eine bis dahin beispiellose Verleumdung erlaubte sich der als Peter Bamm schreibende Chirurg Dr. med. Curt Emmrich (1897-1975). In seinem Buch 'Eines Menschen Zeit' heißt es auf Seite 252:

'Um die Wirkung der Sturzkampfbomber zu erproben, wurde ohne jeden Grund die kleine Stadt Guernica in Schutt und Asche gelegt...'.-Sturzkampfbomber waren jedoch gar nicht beteiligt.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß im Spanischen Bürgerkrieg am 29. Mai 1937 das deutsche Panzerschiff 'Deutschland' zwei Bombentreffer durch rotspanische Flugzeuge erhielt. Es lag zu dieser Zeit auf der Reede von Ibiza und fuhr Kontrolldienst für den sogenannten 'Nichteinmischungsausschuß', einer internationalen Einrichtung während des Spanischen Bürgerkrieges.

Bei diesem Angriff gab es 31 deutsche Tote und 78 Verwundete. Die Empörung in Berlin war groß. Das Panzerschiff hatte keinen Schuß auf die beiden angreifenden rotspanischen Flugzeuge abgegeben. Das rotspanische Luftfahrtministerium gab noch am Abend des 29. Mai 1937 eine Erklärung heraus, worin die Falschbehauptung aufgestellt wurde, daß die Flugzeuge von der Flak des deutschen Schiffes beschossen worden seien. Als Vergeltungsmaßnahme wurde auf Befehl Hitlers dann die spanische Hafenstadt Almeria beschossen, die von den Roten besetzt war. Die Batterien der Hafenstadt erwiderten das Feuer.«

Soweit aus der Arbeit des Historikers Dr. Wendig.

Deutsche Tote verschweigt Herzog

Bezeichnend für die »political correctness« des Bundespräsidenten ist die Tatsache, daß er bei der Erinnerung an diese Geschehnisse den Angriff der rotspanischen Flugzeuge auf das zu einer Art vorgezogener »UNO-Friedensmission« entsandte Panzerschiff und den Tod der deutschen Soldaten mit keinem Wort erwähnte, ebenso wenig wie die zahlreichen in Spanien lebenden deutschen Zivilisten, die bei den Kämpfen (z. B. um die Stadt Gijon) ums Leben kamen. Die »Chronik des 20. Jahrhunderts«, Seite 503, Westermann-Verlag, Braunschweig, schreibt dazu:

»Die Westmächte halten sich zunächst aus dem Konflikt heraus. Auch die Entsendung deutscher Kriegsschiffe stellt keine Einmischung dar, vielmehr sollen die Panzerschiffe 'Deutschland' und 'Admiral Scheer', die am 24. Juli nach Spanien auslaufen, für die Sicherheit der zahlreichen in Spanien lebenden deutschen Staatsbürger sorgen. Unter den Zivilopfern der Kämpfe befinden sich - zum Beispiel bei der Beschießung Gijons - auch zahlreiche deutsche Staatsangehörige.«

Wenn man schon an Geschehnisse erinnert, die sechzig Jahre zurückliegen, dann erwartet man von einem deutschen Bundespräsidenten, daß er auch der Toten des eigenen Volkes gedenkt, die in diesem grausamen Bürgerkrieg schuldlos zu Tode kamen!

Für den deutschen Normalbürger ist es sowieso völlig unverständlich, aus welchen Motiven der Bundespräsident ein mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegendes Ereignis des Spanischen Bürgerkrieges aus der historischen Rumpelkammer hervorholt und nach Vorlagen der kommunistischen Propaganda aufwärmt, obwohl der 60. Jahrestag dieses Luftangriffs auf Guernica von spanischer Seite überhaupt nicht beachtet worden war.

Auch den deutsch-spanischen Beziehungen ist mit Herzogs eigenartiger Geschichtsbetrachtung sicherlich kein guter Dienst erwiesen worden, denn schließlich ist der für alle militärischen Operationen im Spanischen Bürgerkrieg verantwortliche General (und spätere Staatschef) Francisco Franco der 'Ziehvater' des heutigen Königs Juan Carlos gewesen. Der deutschfreundliche Monarch hat aber noch nie einen Vorwurf gegen Deutschland oder gegen deutsche Soldaten erhoben.


Herzog: Für Guernica entschuldigen

Zum 60. Jahrestag des deutschen Luftangriffs auf die spanische Stadt Guernica will [...] präsident [...] ersten Luftangriff auf ein ziviles Ziel am 26. April 1937 im Spanischen Bürgerkrieg die baskische Stadt Guernica dem Erdboden gleichgemacht. 1645 Menschen kamen ums Leben. (ap)

Absolute Unwahrheiten!

Die Pressemeldungen zu Herzogs Entschuldigungsritual strotzten nur so vor historischen Unwahrheiten:

»Guernica war die erste Stadt Europas, deren Zivilbevölkerung mit Massenvernichtungswaffen attakiert wurde« - »Der Angriff sollte den Widerstand der baskischen Nationalisten brechen« - »Bei dem dreieinhalbstündigen Bombardement wurden fast 80 Prozent der Gebäude zerstört« - »Erster Luftangriff auf ein ziviles Ziel«.

Das alles ist ein typisches Beispiel, wie die Wahrheit immer mehr verfälscht wird, wenn die Zeitzeugen nicht mehr leben und nicht mehr widersprechen können. Schon 1953 schilderte Adolf Galland in seinem Buch (siehe Hinweise) die Niedergeschlagenheit in der Legion, daß es wegen schlechter Sicht und primitiver Zielgeräte beim Angriff auf die Brücke, »über die die Roten ihre Truppen und große Mengen Kriegsmaterial nach Bilbao schafften«, zu Fehlwürfen kam.

Und noch am 18.7.1987 konnte man in der »Welt« lesen:

»Wie sich in uralten Zeiten Mythen gebildet haben, wissen wir nicht genau. Wie sich durch gezielte Falschberichterstattung ein moderner Mythos im Dienst psychologischer Kriegführung gebildet hat, können wir am Beispiel des deutschen Luftangriffs auf Brücke und Straßenkreuz vor Guernica genau studieren.«

Der Bundespräsident des Jahres 1997 aber hat von alledem keine Ahnung!

Literaturhinweise für eine eigene Wissens- und Meinungsbildung:

Kappe-Hardenberg: Ein Mythos wird zerstört, Berg 1987

v. Thadden: Guernica - Greuelpropaganda oder Kriegsverbrechen? Leoni 1982

v. Oven: Hitler und der spanische Bürgerkrieg, Tübingen 1978

Adolf Galland: Die Ersten und die Letzten, München 1953

Was ist der Sinn des Ganzen?

Herzogs historische Eskapade ergibt nur dann einen Sinn, wenn man sie vor dem Hintergrund der gegenwärtig in der BR Deutschland grassierenden antideutschen Kampagne betrachtet:

Der Freispruch des Bundesverfassungsgerichts für das Schlagwort »Soldaten sind Mörder«, der Medienrummel um die einschlägigen Hollywood-Hetzfilme, in die die Schüler klassenweise und zwangsweise hineingeführt werden, um sie zu »emotionalisieren«, die Eröffnung der Wehrmachts-Diffamie-

rungsausstellung des Kommunisten Heer durch die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Frau Jutta Limbach, die weltweite Propaganda für Daniel Goldhagens Buch »Hitlers willige Helfer« und vieles mehr haben nur ein Ziel:

Allen Deutschenhassern gemeinsam scheint das Bestreben zu sein, den Nachweis zu liefern, daß die Deutschen eigentlich schon immer ein Volk mit einem genetischen Hang zum Verbrechertum waren.

Daß ein bundesdeutsches Staatsoberhaupt sich in diesem Rahmen als Ankläger des eigenen Volkes betätigt, ist ebenso bezeichnend für die »Elite«, die uns regiert, wie einmalig in der Welt.

Anstatt in den trüben Gewässern der Vergangenheit nach alten Geschichten herumzufischen, die man unerfahrenen und unwissenden jungen Menschen als wahr auftischen kann, sollte sich der Bundespräsident besser dafür einsetzen, die heutige und künftige Entsendung deutscher Bundeswehrsoldaten in ferne Länder zu verhindern, wo sie für fremde Interessen kämpfen und möglicherweise sterben müssen.

Gestern Guernica, heute Bosnien, und morgen vielleicht nach Nahost?

Wie wird die Geschichte einmal über einen Bundespräsidenten urteilen, unter dessen Präsidentschaft deutsche Soldaten, die den Fahneneid geschworen haben, »das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen«, in fremde Bürgerkriege, Religions- und Vertreibungskriege geschickt werden, heute nach Bosnien und morgen in den Nahen Osten?

Werden in 60 Jahren die Deutschen (wenn es sie dann noch gibt) wieder büßen und zahlen und sich schämen und entschuldigen und um Verzeihung bitten müssen für die Einsätze und Einmischungen in aller Welt, zu denen wir heute gedrängt werden?

Auf dem Stundenplan - Folge 24 •UN 5/1997

Unabhängige Nachrichten • Postfach 18 26 • D-55388 Bingen (Rhein)

ViSdP: Richard Sperber

Abgabe an Schüler und Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck gestattet.

Spendenkonto: Bankeinzug

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

Bisher sind folgende Blätter erschienen:

Folge 1: Deutschland und seine Ostgebiete - Verzicht oder nicht?

Folge 2: Verdunkelung der Weltgeschichte durch Schulbuch-Bla-Bla

Folge 3: 1983 - nicht 50. Jahr der Machtübernahme, sondern 65. Jahr nach Versailles!

Folge 4: Kriegsschuld - Die unbewältigte Gegenwart: Der 1. September 1939

Folge 5: Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Versailles: Der Betrug im Schulbuch

Folge 6: Vorsicht: Tretminen im Schulbuch! Stichwort: Das Hoßbach-Protokoll

Folge 7: Der böse Deutsche

Folge 8: Stichworte Lusitania, Lidice, Oradour

Folge 9: Die Tschechen - Ein »slawisches Volk«? Von Kiel bis Kärnten »slawischer« Boden?

Folge 10: Lehren der Weimarer Republik

Folge 11: Der Bromberger Blutsonntag

Folge 12: Südafrika und Deutsch-Südwest Folge

13: Die Reichskristallnacht

Folge 14: Ein Dokument zur Zeitgeschichte: Die »Jüdische Kriegserklärung« vom 24. März 1933

Folge 15: Katyn • Wieder eine angeblich »feststehende historische Tatsache« als Greuellüge entlarvt

Folge 16: Deutschland wollte Frieden. Die 16 Punkte der Deutschen Reichsregierung vom 31.8.1939

Folge 17: Dresden wurde zum Opfer der Barbarei (von Ulrike Meinhof!)

Folge 18: Wie gerecht ist der soziale Rechtsstaat? Einkommensvergleich Asylbewerber-/Facharbeiterfamilie

Folge 19: Die Umerziehung - Über die Methodik der Umerziehung von Einzelnen und Völkern

Folge 20: Der Fall Oradour: Greuelpropaganda - neu aufgewärmt

Folge 21: Vor 50 Jahren - Dresden: Das war kein Krieg mehr, das war Mord!

Folge 22: Die Potsdamer Konferenz vor 50 Jahren: Die Alliierten beschließen die »ethnische Säuberung« Ostdeutschlands als »Friedenslösung«

Folge 23: Die Stalin-Rede vom 19.8.1939: Der dogmatisierte Lehrsatz: »Hitler-Deutschland überfiel die friedliebende Sowjetunion« - ist endgültig widerlegt

Folge 24: Bombenschwindel um Guernica - Bundespräsident Herzog als Großinquisitor angeblicher »deutscher Verbrechen«

Einzelblätter bei Portoerstattung kostenlos anzufordern von:

UN • Postfach 40 02 15 • D-44736 Bochum

Unabhängige Nachrichten 06/1998 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Polen und Tschechien in die EU?

Themenvorschlag für eine Projektstunde: Fragen, die sich aus einer Pressemeldung vom 30.5.1998 ergeben:

»Bundestag verurteilt Vertreibung nach 1945
Der Bundestag hat mit Regierungsmehrheit die Vertreibung von Deutschen aus Osteuropa nach 1945 als völkerrechtswidrig verurteilt. Gleichzeitig forderte die Koalitionsmehrheit ein Niederlassungsrecht für Vertriebene in Polen und Tschechien nach dem EU-Beitritt dieser Länder. (Dpa)«

Sprechen wir über Ostdeutschland

1. Warum nur die Vertreibung *»**nach 1945**«?* War die Vertreibung und der Tod von Millionen Deutschen im Jahr 1945 **nicht** völkerrechtswidrig?

2. Warum verurteilte der Bundestag nur die Vertreibung der Deutschen aus ***»Osteuropa«,*** nicht aber die aus **Ostdeutschland?** Oder gehören Stettin, Landsberg/W., Breslau (nennen Sie weitere Städte, aus denen evtl. Ihre Eltern oder Verwandte vertrieben wurden!) zu ***»Osteuropa«?***

3. Warum verurteilte nur die Regierungsmehrheit die Vertreibung als ***»völkerrechtswidrig«?*** Halten alle anderen Bundestagsabgeordneten die Vertreibung für völkerrechtlich **legitim?**

4. Warum forderte nur die **Koalitionsmehrheit** das Niederlassungsrecht und beschränkte dieses Recht nur auf ***»Vertriebene«!*** Will die Koalitionsmehrheit zweierlei Recht für Vertriebene und Nichtvertriebene schaffen?

5. Warum stimmen die Oppositionsparteien, die dem **EU-Vertrag** und dem Beitritt Polens und Tschechiens **zugestimmt** haben, nun gegen das **freie Niederlassungsrecht** aller Bürger in allen EU-Mitgliedstaaten, das im EU-Vertrag völkerrechtlich besiegelt wurde? Wollen diese Parteien vertragsbrüchig werden? Welche Parteien sind dies?

6. Welche Gebiete gehören zu **Ostdeutschland,** welche gehören völkerrechtlich zu Polen und Tschechien? Welche völkerrechtlichen Verträge und Abkommen sagen etwas über **Vertreibung, Annektion und Ungültigkeit** völkerrechtswidriger Verträge?

•Sammeln Sie Unterlagen zu diesen Fragen!
•Bewerten Sie die nachtfolgende Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts und die Programme der Parteien CDU, SPD und FDP auf den Folgeseiten.

Aus den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes vom 31.7.1973 und 7.7.1975:

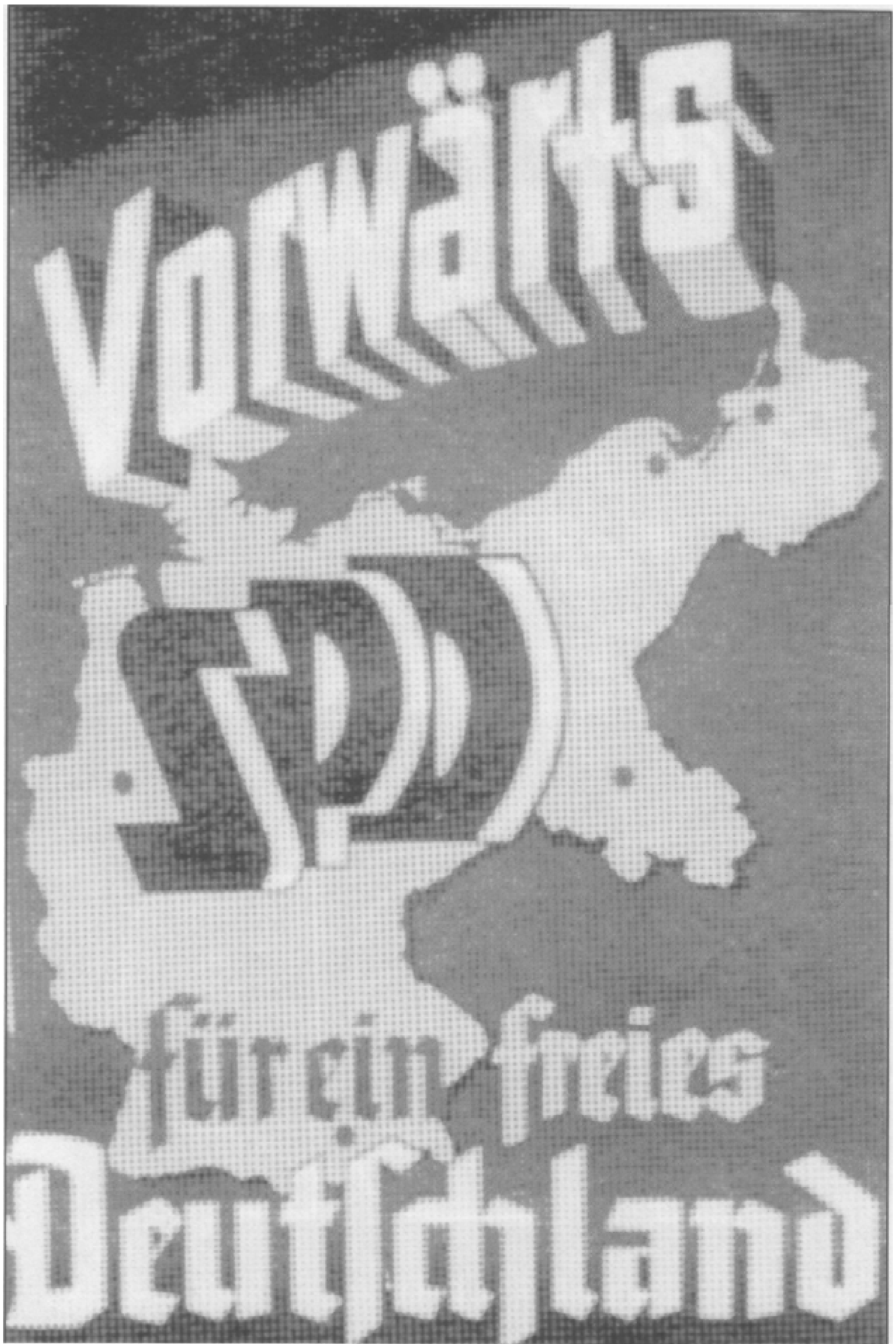
»Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatslehre - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist. (...) Die Gebiete östlich von Oder und Neiße sind ebenso wie das übrige Reichsgebiet in den Grenzen vom 31.12.1937 von den Siegennächten bei Kriegsende nicht annektiert worden. (...) Das Deutsche Reich existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit (...).«

• Was hat sich seitdem geändert? Kann der Bundestag durch völkerrechtswidrige »Anerkennungs-Abkommen« neues Recht schaffen? Was steht höher (vgl. dazu Art. 25 GG) - das Grundgesetz oder das Völkerrecht? Welche Bedingungen müssen Polen und Tschechien für einen EU-Beitritt erfüllen?

Bestellanschrift: UN-Unabhängige Nachrichten, Postfach 400215, 44736 Bochum. 100 Blatt = 20 DM
Herausgegeben im Auftrag und in Zusammenarbeit der Unabhängigen Freundeskreise vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten • Postfach 40 02 15 • D-44736 Bochum. Erscheinungsort, Verlag und Schriftleitung: Alstadener Str. 49 • D-46049 Oberhausen (Ruhr). Satz und Layout: WoBo-Design, Bochum
Alleinverantwortlich i.S.d.P.: Rüdiger Kahsner (Seiten 1 - 2) • Kurt Haußmann (Seiten 3 - 4) • Annemarie Kunz (Seiten 5 - 8)
Klaus Frühling (Seiten 9 - 10) • Bruno Unger (Seiten 11 - 12)
Kein gewerbliches Unternehmen - Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich - Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme - Kein Verkauf. Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 2.- DM je Ausgabe einschl. Porto -
Druck: Eigendruck, Nachdruck erwünscht
Konten: Im Rahmen des „Kampf gegen Rechts" gekündigt. Bitte zahlen Sie bar oder per Scheck.



Wahlplakate von CDU/SPD/FDP aus den 50er Jahren:
Wer sein Programm von gestern nicht hielt, wird morgen auch die Versprechen von heute nicht halten.
(Als einseitige Kleinplakate (A4) anzufordern beim UN-Archiv, Postfach 400215, D-44736 Bochum)



Wahlplakate von CDU/SPD/FDP aus den 50er Jahren:
Wer sein Programm von gestern nicht hielt, wird morgen auch die Versprechen von heute nicht halten.
(Als einseitige Kleinplakate (A4) anzufordern beim UN-Archiv, Postfach 400215, D-44736 Bochum)



Wahlplakate von CDU/SPD/FDP aus den 50er Jahren:

Wer sein Programm von gestern nicht hielt, wird morgen auch die Versprechen von heute nicht halten.

(Als einseitige Kleinplakate (A4) anzufordern beim UN-Archiv, Postfach 400215, D-44736 Bochum)

UN • Unabhängige Nachrichten 3/1999 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Zur aktuellen Schuldiskussion:

Zwangsweiser Klassenbesuch der Anti-Wehrmachtsausstellung?

- Materialien zur Vorbereitung einer Projektstunde -

Ziel: Der Mythos der »sauberen Wehrmacht« soll zerstört werden

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gibt es kaum eine Ausstellung, die soviel Zustimmung wie Ablehnung hervorgerufen hat, wie die vom Sohn des NS-Förderers und -Finanziers Reemtsma und dem Altkommunisten Hannes Heer geschaffene Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«.

Sie wurde seit März 1995 bis Anfang 1999 schon in 30 bundesdeutschen und österreichischen Städten gezeigt, 90 weitere Städte des In- und Auslandes bemühen sich um einen Termin in den nächsten Jahren. Im Herbst 1999 soll eine englische Fassung für die USA und andere Länder in New York eröffnet werden.

Reemtsma und Heer selber legen immer wieder Wert auf die Zielsetzung, daß mit ihrer Ausstellung der Mythos der »sauberen Wehrmacht« zerstört werden solle.

Im Dezember 1997 wurde den Ausstellungsmachern für dieses Bemühen die »Carl-von-Ossietzky-Medaille« der Internationalen Liga für Menschenrechte verliehen. Die Spitzen von Staat und Gesellschaft überhäufen die Aussteller mit Lob und Ehrungen, und die Schulen werden aufgefordert, die Ausstellung mit Klassen und Kursen geschlossen zu besuchen.

Auf der anderen Seite demonstrieren Tausende junge Deutsche an den verschiedenen Veranstaltungsorten gegen diese Ausstellung, auf der ihre Väter und Großväter als Verbrecher verunglimpft werden. Sie handeln rein gefühlsmäßig, weil sie ihre eigenen Großväter und ihre Berichte kennen und wissen, daß sie keine Verbrecher sind, sondern oft heldenhaft und verzweifelt für ihr Volk und ihre Familie gekämpft haben. Für diesen Mut und diese Charakterstärke werden sie von Linksradikalen und »Autonomen« zum Teil brutal zusammengeschlagen, vom sog. »Staatsschutz« (den gab es nicht nur in der DDR!) registriert und von vielen Lehrern schikaniert.

In den meisten Fällen fehlen den Schülern, die sich gegen die verallgemeinernde Beleidigung ihrer Großväter einsetzen, leider das Wissen und die Belege dafür, mit welchen Mitteln hier Meinungsmanipulation betrieben wird. Sie beschränken sich deswegen auf Schlagworte und werden von der »veröffentlichten Meinung« abwertend als »Brüller dumpfer Parolen« verurteilt.

Das vorliegende Blatt soll anhand einiger weniger konkreter Beweise diesem Mangel abhelfen.

Immer mehr Wissenschaftler, Historiker und Zeitzeugen weisen auf Unwissenschaftlichkeit der Belege, auf die ersichtliche agitatorische Absicht einer einseitigen Meinungsbildung und daraufhin, daß mit Fotos Fälschungen betrieben werden können, indem man sie mit wahrheitswidrigen Behauptungen unterlegt, um den angeblichen »Vernichtungskrieg« zu dokumentieren.

Nach anderen schon erfolgten Beweisführungen über die Unstimmigkeiten von Bild und Wort (siehe u.a. UN 11/98 - von Schülern kostenlos anzufordern) meldete sich jetzt der Historiker Dr. Bogdan Musial zu Wort(1):

»Mindestens neun Bilder der Wehrmachtsausstellung zeigen Opfer, die nicht von deutschen Soldaten ermordet wurden. Weitere elf Aufnahmen sind zumindest äußerst zweifelhaft«

Historiker-Kritik an der Wehrmachtsausstellung:



Dem aus Polen stammenden promovierten Historiker Dr. Bogdan Musial (38) ließen die gezeigten Fotos keine Ruhe. Er fuhr fast siebentausend Kilometer an die Orte des Geschehens und entlarvte einen weiteren Teil der Falschdarstellungen der Wehrmachtsausstellung.

Am Anfang nur ein »ungutes Gefühl«

Im Sommer 1997 besuchte der Historiker mit einer Gruppe von Wissenschaftlern die damals in Bremen gastierende Ausstellung.

»Als ich diese Bilder sah, beschlich mich von Anfang an ein ungutes Gefühl. Irgend etwas an den Fotos irritierte mich. Waren es die Bildunterschriften, waren es die Ereignisse, die gezeigt wurden? Damals in der Ukraine, in Polen, in Galizien? Ich mußte herausfinden, was es mit den Bildern auf sich hat.«

Dr. Musial hatte bereits damals aus eigener Sachkenntnis die Vermutung, daß es sich bei mindestens 20 Fotos nicht um Erschießungen durch deutsche Wehrmachtsangehörige handeln könne, wie in der Ausstellung behauptet wird, sondern um Aufnahmen exhumierter Leichen. Diese könnten nach seinem Wissen nur Opfer des sowjetischen NKWD gewesen sein.

Der Historiker war sich bewußt, daß er damit eine »Ungeheuerlichkeit« aussprach:

Es geht um Foto-Dokumente, die die öffentlich geförderten und belobigten Ausstellungsmacher als eindeutige Belege für die Verbrechen der Deutschen Wehrmacht an der Vernichtung von sowjetischen Kriegsgefangenen, an polnischen, ukrainischen und serbischen Zivilisten vorlegen.

Ein polnischer Wissenschaftler beschämt die ängstlich schweigenden deutschen Historiker

Schon lange vor seiner Emigration im Jahre 1985 (Dr. Musial war aktives Mitglied von Solidarnosc) war ihm bekannt, daß in Polen von Erschießungen tausender Zivilisten durch den sowjetischen Geheimdienst gemunkelt wurde. Das Gebiet um Lemberg beispielsweise gehörte von 1918 bis 1939 zu Polen, bevor es die Rote Armee besetzte. Der sowjetische Geheimdienst NKWD folgte auf dem Fuße.

In vielen Orten Weißrußlands, Polens und der Ukraine erinnern sich heute noch Augenzeugen, daß bei Kriegsbeginn vom NKWD alle »unliebsamen und sowjetfeindlichen Elemente« zusammengetrieben und erschossen wurden.

Dr. Musial ging diesen Erzählungen nach und fuhr fast siebentausend Kilometer durch Polen, Weißrußland und die Ukraine. Er suchte die Plätze der schrecklichen Geschehnisse auf, ging den Spuren nach und legte die Fotos der Wehrmachtsausstellung vor.

Zahlreiche Vergleichsfotos wurden ihm ausgehändigt. In der Zitadelle von Zloczow zum Beispiel führte man ihn in ein kleines Museum.

Dort kann man Bilder sehen, die auch in der Wehrmachtsausstellung gezeigt werden, identische Bilder. Nur - dort gelten die Fotografien als Beleg für die Greueltaten der sowjetischen Besatzungsmacht im Jahre 1941.

Der Direktor der Hauptkommission zur Aufklärung von Verbrechen der Sowjets in Polen, Professor Richard Kulesza, dessen Forschungsstätte sich in Warschau befindet, riet Dr. Musial, an die Öffentlichkeit zu gehen. Es sei seine ethische Pflicht und sein moralisches Recht, diese Dinge zu veröffentlichen.

»Natürlich habe ich Angst, mißverstanden zu werden. Beifall aus der rechten Ecke wäre das Unsinnigste, was mir als Wissenschaftler passieren könnte«, betont Dr. Musial und läßt die Furcht vor Existenz- und Berufsverlust erkennen, die ihn bedrückt. Aber bei wissenschaftlichen Forschungen dürfe es keine Wunschvorstellungen geben.

Schon vor einem Jahr habe er den Ausstellungsmacher Hannes Heer über seine Erkenntnisse und Nachweise informiert.

»Ich schilderte ihm, was ich herausgefunden hatte und bot ihm an, gemeinsam diese Dinge zu besprechen.« (2)

Gleiche Fotos - andere Täter





Links: Dieses Bild der Ausstellung soll Greueltaten der Wehrmacht an Zivilisten im Obstgarten von Zloczow beweisen. In Polen gilt der russische NKWD als Täter.
Rechts: Aus einer polnischen Dokumentation über das Verbrechen in Zloczow: Im Auftrag der Wehrmacht legen Juden exhumierte Leichen im Obstgarten zur Identifizierung durch Angehörige in Reihen auf.





Links: Foto von Leichen am Rande der Stadt Borislaw. Dieses Bild findet man in der Ausstellung unter der Rubrik »Genickschüsse«, Im Museum in Zloczow heißt die Unterschrift: »Durch den sowjetischen NKWD erschossene Zivilisten«.
Rechts: Ein Foto, das dem Historiker Dr. Musial in der Stadt Borislaw ausgehändigt wurde, zeigt einen Juden, der am Ort des Verbrechens im Auftrag der Wehrmacht ausgegrabene Leichen wäscht. Musial: »Also müssen die Leute vom NKWD erschossen worden sein.«

»Zweifel ausgeschlossen«

Bei neun Fotos sei ein Zweifel völlig ausgeschlossen: die Beweise, daß diese Verbrechen, die deutschen Wehrmachtsangehörigen angelastet werden, in Wahrheit vom NKWD begangen wurden, seien zu erdrückend.

Er habe versucht, den Ausstellungsmachern deutlich zu machen, daß mit einer solchen Ausstellung geschichtliche Zusammenhänge nicht manipuliert und suggestiv ausgenutzt werden dürften. Die wissenschaftliche Redlichkeit gebiete es, Opfer und Täter nicht in einem einzigen Fall auszutauschen, nur um die Idee der Mittäterschaft der Wehrmacht am Völkermord am Ende stimmen zu lassen.

Verlangt endlich Antworten!

- **Die Antwort der Herren Reemtsma und Heer bis heute: [Text geschwärzt] *Fragen Sie selbst nach!***
- **Die Stellungnahme der deutschen Historikerschaft bis heute: keine.**
- **Die Reaktionen der Politiker, Oberbürgermeister und Stadtverwaltungen, die feierliche Eröffnungsreden halten und der Ausstellung öffentliche Gebäude zur Verfügung stellen: keine.**
- **Die Bemühungen der meisten Lehrer um eigene Weiterbildung und Nachforschung: keine.**

Statt dessen »seelisches Betreuungsangebot« für zusammenbrechende Besucher:



Mit Fotos von abscheulichen Taten, die alle der Deutschen Wehrmacht unterstellt werden, wurden schon zigtausend junge Menschen ihren Eltern entfremdet und seelisch krankgemacht.

Bei der Ausstellung in Kiel im Januar 1999 gab es erstmals einen seelischen Betreuungsdienst, um die Folgen der agitatorischen Beeinflussung abzufangen. Für diejenigen, denen die Bilder und Texte besonders unter die Haut gingen, stand wochentags einer von zehn Kieler Pastoren bereit. »Wir werden durchaus als Ansprechpartner gesucht«, erklärte Pastor Heiko Naß: »Manche Besucher brechen sogar regelrecht zusammen und müssen betreut werden.«

Stellt Eurer Klasse Fragen, die sich aus den Feststellungen Musials ergeben:

Dient diese Anti-Wehrmachtsausstellung wirklich der Wahrheitsfindung, der Versöhnung und dem Frieden zwischen den Völkern?

Warum wird das friedenstiftende »Tabula rasa-Prinzip« (3) des ewigen Vergebens und Vergessens aller gegenseitigen Greueltaten, das nach dem Dreißigjährigen Krieg 1648 im Frieden von Münster besiegelt wurde, nicht auf den »Dreißigjährigen Krieg gegen Deutschland von 1914-1945« (4) angewandt?

Wie ist in diesem Zusammenhang der Vorwurf des Friedenspreisträgers Martin Walsers zu bewerten, die »unaufhörliche Dauerpräsentation unserer Schande« diene oft zu gegenwärtigen Zwecken« ? (5)

Sind Schulleitungen und Lehrer berechtigt, im Rahmen des Unterrichts einen Ausstellungsbesuch anzuordnen, ohne sich vorher mit diesen Fragen auseinanderzusetzen und die Schüler kritisch vorzubereiten?

Können Sie als Schüler gezwungen werden, ohne eine solche offene Diskussion in die Ausstellung geführt zu werden?

Quellennachweis:

(1) Jahr-Weidauer, Konrad, Historiker-Kritik an Wehrmacht-Ausstellung, Schleswiger Nachrichten, 27.1.1999
(2) Zitate und Fotos aus Berliner Morgenpost, 25.1.1999
(3) "Vor 350 Jahren war man klüger", Unabhängige Nachrichten. Heft 11/98
(4) Ansprache des britischen Premierministers John Major in Bertin am 8. Mai 1995, UN-Archiv 11951
(5) Martin Walser, Wortlaut seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels am 2.11.1998, UN-Archiv 11982

Weiterführende Literatur:

Masson, Philippe: Die deutsche Armee. Geschichte der Wehrmacht, München 1996, ISBN 3-7766-1933-3
Fritsch, Ludwig A.: Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am deutschen Volk, Tübingen 1988, ISBN 3-87847-002-9
Poeppel, Hans u.a.: Die Soldaten der Wehrmacht, München 1998, ISBN 3-776620579
Proske, Rüdiger: Wider den Mißbrauch deutscher Soldaten zu politischen Zwecken, Eine Streitschrift, Mainz 1996, ISBN 3-775813519
Proske, Rüdiger: Vom Marsch durch die Institutionen zum Krieg der Wehrmacht, Mainz 1997, ISBN 3-775813659
Verschiedene: Alliierte Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zusammengestellt von internierten Kriegsgefangenen, Kiel 1997, ISBN 3-88741-189-7
Seidler, Franz W.: Verbrechen an der Wehrmacht. Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42, Selent 1997, ISBN 3-932381030
Seidler, Franz W.: Die Wehrmacht im Partisanenkrieg, Selent 1998, ISBN 3-932381041
Zayas, Altred M.: Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle, München 1998, ISBN 3-8004-1051-6

Weitere Hinweise auf Anfrage.

Auf dem Stundenplan

Folge 26 • Unabhängige Nachrichten 3/1999

Unabhängige Nachrichten • Postfach 13 26 • D-55388 Bingen (Rhein)

AG Zeitgeschichte: F. W. Aßmuth, Studiendirektor • Hans Clausert, Realschullehrer - Atstadener Str. 49a, Oberhausen (Vi.S.d.P.) • Hans H. Biehl, Studiendirektor a.D. • Hans Groeneveld, OStR i.R. • K.-F. Kramer; OStR. i.R. u.a.

Abgabe an Schüler und Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck gestattet.

Spendenkonto: Unabhängige Nachrichten, Bankeinzug

HELFEN SIE MIT, DASS DIESES BLATT IN DIE HAND MÖGLICHST VIELER SCHÜLER KOMMT!

UN • Unabhängige Nachrichten 7/1999 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Das verheimlichte Kapitulationsdiktat

RAMBOUILLET - »ANNEX B«

Im französischen Ort Rambouillet wollte die »westliche Staatengemeinschaft«, die NATO bzw. die USA (die Bezeichnungen wechselten laufend) den Staat Jugoslawien und die vom Westen unterstützte und aus dem Westen mit Geld und Waffen versorgte illegale Befreiungsarmee (UCK) der Kosovo-Albaner zu einem »Abkommen« zwingen.

Nach zähen Verhandlungen vom 6. bis 23. Februar 1999 unterschrieb die UCK, die Verhandlungsführer des von der UCK angegriffenen Staates aber verweigerten auf Weisung aus Belgrad die Unterschrift.

Die »westliche Staatengemeinschaft«, die NATO bzw. die USA begannen daraufhin einen klassischen Angriffskrieg gegen einen Mitgliedsstaat der UNO, wenn auch ohne Kriegserklärung. Mit allerlei neuen Wortschöpfungen wurde dieser Krieg zum Nicht-Krieg umbenannt.

Die Regierungen der »Verbündeten« sagten folgsam ihre Teilnahme zu - so auch die bundesdeutsche, obwohl Artikel xx des Grundgesetzes das unter Strafe stellt.

Man mag und wird sich noch lange streiten, ob dieser Angriffskrieg gerecht oder ungerecht war, ob die Verletzung der Menschenrechte und die Verhinderung »ethnischer Säuberung« heute höherwertige Rechtsgüter sind als das Völkerrecht. (Gegenüber den Deutschen galt nach 1945 beides nicht, weder Menschenrecht noch Völkerrecht, und die »ethnische Säuberung« Ostdeutschlands und des Sudentenlandes wurde von der gleichen »westlichen Staatengemeinschaft« als »Friedenslösung« gepriesen.)

Die Gretchenfrage

Jedem Menschen, der zu diesem Krieg ein Wort sagen und seine Meinung äußern will, ist, bevor er den Mund auftut, die Gretchenfrage zu stellen:

»Kennen Sie den Wortlaut des Annex B?«

Wir fragten einige Bundestagsabgeordnete, ob sie vor oder bei der Bundestagsabstimmung über den Kriegseinsatz deutscher Soldaten den Text dieses Anhanges zum (gescheiterten) Rambouillet-Abkommen kannten und auf dem Tisch liegen hatten. Einhellige Antwort: ***»Nein.«***

»Sag mir, wo die Wahrheit ist«

Erich Böhme in der Fernsehzeitschrift »Hören und Sehen« Nr. 19/1999 über Nachrichten in Zeiten des Krieges:

»Wer hat uns darüber informiert, daß der Rambouillet-Vertrag Passagen enthielt, die ein jugoslawischer Staatspräsident nie und nimmer unterschreiben könnte, selbst wenn er kein Brutalo wie Slobodan Milosevic wäre?

Daß die Bundesrepublik Jugoslawien ihre Souveränität hätte aufgeben und ein NATO-Besatzungsstatut schlucken müssen?«

Die unwissenden bundesdeutschen Volksvertreter haben also für einen Krieg gestimmt, ohne die Gründe der kriegsauslösenden Unterschriftsverweigerung Jugoslawiens zu kennen! Die führenden Politiker in Fraktionen und Regierung, denen dieses »Annex B« sicherlich bekannt war, haben sogar in vollem Wissen, daß die kriegssüchtigen Hintergrundmächte mit diesem Kapitulationsdiktat das Rambouillet-Abkommen verhindern wollten, für den Krieg gestimmt!

MdB Hermann Scheer (SPD), einer der wenigen kritischen Bundestagsabgeordneten, sagte zu diesem Vertragstext:

»Wie ich in meinem Memorandum geschrieben habe, unterzeichnet einen solchen Vertragstext nur ein Staat nach vollständiger Kapitulation.«

Die UN veröffentlichen nachfolgend den Wortlaut des »Annex B« in deutscher Übersetzung. Unter UN-Archiv 7991 a können Sie den englischen Originaltext des gesamten Vertragstextes anfordern (47 Seiten), unter UN-Archiv 7991 b den englischen Originaltext des Kapitels »Annex B« (5 Seiten).

Anhang B des Rambouillet-Vertrages:

»Status der Multinationalen Militär-Implementierungsstreitmacht«

1. Für die Zwecke dieses Anhangs werden die folgenden Begriffe die ihnen hierunter zugewiesenen Bedeutungen haben:

a. *„NATO“* bedeutet: Nordatlantikpaktorganisation (NATO), ihre Nebenorgane, ihr militärisches Hauptquartier, die NATO geführte KFOR und alle Elemente/ Einheiten, die irgendeinen Teil der KFOR ausmachen oder die KFOR unterstützen, unabhängig davon, ob sie aus einem NATO-Mitgliedsstaat kommen oder nicht, und unabhängig davon, ob sie unter nationaler oder unter NATO-Befehls- und Kommandogewalt stehen oder nicht, soweit sie zur Förderung dieses Abkommens tätig werden.

b. *„Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien“* bedeutet: zuständige Behörden, seien es Bundesbehörden, Republiksbehörden, kosovarische Behörden oder andere.

c. *„NATO-Personal“* bedeutet: das von der NATO berufene, ihr angegliederte oder von ihr beschäftigte militärische, zivile Personal und Auftragspersonal, einschließlich des an der Operation teilnehmenden militärischen, zivilen und Auftragspersonals aus Nicht-NATO-Staaten, mit Ausnahme des an Ort und Stelle eingestellten Personals.

d. *„Die Operation"* bedeutet: die Unterstützung, Implementierung, Vorbereitung und Teilnahme der NATO und des NATO-Personals an der Förderung dieses Kapitels.

e. *„Militärisches Hauptquartier“* bedeutet: jede Einheit, wie immer ihre Bezeichnung lautet, bestehend oder teilweise zusammengesetzt aus NATO-Militärpersonal, geschaffen, um die Operation zu erfüllen.

f. *„Behörden“* bedeutet: die zuständige verantwortliche Einzelperson, Behörde oder Organisation der Vertragsparteien.

g. *„Auftragspersonal“* bedeutet: die technischen Experten oder Spezialisten, deren Dienste die NATO benötigt und die auf dem Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien ausschließlich der NATO zu dienen haben, entweder in einer beratenden Funktion in technischen Angelegenheiten oder für den Aufbau, die Bedienung oder Unterhaltung der Ausrüstung; es sei denn, sie sind:

(1) Staatsbürger der Bundesrepublik Jugoslawien oder

(2) Personen, die normalerweise in der Bundesrepublik Jugoslawien ihren Wohnsitz haben.

h. *„Offizieller Gebrauch“* bedeutet jeden Gebrauch von erworbenen Gütern oder von Diensten, die für die Durchführung aller Funktionen empfangen oder benötigt werden, die die Hauptquartiere für die Operation erfüllen müssen.

i. *„Einrichtungen“* bedeutet alle Gebäude, Aufbauten, Räumlichkeiten und Grundstücke, die für die Durchführung der operativen, Ausbildungs- und Verwaltungsaktivitäten von der NATO sowohl für die Operation als auch für die Unterbringung des NATO-Personals in Anspruch genommen werden.

2. Unbeschadet ihrer Privilegien und Immunitäten gemäß diesem Anhang werden alle Mitglieder des NATO-Personals die in der Bundesrepublik Jugoslawien geltenden Gesetze respektieren, seien es Bundes-, Republik-, kosovarische oder andere Gesetze, wenn (unter dem Vorbehalt) die Einhaltung dieser Gesetze mit den anvertrauten Aufgaben und dem anvertrauten Mandat vereinbar ist, und sie werden sich solcher Aktivitäten enthalten, die mit dem Wesen der Operation nicht vereinbar sind.

Die NATO respektiert alle Gesetze Jugoslawiens, aber nur, wenn sie nicht hinderlich sind ...

3. Die Vertragsparteien akzeptieren das Bedürfnis nach schnellen Ausreise- und Einreise-Verfahren für das NATO-Personal. Dieses Personal wird von den Paß- und Visavorschriften sowie von den für Fremde geltenden Registrierungsbestimmungen ausgenommen. An allen Einreise- und Ausreisestellen in die bzw. aus der Bundesrepublik Jugoslawien wird dem NATO-Personal gegen Vorlage eines nationalen Personalausweises die Ein- und Ausreise in die bzw. aus der Bundesrepublik Jugoslawien gestattet. Das NATO-Personal wird Ausweispapiere tragen, deren Vorlage von den Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien verlangt werden kann, aber es wird nicht gestattet, daß solche Aufforderungen Operationen, Übungen und Bewegungen behindern oder verzögern.

4. Das NATO-Militärpersonal wird normalerweise Uniformen tragen, und das NATO-Personal kann, wenn durch Befehle dazu ermächtigt, Waffen besitzen und tragen. Die Parteien werden ohne Steuern und Gebühren die für das NATO-Personal von den Behörden der jeweiligen Länder ausgestellten Führerscheine und Zulassungen als gültig akzeptieren.

5. Der NATO wird es gestattet sein, die NATO-Flagge und/oder nationale Flaggen ihrer einzelnen nationalen Elemente/Einheiten auf allen NATO-Uniformen, allen NATO-Transportmitteln und allen NATO-Einrichtungen zu zeigen.

6.a. Die NATO genießt gegenüber allen Gerichtsverfahren, seien es Zivil-, Verwaltungs- oder Strafverfahren, Immunität.

b. Das NATO-Personal wird unter allen Umständen und jederzeit von der Gerichtsbarkeit der Vertragsparteien freigestellt sein hinsichtlich jeglicher von ihm in der Bundesrepublik Jugoslawien möglicherweise begangenen zivilen, administrativen oder disziplinarischen Vergehen sowie hinsichtlich aller Kriminaldelikte. Die Vertragsparteien werden den an der Operation teilnehmenden Staaten bei der Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit über ihre eigenen Staatsbürger behilflich sein.

c. Ungeachtet des oben Ausgeführten und mit dem ausdrücklichen Einverständnis des NATO-Kommandeurs in

jedem einzelnen Fall können die Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien ausnahmsweise die Gerichtsbarkeit in solchen Angelegenheiten ausüben, aber nur in bezug auf Mitglieder des Auftragspersonals, die nicht der Gerichtsbarkeit des eigenen Staates, dessen Staatsbürger sie sind, unterworfen sind.

Selbst bei Straftaten genießt die NATO Immunität ...

7. Das NATO-Personal genießt Immunität vor jeder Form von Festnahme, Ermittlung oder Haft von seiten der Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien. Irrigerweise verhaftetes oder festgehaltenes NATO-Personal ist sofort den NATO-Behörden zu übergeben.

8. Das NATO-Personal wird mit seinen Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und Ausrüstungsgegenständen in der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien freien und ungehinderten Zugang genießen, unter Einschluß ihres Luftraums und ihrer Territorialgewässer. Dies schließt das Recht ein, beschränkt sich aber nicht darauf, Zeltlager zu errichten, zu manövrieren, sich einzuquartieren und alle Gebiete und Einrichtungen zu nutzen, die erforderlich sind für Unterstützung, Übung und Operationen.

9. Das NATO-Personal wird von Zollabgaben, Steuern und anderen Gebühren sowie von Kontrollen und Zollvorschriften befreit, einschließlich der Bereitstellung von Bestandslisten oder anderen routinemäßigen Zollerklärungen für Personal, Fahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge, Ausrüstung, Versorgung und Lebensmittel, die in das Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien zur Unterstützung der Operation eingeführt und ausgeführt werden oder ihr Territorium durchqueren.

10. Die Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien werden vorrangig und mit allen entsprechenden Mitteln alle Bewegungen des Personals, der Fahrzeuge, Flugzeuge, Schiffe, der Ausrüstung oder der Vorräte durch oder im Luftraum, in den Häfen, auf den Flugplätzen oder den benutzten Straßen erleichtern. Es dürfen keine Abgaben von der NATO verlangt werden für Luftnavigation, Landung oder Start von Flugzeugen, unabhängig davon, ob staatseigen oder gechartert. Desgleichen dürfen keine Zölle, Abgaben, Wegegelder oder Benutzungsgebühren verlangt werden von NATO-Schiffen, unabhängig davon, ob staatseigen oder gechartert, für die bloße Einfahrt in und Ausfahrt aus Häfen. Fahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge, die zur Unterstützung der Operation eingesetzt werden, unterliegen weder Lizenz- oder Registrierungsbestimmungen noch kommerzieller Versicherung.

Die NATO genießt unbeschränktes Nutzungsrecht ...

11. Der NATO wird die Benutzung von Flughäfen, Straßen, Schienenwegen und Häfen ohne Zahlung von Gebühren, Zöllen, Wegegeldern oder durch bloße Benutzung verursachte Abgaben eingeräumt. Die NATO wird jedoch nicht beanspruchen, von angemessenen Abgaben für spezifische geforderte und erhaltene Dienste ausgenommen zu werden, aber die Operationen/ Bewegungen und der Zugang dürfen wegen noch ausstehender Zahlungen für solche Dienste nicht behindert werden.

12. Das NATO-Personal wird von der Besteuerung der von der NATO erhaltenen Gehälter und Bezüge und aller anderen von außerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien erhaltenen Einkünfte seitens der Vertragsparteien ausgenommen.

13. Das NATO-Personal und sein in die Bundesrepublik Jugoslawien importiertes, dort erworbenes oder von dort ausgeführtes bewegliches Eigentum wird von allen Abgaben, Steuern und anderen Gebühren und von Kontrollen und Zollvorschriften ausgenommen.

14. Der NATO wird es gestattet, frei von Abgaben. Steuern oder anderen Gebühren solche Ausrüstungsgegenstände, Vorräte und Lebensmittel zu importieren, die die NATO für die Operation benötigt, vorausgesetzt, daß solche Güter für den offiziellen Gebrauch der NATO oder zum Verkauf an NATO-Personal vorgesehen sind. Verkaufte Güter werden lediglich für den Gebrauch durch NATO-Personal bestimmt und nicht übertragbar sein auf unbefugte Personen.

15. Die Vertragsparteien erkennen an, daß der Gebrauch von Kommunikationskanälen für die Operation notwendig ist. Der NATO wird es gestattet sein, ihre eigenen internen Postdienste zu betreiben. Die Parteien werden, wenn von der NATO so beschlossen, auf einfache Anforderung hin alle für die Operation benötigten Telekommunikationsdienste, einschließlich der Rundfunk- und Fernsehdienste, gewähren. Dies wird das Recht einschließen, solche Mittel und Dienste zu benutzen, wie sie erforderlich sind, um die volle Kommunikationsfähigkeit zu sichern, und das Recht, das gesamte elektromagnetische Spektrum für diesen Zweck kostenlos zu nutzen. Bei der Implementierung dieses Rechts wird die NATO alle angemessenen Anstrengungen unternehmen, um die Bedürfnisse und Erfordernisse der zuständigen Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien zu berücksichtigen und sich mit diesen abzustimmen.

Die NATO bestimmt über Rundfunk- und Fernsehen ...

16. Die Parteien werden kostenlos alle öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung stellen, die die NATO zur Vorbereitung und Durchführung der Operation anfordert. Die Parteien werden der NATO helfen, die notwendigen Versorgungsleistungen wie Elektrizität, Wasser, Gas oder andere Ressourcen, die die NATO für die Operation benötigen wird, zu den niedrigsten Preisen zu erhalten.

17. Die NATO und das NATO-Personal genießen Immunität gegen Ansprüche jedwelcher Art, die aus den Aktivitäten bei der Ausführung der Operation erwachsen. Die NATO wird jedoch Ansprüche auf freiwilliger Basis regeln.

18. Der NATO wird es gestattet sein, für die Akquisition von Gütern, Diensten und Bauleistungen mit jedem Anbieter innerhalb oder außerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien Verträge direkt abzuschließen. Solche Verträge, Güter, Dienste und Bauleistungen werden nicht der Zahlung von Steuern, Abgaben oder anderen Gebühren unterliegen. Die NATO kann Bauarbeiten auch durch das eigene Personal ausführen lassen.

19. In der Bundesrepublik Jugoslawien nur im Dienst der NATO tätige kommerzielle Unternehmen werden von den

örtlichen Gesetzen und Regelungen in bezug auf die Dauer und Bedingungen ihrer Arbeit und von der Zulassung und Registrierung von Angestellten, Geschäftszweigen und Gesellschaften befreit.

20. Die NATO kann örtliches Personal einstellen, das auf einer individuellen Grundlage den örtlichen Gesetzen und Regelungen mit Ausnahme der Arbeits- /Anstellungsgesetze unterworfen bleibt. Von der NATO eingestelltes örtliches Personal wird jedoch:

a. Immunität genießen gegenüber rechtlichen Gesetzesverfahren in bezug auf in ihrer offiziellen Funktion gesprochene oder geschriebene Worte und alle von ihnen in ihrer offiziellen Funktion ausgeführten Handlungen;

b. Immunität genießen gegenüber Wehrdienst- und/oder Militärdienstverpflichtungen;

c. nur den von der NATO geschaffenen Anstellungsbedingungen und -fristen unterworfen sein und

d. von der Besteuerung der ihnen von der NATO ausgezahlten Gehälter und Bezüge ausgenommen sein.

21. Bei der Ausübung ihrer Befugnisse gemäß dieses Kapitels ist die NATO berechtigt, Individuen festzuhalten und diese, so schnell wie möglich, den zuständigen Amtsträgern zu übergeben.

Die NATO kann bauen, abreißen, ändern, benutzen und machen, was sie will ...

22. Die NATO kann es bei der Ausführung der Operation als notwendig erachten, Verbesserungen und Änderungen an gewissen Infrastrukturen der Bundesrepublik Jugoslawien wie an Straßen, Brücken, Tunneln, Gebäuden und Versorgungssystemen vorzunehmen. Eine jede dieser Verbesserungen und Änderungen von nicht vorläufiger Art wird Bestandteil dieser Infrastruktur und geht in die gleiche Eignerschaft über wie diese. Vorübergehende Verbesserungen und Änderungen können nach dem Ermessen des NATO-Kommandeurs entfernt werden, und die Infrastruktur kann, ihrem Ursprungszustand so nahe wie möglich kommend, von normalen Abnutzungs- und Verschleißerscheinungen abgesehen, wieder zurückgegeben werden.

23. Wenn keine vorherige Einigung zustande kommt, werden Streitigkeiten im Hinblick auf die Interpretation oder Anwendung dieses Anhangs zwischen der NATO und den zuständigen Behörden in der Bundesrepublik Jugoslawien geregelt.

24. Zusätzliche Vereinbarungen mit jeder der Parteien können geschlossen werden, um beliebige mit der Operation zusammenhängende Details zu erleichtern.

25. Die Bestimmungen dieses Anhangs werden bis zum Abschluß der Operation oder entsprechend einer anderen Übereinkunft der Vertragsparteien und der NATO in Kraft bleiben.

(Ende von Anhang B)

PROJEKTSTUNDE

zum Krieg gegen Jugoslawien

Stichworte für an Politik und Zeitgeschichte interessierte Schüler:

1. Definieren Sie die Begriffe »Kapitulation« und »Besatzungsrecht« anhand von Lexika und Geschichtsbüchern.

2. Definieren Sie den Begriff »Souveränität« und zählen Sie die wichtigsten staatlichen Hoheitsrechte auf, die die Souveränität eines Landes ausmachen.

3. Bewerten Sie den Inhalt des o.a. Vertragstextes mit den erarbeiteten Definitionen und beurteilen Sie, ob, wann und in welcher Lage die Regierung eines Staates einen solchen Vertragstext unterzeichnen darf, kann oder muß.

4. Diskutieren Sie auf der Basis des so gewonnen Wissens die Forderung der USA bzw. der NATO an die Regierung Jugoslawiens, diesen Vertrag zu unterzeichnen.

5. Senden Sie Ihre schriftliche Stellungnahme an UN-Auf dem Stundenplan (Anschrift siehe unten) oder per Internet: *http://www.un-nachrichten.de*

Buchpreise: Unter allen Schülern, die uns dazu Ausarbeitungen/Stellungnahmen zusenden, werden 100 Buchpreise ausgelost.

Wenn Sie an der Verlosung teilnehmen wollen, bitte Anschrift nicht vergessen.

Auf dem Stundenplan - Folge 27, UN 7/1999

Unabhängige Nachrichten * Postfach 101706 * D- 46017 Oberhausen • AG Zeitgeschichte

Übersetzung, Zwischentitel(gerastert) und V.i.S.d.P: Dr. Hans Hermanns, OStR.

Abgabe an Schüler und als Beilage zu Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck gestattet. Fordern Sie eine Zahlkarte für das z. Zt. gültige Spendenkonto an.

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

UN • Unabhängige Nachrichten 1/2000 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •

»Auf dem Stundenplan» - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Unsere Zukunft: Suche nach Antworten und Visionen

Was wird aus Deutschland?

Einwanderung und Einbürgerung - Materialien zur Diskussion des neuen Ausländer- und Staatsbürgerschaftsrechts



Mit Plakaten einer »Typisch Deutsch«-Kampagne wirbt die Bundesregierung bei Ausländern und Inländern für die Einbürgerung: »Fair, Gerecht, Tolerant.«

Die Regierung handelt:

Im Rahmen einer großangelegten Werbekampagne für die Einbürgerung möglichst vieler Ausländer gab die Regierung 1,5 Millionen DM aus, um Ausländer darüber zu informieren, wie sie nach dem Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsrechts möglichst schnell deutsche Staatsbürger werden können.

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck: »Die Kampagne ist ein deutliches Signal an die Ausländer zur Einbürgerung.«

Auch in fremdsprachigen Zeitungen, vor allem in der in Deutschland in hoher Auflage erscheinenden türkischen Zeitung »Hürriyet« (bekannt wegen ihres Mottos im Zeitungskopf: »Die Türkei den Türken«) sollen diese Anzeigen erscheinen.



Die Plakat- und Anzeigenkampagne umfaßt vier Motive. Das obige wird in asiatischen Großstädten wie Bangkok, Singapur und Saigon von jungen Frauen als Einwanderungs-Einladung verstanden.

Die Opposition kritisiert:

»Es ist nicht akzeptabel, daß für die deutsche Staatsbürgerschaft geworben wird wie für Waschmittel oder Zigaretten.

Es kann nicht sein, daß wir krampfhaft versuchen, Ausländer zur deutschen oder doppelten Staatsbürgerschaft zu drängen. Und das noch mit Steuergeldern.«

(Roland Koch, CDU, hessischer Ministerpräsident)

Der CSU-Sprecher Michael Glos verurteilte die Kampagne als »kostspielige Propaganda für eine falsche Politik«.

Gegen die vorhergehende, 650 000 DM teure Kampagne, in der mit Boris Becker, Thomas Gottschalk und Marius Müller-Westernhagen für den Doppelpaß geworben wurde, erhob die FDP Klage beim Bundesverfassungsgericht wegen »Verschwendung von Steuergeldern«. Ein Urteil steht noch aus.

Was sagt die UNO?

»Deutschland braucht Millionen von Einwanderern«

Deutschland braucht nach Erhebungen der UNO wenigstens eine halbe Million Einwanderer im Jahr, um auch in 50 Jahren noch über dieselbe Zahl der Arbeitskräfte zu verfügen wie heute.

Um auch die wachsende Zahl der Rentner und Pensionäre angemessen zu unterhalten, wären laut UNO sogar 3,4 Millionen Immigranten pro Jahr notwendig.

Nur mit diesem Einwandererstrom könnte Deutschland das Verhältnis zwischen Arbeitskräften und Ruheständlern im Jahre 2050 auf dem Stand von 1995 halten.

(Westdeutsche Allgemeine/dpa, 8. 1. 2000)

Die neuen Gesetze bestimmen:

Vier Millionen Ausländer können Deutsche werden

Jeder zweite in Deutschland lebende Ausländer kann nach der Neufassung des Ausländergesetzes und dem Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsrechts am 1. Januar 2000 »Deutscher« werden.

Bis zu vier Millionen erfüllen nach einem internen Bericht des Bundesinnenministeriums die ab 1.1.2000 gültigen Einbürgerungskriterien.

Grund für den Einbürgerungsanspruch ist zum einen die Neufassung des Ausländergesetzes. Demnach haben Ausländer, die seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland leben, einen Einbürgerungsanspruch. Die Anerkennung des Asyl-Status erfüllt diese »Rechtmäßigkeit«.

Zusätzliche Einbürgerungsvoraussetzungen sind »Straflosigkeit, Verfassungstreue, Kenntnisse der deutschen Sprache, kein Bezug von Arbeitslosen- und Sozialhilfe«. Über die Voraussetzungen, Verwaltungs- und Rechtsvorschriften, mit denen diese Bedingungen geprüft, angefochten und entschieden werden sollen. herrscht noch Unklarheit. Behörden und Gerichte befürchten unabsehbaren Aufwand und Kosten.

Neben dem Ausländergesetz wurde das Staatsangehörigkeitsrecht geändert. In Deutschland geborene Kinder von Ausländern erhalten automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sich ein Elternteil seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält. Sollten die Kinder noch eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, müssen sie sich spätestens mit 23 Jahren für einen Paß entscheiden. Das gilt auch für Kinder, die am 1.Januar 2000 bis zu 10 Jahre alt waren.

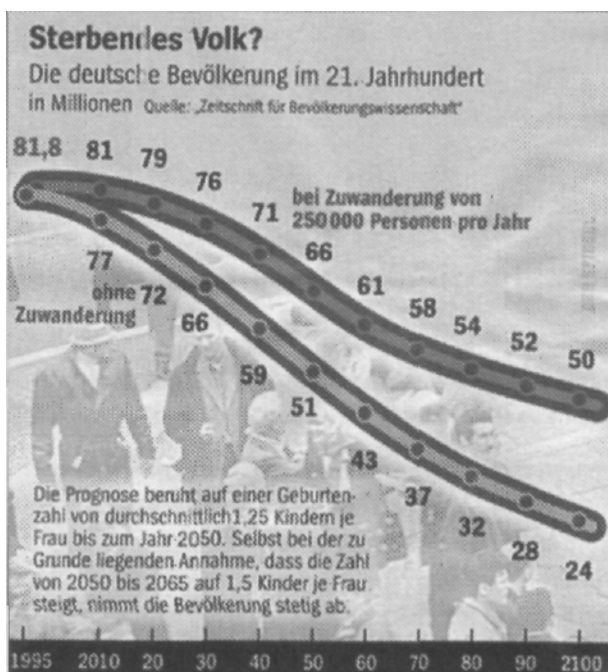
Was sagt die Wissenschaft?

»Die Deutschen sterben aus«

Fachkongreß in Bonn zeichnet düsteres Bild der Bevölkerungsentwicklung

1995 lebten in der Bundesrepublik 81,8 Millionen Menschen. Im Jahr 2050 werden nur noch 50 Millionen, im Jahr 2100 nur noch 24 Millionen deutschstämmig sein.

Ein düsteres Bild der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik haben Wissenschaftler bei einem Fachkongreß in Bonn gezeichnet. Ergebnis ihrer Überlegungen: Das Schlagwort »Die Deutschen sterben aus« sei keine haltlose Parole von Rechtsradikalen, sondern habe höchste Aktualität. Die Bevölkerungszahl nehme weiter ab, das Durchschnittsalter dagegen steige stetig an.



Der Bevölkerungsrückgang sei vorprogrammiert Der »Pillenknick« seit den 70er Jahren, der Einsatz modernster Verhütungsmittel und der Trend zur »Ein-Kind-Familie«, die abnehmende Heiratsbereitschaft und das gewandelte Rollenbewußtsein der Frauen mache eine Wende in der Tendenz unwahrscheinlich. Durchschnittlich bringe jede Frau heute 1.25 Kinder zur Welt. Um die Bevölkerungszahl konstant zu halten, seien 2,1 Kinder erforderlich.

Die Folgen der niedrigen Geburtenrate bekämen vor allem die Erwerbstätigen zu spüren, deren Zahl sich bis zum Jahr 2030 etwa um ein Drittel reduzieren soll. Gleichzeitig aber steige die Zahl der Rentenberechtigten. Auf 100 Erwerbstätige kämen dann mehr als 100 Personen, die mehr als 60 Jahre oder unter 20 Jahre alt seien.

Jeder im Erwerbsleben Tätige müsse dann mindestens Einen der nichtarbeitenden Bevölkerung mittragen. Gesamturteil: Bei gleichbleibender Tendenz drohe ein gesellschaftlicher Kollaps.

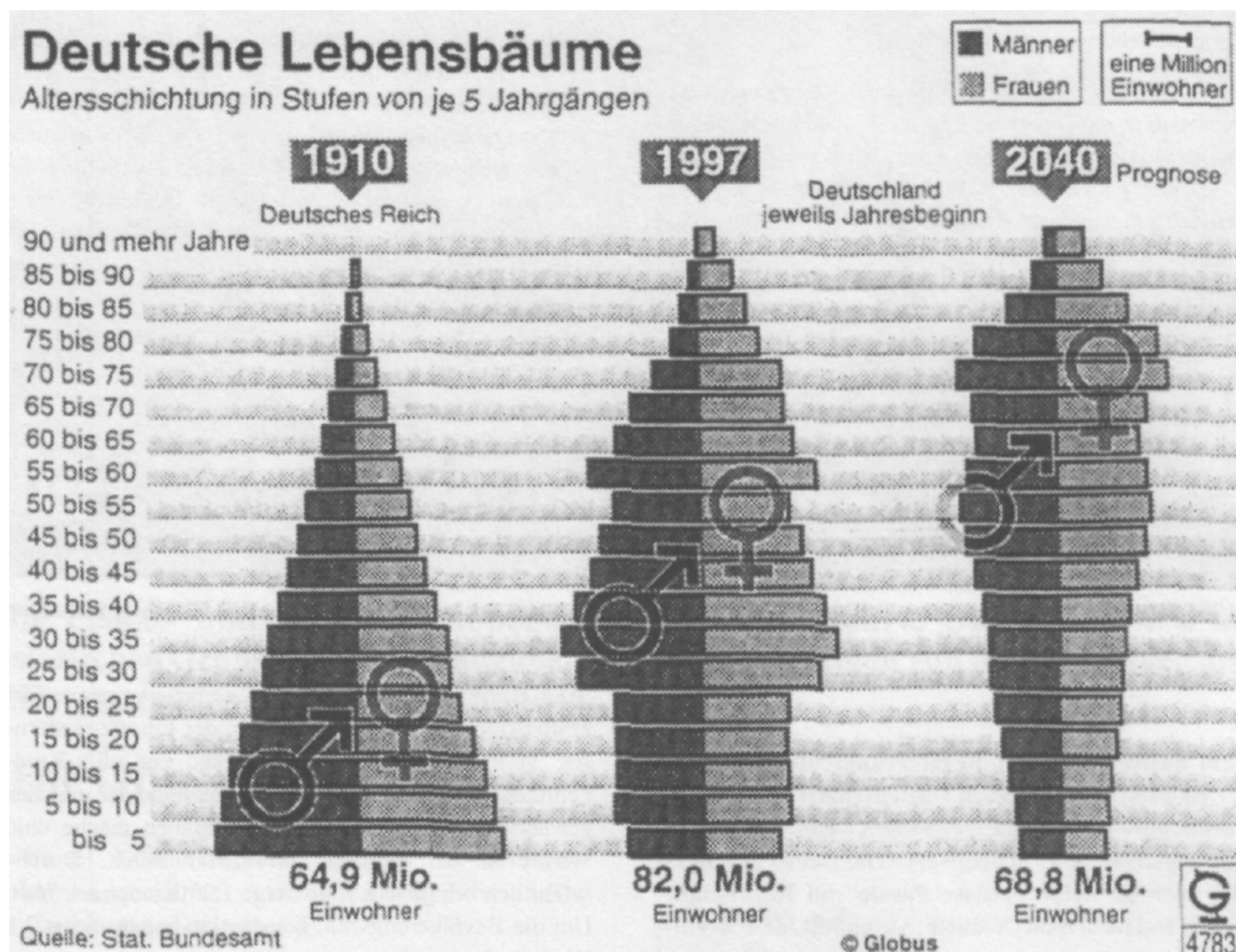
Die Tatsache, daß die Geburtenziffer eines Landes um so niedriger ist, je höher seine Sozialleistungen sind, wertete der Wissenschaftler Prof. Dr. Schmidt-Kaler als Beleg dafür, daß die Familie heute nicht mehr als eine Art »Sozialversicherung« angesehen werde. Während früher vor allem die Kinder die Pflege der hilfsbedürftigen Eltern

übernommen hätten, werde dies heute vor allem auf den Staat abgewälzt. Daraus ergäbe sich die Konsequenz: »Der perfekte Sozialstaat schafft sich durch Aussterben selber ab.«

Ein entsprechendes »Szenario« entwarf der Wissenschaftler für die Zukunft der heutigen Generation: Das »sterbende Volk« der Deutschen, so seine Vorausschau, müsse aus ökonomischen Zwängen verstärkt Ausländer anwerben. Die Folge: Die Bundesrepublik erlebe eine »Einwanderungswelle« riesigen Ausmaßes.

Am Ende entwickele sich das Land zu einer »ethnisch-religiösen Multikultur«, die in etwa mit dem heutigen Libanon vergleichbar sei. *)

*) Fachkongreß der Konrad-Adenauer-Stiftung am 9.Oktober 1986



Antworten und Visionen gesucht

Die Herausgeber dieser Materialien enthalten sich ganz bewußt jeder Fragestellung, Belehrung oder Beurteilung.

Die hier vorgelegten Darstellungen sollen dazu dienen, Schüler und Jugendliche anzuregen, sich über ihr Leben und ihre Zukunftsaussichten in der heutigen und der sich entwickelnden multi-ethnischen Gesellschaftsform Gedanken zu machen.

Darüber hinaus werden Antworten und Visionen zur Zukunft, zum Wert und zur Bedeutung von Völkern und Nationen in der Welt von morgen gesucht. Sollen, können sie überleben, oder sind Sie damit einverstanden, daß sie »aussterben« sollen, insbesondere Ihr eigenes, das deutsche Volk?

Ihre Antworten, Anregungen und Arbeiten senden Sie bitte an die UN-Redaktion • Auf dem Stundenplan • Postfach 400215 • 44736 Bochum

Auf dem Stundenplan - Folge 28, UN 1/2000

Unabhängige Nachrichten • Postfach 400215 • 44736 Bochum

V.i.S.d.P: Dr. Arnold Neugebohrn

Abgabe an Schüler und als Beilage zu Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck gestattet. Fordern Sie eine Zahlkarte für das z. Zt. gültige Spendenkonto an.

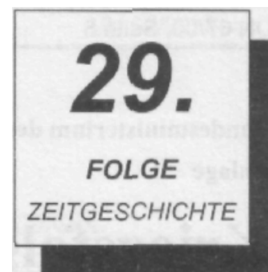
Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

UN • Unabhängige Nachrichten 7/2000 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Deutsche Reparationszahlungen:
Milliarden ohne jede Buchführung!

Anfrage an die Bundesregierung:

„Wie groß, nach damaligem und heutigem Wert, waren die deutschen Reparationsleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg aus Beschlagnahme von deutschem In- und Auslandsvermögen, deutschen Patenten, aus Demontage, Materiallieferungen (Entnahme aus laufender Produktion) und Enteignung mobiler und immobiler Vermögenswerte?“

Diese schriftliche Anfrage beantwortete der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Karl Diller, wie folgt (Berlin, 9. März 2000, Az.VB2 O 1266 B 7/00):

Es ist fast unglaublich:

Keine der BRD-Regierungen seit 1949 hat ihre elementarsten Hausaufgaben gemacht! Von der sowjet-bestimmten DDR-Regierung war das nicht zu erwarten. Warum aber haben die BRD-Regierungen versagt?
Müssen die Schüler von heute, die noch -zig Jahre zahlen sollen, jetzt nachholen, was die Volksvertreter versäumt haben?

Antwort der Bundesregierung:

„ Die erbetenen Angaben über den Wert deutscher Reparationsleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg sind in der gewünschten Form nicht möglich, da dem Bund entsprechendes Zahlenmaterial darüber nicht vorliegt. Das Ergebnis bisheriger Recherchen über die finanziellen Auswirkungen des Krieges ist der beigefügten Zusammenstellung der „Kriegsfolgeleistungen insgesamt" (Stand 31. Dezember 1997) zu entnehmen, die damit auch einen Überblick über die Reparationen Deutschlands gibt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat es - zumindest für die Bundesrepublik Deutschland - keine dem Versailler Vertrag vergleichbaren Reparationsregelungen und damit auch keine nachvollziehbaren längerfristigen Reparationszahlungen gegeben. Vielmehr haben die Siegermächte einseitig Reparationen entnommen. Verbindliche Aufzeichnungen darüber gibt es nicht. Verbindliche Angaben über von der ehemaligen DDR erbrachte Reparationen können ebenfalls nicht gemacht werden. Ebenso wenig können definitive Angaben zu den einzelnen Arten der von Deutschland erbrachten Reparationen oder gar eine Aufteilung nach deren damaligem und heutigem Wert gemacht werden. Lediglich in Form einer Zusammenfassung der in diesem Zusammenhang relevanten Bereiche, die jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, kann ein Überblick über deutsche Reparationen und andere in dieser Beziehung bedeutsame Leistungen nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben werden.

Die über Reparationen verfügbaren Zahlen sind nicht authentisch und beruhen im Wesentlichen auf Schätzungen, da der Bund erforderlichenfalls auch nur auf die Literatur zurückgreifen kann, die den meisten wissenschaftlichen Bibliotheken zur Verfügung steht. Darüber hinaus enthält die Zusammenstellung der Kriegsfolgeleistungen weitere Leistungen zur Bewältigung der Auswirkungen des Krieges, zu denen beispielsweise die im Rahmen des Lastenausgleichs gewährten Hilfen gehören. Auch insoweit liegen jedoch nur Zahlen aus einzelnen Bereichen vor. Der gesamte Wert der von den Siegermächten in unmittelbarem Zugriff genommenen Vermögenswerte sowie anderer deutscher Leistungen konnte bislang nicht festgestellt werden und wird nach Lage der Dinge wohl auch nicht mehr annähernd genau zu erfassen sein.“

Bundesministerium der Finanzen - Anlage

Kriegsfolgeleistungen insgesamt

(Stand: 31. Dezember 1997)

Die finanziellen Auswirkungen geschehenen NS-Unrechtes und des Zweiten Weltkrieges insgesamt zu erfassen, ist unmöglich. Die nachfolgende Aufstellung kann daher nur unvollständig sein. Sie beruht zum einen auf haushaltsmäßig erfaßten monetären Leistungen, die wegen der gesetzlichen Vorgaben, regelmäßig nur einen Teil des tatsächlich entstandenen Schadens im Einzelfall wiedergeben, zum anderen auf nicht amtlichen Quellen und/oder Schätzungen.

Die Zusammenstellung berücksichtigt z.B. - soweit feststellbar - sowohl die eigenverantwortlichen Entnahmen der Siegermächte aus den Besatzungszonen. Reparations- und Restitutionsleistungen der Bundesrepublik Deutschland auf Grund gesetzlicher Vorgaben und zwischenstaatlicher Vereinbarungen, Leistungen aus dem Bereich der Kriegsopferversorgung sowie der Wiedergutmachung und Entschädigung von NS-Unrecht nach innerstaatlichem Recht.

Unter dem Vorbehalt, daß die zur Verfügung stehenden Zahlen zum Teil unvollständig sind, oft nur auf Schätzungen und/oder nicht amtlichen Quellen beruhen und somit weder absolute Genauigkeit beanspruchen können noch als offizielle Aussagen gewertet werden dürfen, ist, ohne Berücksichtigung der umfangreichen Gebietsverluste mit ihrer wirtschaftlichen Kapazität, von folgenden bisherigen Leistungen auszugehen:

Deutsche Restitutions-, Reparations- und Entschädigungsleistungen (ohne innerstaatliche Leistungen, vgl. dazu II.)

1. Westliche Besatzungszonen

Die von der Pariser Reparationskonferenz 1946 für die Abrechnung der Reparationen in der "Westzone" (d. h. Bundesrepublik Deutschland und westliches Auslandsvermögen) eingesetzte Inter-Alliierte Reparationsagentur (IARA) hat in ihrem Abschlußbericht im Jahre 1961 die von ihr erfaßten und verteilten Werte auf rund 520 Mio. Dollar nach dem Kurswert von 1938 beziffert. Diese Zahl ist jedoch zu niedrig gegriffen. Ausgegangen werden muß hiervon folgenden Leistungen:

1.1 Ablieferung von Münzen und Barren aus Edelmetall sowie ausländischen Valuten (Proklamation der Oberbefehlshaber der Besatzungsstreitkräfte vom 20. September 1945, Abschnitt V Nr. 15; ABl. des Kontrollrates Nr. l, S. 8-19): Wert nicht bekannt.

1.2 Restitution von Vermögensgegenständen; Dienstleistungen zur Wiederherstellung zerstörter Gegenstände und Beseitigung von Schäden (Proklamation vom 20. September 1945, Abschnitt VI).

1.3 Entnahme von Industrieausrüstungen, anderen Ausrüstungsgütern und Handelsschiffen (Pariser Abkommen vom 14. Januar 1946, Art. l, Kategorie B). In der Begründung zum Reparationsschädengesetz vom 12. Februar 1969 (BT- Drucksache V/2432 vom 23. Dezember 1967, S. 77 ff.) werden die Reparations- und Restitutionsschäden im Bundesgebiet auf insgesamt 4,782 Mrd. RM (Wert 1938) geschätzt.

1.4 Holz- und sonstige Zwangsexporte aus der laufenden Produktion: 0,4 Mrd. RM (BT-Drucksache V/2432, S. 77 ff.).

1.5 Urheberrechte: 0,1 Mrd. RM (BT-Drucksache V/2432, S. 77 ff.).

1.6 Beschlagnahme gewerblicher Schutzrechte (Patente, Warenzeichen, Handelsmarken) sowie Herstellungsverfahren und Forschungsergebnisse im In- und Ausland (Londoner Abkommen über die Behandlung deutscher Patente vom 27. Juli 1946): Nach einer Schätzung der Notgemeinschaft für reparationsgeschädigte Industrie vom Frühjahr 1951 betrug der Wert der im gesamten Reichsgebiet beschlagnahmten Patente und Gebrauchsmuster 12-15 Mrd. RM und der Wert der Warenzeichen etwa 3 Mrd. RM; der Gesamtwert der im In- und Ausland beschlagnahmten deutschen Schutzrechte wird mit 17 - 20 Mrd. RM angegeben, davon kamen 2/3 den westlichen Siegerländern und 1/3 der Sowjetunion zugute (Am Abend der Demontage - Sechs Jahre Reparationspolitik, herausgegeben vom Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung, Bremen 1951, S. 125 f.).

1.7 Reparationsschäden in den deutschen Ostgebieten, Umsiedlungsschäden (ohne Ansprüche nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) i. d. F. vom 2. Juni 1993; vgl. BT-Drucksache V/2432, S. 77 f., Tabelle Nr. 1 c), d), f)und h):1,312 Mrd.RM.

1.8 Einsatz deutschen Auslandsvermögens einschließlich Vermögen im neutralen Ausland (vgl. Kontrollratsgesetz Nr. 5 vom 30. Oktober 1945, ABl. des KR Nr. 2, S. 27 - 31). Die Abrechnung erfolgte nach den Richtlinien der IARA vom 21. November 1947 (vgl. Böhmer-Duden-Janssen, Deutsches Vermögen im Ausland, herausgegeben vom Bundesministerium der Justiz, Bd. 1. S. 20 ff.; Bd. 3, S. 26 ff.). Erfaßt wurden Grundbesitz, Unternehmen, Beteiligungen an ausländischen Unternehmen (Aktien usw.), gewerbliche Schutzrechte sowie Guthaben. Der Wert (ohne gewerbliche Schutzrechte, vgl. dazu oben Nr. 1.6) wird in der Begründung zum Reparationsschädengesetz (BT-

Drucksache V/2432, Tabelle S. 78 Nr. 1 e) mit 13,042 Mrd. RM angegeben.

Summe 1.1 - 1.8 (Wert 1938, soweit bezifferbar): 39,636 Mrd. RM

1.9 Im Rahmen der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz, dem Bundesrückerstattungsgesetz, dem Abkommen mit Israel und diversen Globalverträgen u. ä. sowie nach den Härteregelungen) hat die Bundesrepublik bis zum 31. Dezember 1997 rund 102,1 Mrd. DM gezahlt. Rund 80 v. H. der Leistungen (ca. 81,7 Mrd. DM) gingen ins Ausland.

Hierin sind Leistungen in Milliardenhöhe für Wiedergutmachung in der Sozialversicherung und in der Kriegsopferversorgung nicht erfaßt; soweit sind genaue Zahlen statistisch nicht feststellbar.

Darüber hinaus wurden Leistungen zur Entschädigung der luxemburgischen, elsässischen und lothringischen Zwangsrekrutierten in Höhe von etwa 0,3 Mrd. DM erbracht.

1.10 Den Republiken Estland (1995) und Litauen (1996) wurden je 2 Mio. DM für die Unterstützung humanitärer Investitionen zur Verfügung gestellt, die den individuellen Bedürfnissen von dortigen NS-Opfern nahe kommen sollen. Eine entsprechende Vereinbarung mit der Republik Lettland steht noch aus. Individualentschädigungen werden über die Stiftungen "Verständigung und Aussöhnung" in Moskau (Republiken Lettland und Litauen) und Minsk (Republik Estland) abgewickelt.

1.11 Zu berücksichtigen sind ferner die Leistungen der Bundesrepublik nach Art. 4 Londoner Schuldenabkommen, durch die Vorkriegsschulden des Reiches erfüllt wurden; sie betrugen insgesamt 14 Mrd. DM.

Summe 1.9 - 1.11 (soweit bezifferbar): 96,0 Mrd. DM

Auf Grund einer Verpflichtungsermächtigung im Bundeshaushaltsplan 1997 stellt die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1998 bis 2000 einen Betrag in Hohe von insgesamt 80 Mio. DM für Zuschüsse an einzurichtende Stiftungen "Verständigung und Aussöhnung" in den mittel- und osteuropäischen Staaten zur Verfügung, mit denen Globalentschädigungsabkommen bislang noch nicht geschlossen wurden.

Darüber hinaus wird die Bundesrepublik Deutschland dem 1997 errichteten Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds einen Betrag in Höhe von 140 Mio. DM zur Verfügung stellen. Die Mittel werden der Finanzierung von Projekten gemeinsamen Interesses dienen. In Betracht kommende Projekte sollen insbesondere Opfern nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen zugute kommen.

2. Sowjetische Besatzungszone

Der Wert der Entnahmen aus der Sowjetzone und späteren DDR betrug nach Schätzungen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen (vgl. DDR- Handbuch, herausgegeben vom BM für innerdeutsche Beziehungen, Bd. 2, 3. Auflage, Köln 1985, Stichwort "Reparation") insgesamt 66,4 Mrd. Mark (der DDR). Nach kritischer Auswertung dieser Unterlagen schlüsseln sich die geschätzten Beträge der Reparationsleistungen seit Kriegsende bis 1953 wie folgt auf:

2.1 Verluste an Sach- und Kunstwerten durch Beuteaktionen: 2,00 Mrd. Mark

2.2 Verluste durch Demontagen: 5,00 Mrd. Mark

2.3 Leistungen, die mit erbeuteten Banknoten bezahlt wurden: 6,00 Mrd. Mark

2.4 Leistungen, die mit Besatzungsgeld bezahlt wurden: 9,00 Mrd. Mark

2.5 Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, soweit sie über R.-Konten verrechnet wurden: 34,70 Mrd. Mark

2.6 Nebenkosten der R.-Lieferungen: 2,85 Mrd. Mark

2.7 Stopp-Preissubventionen an deutsche und SAG-Betriebe für R.-Lieferungen: 3,30 Mrd. Mark

2.8 Ausstattung der SAG-Betriebe mit Umlaufmitteln (vor 1950) und Kapitalentzug 1952/53: 1,00 Mrd. Mark

2.9 Rückkauf der SAG-Betriebe: 2,55 Mrd. Mark

Summe 2.1-2.9:66,40 Mrd. Mark

Bei einem Dollarkurs von 4,20 betrug die Gesamtentnahme aus der Sowjetzone bzw. DDR bis 1953 15,8 Mrd. Dollar. In dieser Zusammenstellung sind nicht enthalten: rund 16 Mrd. Mark Besatzungskosten für die Zeit bis Ende 1953, der Nutzen aus der Arbeitsleistung nach der Sowjetunion verbrachter deutscher Spezialisten und der Kriegsgefangenen, der Nutzen aus dem Uranbergbau, aus der Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften in der DDR und aus der Auswertung deutscher Patente (etwa 6 Mrd. RM, vgl. Nr. 1.6).

II.

Innerstaatliche Leistungen

Die folgenden Leistungen sind oder waren für kriegsbedingte Personenschäden und Vermögensverluste

(einschließlich der Vermögens Verluste in den Ostgebieten) und zum Ausgleich indirekter Kriegsfolgen deutscher Staatsangehöriger bestimmt:

1. Leistungen im Rahmen der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (vgl. I. Nr. 1.9): 20,4 Mrd. DM

2. Lastenausgleich (einschließlich Reparationsschäden und Restitutionsschäden): 143,5 Mrd. DM

3. Allgemeines Kriegsfolgengesetz (Leistungen an durch das Reich geschädigte Personen einschließlich Leistungen nach § 233a SGB VI und zur Beseitigung von Gefahren im Sinne von § 19 Abs. 2 Nr. 1 AKG): 3,8 Mrd. DM

4. Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz: 2,8 Mrd. DM

5. Häftlingshilfegesetz: 2,7 Mrd. DM

6. Kriegsopferversorgung (Bundesversorgungsgesetz inklusive aller Nebengesetze):405,7 Mrd. DM

7. Versorgung nach Art. 131 GG (einschließlich Leistungen nach § 233a SGB VI); 173,6 Mrd. DM

8. Leistungen nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (ohne Vertriebenenzuwendung, vgl. hierzu 9.): 0,44 Mrd. DM

9. Vertriebenenzuwendungsgesetz: 2,1 Mrd. DM

10. Bundesvertriebenengesetz: 0,9 Mrd. DM

Summe 1. -10.: 755,9 Mrd. DM

In den vorgenannten Leistungen sind auch solche enthalten, die auf Grund der Überleitung einzelner Regelungen auf das Beitrittsgebiet dort nach der Wiedervereinigung erbracht wurden.

In welcher Höhe von Kriegsende bis zur Wiedervereinigung in der ehemaligen DDR nach dort geltendem Recht Leistungen erbracht wurden, ist nicht bezifferbar; die Leistungen erreichen bei weitem nicht die westdeutschen Leistungen.

III.

Private Initiativen, die im Zusammenhang mit Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges ergriffen wurden:

Folgende Unternehmen haben im Hinblick auf die seinerzeit dort eingesetzten Zwangsarbeiter Zahlungen an die Conference on Material Claims against Germany - Claims Conference -, das Deutsche Rote Kreuz und weitere Verbände geleistet (BT-Drucksache 11/6286):

1. IG Farbenindustrie:	27,0 Mio. DM
2. Krupp:	10,0 Mio. DM
3. AEG:	4,0 Mio. DM
4. Siemens:	7,0 Mio. DM
5. Rheinmetall:	2,5 Mio. DM
6. Feldmühle Nobel AG (als Rechtsnachfolgerin der Friedrich Flick Industrie-Verwaltung KG a.A.):	5,0 Mio. DM
7. Daimler Benz AG:	20,0 Mio. DM

Summe 1.-7.: 75,5 Mio. DM

Themenvorschlag für eine Projektstunde,
"Deutsche Reparationsleistungen nach dem II. Weltkrieg"

Bereits 1987 schätzte Hans Hausberger, wissenschaftlicher Assistent am Volkswirtschaftlichen Institut der Universität Köln, in einer Studie den Gesamtschaden auf über 1.500 Milliarden DM (Berliner Morgenpost, 1.11.1987). Die obige Aufstellung erscheint höchst unvollständig.

• Suchen Sie in örtlichen Zeitungs-, Stadt- und Firmenarchiven nach Angaben über Demontagen, Beschlagnahmen und Leistungen, die von der Besatzungsmacht in Ihrem Ort vorgenommen bzw. abverlangt wurden.

• Vergleichen Sie die gefundenen Angaben mit der obigen Aufstellung und diskutieren Sie, ob und unter welcher Ziffer diese Reparationen dort enthalten sein können,

• Richten Sie ein Anfrageschreiben mit Kopien der gefundenen Belege an das Bundesfinanzministerium, ob, in welcher Höhe und unter welcher Ziffer die von Ihnen ermittelten Reparationen in die Aufstellung eingeflossen sind.

Die Antwort wird eine hoch interessante staatsbürgerliche Bildungsstunde ergeben!

Anschrift: Bundesministerium der Finanzen, Wilhelmstr. 97, 10117 Berlin.

Weitere Literatur dazu: UN-Archiv 7001.

Auf dem Stundenplan Folge 29, UN 7/2000

Unabhängige Nachrichten
Postfach 400215 • 44736 Bochum
AG Zeitgeschichte

V.i.S.d.P: Hans Clausert, Realschullehrer

Abgabe an Schüler und als Beilage zu Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang dies ermöglicht. Abdruck gestattet.

Spendenkonto: Bankeinzug

Verlag und Druck Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49. Oberhausen

UN • Unabhängige Nachrichten 4/2001 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Rinderwahn - Maastricht - EURO:

Verheimlichte Zusammenhänge

Unterlagen für eine Projektstunde zum Thema »BSE und die europäische Politik«

Die Politik und damit unsere Lebensbedingungen und unsere Zukunft werden zunehmend von europäischen Behörden bestimmt.

Nach Aussagen führender Politiker liegen inzwischen 50 bis 70 % aller politischen Entscheidungen nicht mehr in den Händen der Landesregierungen bzw. der Bundesregierung, sondern bei der EU-Kommission in Brüssel.

In der Rechtsprechung sind nicht mehr Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht die höchsten Instanzen, sondern der Europäische Gerichthof. Auch das Grundgesetz ist nicht mehr bindend, wenn europäisches Recht es außer kraft setzt.

Dazu drei Beispiele:

- Nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Wehr- und Dienstpflicht, Art. 12 a) war Frauen der Dienst mit der Waffe untersagt. Der Europäische Gerichtshof entschied anders, das Grundgesetz mußte geändert werden.
- Der deutsche Steinkohlenbergbau ist für die Sicherheit der Energieversorgung im Notfall das, was die Bundeswehr für die militärische Sicherheit ist. Bei beiden ist nicht die Wirtschaftlichkeit, sondern die Frage entscheidend, ob der Staat eine solche Sicherheit und Vorsorge für notwendig hält, auch wenn sie Geld kostet. Die EU untersagt jedoch die Subvention der Kohlenförderung, und die deutschen Zechen müssen stillgelegt werden.
- Die EU-Kommission hat Anfang der 90er Jahre den Mitgliedsstaaten aus handels- und marktpolitischen Gründen verboten, Tiere gegen die Maul- und Klauenseuche (MKS) zu impfen und zum Verschweigen und zur »Desinformation« der europäischen Bevölkerung in Sachen BSE aufgerufen. Die Folgen erleben wir heute.

Wer soviel Selbstbestimmungsrechte an internationale Gremien abgibt, muß sich fragen, ob und wie glaubwürdig und vertrauenswürdig solche Institutionen sind, denen man sich ausliefert.

Da die Unterrichtsmaterialien der Ministerien und die Glanzdruck-Broschüren der EU mehr verschweigen als informieren, sollte das nachfolgende Beispiel für weitergehende Nachfragen, Informationsbeschaffung und für eine Projektstunde genutzt werden.

Wo erfahren Schüler, junge Wähler und europäische Bürger von dem, was hinter den Kulissen der EU geschieht und warum welche Entscheidungen getroffen werden?

Als die BSE-Katastrophe nicht mehr zu verheimlichen war, setzte das EU-Parlament einen Untersuchungsausschuß ein, um die Bürger zu beruhigen. Dieser Ausschuß hatte nach Auffassung von Jean-Claude Martinez, einem seiner Mitglieder, jedoch nur die Aufgabe, einen Mißtrauensantrag gegen die Kommission abzuwenden.

»Komplizen zur Durchsetzung von Maastricht und Euro«

»Ein Parlament, das den historischen Auftrag hat, die Exekutive zu kontrollieren, entehrt sich, wenn es in Kenntnis der schuldhaften Verhaltensweisen dieser Exekutive (der EU-Kommission) die Augen schließt und untätig bleibt. Darin besteht sein Vergehen der fehlenden Unterstützung von Millionen gefährdeter Verbraucher. «

So beurteilte Jean-Claude Martinez, Mitglied des BSE-Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments, im Abschlußbericht vom 6.2.1997, Seite 58, das Wirken der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments.

»Allgemeine Komplizenschaft in Anbetracht von BSE: Warum so viele Jahre der Passivität?«

Unter dieser Fragestellung heißt es dann im Bericht:

»Europäische Kommission, Ministerrat, Europäisches Parlament und die großen europäischen Medien waren Komplizen. Sie schwiegen, während eine der schrecklichsten Tierseuchen oder sogar Zoonosen ausbrach, um die Entstehung eines anderen „Prions“, diesmal ideologischer Natur, zu gestatten: die Union des Binnenmarkts und des Vertrags von Maastricht. Wenn die französischen Wähler am 20. September 1992 die Wahrheit über BSE gekannt hätten, wer kann dann glauben, daß die paar tausend Stimmen, die den Sieg der Maastricht-Befürworter ermöglichten, gefunden worden wären?«

(Fortsetzung auf Seite 8)

EU-Politik: »Fast schon Mord«

Mit diesem Titel bezeichnete »DER SPIEGEL« Nr. 8/2001 die Politik der EU-Behörden zur Unterdrückung der Wahrheit über die BSE-Gefahr.

Am 9. Oktober 1990, also vor nunmehr fast elf Jahren, als noch viel Unglück hätte vermieden werden können, gab der Vertreter der EU-Kommission dem Ständigen Veterinärausschuß der EU die Anweisung, man solle es künftig vermeiden, über BSE zu sprechen.

»DER SPIEGEL« kommentierte das entlarvende Dokument, die schwarz auf weiß gedruckte Form liegt dem Magazin nach Auskunft vom 21.3.2001 jedoch nicht vor.

Nebenstehend veröffentlichen wir das Dokument aus dem UN-Archiv in der Originalfassung, auf der Folgeseite die offizielle Ausfertigung in deutscher Sprache.

Der Beamte, der diesen Aktenvermerk schrieb und pflichtgemäß an seine Vorgesetzten weiterleitete, wurde umgehend suspendiert, als das Papier bekannt wurde.

Die EU-Kommission, das EU-Parlament und die politisch gleichgeschalteten Massenmedien unterdrückten und verschwiegen fünf Jahre lang diese ungeheuerliche Desinformations-Anweisung, um keine »antieuropäische Stimmung« aufkommen zu lassen und die anstehenden Volksabstimmungen und Verträge nicht zu gefährden.

COMMISSION DES COMMUNAUTES EUROPEENNES

Service Politique des Consommateurs

Bruxelles, le 12 octobre 1990
GC/at/N/104

Annexe 2

NOTE SUCCINCTE DE DOSSIER SUR LA BSE

Objet: Déclarations au Comité Vétérinaire Permanent des 9 et 10 octobre 1990.

I. Ouverture de la réunion

Déclaration du représentant de la Commission concernant la BSE:

"Il faut avoir une attitude froide pour ne pas provoquer de réactions défavorables sur le marché. Ne plus parler de BSE. Ce point ne devrait pas figurer à l'ordre du jour".

II. Au cours de la réunion

Nous allons demander officiellement au Royaume-Uni de ne plus publier les résultats de leurs recherches.

III Déclaration de la délégation de la République d'Irlande

Il faut modifier la décision de la Commission concernant les carcasses dénervées sinon l'Irlande sera en faillite.

Element nouveau: l'Afrique du Nord et d'autres pays tiers demandent à ce que les carcasses soient dénervées, aussi bien celles en provenance du Royaume-Uni que de l'Irlande.

40% des exportations irlandaises sont effectuées sur l'Afrique du Nord.

Conclusions:

1. Pour des raisons commerciales, l'Irlande se joint aux autres Etats membres qui demandaient cette modification.
2. Sur le plan général, il faut minimiser cette affaire BSE en pratiquant la désinformation. Il vaut mieux dire que la presse a tendance à exagérer.

G. CASTILLE

cc: M. K. BARLEBO-LARSEN
M. F. PRENDERGAST
M. D. JIMENEZ-BELTRAN

Rue de la Loi 200 • B-1049 Bruxelles • Belgique
Téléphone: ligne directe 23 standard 235.11.11 • Telex COMEU B 21877 • Adresse télégraphique COMEUR Bruxelles

102 PE 220 544/a /déf./Ann. 2

Gesetz des Schweigens

Im Untersuchungsbericht des Europäischen Parlaments heißt es anschließend an den Absatz »Die politische Verantwortung des Parlaments« dazu:

»Die moralische Verantwortung der Medien«

»Das gleiche seltsame und schuldhafte Schweigen herrscht in den großen europäischen Medien. Denn schließlich war der Vermerk des Beamten Castille, dessen Veröffentlichung in der Presse im Juni 1996 die Einsetzung des Untersuchungsausschusses begründete, um die empörte Öffentlichkeit zu beruhigen, die die bewußte und von der Kommission in Brüssel zu verantwortende Desinformation entdeckte, seit 1991 nach einer Veröffentlichung in der Verbraucherzeitschrift „Que choisier" bekannt.

Die Zeitung „Liberation" veröffentlichte diesen Vermerk für die breite Öffentlichkeit allerdings erst 1996.

Warum dieses Schweigen während fünf Jahren? Um wen oder was zu schützen? Warum dieses „Gesetz des Schweigens"?« (Seite 58)

EU-Politik: DESINFORMATION

ANLAGE 22

Kommission der Europäischen Gemeinschaften
Dienststelle Verbraucherpolitik

Brüssel, 12. Oktober 1996
GC/af/N/169

KURZER AKTENVERMERK ZUR BSE

Betrifft: Erklärungen in der Sitzung des Ständigen Veterinärausschusses vom 9./10. Oktober 1990

I. Eröffnung der Sitzung

Erklärung des Vertreters der Kommission zu BSE:

"Man sollte mit kühlem Kopf an die Angelegenheit herangehen, um keine nachteilige Reaktion auf den Märkten zu provozieren. Man sollte es künftig vermeiden, über BSE zu sprechen. Dieser Punkt dürfte nicht auf der Tagesordnung stehen."

II. Im Verlauf der Sitzung

Wir werden das Vereinigte Königreich offiziell auffordern, künftig die Ergebnisse der einschlägigen Forschungsarbeiten nicht mehr zu veröffentlichen.

III. Erklärung der Delegation der Republik Irland

Die Entscheidung der Kommission über die Entfernung des Nervengewebes aus Schlachtkörpern muß geändert werden, da Irland ansonsten vor dem Ruin stehen wird.

Neues Element: Nordafrika und andere Drittländern fordern, daß das Nervengewebe aus den Schlachtkörpern mit Ursprung im Vereinigten Königreich und in Irland entfernt wird.

Die irischen Exporte gehen zu 40% nach Nordafrika.

Schlußfolgerungen:

1. Aus handelspolitischen Gründen schließt sich Irland den anderen Mitgliedstaaten an, die eine entsprechende Änderung verlangen.

2. Generell ist die BSE-Problematik durch eine Politik der Desinformation herunterzuspielen. Man sollte darauf hinweisen, daß die Presse zu Übertreibungen neigt.

Gez.
G. Castille



Kopie: Herr K. BARLEBO-LARSEN
Herr P. PRENDERGAST
Herr JIMENEZ-BELTRAN

DOC-DE\RR\319579 - 97 - PE 220.544/A/end/ANL

DOKUMENT ZUM ZEITGESCHEHEN

Fortsetzung von Seite 5:

»Die schuldhafte Untätigkeit zum Schutz der einheitlichen Währung«

Unter diesem Vorwurf kritisiert Martinez, das Ergebnis des Untersuchungsausschusses, der 18 Fälle schuldhaften Verhaltens der EU-Kommission aufdeckte, die einen Mißtrauensantrag gerechtfertigt hätten, »um diesen Antrag schließlich seltsamer Weise abzulehnen.«

»Der Untersuchungsausschuß hat nach Auswegen gesucht, um der Europäischen Kommission ein Mißtrauensvotum zu ersparen, da man sonst Gefahr liefe, die Verwirklichung der einheitlichen Währung zu verzögern. Sollen eher die Menschen untergehen als ein ideologischer Grundsatz: der große einheitliche Welteuromarkt! Das war nach der Europäischen Kommission, dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament auch die für den Untersuchungsausschuß vorgegebene „Fehlverhaltensweise".«

Wen wundert es, daß diese Beurteilung eines Experten, der schon am 11. September 1990 in einer Rede vor dem Europäischen Parlament feststellte, daß BSE auf den Menschen übertragbar sei, als »Minderheitsansicht« abgetan wurde?

Die hier dokumentierte Politik der EU, - beginnend mit dem Aktenvermerk von der Sitzung vom 9./10. Oktober 1990 über die Feststellungen des BSE-Untersuchungsausschusses vom 6.2.1997 bis heute - sollte alle mündigen, besonders die jungen Bürger Europas veranlassen, die Politik der EU und der Regierungen kritisch zu überwachen: »Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht...«.

Anregungen zur Vorbereitung und Durchführung zweier Projektstunden:

Bestellen Sie bei der Bundesregierung ein Exemplar des Berichts des Europäischen Parlaments, Titel: Untersuchungsergebnisse zur BSE-Krise, ISBN 92-823-0999-1, einschl. Anlagen (A4-0020/97/Teil A).

Arbeiten Sie diesen Bericht durch und halten Sie anhand der Unterlagen ein Referat zum Thema »BSE und die europäische Politik«. Wenn Sie an Ihre Mitschüler das vorliegende Blatt verteilen wollen, bestellen Sie die entsprechende Anzahl bei UN, Postfach 400215, 44736 Bochum.

In einer späteren, zweiten Stunde sollten dann nach entsprechenden Erkundungen die Beteiligung und Mitverantwortung deutscher EU-Abgeordneter und EU-Beamter an der Desinformationspolitik der EU und die Stellungnahmen von Bundesregierung und Parteien dazu thematisiert werden.

„Auf dem Stundenplan"

Bisher sind folgende Blätter erschienen (Titel hier verkürzt):

Folge l: Deutschland und seine Ostgebiete (1982)
Folge 2: Verdunkelung der Weltgeschichte im Schulbuch
Folge 3: 1983 - nicht 50. Jahr der Machtübernahme, sondern 65. Jahr nach Versailles
Folge 4: Kriegsschuld - Die unbewältigte Gegenwart
Folge 5: Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Versailles
Folge 6: Stichwort: Das Hoßbach-Protokoll
Folge 7: Der böse Deutsche
Folge 8: Stichworte Lusitania, Lidice, Oradour
Folge 9: Von Kiel bis Kärnten »slawischer Boden«?
Folge 10: Lehren der Weimarer Republik
Folge 11: Der Bromberger Blutsonntag
Folge 12: Südafrika und Deutsch-Südwest
Folge 13: Die Reichskristallnacht
Folge 14: Ein Dokument zur Zeitgeschichte: Die »Jüdische Kriegserklärung« vom 24. März 1933
Folge 15: Katyn: Wieder eine angeblich »feststehende historische Tatsache« als Greuellüge entlarvt
Folge 16: Deutschland wollte Frieden. Die 16 Punkte der Deutschen Reichsregierung vom 31.8.1939
Folge 17: Dresden wurde zum Opfer der Barbarei
Folge 18: Wie gerecht ist der soziale Rechtsstaat? Einkommensvergleich Asylbewerber-/Facharbeiterfamilie
Folge 19: Die Umerziehung - Über die Methodik der Umerziehung von Einzelnen und Völkern
Folge 20: Der Fall Oradour: Greuelpropaganda - neu aufgewärmt
Folge 21: Vor 50 Jahren - Dresden: Das war kein Krieg mehr, das war Mord!
Folge 22: Die Potsdamer Konferenz vor 50 Jahren: Die Alliierten beschließen die »ethnische Säuberung« Ostdeutschlands als »Friedenslösung«
Folge 23: Die Stalin-Rede vom 19.8.1939: Der dogmatisierte Lehrsatz: »Hitler-Deutschland überfiel die friedliebende Sowjetunion« ist endgültig widerlegt
Folge 24: Bombenschwindel um Guernica
Folge 25: Sprechen wir über Ostdeutschland
Folge 26: Zwangsweiser Klassenbesuch der Anti-Wehrmachtsausstellung?
Folge 27: Kosovo-Krieg: Das verheimlichte Kapitulationsdiktat Rambouillet - »ANNEX B«
Folge 28: Was wird aus Deutschland? - »Einwanderung und Einbürgerung« - Materialien zur Diskussion des neuen Ausländer- und Staatsbürgerschaftsrechts
Folge 29: Deutsche Reparationsleistungen: Milliarden Mark ohne Buchhaltung
Folge 30: Rinderwahnsinn - Maastricht - Euro: Verheimlichte Zusammenhänge

Einzelblätter gegen Portoerstattung kostenlos anzufordern bei UN, Postfach 400215, 444736 Bochum

"Auf dem Stundenplan"

Folge 30 Unabhängige Nachrichten 4/2001

UN, Postfach 400215, 44736 Bochum

Abdruck gestattet. Abgabe an Schüler und zur Beilage in Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang aus dem Kreis der älteren Leser dies ermöglicht.

Bitte fordern Sie eine Zahlkarte für das zur Zeit gültige Spendenkonto an. Die auf den älteren Folgen angegebenen Bankverbindungen wurden von den Banken im Rahmen des Boykotts gegen »politisch unhygienische« Zeitschriften gekündigt.

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

UN • Unabhängige Nachrichten 7/2001 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Der Film und die Wahrheit:

PEARL HARBOR

F.D. Roosevelt ließ 3303 Marine- und Heeressoldaten sterben (1) und einen Großteil der US-Pazifikflotte vernichten, um die kriegsunwilligen US-Bürger in den Weltkrieg zu zwingen

Der Film vom Überfall auf das friedliche Amerika:



Der Film, der weltweit die Kassen füllen und das Geschichtswissen der unwissenden Massen in die kurze Formel pressen soll, Japan hätte die friedlichen USA mit einem Überraschungsangriff in den Krieg gezwungen, wird vom Produzenten Jerry Bruckheimer wie folgt angepriesen:

»Ein verschlafener Sonntagmorgen im Pazifik. Kinder spielen, Familien haben sich zum Sonntagsgebet versammelt. Plötzlich erscheinen ganze Schwadrone japanischer Kampfflugzeuge am Himmel über dem hawaiianischen Paradies und setzen zum Überraschungsangriff auf die US-amerikanischen Streitkräfte in Pearl Harbor an. Dieser berüchtigte Tag, an dem die USA auf brutale Weise aus ihrem friedlichen Isolationismus gerissen und in den totalen Krieg gestoßen wurden, dieser Tag, der den Lauf der Geschichte veränderte, wird in diesem Epos über Patriotismus Leidenschaft und Liebe noch einmal Realität.«

Es lohnt sich nicht, ein weiteres Wort über diesen Film zu verlieren. Die Lüge von den friedlichen USA, die von den bösen Japanern völlig nichtsahnend überfallen wurden, gleicht der in den bundesdeutschen Lehrbüchern den Schülern als »feststehende, historische Tatsache« vermittelte Unwahrheit unter der Formel »Hitler-Deutschland überfiel die friedliebende Sowjetunion«. (Vgl. dazu Auf dem Stundenplan, Folge 23, Die Stalin-Rede vom 19.8.1939)

Die Wahrheit - hier nur in kurzen Ausschnitten als Anregung zum eigenen, weitführenden Studium zusammengefaßt - sollte vor allem jungen Filmbesuchern, die sich für Geschichte interessieren, an die Hand gegeben werden.

Die Wahrheit wurde verschleiert:

»Das Schändlichste an der ganzen tragischen Affäre um Pearl Harbor war der offensichtliche Beschluß Washingtons, den Kommandeuren in Hawaii die Schuld aufzuladen. (...) Daß es dem Gemeinsamen Untersuchungsausschuß des Kongresses unmöglich war, Zutritt zu den einschlägigen Akten zu bekommen, ist ein Schandfleck in der Geschichte unserer Nation.«

Admiral Harry F. Yarnell, früherer Oberbefehlshaber der Asiatischen Flotte der USA und ehem. Kommandeur des Marinestützpunktes von Pearl Harbor(2)

Ein Tag der Schande - für die USA

»In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man wetten, daß es so geplant war.«
F.D. Roosevelt (3)

Zweimal innerhalb einer Generation wurde Europa von Kreuzzüglern aus Übersee gerettet - jedesmal vor einem »tollen Hund« (wie schon Kaiser Wilhelm II bezeichnet wurde), der angeblich die ganze »westliche Kultur« vernichten wollte. Nach der Zertrümmerung Deutschlands war die - zuvor brüderlich verbündete, ausgestattete und ausgehaltene - Sowjetunion das »Reich des Bösen«, und in unserer Zeit sind nun alle Staaten, die sich der Wallstreet und der »Weltregierung« nicht beugen wollen, »Schurkenstaaten«.

Folgt man dem ehemaligen britischen Premierminister Major, war der Krieg gegen Deutschland ab 1914 ein einziger »dreißigjähriger Krieg« (4). Der nach dem angelsächsischen Fachurteil des Historikers J.P. Veale (5) rein »europäische Konflikt« ab 1939 wurde erst mit dem Kriegseintritt der USA zum Weltkrieg. Und selbst zu diesem ersten Teil des Krieges wäre es 1939 vermutlich nicht gekommen, hätte Roosevelts fanatischer Kriegswille die Briten und Franzosen nicht dazu gebracht: Am 27.12.1945 notierte US-Kriegsminister Forrestal in seinem Tagebuch (6):

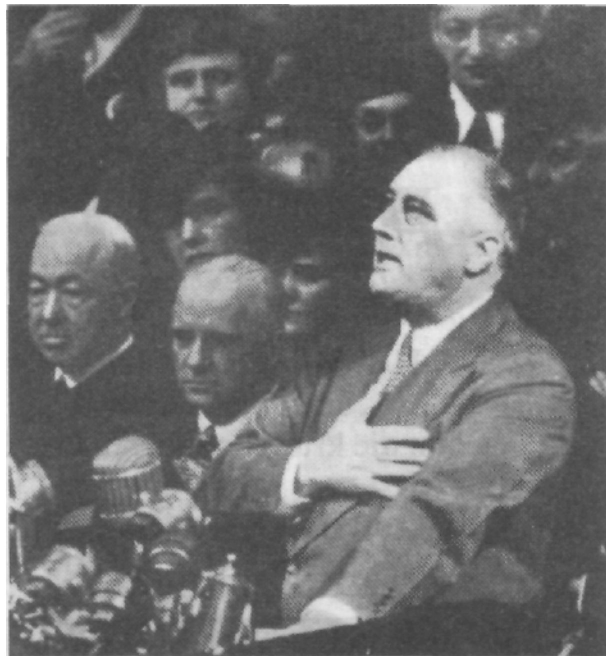
»Spielte heute Golf mit Joe Kennedy*). Ich fragte ihn über seine Gespräche mit Roosevelt und Neville Chamberlain von 1938 an. Er sagte, Chamberlains Position 1938 war die, daß England nichts besaß, womit es hätte kämpfen können und daß es keinen Krieg mit Hitler riskieren konnte. (...)

Weder die Franzosen noch die Briten hätten Polen zum Kriegsgrund gemacht, wenn sie nicht ständig von Washington angestachelt worden wären. Chamberlain, so sagte er, stellte fest, daß Amerika und xxxxxxx-xxxxxxx**) England in den Krieg gezwungen haben.«

*) Joe Kennedy war damals US-Botschafter in London.

**) Aus Gründen der bundesdeutschen Justizpraxis geschwärzt. Auch Zitate aus wissenschaftlichen Werken und historischen Dokumenten können zu einer Strafverfolgung nach § 130 StGB führen, wenn man sich nicht glaubhaft vom Inhalt distanziert und die Veröffentlichung geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

Die amerikanische Öffentlichkeit war jedoch höchst kriegsunwillig. Nach Gallup-Umfragen lehnten 80 bis 85 Prozent der US-Amerikaner eine Einmischung in den europäischen Konflikt ab (7). So mußte Roosevelt, der Ende 1940 entgegen aller bisherigen US-Tradition zum dritten Mal gewählt werden wollte, der Öffentlichkeit am 30. Oktober 1940 den folgenden Friedensschwur leisten (8):



Der Kriegstreiber F. D. Roosevelt beim Friedensschwur

»Ich habe dies zu Euch Vätern und Müttern schon früher gesagt, aber ich werde es wieder und wieder und immer wieder sagen: Eure Jungs werden in keine fremden Kriege geschickt werden!«

In Wirklichkeit versuchte Roosevelt jedoch, die Achsenmächte durch eine Reihe feindseliger Aktionen zu reizen und zu kriegerischen Handlungen gegen die USA zu verlocken.

Der US-Admiral Robert A. Theobald zählt in seinem Buch »Das letzte Geheimnis von Pearl Harbor« die wichtigsten Neutralitätsverletzungen der USA vor Kriegsbeginn auf (vgl. auch Dr. Harry Elmar Barnes, Perpetual War for Perpetual Peace) und beschreibt das Problem, dem sich Präsident Roosevelt und seine geheimen Ratgeber gegenübersahen:

» Wie konnte man das Land in den Krieg bringen ? «

Der Parteikongreß der Demokraten hatte noch im Juli 1940 mit großer Mehrheit einen strikten Antikriegsgrundsatz beschlossen: Keine Armee nach Übersee, außer Amerika wird angegriffen (9).

Da sich Deutschland trotz aller feindseliger Provokationen nicht dazu hinreißen ließ, wurde Japan durch unannehmbare Ultimaten zu einem Angriff gereizt, denn ein Kriegszustand mit Japan bedeutete nach dem Dreimächtepakt automatisch Krieg auch mit Deutschland.

Pearl Harbor war der Köder, mit dem Roosevelt und seine Ratgeber ihr Ziel erreichten, die kriegsunwillige Bevölkerung umzustimmen und offen in den vorher schon verdeckt geführten Krieg gegen Deutschland einzutreten.

Ein heiterer Präsident...

»Die Historie hat erwiesen, daß Roosevelt und das USA-Flottenoberkommando seit dem 4. Dezember um den bevorstehenden Angriff wußten. 3435 amerikanische Offiziere fielen während dieses „Überraschungsangriffes" und hätten gerettet werden können, wenn die Regierung rechtzeitig gewarnt hätte (s. Tansill aaO). Roosevelt soll nach Bekanntwerden des Angriffes auf die Hawaii-Insel „heiter wie seit langem nicht" gewesen sein (Tansill aaO).« (10)

Der Admiral, dem man die Schuld zuschieben wollte:



Admiral Robert A. Theobald,

Befehlshaber der US-Torpedobootflotte in Pearl Harbor an jenem 7. Dezember 1941, führt in seinem Buch mit einer Beweiskette wissenschaftlicher Forschungsqualität den Nachweis,

daß Präsident Roosevelt die Tragödie von Pearl Harbor beabsichtigt, planmäßig herbeigeführt, zielbewußt verschleiert und als raffinierte Initialzündung für den Kriegseintritt der USA gegen Deutschland ausgenützt hat. (11)

Darüber hinaus ist durch eine große Anzahl von Dokumenten nachgewiesen, daß das Weiße Haus von den japanischen Plänen unterrichtet war, die ihnen sonst überlegene US-Flotte anzugreifen, solange sie noch in Pearl Harbor versammelt lag.

»Mindestens zweimal erhielt Roosevelt von dem beabsichtigten japanischen Angriff Kenntnis. Einmal durch Botschafter Grew im Januar 1941 und einmal durch den Sorge'schen Bericht auf dem Wege über den Kreml. Dies im Verein mit dem Verschweigen dieser Informationen gegenüber den Hawaii-Kommandeuren gibt beredtes Zeugnis davon, daß Präsident Roosevelt den japanischen Angriff wünschte.« (12)

Nach Veröffentlichung der bis heute noch nicht vollständig freigegebenen Dokumente ist erwiesen, daß der US-Geheimdienst den japanischen Funk-Code entschlüsselt hatte und Präsident Roosevelt persönlich in den letzten Tagen vor dem Angriff Kenntnis von den dechiffrierten Telegrammen erhielt, die diesen ankündigten.

»Die Individuen in hohen Positionen in Washington, die es vorsätzlich unterließen, unsere Streitkräfte in Pearl Harbor zu alarmieren, sollten niemals entschuldigt werden« schreibt der Augenzeuge der Katastrophe, Admiral Theobald.« (13).

Roosevelt wußte von dem geplanten Angriff und brauchte ihn zum Kriegseintritt gegen Deutschland



Am »Tag der Schande« - am 7. Dezember 1941:

»In der stillen Abgeschiedenheit seines ovalen Arbeitszimmers, getrennt und ungestört von allen eingehenden Telefonanrufen, blätterte der Präsident schweigend in seiner wohlgefüllten Briefmarkensammlung, während Hopkins den Scotch-Terrier des Weißen Hauses streichelte.

Um 13.25 Uhr (7.55 Uhr in Hawaii) stand der Tod in der Tür. Die Japaner hatten Pearl Harbor bombardiert. Amerika war plötzlich in einen Krieg hineingestoßen worden, auf den noch kein Friede gefolgt ist«

Prof. Charles C. Tansill in seinem Buch
»Die Hintertür zum Kriege« (14)

»Roosevelt hatte eine große Falle gebaut, in die er die Japaner hineintrieb, an deren Ende zwangsläufig Krieg stehen mußte. Der Krieg gegen Japan war aber nur Teil eines größeren Plans, in einen Krieg gegen Deutschland zu gelangen.«

Dr. Walter Post (15)

»Was ich von Pearl Harbor weiß, genügt, Präsident Roosevelt nicht wiederzuwählen, sondern ihn seines Amtes zu entheben.«

US-Präsidentschaftskandidat
Thomas Dewey am 26.9.1944 (16)

»An dem entscheidenden Treffen im Weißen Haus am 25. November 1941 nahmen (außer Roosevelt) nur die Minister Hull, Stimson und Knox sowie General Marshall und Admiral Stark teil. Diese sechs Männer hatten eine gemeinsame Absicht, nämlich die Vereinigten Staaten, ohne die Zustimmung des Kongresses, in den Krieg zuführen. Stimsons Tagebuch können wir entnehmen, daß es dabei darum ging, wie man Japan provozieren könnte, den ersten Schuß abzufeuern.«

Hamilton Fish sen., langjähriges Mitglied des US-Kongresses und des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (17)

»Pearl Harbor war ein Tag der Niedertracht im umgekehrten Sinn, indem die USA ein widerstrebendes Japan zu einem legalen Vergeltungsangriff zwangen, nachdem jede denkbare Alternative zu dessen Vermeidung erschöpft war. Dann aber kamen die Verteidigungsklauseln des Dreimächte-Pakts von 1940 ins Spiel, und es war Hitlers und Mussolinis Pflicht, Japan zu Hilfe zu eilen. Spätere Forschung hat erwiesen, daß FDR gewillt war, sich direkt in einen Krieg gegen die europäischen Achsenmächte zu stürzen, sobald der Schlag gegen Pearl Harbor gefallen war. (...)

Sollte es in der Geschichte der Menschheit jemals wieder ein freies Deutschland geben - nicht unbedingt eines wie zu des Kaisers oder Hitlers Zeiten, doch deswegen nicht weniger frei - so zögert man die Höhe der Entschädigungssumme abzuschätzen, die solch ein freies Deutschland guten Gewissens von den USA verlangen könnte - einem Staat, der sich momentan in den letzten Zuckungen wirtschaftlichen und finanziellen Bankrotts befindet. Aus demselben Grund wird die schändliche Mißhandlung Deutschlands von Seiten der USA im 20. Jahrhundert, die alles übertrifft, was sich im bisherigen Verlauf der Geschichte größere Nationen untereinander angetan haben, für immer ein böser und düsterer Schandfleck in den Annalen der Menschheit bleiben. Diese Tatsachen muß sich die ganze Welt vor Augen halten, soll sie sich von der Wilson-Rooseveltschen Krankheit erholen.«

Prof. David L. Hoggan (18)

»Der Angreifer ist derjenige, der seinen Gegner zwingt, zu den Waffen zu greifen.«
Friedrich der Große

Quellennachweis :

1: BRAUN, Karl Otto, Pearl Harbor in neuer Sicht Wie F.D. Roosevelt die USA in den Zweiten Weltkrieg führte, Herbig Materialien zur Zeitgeschichte, München-Berlin 1986, Seite 17. Andere Quellen zählen 3435 Tote (TANSILL aaO)
2: LEHER, L., Wallstreets Krieg, Die Weltkriegsinszenierung von Pearl Harbor, München o.Jg., S. 33
3: Vgl. (1), Seite 76
4: MAJOR, John, Redetext der britischen Botschaft zur Ansprache Majors beim Staatsakt in Berlin am 8.5.1995 zum 50. Jahrestag des Endes des II. Weltkrieges, UN-Archiv 11951
5: VAELE, F.J.P., Der Barbarei entgegen, vgl. 2, S.5
6: MILLIS, Walter, The Forrestal Diaries, New York 1951, Seite 1211, zit. aus WELLEMS, Hugo, Von Versailles bis Potsdam 1871 1945, Hase & Koehler Verlag Mainz 1983, S. 175 f
7: Vgl. (2), S. 19
8: Vgl. (2), S. 20, ähnlich übersetzt in DWZ Nr. 43 vom 21.10.1983
9: New York Times, 18.7.1940. Titelblatt: „Roosevelt renominatet on first ballot; STRICT ANTI-WAR PLATFORM IS ADOPTED, NO ARMY ABROAD UNLESS U.S. IS ATTACKED“
10: TANSILL, Charles C., Die Hintertür zum Kriege, zitiert aus „Mensch und Maß“ 1980, Seite 393
11: THEOBALD, Robert A., »The Final Secret of Pearl Harbor, The Washington Contribution to the Japanese Attack«, New York 1954, deutsche Ausgabe: Das letzte Geheimnis von Pearl Harbor, Schnitter, Berlin 1963
12: Vgl. (1), S. 90
13: Vgl. (1), S. 38
14: TANSILL, Charles C., Die Hintertür zum Kriege, Düsseldorf 1956, zit. aus (2), S. 38
15: POST, Dr. Walter, zit. aus „Mensch und Maß“ Folge 8/94, S. 340
16: Vgl. (1). S. 37
17: FISH, Hamilton, Der zerbrochene Mythos, F.D. Roosevelts Kriegspolitik 1933-1945, Tübingen 1982, S. 159, vgl. auch »To fire the first shot«. Stimsons Diaries Bd. 36, S. 48 f und HERDE, Peter, Pearl Harbor, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1980, S. 234 ff.
18: HOGGAN, David L., Das blinde Jahrhundert, Erster Teil: Amerika, Tübingen 1979, Seiten 301 f und 491

EIGENE NACHTRÄGE:

Eine Auflistung der bisher erschienenen Folgen dieser Serie erhalten Sie gegen 1,10 DM Rückporto von UN, Postfach 400215, 44736 Bochum

"Auf dem Stundenplan "

Folge 31 Unabhängige Nachrichten 7/2001

UN, Postfach 400215, 44736 Bochum

Abdruck gestattet. Abgabe an Schüler und zur Beilage in Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang aus dem Kreis der älteren Leser dies ermöglicht.

Bitte fordern Sie eine Zahlkarte für das zur Zeit gültige Spendenkonto an. Die auf den älteren Folgen angegebenen Bankverbindungen wurden von den Banken im Rahmen des Boykotts gegen »politisch unhygienische« Zeitschritten gekündigt.

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

UN • Unabhängige Nachrichten 11/2001 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •



»Auf dem Stundenplan« • Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

Bundesrepublik Deutschland:

Souveräner Staat oder noch immer unter Besatzungsrecht?

Von Hans-Peter Thietz, ehemaliger Abgeordneter der letzten, frei gewählten Volkskammer der DDR und des Europa-Parlaments

Im Jahre 1990 ist die DDR, gemäß Artikel 23 Grundgesetz, der Bundesrepublik beigetreten. Als Mitglied der damaligen Volkskammer wurde dies auch mit meiner Stimme beschlossen. Der Beitritt erfolgte aufgrund eines Vertragskomplexes, durch den nach offizieller Darstellung die Nachkriegsära abgeschlossen und Deutschland wieder eine volle Souveränität erhalten habe.

Ein klassischer Friedensvertrag sei dadurch überflüssig geworden und die Notwendigkeit des Abschlusses eines solchen durch die politischen Ereignisse überholt.

Diese Darstellung läßt sich bei näherer Nachprüfung nicht aufrechterhalten:

Gemeinhin wird der sogenannte »Zwei-plus-Vier-Vertrag« als alles regelnder Basisvertrag zwischen den vier Siegermächten des II. Weltkrieges und den Teilstaatprovisorien BRD und DDR angesehen, durch den Deutschland seine volle Souveränität gemäß Artikel 7 (2) wiedergewonnen habe. Dieser Artikel 7 (2) lautet:

»Das vereinte Deutschland hat demgemäß seine volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.«

Dieser Wortlaut bedeutet für den normal verständigen Bürger, daß keinerlei Regelungen aus früherem Besatzungsrecht mehr fortgehen können, die sich bis dahin aus dem sogenannten »Überleitungsvertrag« mit dem offiziellen Namen »Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen« in seiner revidierten Fassung vom 23.10.1954, veröffentlicht im BGBl. Teil II am 31.3.1955, ergaben.

Der Überleitungsvertrag

Dieser »Überleitungsvertrag« umfaßte ursprünglich 12 Teile, von denen in der Fassung vom 23.10.1954 die Teile II, VIII und XI als bereits gestrichen ausgewiesen sind und dieser Vertragstext zu jenem Zeitpunkt so noch 9 Teile mit insgesamt 83 Artikeln und 224 Abschnitten fortgeltender Bestimmungen der Alliierten enthielt. Solange er galt (also bis September 1990), konnte überhaupt nicht von einer Souveränität der Bundesrepublik Deutschland gesprochen werden.

Die Politiker und die Medien, die über Jahrzehnte den Staatsbürgern und Wählern der BRD eine solche Souveränität suggerierten, handelten wider besseres Wissen oder ohne Kenntnis dieses Vertrages.

Zur Gewährung einer vollen Souveränität war dieser »Überleitungsvertrag« mit seinen alliierten Vorschriften infolge des »Zwei-plus-Vier-Vertrages« also aufzuheben.

Eine seltsame »Vereinbarung... «

Dazu diente die *»Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehung der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung)«*,

veröffentlicht als Bekanntmachung im Bundesgesetzblatt 1990, Teil II. Seite 1386 ff.

Hierin wird in Punkt 1 bestimmt, daß die alliierten Bestimmungen suspendiert werden und nun außer Kraft treten - doch vorbehaltlich der Festlegungen, des Punktes 3. Und hier ist nun das Erstaunliche zu lesen:

»3. Folgende Bestimmungen des Überleitungsvertrages bleiben jedoch in Kraft:

ERSTER TEIL: Artikel 1, Absatz 1, Satz 1 bis Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern“

sowie Absätze 3, 4 und 5, Artikel 2, Absatz 1,

Artikel 3, Absätze 2 und 3, Artikel 5, Absätze 1 und 3,

Artikel 7, Absatz 1, Artikel 8

DRITTER TEIL: Artikel 3, Absatz 5, Buchstabe a des Anhangs, Artikel 6, Absatz 3 des Anhangs

SECHSTER TEIL: Artikel 3, Absätze 1 und 3

SIEBENTER TEIL: Artikel 1 und Artikel 2

NEUNTER TEIL: Artikel 1

ZEHNTER TEIL: Artikel 4«

Doch damit noch nicht genug:

Zusätzlich zu dieser detaillierten Festschreibung, welche Teile des Überleitungsvertrages von 1954 in Kraft bleiben, wird in der *»Vereinbarung vom 27./28. September 1990 ...«* (BGBl. 1990, Teil II, S. 1386 ff) in Ziffer 4c festgelegt, daß die in Ziffer 1 dieser »Vereinbarung« zugestandene Suspendierung der übrigen Teile des Überleitungsvertrages deutscherseits die weitere Erfüllung bestimmter Festlegungen *»nicht beeinträchtigt«.*

Mit welchem Recht spricht man von einer »Suspendierung« des Überleitungsvertrages von 1954, wenn in der hier zitierten *»Vereinbarung vom 27./28. September 1990...* (siehe oben) festgelegt wird, daß er in seinen grundsätzlichen Bestimmungen fortgilt?

Nehmen wir als Beispiel aus den oben zitierten Bestimmungen, die in Kraft bleiben, aus dem ERSTEN TEIL den Artikel 2, Absatz 1.

Dieser Artikel des Überleitungsvertrages von 1954 lautet:

»Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind.

Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige, nach innerstaatlichem deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.«

Also gelten doch ganz offenbar grundsätzliche Bestimmungen des Besatzungsrechts auch weiterhin!

Denn das heißt doch ganz klar und unzweifelhaft, daß bestimmte bisher im Rahmen des früheren Besatzungsrechts seitens der Alliierten festgelegten Entscheidungen für Deutschland fortgelten, ohne Rücksicht darauf, ob sie mit dem deutschen Rechtssystem vereinbar sind oder nicht. Und das bedeutet, daß sich die deutsche Politik für alle Zukunft daran auszurichten und zu halten hat.

Die ausdrückliche Festschreibung der Fortgeltung des hier zitierten und der anderen aufgezählten Artikel des Überleitungsvertrages belegt, daß die Bundesrepublik offenkundig weiterhin den zeitlich unbegrenzt ergangenen Bestimmungen des früheren Besatzungsrechts unterworfen ist.

Berlin bis heute unter Sonderstatus

Doch das ist immer noch nicht alles; Es ist die Existenz eines weiteren Vertrages festzustellen, mit dem Titel: ***»Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin».***

Dieser Vertrag vom 25.9.1990 ist zu finden im Bundesgesetzblatt 1990, Teil II, Seiten 1274 ff.

Parallel zur obigen Vereinbarung vom 27./28. September 1990 ist also ein gleichartiger Vertrag zusätzlich und gesondert für Berlin abgeschlossen worden.
Daß es sich hierbei um einen Parallelvertrag handelt, beweist die wörtliche Übereinstimmung des Artikels 2, hier nur mit dem Einschub ***»in Bezug auf Berlin«***.

Der Abschluß zweier gleichgelagerter Verträge - einerseits für die Bundesrepublik Deutschland und andererseits für Berlin - kann nicht anders interpretiert werden, als daß von alliierter Seite der Sonderstatus von Berlin gegenüber dem übrigen Bundesgebiet weiterhin aufrechterhalten und festgeschrieben worden ist.

Ist Berlin also die Hauptstadt der Bundesrepublik, ohne gemäß fortgeltenden Bestimmungen der ehemaligen Siegermächte und angesichts getrennter »Vereinbarungen« und »Übereinkommen« ihr rechtlicher und politischer Bestandteil zu sein?

Aus all diesen Verträgen und Vorgängen ergeben sich so wesentliche Fragen für den völkerrechtlichen Status der Bundesrepublik Deutschlands und Berlins, daß sie dringend einer Klärung bedürfen!

Leben wir heute, 56 Jahre nach Kriegsende, noch immer unter fortgeltenden Bestimmungen früheren Besatzungsrechts der ehemaligen Siegermächte?

Wird hierdurch zwangsläufig die deutsche Politik mehr oder weniger fremdgeprägt, zumal Berlin unter einem verdeckt fortdauernden Sonderstatus steht?

Die deutschen Vertreter bei den »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen werden dies sicher nicht gewünscht haben, da man doch davon ausgehen muß, daß sie in deutschem Interesse handelten.

Also müssen die ehemaligen Siegermächte die Fortgeltung der 1954 ergangenen Bestimmungen gefordert haben.

Wäre dies aber nicht ein klarer Verstoß gegen geltendes internationales Recht, z.B. gegen den *»Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte«* vom 16.12.1966, worin in Teil I, Artikel 1(1) ausdrücklich verankert ist: *»Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung«?*

Liegt hier das Geheimnis unerklärlicher Politik?

Haben wir in all diesen Unklarheiten und Unstimmigkeiten die sonst unverständlichen Ursachen für politische Entscheidungen zu suchen, die eindeutig dem Mehrheitswillen des Volkes widersprechen, wie zum Beispiel
- die jeden Sachverstand und den Volkswillen mißachtende Aufgabe der Deutschen Mark zugunsten des EURO, dessen Stabilitätskriterien zunehmend aufgeweicht werden und der nach den Worten Allan Greenspans keinen Bestand haben wird?

- die EU-Osterweiterung mit unabsehbaren Risiken für die politischen, wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Folgen?

- den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit einsetzbaren Eingreiftruppe unter NATO- oder UNO-Kommando?

- die sofort nach dem 11.9.2001 erfolgte **»uneingeschränkte«** Solidaritätserklärung mit den USA und ihren geostrategischen Zielen und damit die eigene Gefährdung durch die Zusage von Kampfbeteiligungen?

All dies und auch die Fortgeltung der UNO-Feindstaatenklauseln bis heute zeigen, daß wir entgegen den offiziellen politischen Verlautbarungen auf den Abschluß eines all dies beendenden Friedensvertrages keinesfalls verzichten können.

Dies folgt auch aus den Bestimmungen des Überleitungsvertrages von 1954, die nach dem Vertrag vom 27./28. September 1990 ausdrücklich als in Kraft bleibend bezeichnet werden. So beginnt beispielsweise der fortgeltende NEUNTE TEIL, Artikel 1 mit den Worten:

»Vorbehaltlich... einer Friedensregelung mit Deutschland... «

»Vorbehaltlich der Bestimmungen einer Friedensregelung mit Deutschland dürfen deutsche Staatsangehörige, die der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen, gegen die Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind oder mit Deutschland im Kriegszustand waren oder in Artikel 5 des Fünften Teils dieses Vertrages genannt sind, sowie gegen deren Staatsangehörige keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen dieser Staaten oder mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht in der Bundesrepublik geltend machen.«

Ein weiteres Beispiel:

Im SECHSTEN TEIL, Artikel 3, Absätze l und 3 des Überleitungsvertrages von 1954, der ausdrücklich in Kraft bleibt, heißt es:

»(1) Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten, neutralen Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden.«

»(3) Ansprüche und Klagen gegen Personen, die aufgrund der in Absatz (1) und (2) dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen Eigentum erworben oder übertragen haben, sowie Ansprüche und Klagen gegen internationale Organisationen, ausländische Regierungen oder Personen, die auf Anweisung dieser Organisationen oder Regierungen gehandelt haben, werden nicht zugelassen.«

Rechtlos gegen alliiertes Unrecht und ohne Friedensregelung

»Ansprüche und Klagen... werden nicht zugelassen.«

Diese Festlegungen bedeuten, daß sich die ehemaligen Siegermächte hiermit außerhalb jeder Rechtsverfolgung stellen, sie also für eigene terrorartige Kriegshandlungen, für die man bei den Nürnberger Prozessen Deutsche zur Rechenschaft gezogen hat und bis heute strafverfolgt, niemals angeklagt werden dürfen, - denken wir nur an die höllenhaften Infernos der Flächenbombardierungen deutscher Städte wie Dresden mit Hunderttausenden von Opfern unschuldiger Flüchtlinge, Frauen und Kinder unmittelbar vor Kriegsende oder den millionenfachen Tod deutscher Soldaten und Vertriebener nach Kriegsende.

Besondere Aufmerksamkeit verdient jedoch die oben zitierte Formulierung am Ende des Artikels 3, Absatz 1: ***»...geschlossen haben oder schließen werden«***.

Dies heißt nichts anderes, als daß die Siegermächte auch heute noch und für die Zukunft zeitlich unbegrenzt deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen zum Zwecke von Reparationen, Restitutionen oder aus anderen Kriegsgründen beschlagnahmen und sich aneignen dürfen und sogar das Recht haben, hierzu auch in Zukunft noch spezielle Abkommen zu treffen. In Artikel 1, Satz l wird ausdrücklich festgeschrieben: ***»Die Bundesrepublik wird keine Einwendungen erheben... «.***

Es ist wohl nicht davon auszugehen, daß es bei der Revision des Überleitungsvertrages einfach vergessen und übersehen wurde, solche Formulierungen zu streichen.

Deutschland gilt völkerrechtlich nach UNO-Satzung nach wie vor als »Feindstaat«

Gleiches gilt übrigens auch für die nach wie vor gültigen »Feindstaatenklauseln« (Artikel 53 und 107) der UNO-Charta, die es den Siegern des Zweiten Weltkrieges bis heute erlauben, auch ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates »Zwangsmaßnahmen« gegen die Feindstaaten zu ergreifen, also gegen Deutschland.

Wann sollen wir die seit einem halben Jahrhundert überfällige Friedensregelung denn endlich erhalten?

Wo finden wir hierzu einen Vertragspartner für die deutsche Seite, wenn gemäß Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 31.7.1973 das Deutsche Reich 1945 nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland kein Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches ist? In den Entscheidungsgründen des bis heute nicht aufgehobenen Urteils heißt es dort(2BvF 1/73):

»Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; (...). Das Deutsche Reich existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. (...) Mit der Errichtung der BRD wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert. Die BRD ist also nicht „Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches (...). Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den „Geltungsbereich des GG«

Dieses Urteil gilt ganz unzweifelhaft auch für die BRD **nach** der Vereinigung von Mittel- und Westdeutschland, weil der „Geltungsbereich des GG“ eben **nicht** das Deutsche Reich umfaßt.

Offene Fragen...

Existiert das Deutsche Reich fort, ist auch seine Verfassung, die Reichsverfassung von 1919, nach nie vor gültig, wenn auch zur Zeit überlagert vom Grundgesetz, weil das Deutsche Reich eben »nicht handlungsfähig« ist.

Wer also ist nun völkerrechtlich befugt, den überfälligen Friedensvertrag für die deutsche Seite zu unterschreiben?

Das »Grundgesetz ***für*** die Bundesrepublik Deutschland« (so die offizielle Bezeichnung) ist zum anderen keine Verfassung »**der**« Bundesrepublik, sondern ein Nachkriegsprovisorium. geschaffen unter der Oberhoheit der ehemaligen Siegerstaaten »für« die BRD.

So fehlen ihm die Zustimmung des deutschen Volkes und jedwede plebiszitären Elemente.

Die grundlegende demokratische Forderung »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus« (Artikel 20 (2) GG) erschöpft sich in der Erlaubnis, alle vier bis fünf Jahre zur Wahl gehen zu dürfen, ohne die dann durchgeführte Politik in irgendeiner Weise korrigierend beeinflussen zu können.

Das gilt insbesondere für existentielle Fragen wie die Aufgabe von Hoheits- und Selbstbestimmungsrechten an die EU, für die Abschaffung der DM und andere Entscheidungen, bei denen der Mehrheitswille der Bürger übergangen und versucht wird, durch millionenschwere Werbekampagnen den Widerstand der Bürger zu brechen.

Wann endlich werden wir die Möglichkeit haben, über eine uns im Grundgesetz Artikel 146 zugesicherte eigene Verfassung zu entscheiden, die dem Bürger ein wahrhaftiges und absolutes, uneingeschränktes Bestimmungsrecht garantieren sollte, wie in unserem Schweizer Nachbarland?

Wann wird hierfür eine Deutsche Nationalversammlung einberufen?

Wäre das nicht die vornehmste Aufgabe des über allen Parteien stehen sollenden Herrn Bundespräsidenten, endlich tätig zu werden? Jeder sich für unser Volk noch verantwortungsbewußt fühlende Bürger würde hierbei gern mitwirken.

Wann endlich können wir in freier Entscheidung über unsere Verfassung entscheiden?

Der Artikel 146, des im Jahre 1949 unter westalliierter Oberhoheit für die Bundesrepublik geschaffene Grundgesetzes, lautete bis zum Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 31.8.1990 wie folgt:

***»Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage,
an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«***

Mit Bekanntmachung im Bundesgesetzblatt Teil II vom 23.9.1990, Seite 885, wurde dieser Artikel wie folgt geändert:

»Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«

Da die Einheit und Freiheit Deutschlands aber eben noch nicht vollendet worden ist, wie die aufgezeigten fortgehenden Souveränitätsbeschränkungen beweisen, ergeben sich a) die staatsrechtliche Frage, ob und ab wann es denn überhaupt gilt und b) die bleibende Aufforderung, an das deutsche Volk, in freier Entscheidung eine Verfassung zu beschließen, die allein die letzte, in freier Entscheidung gegebene Reichsverfassung von 1919 ablösen könnte.

Urteilen Sie selbst: Wie lange soll dieser friedensvertraglose und verfassungsrechtlich unbefriedigende Zustand noch andauern?

Hinweis: *Den Wortlaut der in dieser Ausarbeitung genannten Verträge und der UNO-Feindstaatenklauseln können Sie gegen Kostenerstattung bei uns anfordern.*

Auf dem Stundenplan

Folge 32 Unabhängige Nachrichten 11/2001

Bestellanschrift:
UN, Postfach 400215, 44736 Bochum

**ViSdP: Hans-Peter Thietz, Zum Backhaus 6, 54552 Gefell.
Fax: 02692-931711, Weltnetz: Thietz@erde2000.de**

UN • Unabhängige Nachrichten 5/2002 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

33. FOLGE

Gegen das Vergessen: Wer ist Täter, wer ist Opfer?

Das Drama des palästinensischen Volkes



Rahmalla im April 2002: Die Leichenhalle des Krankenhauses überfüllt, der Weg zum Friedhof von israelischen Panzern gesperrt. Ein Park- und Marktplatz muß wegen der drohenden Seuchengefahr aufgebrochen werden, um die Körper der von der israelischen Armee Getöteten zu verscharren.

Ursachen und Folgen aus unterschiedlicher Sicht

Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland (so heißt der Verband, bezeichnenderweise heißt er nicht »Zentralrat der Deutschen jüdischen Glaubens«) bedrängt Politik und Massenmedien tagtäglich, Ursachen und Folgen des israelischen Krieges gegen die Palästinenser nicht zu verwechseln.

Das Vorgehen Israels sei nur die Folge des Terrors der palästinensischen Selbstmordattentäter. Diese seien die Ursache, Israel verteidige sich nur. Man dürfe Ursache und Folgen nicht verwechseln. Wenn der Terror siege, drohe eine Apokalypse, auch für Europa und die ganze Welt.

Die deutschen und internationalen Medien stehen weitgehend unter Zensur und unter Druck, die völkerrechtswidrige Kriegsführung und die Kriegsverbrechen Israels gegen eine wehrlose Zivilbevölkerung in solcher Weise zu verteidigen und die palästinensischen Stimmen zu unterdrücken und abzuschalten.

Als Gegengewicht zu der weitgehend einseitigen Berichterstattung, die palästinensische Vergeltungsmaßnahmen in vorgegebener gemeinsamer Sprachregelung gewöhnlich als »Terror« und die israelischen Angriffe und Zerstörungen als »Verteidigungsmaßnahmen« bezeichnet, veröffentlichen wir nachstehend einige der Anklagen und Vorwürfe aus palästinensischer Sicht. Sie wurden aus palästinensischen Internetseiten entnommen, die im Rahmen der weltweiten Meinungszensur

bezeichnenderweise Mitte April 2002 gesperrt wurden:

Die Anklagen eines unterdrückten, entrechteten Volkes:

- Es gibt heute keine Regierung auf der Erde, die so oft das internationale Recht gebrochen hat und bricht, wie die israelische Regierung, und das mit Zustimmung der USA.

- Israel hat sich noch nie um eine der 70 gegen Israel gerichteten UNO-Resolutionen gekümmert, und dieses Verhalten hatte keinerlei Folgen.

- Für keinen Staat der Erde haben die USA so oft ein Veto im UNO-Sicherheitsrat eingelegt wie für Israel, und kein anderes Regime wird mit so vielen US-Geldern massiv gestützt wie das in Israel.

- Israel ist das einzige Land mit Atomwaffen, das keinerlei Inspektionen zuläßt und sich keinerlei Beschränkungen unterziehen will.

- Israel ist nach dem Ende der Apartheid in Südafrika der einzige Staat der Welt, der den Rassismus als geschriebenes Gesetz praktiziert, in dem nur die Nachkommen bestimmter Personen die uneingeschränkten Staatsbürgerrechte erhalten. 93 Prozent des Landes sind für Juden reserviert, nichtjüdischen und arabischen Einwohnern, selbst wenn sie israelische Staatsbürger sind (etwa 20 Prozent der Bevölkerung) stehen weniger als 7 Prozent der Fläche zur Verfügung. Ähnlich ist die Einstufung der Wohngebiete: diese rund 20 Prozent der nichtjüdischen Bevölkerung sind per Gesetz auf 2,5 Prozent der Siedlungsgebiete zusammengepfercht.

- In Israel werden die Staatsbürger nach einer UNO-Studie nach zweierlei Recht behandelt. Dies wirkt sich auch bei verhängten Strafen aus: Während die israelische Armee Palästinenser, die verdächtigt werden Terroristen zu sein, an Ort und Stelle liquidiert, wurde ein jüdischer Siedler, der einen zwölfjährigen Palästinenser mit Fußtritten tötete, zu einer Geldstrafe und sechs Monaten Sozialdienst verurteilt.

- Seit seiner Gründung wurden von Israel seine Staatsgrenzen in keinem Dokument festgelegt, um geplante Gebietserweiterungen leichter durchführen zu können.

- Wohl kein Staat der Welt hat so viele seiner Volks- oder Staatsangehörigen in Spitzenpositionen anderer Staaten.

- Israel gehört zu den Staaten mit dem höchsten Wasserverbrauch, während die christlichen und moslemischen Nachbarn keine eigenen Brunnen bauen dürfen. Nach offiziellen Angaben beträgt der Trinkwasserverbrauch in Israel im Durchschnitt täglich 274 Liter pro Kopf (für Haushalte, Gewerbe und Bewässerung öffentlicher Anlagen). Den Palästinensern in den Flüchtlingslagern werden 77 Liter pro Tag, in manchen Lagern nur 44 Liter zugebilligt. Im Westjordanland haben alle Menschen außerhalb der jüdischen Siedlungen nur 47 Liter Trinkwasser pro Kopf und Tag zur Verfügung.

Gleiches Maß für Recht und Unrecht für alle Völker und alle Zeiten!

- Israel pumpt 60 Prozent seines Trinkwassers aus Gebieten ab, die außerhalb seiner international anerkannten Grenzen liegen. Und während die Palästinenser unter einem extremen Wassermangel leiden, schwimmen jüdische Siedler in Swimmingpools und waschen demonstrativ ihre Autos in den Siedlungen, die sie völkerrechtswidrig auf palästinensischem Gebiet errichtet haben.

- Wasser ist zu einem guten Geschäft geworden: Zuerst verhindern die israelischen Behörden, daß die Palästinenser auf eigenem Boden weitere Brunnen errichten, pumpen dann das Trinkwasser von palästinensischem Gebiet ab und verkaufen es anschließend wieder an die Palästinenser. Die israelischen Verwaltungsbehörden blocken alle Klagen nach mehr Wasserlieferung mit dem Argument ab, die Palästinenser zahlten zu wenig und seien deshalb an der Wasserknappheit selbst schuld.

- Israel bombardiert unwidersprochen Nachbarstaaten und hat bis heute keinen Cent Reparationen gezahlt.

- Israel zerstört die von der EU finanzierten Anlagen und Gebäude auf palästinensischem Gebiet und hat außer lauwarmen Protesten keine Wiedergutmachungsforderungen zu erwarten.

- Israel ist das einzige Land in einer Spannungsregion, in das die Bundesrepublik Deutschland modernste Kriegswaffen liefert, zum Beispiel im Jahre 2000 drei supermoderne U-Boote, welche mit Atomwaffen bestückt werden können, Einzelpreis 300 Millionen DM.

- Israel ist das einzige Land der Welt, in dem sich Politiker, die sich öffentlich zum Rassismus bekennen. Sitze im Parlament erhalten und ein bekennender Völkerrechtsbrecher zum Regierungschef gewählt wird, ohne daß die europäischen Staaten protestieren.

- Israel darf Verträge und Konventionen brechen und seine in Zukunft geplanten Verstöße gegen das



Das Heilige Land in Flammen: Israel besetzt und zerstört die Stadt Bethlehem, wonach christlicher Überlieferung Jesus geboren wurde. Links die von der israelischen Armee belagerte Geburtskirche.

Völkerrecht, wie die weitere Besetzung von fremdem Land, öffentlich ankündigen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Allein im Westjordanland wurden seit dem Osloer Abkommen von 1995 rund weitere 80.000 jüdische Siedler auf palästinensischem Gebiet angesiedelt, um die den Palästinensern zugestandene Autonomie in der Praxis zu verhindern,

- Israelische Soldaten sind die einzigen Soldaten der Welt, die vor laufenden Kameras Kinder erschießen dürfen, ohne daß es zu einem Aufschrei der demokratischen Staatengemeinschaft kommt.

- Israel hat mehr politische Gefangene pro Kopf der Bevölkerung als jeder andere Staat der Welt. Zudem weigert sich Israel beharrlich, ausländische Beobachter in die umkämpften Gebiete zu lassen, weist Journalisten ultimativ aus, verhindert gewaltsam die Versorgung von Verwundeten und das Begraben der Getöteten und duldet die Mißhandlung von internationalen Beobachtern und Helfern, ohne daß die Entsenderstaaten ernsthaft protestieren.

- Kein Politiker eines anderen Staates der Welt könnte es sich leisten, ein ganzes Volk öffentlich als »Läuse« zu beschimpfen und seine Deportation zu verlangen, wie dies israelische Minister und Politiker wiederholt getan haben.

(Ende der zusammengefaßten Aufzeichnungen aus dem Internet)

Man sollte sich fragen: Warum?

Die Palästinenser-Sprecherin Hanan Aschrawi zu den Selbstmord-Attentaten verzweifelter junger Menschen ihres entrechteten Volkes:



»Jahrzehntelang wurden Millionen von Palästinensern ungestraft getötet. Ich habe das Grauen gesehen. Aber ich habe nicht gesehen, wie die Welt es verurteilt hat.

Die Welt hat einen doppelten Standard geschaffen, bei dem die Palästinenser zu Freiwild erklärt und die Israelis behandelt werden, als stünden sie über dem Gesetz.

Die Welt hat eine Okkupation zugelassen, was die schrecklichste und abscheulichste Form von Terror und Gewalt ist. Und dann beschuldigen sie auch noch die Opfer. Das treibt Palästinenser in die Verzweiflung und macht sie zu Selbstmordattentätern.

Die Selbstmordattentate sind zur Waffe der Armen in der Dritten Welt geworden, die keine F-16 besitzen, keine Panzer, keine Kampfhubschrauber, um in einer „zivilisierten" Weise zu bombardieren und ungestraft zu töten. Das ist genau so Terror.

Wenn aber ein junger Mann oder eine junge Frau den eigenen Körper in eine Waffe verwandelt, dann sollte man sich fragen: Warum?«

(zitiert aus »Welt am Sonntag«, 14.4.2002)

Rotes Kreuz und Amnesty International erheben schwere Vorwürfe gegen Israel:

Alles ohne Folgen ?

»Genf. Das Internationale Rote Kreuz und die Menschenrechtsorganisation Amnesty International haben schwere Vorwürfe gegen Israel wegen des Vorgehens im palästinensischen Flüchtlingslager Dschenin im Westjordanland erhoben.

Amnesty International rief den UNO-Sicherheitsrat auf, unverzüglich eine unabhängige Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen im Flüchtlingslager einzuleiten. Palästinensische Augenzeugen haben von Massakern und hunderten Toten in Dschenin berichtet.«

(Westdeutsche Allgemeine, 17.4.2002)

Gegen das Vergessen

»Wenn wir dann auch die Kräfte der Arabischen Legion gebrochen haben und Amman bombardiert haben, liquidieren wir Transjordanien und dann wird Syrien fallen.

Und falls es Ägypten wagt, den Krieg gegen uns noch fortzusetzen, bombardieren wir Port Said, Alexandria und Kairo.

So werden wir den Krieg beenden und die Rechnung unserer Vorväter mit Ägypten, Assyrien und Aram begleichen.«

David Ben Gurion,
erster israelischer Ministerpräsident, am 23.5.1948 zum damaligen Palästinakrieg
(zitiert aus »inter-info« Nr. 281, Linz, April 2002)

»Niemand wird uns zu Entscheidungen zwingen, die unsere Zukunft berühren könnten.«

Ariel Sharon,
derzeitiger israelischer Ministerpräsident, im April 2002 zu den Appellen der USA, Rußlands, der Europäischen Union (EU) und den UNO-Forderungen an Israel, sich umgehend aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen
(Sharon im US-Sender CBS, zitiert aus WamS, 14.4.2002)

Gewinnen Sie 3 x 100 €!

Teilnahmeberechtigt bzw. zugelassen sind deutschsprachige Schüler und Studenten sowie Gemeinschaftsarbeiten von Klassen, Kursen und Projektgruppen im In- und Ausland.

Aufgabenstellung:
Ausarbeitung einer Studie zum Thema

»Israel und das Völkerrecht«

Ermitteln Sie alle an bzw. gegen Israel gerichteten UNO-Resolutionen sowie die Beschlüsse des Weltsicherheitsrates und der UNO-Menschenrechtskommission seit 1948 bis heute.
(Quellen: Schulbücherei, Landes- oder Uni-Bibliothek, Bundesaußenministerium, Büro der Vereinten Nationen, Israelische Botschaft, Internet)
Erstellen Sie eine Gesamtliste mit Daten und Stichworten zum Inhalt. Erkunden Sie bei den genannten oder anderen Stellen, ob und wie diese Beschlüsse umgesetzt wurden.
Schildern Sie in einer Zusammenfassung Ihre Erfahrungen bei der Quellenbeschaffung, dokumentieren Sie die Ergebnisse und subsumieren Sie die durch Ihre Arbeit gewonnenen Erkenntnisse.

Die Ausarbeitungen werden von drei Pädagogen (Deutsch, Geschichte, Völkerrecht) bewertet und die drei besten Ausarbeitungen mit je 100€ prämiert.
Einsendeschluß: 1.9.2002. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Rückfragen und Einsendungen bitte an den UN-Verlag, AK Jugend und Politik, Postfach 400215, 44736 Bochum.

„Auf dem Stundenplan"

Bisher sind folgende Blätter erschienen (Titel hier verkürzt):

Folge 1: Deutschland und seine Ostgebiete (1982)
Folge 2: Verdunkelung der Weltgeschichte im Schulbuch
Folge 3: 1983 - nicht 50. Jahr der Machtübernahme, sondern 65. Jahr nach Versailles
Folge 4: Kriegsschuld - Die unbewältigte Gegenwart
Folge 5: Die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Versailles
Folge 6: Stichwort: Das Hoßbach-Protokoll
Folge 7: Der böse Deutsche
Folge 8: Stichworte Lusitania, Lidice, Oradour
Folge 9: Von Kiel bis Kärnten »slawischer Boden«?
Folge 10: Lehren der Weimarer Republik
Folge 11: Der Bromberger Blutsonntag
Folge 12: Südafrika und Deutsch-Südwest
Folge 13: Die Reichskristallnacht
Folge 14: Ein Dokument zur Zeitgeschichte: Die »Jüdische Kriegserklärung« vom 24. März 1933
Folge 15: Katyn: Wieder eine angeblich »feststehende historische Tatsache« als Greuellüge entlarvt
Folge 16: Deutschland wollte Frieden. Die 16 Punkte der Deutschen Reichsregierung vom 31.8.1939
Folge 17: Dresden wurde zum Opfer der Barbarei
Folge 18: Wie gerecht ist der soziale Rechtsstaat? Einkommensvergleich Asylbewerber-/Facharbeiterfamilie
Folge 19: Die Umerziehung - Über die Methodik der Umerziehung von Einzelnen und Völkern
Folge 20: Der Fall Oradour: Greuelpropaganda - neu aufgewärmt
Folge 21: Vor 50 Jahren - Dresden: Das war kein Krieg mehr, das war Mord!
Folge 22: Die Potsdamer Konferenz vor 50 Jahren: Die Alliierten beschließen die »ethnische Säuberung« Ostdeutschlands als »Friedenslösung«
Folge 23: Die Stalin-Rede vom 19.8.1939: Der dogmatisierte Lehrsalz: »Hitler-Deutschland überfiel die friedliebende Sowjetunion« ist endgültig widerlegt
Folge 24: Bombenschwindel um Guernica
Folge 25: Sprechen wir über Ostdeutschland
Folge 26: Zwangsweiser Klassenbesuch der Anti-Wehrmachtsausstellung?
Folge 27: Kosovo-Krieg: Das verheimlichte Kapitulationsdiktat Rambouillet - »ANNEX B«
Folge 28: Was wird aus Deutschland? - »Einwanderung und Einbürgerung« - Materialien zur Diskussion des neuen Ausländer- und Staatsbürgerschaftsrechts
Folge 29: Deutsche Reparationsleistungen: Milliarden Mark ohne Buchhaltung
Folge 30: Rinderwahnsinn - Maastricht - Euro: Verheimlichte Zusammenhänge
Folge 31: Pearl Harbor- Der Film und die Wahrheit
Folge 32: Bundesrepublik Deutschland: Souveräner Staat oder immer noch unter Besatzungsrecht?
Folge 33: Nahost: Das Drama des palästinensischen Volkes

Auf dem Stundenplan

Folge 33, Unabhängige Nachrichten 5/2002

UN, Postfach 400215, 44736 Bochum

Abdruck gestattet. Abgabe an Schüler und zur Beilage in Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang aus dem Kreis der älteren Leser dies ermöglicht.

Bitte fordern Sie eine Zahlkarte für das zur Zeit gültige Spendenkonto an. Die auf den älteren Folgen angegebenen Bankverbindungen wurden von den Banken im Rahmen des Boykotts gegen »politisch unhygienische« Zeitschriften gekündigt.

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

UN • Unabhängige Nachrichten 10/2002 • **Seiten 5 - 8**

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •



»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

Israel und das Völkerrecht:

Beispielhafte UNO-Resolutionen zum Nahostkonflikt

Seit 1948 haben der Sicherheitsrat und die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Hunderten von Resolutionen Israel aufgefordert, das Völkerrecht zu beachten. Sie wurden ebensowenig erfüllt wie die jüngste vom 24.9.2002 (siehe nebenstehende dpa-Meldung).

Hier einige Beispiele aus der Dokumentation »Die VN-Resolutionen zum Nahost-Konflikt«, Berlin 1978/1991, Band 5/1 (1947-1978) und Band 5/2 (1978-1990):

Israel ignoriert UN-Resolution

(dpa) New York, 24.9.2002.
Der Weltsicherheitsrat hat Israel mit Duldung der USA aufgefordert, die Belagerung des Hauptquartiers von Palästinenserführer Arafat unverzüglich einzustellen.

Die Regierung in Jerusalem machte jedoch deutlich, daß sie die Forderung nicht erfüllen werde. Israelische Truppen drangen zudem in Gaza ein.

Rückzug israelischer Streitkräfte aus den im letzten Konflikt besetzten Gebieten

Sicherheitsrat - Resolution 242 /1. (1967)

22. November 1967

Der Sicherheitsrat, als Ausdruck seiner ständigen Besorgnis über die ernste Lage im Nahen Osten, unter Betonung der Unzulässigkeit des Erwerbs von Territorien durch Krieg, und der Notwendigkeit, für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu wirken, in dem jeder Staat in dem Bereich in Sicherheit leben kann, unter Betonung ferner, daß alle Mitgliedstaaten durch die Annahme der Charta der Vereinten Nationen die Verpflichtung eingegangen sind, in Übereinstimmung mit Artikel 2 der Charta zu handeln,

1. bekräftigt, daß die Erfüllung der Grundsätze der Charta die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten verlangt, der die Anwendung der beiden folgenden Grundsätze einschließen sollte:

(i) Rückzug israelischer Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden;

(ii) Beendigung aller Behauptungen oder Formen eines Kriegszustandes sowie die Beachtung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in dem Gebiet und seines Rechts, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen in Frieden zu leben frei von Drohungen und Akten der Gewalt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

Verurteilung Israels wegen neuer Kampfunternehmen und Verletzung der VN-Charta

Sicherheitsrat - Resolution 248 (1968)

24. März 1968

Der Sicherheitsrat, nach Anhören der Erklärungen der Vertreter Jordaniens und Israels, nach Kenntnisnahme vom Inhalt der Schreiben der Ständigen Vertreter Jordaniens und Israels, enthalten in den Dokumenten S/8470, S/8475, S/8478, S/8483, S/8484 und S/8486, nach Kenntnisnahme auch von der ergänzenden, beschafften Information vom Stabschef von UNTSO, enthalten in den Dokumenten S/7930/Add. 64 und Add. 65, unter Berufung auf Resolution 236 (1967), in welcher der Sicherheitsrat jegliche Verletzung der Feuereinstellung verurteilt hat, mit dem Bemerken, daß das Kampfunternehmen der Streitkräfte Israels auf jordanischem Gebiet seiner Art nach groß angelegt und sorgfältig geplant war, in der Überzeugung, daß alle gewaltsamen Zwischenfälle und andere Verstöße gegen die Feuereinstellung verhindert werden sollten, und ohne frühere Zwischenfälle dieser Art zu übersehen, unter Berufung auch auf Resolution 237 (1967), welche die Regierung Israels aufforderte, die Sicherheit, das Wohlergehen und den Schutz der Einwohner von den Gebieten, in denen Kampfhandlungen stattgefunden haben, zu gewährleisten,

1. beklagt den Verlust an Leben und die schwere Beschädigung von Eigentum;

2. verurteilt das von Israel in offenkundiger Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und der Feuereinstellungsresolutionen begonnene Kampfunternehmen;

3. beklagt alle gewaltsamen Zwischenfälle, welche die Feuereinstellung verletzt haben und erklärt, daß solche Handlungen militärischer Vergeltung und andere ernste Verstöße gegen die Feuereinstellung nicht geduldet werden können und daß der Sicherheitsrat weitere und wirksamere, in der Charta vorgesehene Schritte in Betracht ziehen müßte, um gegen eine Wiederholung solcher Handlungen eine Gewähr zu schaffen;

4. fordert Israel auf, von Handlungen oder Tätigkeiten, die der Resolution 237 (1967) widersprechen, Abstand zu nehmen;

5. ersucht den Generalsekretär, die Lage im Auge zu behalten und gegebenenfalls dem Sicherheitsrat Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

Mißachtung der Sicherheitsrat-Resolution 250
(Militärparade in Jerusalem)
Sicherheitsrat- Resolution 251 (1968)
2. Mai 1968

Der Sicherheitsrat, in Kenntnis der Berichte des Generalsekretärs vom 26. April (S/ 8561) und vom 2. Mai (S/8567), unter Berufung auf Resolution 250 (1968) vom 27. April 1968, bedauert zutiefst, daß Israel in Mißachtung der vom Rat am 27. April 1968 einstimmig angenommenen Resolution die Militärparade in Jerusalem am 2. Mai 1968 abgehalten hat.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

Verurteilung der neuerlichen Angriffs Israels auf Jordanien
Sicherheitsrat - Resolution 256 (1968)
16. August 1968

Der Sicherheitsrat, nach Anhörung der Erklärungen der Vertreter Jordaniens und Israels, nach Kenntnisnahme von dem Inhalt der Schreiben der Vertreter Jordaniens und Israels in den Dokumenten S/8616, S/8617, S/8721 und S/8724, unter Berufung auf seine frühere Resolution 248 (1968), welche die von Israel in flagranter Verletzung der VN-Charta und der Feuereinstellungs-Resolutionen unternommene Militäraktion verurteilt und alle Fälle von Gewalttätigkeit unter Verletzung der Feuereinstellung bedauert, in der Auffassung, daß alle Verletzungen der Feuereinstellung verhindert werden sollten, mit dem Bemerken, daß die beiden massiven Luftangriffe Israels auf jordanisches Gebiet groß angelegt und in Verletzung der Resolution 248 (1968) sorgfaltig geplant waren, in tiefer Besorgnis über die sich hieraus ergebende Verschlechterung der Lage,

1. bekräftigt seine Resolution 248 (1968), die unter anderem erklärt, daß „schwerwiegende Verstöße gegen die Feuereinstellung nicht geduldet werden können und daß der Rat weitere und wirksamere, in der Charta vorgesehene Schritte in Betracht ziehen müßte, um eine Wiederholung solcher Handlungen auszuschalten";

2. bedauert die Verluste an Menschenleben und schweren Zerstörungen von Gütern;

3. ist der Auffassung, daß vorbedachte, wiederholte militärische Angriffe die Aufrechterhaltung des Friedens gefährden;

4. verurteilt die neuerlichen militärischen Angriffe, die Israel in flagranter Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und der Resolution 248 (1968) unternommen hat, und spricht die Warnung aus, daß, falls solche Angriffe wiederholt werden sollten, der Rat die Nichtbefolgung der vorliegenden Resolution gebührend in Betracht ziehen würde.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

Rückkehrmöglichkeiten und Unterstützungen für die
Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten
Generalversammlung - Resolution 2452 (XXIII)
19. Dezember 1968

A

Die Generalversammlung, unter Berufung auf Sicherheitsrat-Resolution 237 (1967) vom 14. Juni 1967, in Bekräftigung ihrer Resolution 2252 (ES-V) vom 4. Juni 1967, unter Kenntnisnahme von dem Aufruf, den der Generalsekretär am 11. November 1968 im Besonderen Politischen Ausschuß erlassen hat, in der Überzeugung, daß das Elend der Vertriebenen am besten durch ihre schleunige Rückkehr zu ihren Häusern und zu den Lagern, die sie früher innehatten, gelindert werden könnte, unter dementsprechender Betonung der Erforderlichkeit ihrer schleunigen Rückkehr,

1. fordert die Regierung von Israel auf, wirksame unmittelbare Maßnahmen zur unverzüglichen Rückkehr der Einwohner zu ergreifen, die seit Ausbruch von Feindseligkeiten aus den Gebieten geflohen sind;

2. ersucht den Generalsekretär, die tatsächliche Ausführung der vorliegenden Resolution im Auge zu behalten und der Generalversammlung darüber Bericht zu erstatten.

B

Die Generalversammlung, unter Verweis auf ihre Resolutionen 194 (III) vom 11. Dezember 1948, 302 (IV) vom 8. Dezember 1949, 393 (V) und 394 (V) vom 2. und 14. Dezember 1950, 512 (VI) und 513 (VI) vom 26. Januar 1952, 614 (VII) vom 6. November 1952, 720 (VIII) vom 27. November 1953, 818 (IX) vom 4. Dezember 1954, 916 (X) vom 3. Dezember 1955, 1018 (XI)vom 28. Februar 1957, 1191 (XII) vom 12. Dezember 1957, 1315 (XIII) vom 12. Dezember 1958, 1456 (XIV) vom 9. Dezember 1959, 1604 (XV) vom 21. April 1961, 1725 (XVI) vom 20. Dezember 1961, 1856 (XVII) vom 20. Dezember 1962, 1912 (XVIII) vom 3. Dezember 1963, 2002 (XIX) vom 10. Februar 1965, 2052 (XX) vom 15. Dezember 1965, 2154 (XXI) vom 17. November 1966 und 2341 (XXII) vom 19. Dezember 1967, in Kenntnis des Jahresberichtes des Generalbevollmächtigten der VN-Behörde für Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für die Zeit vom 1. Juli 1967 bis zum 30. Juni 1968,

1. stellt mit tiefem Bedauern fest, daß die in Generalversammlungsresolution 194 (III), Paragraph 11, vorgesehene Repatriierung oder Entschädigung der Flüchtlinge nicht verwirklicht worden ist, daß bei dem in Resolution 513 (VI), Paragraph 2, gebilligten Programm für die Wiedereingliederung der Flüchtlinge durch Repatriierung oder Wiederansiedlung kein wesentlicher Fortschritt erzielt wurde und daß daher die Lage der Flüchtlinge weiterhin zu ernster Sorge Anlaß gibt.

(Punkte 2-8 und Absatz C würdigen die Arbeit des VN-Hilfswerks)

Verurteilung Israels wegen des Angriffs seiner Streitkräfte auf den Internationalen Zivilflughafen von Beirut
Warnung vor weiteren Schritten des Sicherheitsrats
Sicherheitsrat- Resolution 262 (1968)
31. Dezember 1968

Der Sicherheitsrat, nach Erörterung der in Dokument S/Agenda/1462 enthaltenen Tagesordnung,

in Kenntnis des Inhalts des Schreibens des Ständigen Vertreters des Libanon (Dokument S/8945), in Kenntnis der ergänzenden Mitteilung des Stabschefs des Organs der Vereinten Nationen zur Überwachung des Waffenstillstands, enthalten in den Dokumenten S/7930/Add. 107 und 108, nach Anhörung der Erklärungen des Vertreters des Libanon und des Vertreters Israels bezüglich des schweren Angriffs auf den internationalen Zivilflughafen von Beirut, mit dem Bemerken, daß die militärische Aktion der bewaffneten Streitkräfte Israels gegen den internationalen Zivilflughafen von Beirut vorsätzlich, großangelegt und sorgfältig geplant war, in tiefer Besorgnis über die sich aus dieser Verletzung der Resolutionen des Sicherheitsrats ergebende Verschlechterung der Lage, und in ernster Sorge wegen der Notwendigkeit, freien, ununterbrochenen internationalen Zivilluftverkehr zu gewährleisten,

1. verurteilt Israel wegen seiner vorsätzlichen militärischen Aktion, die es in Verletzung seiner Verpflichtungen gemäß der Charta und der Resolutionen über die Feuereinstellung begangen hat;

2. ist der Auffassung, daß derartige vorsätzliche Gewalttätigkeiten die Aufrechterhaltung des Friedens gefährden;

3. erteilt Israel die ernste Warnung, daß der Rat, wenn solche Handlungen wiederholt werden sollten, weitere Schritte

erwägen müßte, um seinen Beschlüssen Nachdruck zu verleihen;

4. ist der Auffassung, daß Libanon auf eine angemessene Entschädigung wegen der erlittenen Zerstörung, für die Israel die Verantwortung anerkannt hat, Anspruch hat.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

Israels Mißachtung von Sicherheitsrat- und Generalversammlungs-Resolutionen.
Rechtsungültigkeit israelischer Schritte zur Änderung des Rechtsstatus von Jerusalem

Sicherheitsrat- Resolution 267(1969)

3. Juli 1969

Der Sicherheitsrat, unter Berufung auf seine Resolution 252 vom 21. Mai 1968 und auf die früheren Resolutionen der Generalversammlung 2253 (ES-V) vom 4. Juli 1967 und 2254 (ES-V) vom 14. Juli 1967 betreffend durch Israel ergriffene Maßnahmen und Handlungen, welche den Rechtsstatus der Stadt Jerusalem berühren, nach Anhörung der Erklärungen der beteiligten Parteien zu dieser Frage,

in Kenntnis, daß Israel seit der Annahme der oben erwähnten Resolution weitere Maßnahmen ergriffen hat, die darauf abzielen, den Status der Stadt Jerusalem zu ändern,

in Bekräftigung des anerkannten Grundsatzes, daß Gebietserwerb durch militärische Eroberung unzulässig ist,

1. bestätigt seine Resolution 252 (1968);

2. bedauert, daß Israel den oben erwähnten Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats keinerlei Beachtung erwiesen hat;

3. tadelt aufs schärfste alle Maßnahmen, die getroffen worden sind, um den Rechtsstatus der Stadt Jerusalem zu ändern;

4. bestätigt, daß alle von Israel getroffenen legislativen und Verwaltungsmaßnahmen und Handlungen, einschließlich der Enteignung von Land und darauf befindlichen Gütern, welche darauf abzielen, den Status Jerusalems zu ändern, rechtsungültig sind und diesen Status nicht ändern können;

5. fordert Israel noch einmal eindringlich auf, sofort alle getroffenen Maßnahmen, die darauf abzielen, den Status der Stadt Jerusalem zu ändern, rückgängig zu machen und künftig alle Handlungen zu unterlassen, die eine solche Wirkung haben könnten;

6. ersucht Israel, den Sicherheitsrat ohne jede weitere Verschleppung über seine Absichten bezüglich der Durchführung der Anordnungen der vorliegenden Resolution in Kenntnis zu setzen;

7. beschließt, daß der Sicherheitsrat im Falle einer negativen oder ausbleibenden Antwort von Seiten Israels unverzüglich wieder zusammentreten wird, um zu erörtern, welche weitere Handlung in dieser Sache ergriffen werden sollte;

8. ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat über die Durchführung der vorliegenden Resolution zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Annahme.

Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser

Generalversammlung - Resolution 2672/C (XXV)

8. Dezember 1970

Die Generalversammlung, in der Erkenntnis, daß das Problem der palästinensisch-arabischen Flüchtlinge daraus entstanden ist, daß die ihnen nach der VN-Charta und der Universalen Menschenrechtsdeklaration zustehenden unverkäuflichen Rechte verweigert worden sind, unter Berufung auf ihre Resolution 2535 B (XXIV) vom 10. Dezember 1969, mit welcher sie die unveräußerlichen Rechte des Volkes von Palästina noch einmal bekräftigt hat, im Bewußtsein der Grundsätze der Rechtsgleichheit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, welche in den Artikeln 1 und 55 der VN-Charta niedergelegt sind und in jüngerer Zeit in der Erklärung über Völkerrechtsprinzipien betreffend freundliche Beziehungen und Zusammenarbeit von Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen noch einmal bekräftigt worden sind,

1. erkennt an, daß die Bevölkerung Palästinas gemäß der VN-Charta Anspruch auf Rechtsgleichheit und Selbstbestimmung hat;

2. erklärt, daß die vollständige Rücksicht auf die unveräußerlichen Rechte der Bevölkerung Palästinas eine unverzichtbare Grundvoraussetzung für die Begründung eines gerechten, dauerhaften Friedens ist.

Zwangsvertreibung palästinensischer Flüchtlinge und Zerstörung ihrer Unterkünfte durch Israel

Generalversammlung - Resolution 2792 (XXVI) C
6. Dezember 1971

Die Generalversammlung, nach Erörterung des Sonderberichts des Generalkommissars der UNRWA für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten über die Auswirkung neuerlicher durch die israelischen Militärbehörden im Gaza-Streifen durchgeführter Operationen auf Palästina-Flüchtlinge und (nach Erörterung) des Nachtrags zu (diesem Bericht), mit der Feststellung, daß sowohl der Generalsekretär als auch der Generalkommissar der UNRWA für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten ihre große Sorge über die Auswirkung dieser Operationen auf Palästina-Flüchtlinge ausgedrückt haben, bei denen Unterkünfte in Flüchtlingslagern niedergerissen und etwa 15000 Personen vertrieben wurden, manche von ihnen an Plätze außerhalb des Gaza-Streifens, unter Berufung auf die Resolution 10 (XXVI) der Menschenrechtskommission vom 23. März 1970, in welcher die Kommission alle Taktiken und Kampagnen, die darauf abzielten, die palästinensischen Flüchtlinge vom besetzten Gaza-Streifen zu deportieren, bedauerte und Israel aufforderte, unverzüglich damit aufzuhören, palästinensische Zivilpersonen vom Gaza-Streifen zu deportieren,

l. erklärt, daß die Zerstörung von Flüchtlingsunterkünften und die Zwangsvertreibung ihrer Insassen zu anderen Plätzen einschließlich Plätzen außerhalb des Gaza-Streifens den Artikeln 49 und 53 der Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 zuwiderläuft, ebenso auch dem Punkt 7 der Generalversammlungsresolution 2675 (XXV) vom 9. Dezember 1970 mit dem Titel „Grundprinzipien des Schutzes von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten";

2. bedauert diese Tätigkeiten Israels;

3. fordert Israel auf, von weiterer Zerstörung von Flüchtlingsunterkünften abzulassen und von weiterer Vertreibung von Flüchtlingen aus ihren gegenwärtigen Wohnstätten;

4. fordert Israel auf, unverzüglich wirksame Schritte einzuleiten für die Rückkehr der betroffenen Flüchtlinge zu den Lagern, von denen sie vertrieben worden sind, und angemessene Unterkünfte für ihre Versorgung zur Verfügung zu stellen;

5. ersucht den Generalsekretär, nach Konsultation mit dem Generalkommissar der UNRWA für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten so bald wie möglich, und danach, wann immer es angebracht ist, aber jedenfalls nicht später als dem Datum der Eröffnung der 27. Sitzung der General Versammlung Bericht zu erstatten über Israels Befolgung der Bestimmungen in Punkt 3 und über seine Durchführung der Bestimmungen in Punkt 4 der vorliegenden Resolution.

Nachdrückliche Aufforderung an Israel, alle Praktiken zum Schaden der Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu unterlassen
Generalversammlung -Resolution 2851 (XXVI)
20. Dezember 1971

Die Generalversammlung, geleitet von den Zwecken und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, sich bewußt der Bestimmungen der Universellen Menschenrechtsdeklaration und der Bestimmungen der Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949, unter Berufung auf die Sicherheitsratsresolutionen 237 (1967) vom 14. Juni 1967 und 259 (1968) vom 27. September 1968 wie auch auf andere einschlägige Resolutionen der Vereinten Nationen, nach Diskussion des Berichts des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken zum Schaden der Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten, in ernster Sorge wegen der Verletzungen der Menschenrechte der Einwohner der besetzten Hoheitsgebiete, in der Überzeugung, daß das Untersuchungs- und Beschützungsverfahren unentbehrlich ist, und die wirkliche Durchführung der internationalen Rechtswerke wie die vorgenannte Genfer Konvention vom 12. August 1949, welche die Beachtung von Menschenrechten bei bewaffneten Konflikten vorschreiben, zu gewährleisten, mit Bedauern feststellend, daß die einschlägigen Bestimmungen dieser Konvention von den israelischen Behörden nicht befolgt worden sind, in Erinnerung daran, daß gemäß Artikel 1 dieser Konvention die Teilnehmerstaaten sich verpflichtet haben, die Konvention nicht nur zu beachten, sondern ihre Beachtung unter allen Umständen auch zu garantieren, mit Befriedigung feststellend, daß das Internationale Rot-Kreuz-Komitee nach sorgfältiger Erwägung des Problems, die Befolgung der Genfer Konventionen vom 12. August 1949 stärker in den Griff zu bekommen, zu der Entschließung gelangt ist, daß alle Aufgaben, die nach diesen Konventionen einer Schutzmacht zufallen, als humanitäre Funktionen betrachtet werden können, und daß das Internationale Rot-Kreuz-Komitee sich bereit erklärt hat, alle die Funktionen, die in den Konventionen für die Schutzmächte in Aussicht genommen waren, auf sich zu nehmen,

1. drückt ihre aufrichtige Anerkennung aus für den Sonderausschuß zur Untersuchung israelischer Praktiken zum Schaden der Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten und für seine Mitglieder für deren Bemühungen, den Auftrag auszuführen, der ihnen übertragen worden ist;

2. fordert Israel nachdrücklich auf, unverzüglich alle Maßnahmen rückgängig zu machen und von allen Taktiken und Praktiken Abstand zu nehmen wie

a) die Annexion irgend eines Teils der besetzten arabischen Hoheitsgebiete,

b) die Begründung israelischer Siedlungen auf diesen Hoheitsgebieten und die Überführung von Teilen seiner Zivilbevölkerung in das besetzte Hoheitsgebiet,

c) die Zerstörung und das Niederreißen von Dörfern, Quartieren und Häusern und die Einziehung und Enteignung von Grundbesitz,

d) die Evakuierung, Umsiedlung, Verschleppung und Vertreibung der Einwohner des besetzten arabischen Hoheitsgebietes,

e) die Verweigerung des Rechts der Flüchtlinge und verschleppten Personen, zu ihren Heimstätten zurückzukehren,

f) die Mißhandlung und Folterung von Gefangenen und Verhafteten,

g) Massenbestrafung;

3. fordert die Regierung von Israel auf, alle Personen, die von den besetzten Hoheitsgebieten geflohen sind oder von dort deportiert oder vertrieben wurden, zu ihren Heimstätten zurückkehren zu lassen;

4. bestätigt noch einmal, daß alle Vorkehrungen, die Israel getroffen hat, um die besetzten Hoheitsgebiete einschließlich des besetzten Jerusalem zu besiedeln, vollkommen null und nichtig sind;

5. fordert die Regierung von Israel auf, voll und ganz ihren Verpflichtungen aus der Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 nachzukommen;

6. ersucht den Sonderausschuß, bis zur baldigen Beendigung der israelischen Besetzung von arabischen Hoheitsgebieten seine Arbeit fortzusetzen und wie es sich ergibt, mit dem Internationalen Rot-Kreuz-Komitee Beratungen aufzunehmen, und die Gewährleistung der Wohlfahrt und der Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Hoheitsgebieten sicherzustellen;

7. fordert die Regierung Israels auf, den Sonderausschuß zu empfangen, mit ihm zusammenzuarbeiten und ihm seine Arbeit zu erleichtern;

8. ersucht den Generalsekretär, den Sonderausschuß mit allen erforderlichen Hilfsmitteln für die fortgesetzte Ausübung seiner Aufgaben auszustatten;

9. ersucht alle Teilnehmerstaaten der Genfer Konvention vom 12. August 1949, ihr Äußerstes zu tun und sicherzustellen, daß Israel seine Verpflichtungen aus dieser Konvention beachtet und erfüllt;

10. ersucht den Sonderausschuß, dem Generalsekretär so bald wie möglich Bericht zu erstatten, und später, wann immer sich die Notwendigkeit dafür ergibt;

11. beschließt, auf der vorläufigen Tagesordnung seiner 27. Sitzung einen Verhandlungspunkt mit dem Titel „Bericht (oder Berichte) des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken zum Schaden der Menschenrechte der Bevölkerung in den Besetzten Gebieten" einzutragen.

HINWEIS: Die uns vorliegende Dokumentation für die Jahre 1947 - 1990) enthält 461 Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrates zum Nahostkonflikt. Auf Anfrage senden wir interessierten Schülern Kopien einzelner, von ihnen gewünschter Resolutionen gegen Portoerstattung zu. Bitte geben Sie die Nummer der gewünschten Resolution an.

"Auf dem Stundenplan"
Folge 34, Unabhängige Nachrichten 10/2002
UN, Postfach 400215, 44736 Bochum
www.aufdemstundenplan.de

Abdruck gestattet. Abgabe an Schüler und zur Beilage in Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang aus dem Kreis der älteren Leser dies ermöglicht. Bitte fordern Sie einen Überweisungsträger für das zur Zeit gültige Spendenkonto an. Die auf den älteren Folgen angegebenen Bankverbindungen wurden von den Banken im Rahmen des »Aufstandes der Anständigen gegen rechts« gekündigt.

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

UN • Unabhängige Nachrichten 1/2003 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

· Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher ·

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Was man für den Politik-Unterricht wissen sollte:

Verschwiegene Wahrheiten zum US-Aufmarsch am Golf

US-israelische Kriegsgründe

In seiner berühmt-berüchtigten Rede über die »Achse des Bösen« bezichtigte US-Präsident Bush den Irak, er habe sich „verschworen, Anthrax, Nervengase und Nuklearwaffen zu produzieren".

Genau ein Jahr davor, im Januar 2001, hatte jedoch der scheidende US-Verteidigungsminister William Cohen betont, daß die Streitkräfte von Saddam Hussein „keinerlei Gefahr mehr für seine Nachbarn darstellen".

Und Ende September 2002 erklärt der irakische Diktator endlich, daß man wieder Waffeninspektoren ins Land lassen werde. Trotzdem schlägt die Bush-Administration weiter die Kriegstrommeln und wirbt unbeirrbar für die Unterstützung zu einem alles entscheidenden Krieg gegen den Irak, der die ganze Nahostregion und damit die Welt in einen Strudel von Gewalt zu reißen droht.

Selbstverständlich geht es in diesem Kreuzzug nicht im geringsten um die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, wie man uns weis zu machen versucht - denn es wäre ja gerade ein solcher Krieg gegen den Irak, der den islamistisehen Fundamentalismus und seine Bereitschaft zum Terror erst recht anheizen würde! Hinzu kommt, daß die amerikanische Regierung keinerlei Beweise für die dem Irak zur Last gelegten Beschuldigungen vorweisen kann.

Die Ursachen, die einen zweiten Golfkrieg unausweichlich erscheinen lassen, sind in Wahrheit eine gefährliche Verbindung von Ideologie, Profitstreben und geopolitischem Machtpoker. Verschiedene Interessengruppen haben zur Zeit ein gemeinsames Ziel: den Sturz des irakischen Regimes. Und dies sind ihre Beweggründe:

- Die US-Regierung und die amerikanischen Erdölkonzerne wollen sich die Kontrolle und den Profit über die Erdölvorkommen in Nahost sichern, wie sie es bereits mit den fossilen Schätzen in Zentralasien getan haben (Afghanistankrieg).
- Einflußreiche israelische Politiker hegen noch immer den Traum von einem Großisrael, das sich als regionale Hegemonialmacht durchsetzen und den ganzen Nahen Osten beherrschen will. Durch ihren Einfluß auf die amerikanische Politik spannen sie die USA für ihre Zwecke ein.
- Der militärisch-industrielle Komplex lebt vom Kriegsgeschäft. Die amerikanische Rüstungsindustrie ist mit Abstand der größte Waffenproduzent und -exporteur der Welt. Bush sen., der Vater des jetzigen US-Präsidenten, ist Berater bei Carlyle, einer der weltweit größten Investmentgruppen, die starke Verflechtungen zur Rüstungsindustrie aufweist. Allein der Afghanistankrieg hat im Oktober 2001 die Summe von 2,2 Milliarden Dollar verschlungen. Die Kosten für den geplanten Golfkrieg werden auf 200 Milliarden Dollar geschätzt - und das bei einer amerikanischen Staatsverschuldung, die jedes Jahr um 450 Milliarden Dollar anwächst!
- Ein Krieg bringt bei Meinungsumfragen Punkte für die Regierung - solange er nicht verloren ist. Dank den Terroranschlägen auf Amerika (= Krieg im eigenen Land) darf sich Präsident Bush hoher Zustimmungsraten im Volk erfreuen, denn wenn ein Land von außen bedroht wird, schart es sich hinter seinen Präsidenten - selbst wenn dieser nach einem bis dahin einzigartigen Gezänk um Wählerstimmen an die Macht gekommen ist.
- Ein Krieg im Ausland lenkt von innenpolitischen Problemen ab. Die Amtszeit von Präsident Bush hat nichts Konkretes vorzuweisen außer abstürzende Börsen, die kaum mehr gestützt werden können, Wirtschaftsbetrug in bisher unbekanntem Ausmaß, wie die Bilanzfälschungen und anschließenden Konkurse von Enron oder MCI Worldcom zeigten, sowie Skandale um Pensionskassengelder. Und dann wäre da noch der 11.9.2001. Zu viele brennende Fragen bleiben offen. Zu oft wurde die Regierung beim Vertuschen ertappt, zu offenkundig hat Präsident Bush eine Untersuchung zum Einsturz der Zwillingstürme in New York verhindert. Unangenehme Fragen stehen jetzt nicht zur Debatte; alle reden nur noch vom Irak.

Der Kampf ums Öl

Mit George W. Bush hat die Erdöl-Lobby einen der ihren im Oval Office. Deshalb hat sie ihn im Wahlkampf auch massivst mit Spenden unterstützt. Der aus Texas stammende Bush-Clan ist selber mit Erdöl groß und reich geworden (Zapata Oil Company).

Auch Vizepräsident Dick Cheney hat das Öl reich gemacht. Als Chef von Halliburton, dem größten Ölfeld Dienstleistungsunternehmen der Welt, verdiente er Millionen, während der Konzern heute in Scherben liegt.
Die USA sind vom Erdöl der arabischen Staaten abhängig. Im Irak gibt es 70 bekannte Ölfelder mit einem Volumen von

112,5 Milliarden Barrel Erdöl. Damit besitzt der Irak gut 10 Prozent aller Ölreserven der Welt, und steht damit gleich an zweiter Stelle hinter Saudi-Arabien. Außerdem vermutet man, daß im Irak weitere unentdeckte Ölfelder liegen, die zusätzlich 220 Milliarden Barrel Erdöl umfassen könnten. Von den 70 bekannten Ölfeldern werden heute erst deren 15 kommerziell genutzt (eine Auswirkung der UN-Sanktionen).

Mit anderen Worten: Der Irak ist für westliche Erdölkonzerne noch weitgehend jungfräuliches Land mit einer unwiderstehlich lockenden Anziehungskraft.

Achmed Chalabi, Führer des Irakischen Nationalkongresses - die irakische Opposition im Exil - hat den Amerikanern bereits versprochen, daß nach dem Sturz Saddams unter seiner künftigen Regierung die Verträge über die Ausbeutung der neuen Ölfelder mit US-Erdölkonzernen ausgehandelt würden.

Noam Chomsky, Professor am Massachusetts Institute for Technology (MIT) und einer der wortgewaltigsten jüdischen Kritiker des amerikanischen Establishments, sieht hinter dem Säbelrasseln gegen den Irak weit Schlimmeres als bloß den Sturz von Saddam Hussein. Er glaubt, die USA planten eine drastische Dezimierung der irakischen Zivilbevölkerung, damit das Land zu einem bevölkerungsschwachen, gehorsam ölfördernden Staat wird, der für die westlichen Interessen keine Gefahr mehr darstellt.

In diesem Lichte macht eine von Madeleine Albright gemachte Aussage durchaus Sinn. Am 12. Mai 1996 sagte die damalige amerikanische UNO-Botschafterin und spätere US-Außenministerin in einem Fernsehinterview bei 60 Minutes: „Wir glauben, es ist den Preis wert.“ Sie meinte damit den durch die UNO-Sanktionen verschuldeten Tod von über einer halben Million irakischer Kinder.

Die Nahostexpertin Nita Renfrew hält die Prognosen Chomskys für durchaus möglich. Sie weist daraufhin, daß der Irak wegen seiner großen Bevölkerung und Saddams starkem Engagement für die Palästinenser den Israelis schon lange ein Dorn im Auge ist und das nicht erst seit den irakischen Scud-Raketenangriffen auf Israel während des Golfkrieges. Renfrew, die selbst in Israel gelebt hat, kennt die Großmachtgelüste des Kleinstaates aus erster Hand. Damit Erez Israel - Großisrael - seinen Einfluß vom Nil bis zum Euphrat ausdehnen kann (wie es Zionistengründer Theodor Herzl 1904 formulierte), müssen der Irak und später auch Saudi-Arabien zwingend destabilisiert werden.

Robert Fisk von der britischen Zeitung The Independent brachte es auf den Punkt: „Bushs Pläne für den Nahen Osten, die zu einem politischen Erdbeben in der arabischen Welt führen könnten, passen hervorragend zu den Träumen, die Israel bezüglich der Region hat.“

Die Vorgeschichte

Diese Pläne unterscheiden sich kaum von jenen, die Bushs Vater hegte, als er im Weißen Haus saß. Damals wurde dem Irak eine Schlinge gelegt, in der sich der irakische Diktator prompt verfing. Damals schon wurde von amerikanischer Seite gelogen. Blenden wir zurück: 1990 war der Irak nach dem langjährigen Krieg mit dem Iran finanziell ausgeblutet und wirtschaftlich ausgelaugt. Ein Krieg übrigens, den Saddam Hussein als Freund der Amerikaner focht, da er gegen das fundamentalistische Ajatollah-Regime kämpfte, das den pro-westlichen Schah von Persien gestürzt hatte.

Während der Irak von den USA finanziert und mit Waffen versorgt wurde, lieferte ‚Amerikas engster Verbündeter’ - Israel - dem iranischen Gottesstaat in den ersten zwei Kriegsjahren Waffen und chemische Kampfstoffe für mehr als eine Milliarde Dollar; Amerika drückte beide Augen zu. Die Israelis unterstützten den Iran, weil sie den Irak schwächen wollten, den sie damals schon als größtes Hindernis für ihre eigene Expansionspolitik betrachteten.

Nach dem irakisch-iranischen Krieg, der bis 1988 dauerte, versuchte Saddam Hussein, sein Land wirtschaftlich wieder aufzubauen. Das aber ging nur mit Erdöldevisen. Der Ölpreis war 1990 jedoch sehr tief, weil Kuwait sich nicht an die ausgemachten Förderquoten der OPEC hielt und damit Saddams Pläne durchkreuzte.

Außerdem warfen die Iraker dem Emirat vor, den Krieg ausgenutzt und sich an irakischen Ölvorkommen vergriffen zu haben. Konkret ging es um das Rumailah-Ölfeld, das zu 90 Prozent im Irak und zu zehn Prozent in Kuwait liegt. Kuwait, so Saddam Hussein, habe dem Irak Öl im Wert von bis zu 14 Milliarden Dollar gestohlen.

Am 25. Juli 1990 traf sich Saddam deswegen mit April Glaspie, der amerikanischen Botschafterin im Irak. Glaspie versicherte Saddam Hussein, daß Präsident Bush sen. sich nicht um den Grenzstreit mit Kuwait kümmere. Damit hatte die Botschafterin dem Irak faktisch grünes Licht für die Invasion von Kuwait gegeben. Das von der kalifornischen *Sonama State University* betreute *Project Censored* setzte diese verhängnisvolle Lüge von April Glaspie an die erste Stelle aller wichtigen Themen, die 1990 von den US-Medien übersehen oder regelrecht totgeschwiegen wurden.

Saddam Hussein schluckte den amerikanischen Köder und ließ seine Armeen eine Woche später, am 2. August 1990, in Kuwait einmarschieren. Damit hatte George Bush sen. seinen Vorwand für die Operation Wüstensturm.

Als Saddam Hussein seinen Fehler erkannte, unterbreitete er der UNO zwischen dem 10. und 19. August 1990 drei verschiedene Rückzugsvorschläge, die jedoch alle von den USA ignoriert wurden. Sie lauteten:

Der Irak zieht sich aus Kuwait zurück,

1. wenn sich Syrien aus dem Libanon und Israel aus den besetzten Palästinensergebieten zurückzögen;

2. wenn die in Saudi-Arabien zusammengezogenen US-Truppen durch UNO-Einheiten ersetzt würden und der ganze Konflikt unter Beachtung regionaler Gesichtspunkte beigelegt werde;

3. wenn der Irak das gesamte *Rumailah-Ölfeld* kontrollieren könne und ihm Zugang zum Golf von Persien gewährt werde.

Doch Präsident Bush sen. stellte sich taub und erlangte schließlich am 29. November 1990 vom UNO-Sicherheitsrat die Erlaubnis zum Golfkrieg - nachdem alle zögernden Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates durch großzügige finanzielle Zugeständnisse (sogenannte ‚Gegengeschäfte’) auf Kurs gebracht worden waren.

Operation Wüstensturm endete bereits nach drei Monaten mit dem Massaker auf der ‚Autobahn des Todes', wo amerikanische Kampfflieger Zehntausende von irakischen Soldaten zusammenschossen, als diese sich auf dem Rückzug aus Kuwait befanden. Amerikanischer Verteidigungsminister war damals Dick Cheney, der heutige Vizepräsident Paul Wolfowitz, der stellvertretende US-Verteidigungsminister, war damals Untersekretär für Politik im Verteidigungsministerium. Und statt dem Sohn saß damals der Vater im Weißen Haus. Muß man noch mehr sagen?

Das Spiel mit der Angst

Vizepräsident Dick Cheney behauptet, „der Irak arbeitet aktiv und aggressiv am Bau einer Atombombe, und die USA könnten ein Opfer von Bagdads Massenvernichtungswaffen werden (...) Es gibt keinen Zweifel, daß Saddam Hussein jetzt über Massenvernichtungswaffen verfügt. Es gibt keinen Zweifel, daß er sie ansammelt, um sie gegen unsere Freunde, gegen unsere Verbündeten und gegen uns selbst einzusetzen".

Eine Schlagzeile der Londoner Zeitung Evening Standard lautete entsprechend: 'Saddam: A-Bombe innerhalb von Monaten'. Der entsprechende Zeitungsartikel bezog sich auf einen kürzlich erschienenen Bericht des in London ansässigen *International Institute for Strategic Studies.* Wer den Bericht allerdings ganz liest, staunt nicht schlecht, steht doch in der Schlußfolgerung: „Selbst die Szenarien, die das Schlimmste annehmen gehen davon aus, daß es noch Jahre dauern wird, bis Saddam Hussein waffenfähiges Spaltmaterial wird herstellen können - falls er sich überhaupt die dazu notwendige Ausrüstung aus dem Ausland verschaffen kann." Die Kriegstreiber in den USA und in Großbritannien spielen mit den Ängsten der Bevölkerung, und die Massenmedien lassen sich willfährig für diese Demagogie einspannen.

„Meine Regierung", klagte Scott Ritter am 20. August 2002 in Washington während einer Pressekonferenz an, „baut einen Kriegsgrund gegen den Irak auf, der auf Angst und Unwissenheit basiert, was der Wahrheit und den Tatsachen total widerspricht." Ritter kennt sich aus. Für sechs Jahre war der Amerikaner nämlich Teamleiter der Waffeninspektoren im Irak, bevor er 1998 sein Amt aus Protest niederlegte. Heute übt er vehemente Kritik an den Kriegsplänen von Bush.

Doch Präsident Bush macht munter weiter. Kürzlich zitierte er einen Bericht der *Internationalen Atomenergiebehörde* in Wien und behauptete wie schon Cheney, Saddam Hussein sei nur noch sechs Monate vom Bau einer Atombombe entfernt. „Ich weiß nicht, was wir sonst noch für Beweise brauchen", rief er dabei kämpferisch in die Runde. Ein leitender Beamter der Atomenergiebehörde, der aus verständlichen Gründen anonym bleiben wollte, betonte jedoch gegenüber der amerikanischen Zeitung *American Free Press:* „Es gibt nicht genügend Beweise. Wir von der Atomenergiebehörde fühlen uns von den Amerikanern benutzt, damit sie ihre Ziele gegen den Irak vorantreiben können."

Mißbrauchte Waffeninspektoren

Genauso waren die Waffeninspektoren durch den amerikanischen Geheimdienst benutzt worden. Daß der Irak Ende 1998 die Waffeninspekteure der UNSCOM *(United Specials Commission)* nicht mehr ins Land gelassen habe, ist nämlich nur die halbe - und deshalb irreführende – ‚Wahrheit'. Scott Ritter, der alles aus erster Hand miterlebt hatte, erklärt, wie es wirklich war: „Nicht Saddam Hussein hat die Waffeninspektoren ausgewiesen, sondern Bill Clinton ließ sie aus dem Irak zurückrufen, weil er im Dezember 1998 seine 72 Stunden dauernden Luftbombardements durchführen wollte." Was war vorausgegangen?

Die Amerikaner hatten eigene Geheimdienstagenten in die Teams der Waffeninspekteure eingeschleust, mit dem Auftrag, den jeweiligen Aufenthaltsort Saddam Husseins zu ermitteln, um ihn liquidieren zu können. Das war klar gegen die Abmachung und gefährdete das Mandat der Waffeninspektoren. Dies bestätigt auch der Schwede Rolf Ekeus, der von 1991 bis 1997 die Waffeninspektionen im Irak geleitet hatte. Die Amerikaner hätten seine Leute dazu gezwungen, selber nachrichtendienstliche Informationen zu sammeln, was die Iraker sehr verärgert habe.

Ende 1998 hatte Saddam Hussein von der US-Spionage endgültig genug und setzte die Zusammenarbeit mit den angeblich neutralen Waffeninspektoren aus. Nach diplomatischen Verhandlungen wurden die Inspektoren zwar wieder ins Land gelassen, doch der neue Chefwaffeninspektor Richard Butler rief am 14. Dezember 1998 alle seine Leute wieder aus dem Irak zurück, nachdem er sich mit dem amerikanischen Sicherheitsberater Sandy Berger beraten hatte. Einen Tag zuvor nämlich hatte Bill Clinton den Befehl zur Operation Wüstenfuchs gegeben.

Am 16. Dezember 1998 begann das amerikanische Bombardement von über hundert irakischen Zielen. Darunter befanden sich jedoch nur ein Dutzend Objekte, die als mögliche Fabriken für Massenvernichtungswaffen in Frage gekommen wären; der Rest waren militärischen Anlagen und Residenzen, die der persönlichen Sicherheit Saddam Husseins dienten. Scott Ritter: „Der Zweck der Operation Wüstenfuchs war uns allen klar, die wir zuvor die bombardierten Ziele inspiziert hatten: Nicht die Massen Vernichtungswaffen des Irak waren das Ziel, sondern die Person Saddam Husseins."

Erst nach diesem dreitägigen Bombardement verweigerte der Irak den Waffeninspektoren jeglichen Zutritt, bis er die Rückkehr der Inspektoren im September 2002 wieder zusicherte. Ob sich Bush deswegen von seinen Kriegsplänen abbringen läßt, ist allerdings mehr als fraglich.

Israelische Massenvernichtungswaffen

Angeblich soll ja der Irak angegriffen werden, wenn er den Waffeninspektoren nicht alles offenbart. Es sei deshalb an dieser Stelle erwähnt, daß es noch einen weiteren Nahost-Staat gibt, der sich standhaft weigert, ausländischen Waffeninspektoren Zutritt zu gewähren. Israel, das über die fünftstärkste Armee der Welt verlügt, besitzt nachweislich ein großes Arsenal an atomaren Sprengköpfen, die bei *Dimona* in der Wüste Negev entwickelt wurden.

Israel hat bis heute die Atomwaffenkonvention nicht unterzeichnet. Niemand kennt die Größe des israelischen Arsenals an Massenvernichtungswaffen. Israel läßt auch keine Inspektionen seines friedlichen Atomprogramms zu - ganz im Gegensatz zum Irak, der die entsprechenden Verträge unterzeichnet hat und dessen Atomanlagen regelmäßig von der Internationalen Atomenergiebehörde inspiziert werden.

Deshalb wies Saddam Hussein schon im April 1990 darauf hin, daß nicht der Irak, sondern Israel als erster Nahost-Staat nukleare und chemische Massenvernichtungswaffen produziert habe. Er schlug damals sogar vor, den gesamten Nahen Osten in eine Zone zu verwandeln, die frei ist von atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffen.

Aus offensichtlichen Gründen hatte der Westen diesen Vorschlag geflissentlich überhört. Welche Gefahren von israelischen Atomwaffen ausgehen können, machte im April 2002 ein Artikel von Gordon Thomas von der Internetpublikation *Globe Intel* deutlich. Der Geheimdienstexperte berichtete, daß die Israelis auf einem Flugplatz in Galiläa zwei Flugzeugstaffeln mit taktischen Atombomben bestückt und in Alarmbereitschaft versetzt hätten, weil sie fürchteten, Syrien oder der Irak könnten in den Konflikt mit den Palästinensern eingreifen. Außerdem sollen die Golanhöhen mit Neutronenbomben aus der israelischen Atomwaffenfabrik Dimona befestigt worden sein.

Was den Irak betrifft, so betont der ehemalige Waffeninspektor Scott Ritter: „Die Wahrheit ist, daß fast alle biologischen Kampfstoffe des Iraks zusammen mit den Produktionsstätten zerstört wurden. 1998 war der Irak bis zu 95 Prozent entwaffnet. Darunter befanden sich alle Fabriken für Massenvernichtungswaffen.“ Dem pflichtet Ritters ehemaliger Chef Rolf Ekeus bei. Auch er bezweifelt, daß die USA einen Beweis für ihre diesbezüglichen Vorwürfe haben.

Und auch die von Bush gegen den internationalen Terrorismus ins Feld geführte ‚Achse des Bösen’ hält näherer Überprüfung nicht stand: Sogar in der Washington Post war am 10. September 2002 zu lesen: „Die CIA muß erst noch überzeugende Beweise für eine Verbindung des Irak zum Terrorismus finden, obwohl die Anstrengungen verdoppelt worden sind, nachrichtendienstliches Material über den Irak zu sammeln und auszuwerten.“

Die wahren Kriegstreiber

Ein ‚vorsorglicher Präventivschlag’ der USA gegen den Irak wäre in jedem Fall ein Verstoß gegen die UNO-Bestimmungen - selbst wenn der UN-Sicherheitsrat die USA dazu ermächtigen sollte. Denn in Artikel 51 steht ausdrücklich, daß eine Nation nur dann einen Erstschlag ausführen darf, wenn sie nachweislich militärisch angegriffen wird. Das aber hat der Irak bis heute nicht getan. Phyllis Bennis vom amerikanischen *Institute for Policy Studies* sagte denn auch Ende August 2002: „Wenn wir sind, was wir zu sein vorgeben - nämlich ein Rechtsstaat -, dann können wir nicht selber wie ein Schurkenstaat handeln. Wenn wir Internationales Recht nicht anerkennen, wie können wir dann erwarten, daß es andere Nationen tun?“

Und Scott Ritter fügte hinzu: „Wir haben es in den USA zugelassen, daß eine kleine Clique die Politik der Nationalen Sicherheit fremdbestimmt, um ihre eigenen, ideologisch genährten, politischen Ziele durchzusetzen. Das ist kein Kriegsgrund.“

Das sehen George Bush, Dick Cheney und ihre Mitstreiter ganz anders. Diese neokonservativen Falken teilen die gemeinsame Ansicht, „daß nämlich Amerika unerschrocken seine militärische Macht einsetzen soll - und zwar frühzeitig und häufig - um seine Interessen und Werte voranzutreiben.“ So stand es im Juni 2002 in *The Washington Monthly.*

Diese blutrünstigen Falken finden sich übrigens nicht unbedingt unter den altgedienten Militärs, sondern sind typische Lehnstuhl-Kriegsherren, die häufig nie persönlich Militärdienst geleistet haben. Gerade die hochrangigen US-Militärs sind nämlich gegen einen Krieg mit dem Irak, weil sie einen aufwendigen (man spricht von 200000 US-Soldaten) und verlustreichen Feldzug befürchten, der die arabische Welt endgültig gegen die USA aufbringen könnte. Sie glauben grundsätzlich, „daß amerikanische Truppen selber und nur im äußersten Notfall eingesetzt werden sollten - und immer in Abstimmung mit anderer Staaten“ *(The Washington Monthly).*

Die *Washington Post* verkündete am 24. Mai 2002: „Der Generalstab hat hinter den Kulissen eine entschlossene Kampagne geführt, um die Bush-Administration dazu zu bringen, ihre aggressive Haltung gegenüber dem Irak erneut zu überdenken.“

General Norman Schwarzkopf, der den ersten Golfkrieg befehligte, ist ebenso gegen einen erneuten Krieg mit dem Irak, wie US-Außenminister Colin Powell, der ehemalige Generalstabschef der US-Streitkräfte. Powells Haltung wurde vor allem von der Israellobby heftig kritisiert.

Denn die Kriegstreiber hinter Bush, Cheney und Rumsfeld gehören fast ausnahmslos der Israellobby an. Angeführt werden sie vom stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz und seinem langjährigen Mitstreiter Richard Perle, dem Vorsitzenden des Beratungsausschusses für Verteidigungspolitik im Pentagon. Sogar *The Washington Monthly* mußte in besagtem Artikel zugeben, daß die meisten dieser säbelrasselnden Politiker „leidenschaftlich pro-israelisch und pro-Likud eingestellt sind“. Der Likud ist die Partei des israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon.

Es ist fraglich, ob das amerikanische Volk auf die Stimme der Vernunft hören wird. Menschen wie Ron Paul werden wohl die einsamen Rufer in der Wüste bleiben. Der republikanische Abgeordnete des Repräsentantenhauses schrieb am 23. September 2002 in einer Kolumne: „Krieg ist die Gesundheit eines Staates. So sagt es das Sprichwort. Krieg beginnt in jedem Fall damit, daß der Staat mehr Macht erhält. Diese zusätzliche Machtfülle führt immer zu einem Verlust von Freiheit. Viele der schlimmsten Regierungsprogramme des 20. Jahrhunderts wurden in Kriegszeiten als ‚Notstand’ eingeführt und danach nie mehr abgeschafft. Krieg und übermächtige Regierungen gehen Hand in Hand. Wir aber sollten für Frieden und Freiheit kämpfen.“

(gekürzt aus »ZeitenSchrift« Nr. 36/2002, Balwil, Schweiz)

"Auf dem Stundenplan"

Folge 35, Unabhängige Nachrichten 1/2003
UN, Postfach 400215, 44736 Bochum
www.aufdemstundenplan.de

Abdruck gestattet. Abgabe an Schüler und zur Beilage in Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang aus dem Kreis der älteren Leser dies ermöglicht. Bitte fordern Sie einen Überweisungsträger für das zur Zeit gültige Spendenkonto an. Die auf den älteren Folgen angegebenen Bankverbindungen wurden von den Banken im Rahmen des »Aufstandes der Anständigen gegen rechts« gekündigt.

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

UN - Unabhängige Nachrichten 5/2003 - Seiten 5 - 6

Auf dem Stundenplan

36. FOLGE

· Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher ·

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

Der Irak-Krieg und das Völkerrecht:

»Angriffskrieg ist ein Verbrechen gegen den Weltfrieden«

Resolution 3314
der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14.12.1974:

Die Generalversammlung,

aufgrund der Tatsache, daß es eines der grundlegenden Zwecke der Vereinten Nationen ist, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken,

eingedenk dessen, daß der Sicherheitsrat gemäß Artikel 39 der Charta der Vereinten Nationen feststellen soll, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt, und daß er Empfehlungen abgeben oder beschließen soll, welche Maßnahmen aufgrund der Artikel 41 und 42 zu treffen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen,

ebenfalls eingedenk der Pflicht der Staaten aufgrund der Charta, ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizulegen, um den Weltfrieden, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht zu gefährden,

in der Erwägung, daß, da die Aggression die schwerste und gefährlichste Form der unrechtmäßigen Gewaltanwendung ist, die wegen der durch die Existenz von Massenvernichtungswaffen aller Art geschaffenen Lage die mögliche Gefahr eines weltweiten Konflikts und all seiner verheerenden Folgen mit sich bringt, der Begriff Aggression zum gegenwärtigen Zeitpunkt definiert werden sollte,

unter erneuter Bestätigung der Pflicht der Staaten, keine Waffengewalt mit dem Ziel anzuwenden, Völkern ihr Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit zu entziehen oder die territoriale Unversehrtheit zu verletzen,

ebenfalls unter erneuter Bestätigung dessen, daß das Hoheitsgebiet eines Staates nicht dadurch verletzt werden darf, daß es, wenn auch nur vorübergehend, Gegenstand einer militärischen Besetzung

Lesen Sie aufmerksam die Definition der Begriffe Aggression und Angriffskrieg (Artikel 1 - 5), wie sie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet worden ist.

Bilden Sie sich aufgrund dieser Definition ein Urteil zur Frage der Recht- oder Unrechtmäßigkeit des US-Krieges gegen den Irak.

Bewerten Sie im Lichte dieser UNO-Resolution, hier besonders Artikel 3 f, die Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der Gewährung von Überflugsrechten und der Duldung der Angriffshandlungen vom Boden der Bundesrepublik Deutschland aus.

Beantragen Sie eine Projektstunde zu diesem Thema und formulieren Sie Ihre Beurteilung und Ihre Forderungen für Ihre staatsbürgerliche und politische Arbeit in Schule und Öffentlichkeit.

oder sonstiger Gewaltmaßnahmen durch einen anderen Staat unter Verletzung der Charta wird, und daß es nicht Gegenstand eines Erwerbs durch einen anderen Staat infolge solcher Maßnahmen oder deren Androhung werden darf,

ebenfalls unter erneuter Bestätigung der Bestimmungen der Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten gemäß der Charta der Vereinten Nationen,

in der Überzeugung, daß die Annahme einer Definition des Begriffs Aggression im Ergebnis einen abschreckenden Einfluß auf einen potentiellen Angreifer ausübt, die Feststellung von Angriffshandlungen und die Durchführung vereinfacht und auch den Schutz der Rechte und berechtigten Interessen des Angegriffenen und die Leistung von Hilfe diesem gegenüber erleichtert,

in der Auffassung, daß, obwohl die Frage, ob eine Angriffshandlung begangen worden ist, unter Be-

rücksichtigung der Umstände jedes einzelnen Falles geprüft werden muß, es trotzdem wünschenswert ist, Grundprinzipien zur Orientierung bei einer solchen Feststellung aufzustellen,
nimmt folgende Definition an:

ARTIKEL 1
Aggression bedeutet Anwendung von Waffengewalt durch einen Staat gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates oder auf eine andere mit der Charta der Vereinten Nationen nicht vereinbare Art und Weise, wie sie in dieser Definition aufgeführt ist.

ARTIKEL 2
Wendet ein Staat als erster Waffengewalt unter Verletzung der Charta an, so stellt dies einen Beweis des ersten Anscheins für eine Angriffshandlung dar, obwohl der Sicherheitsrat gemäß der Charta zu dem Schluß gelangen kann, daß eine Feststellung, es sei eine Angriffshandlung begangen worden, nicht gerechtfertigt wäre angesichts anderer bedeutsamer Umstände, einschließlich der Tatsache, daß die betreffenden Handlungen oder ihre Folgen nicht von ausreichender Schwere sind.

ARTIKEL 3
Jede der folgenden Handlungen gilt, ohne Rücksicht auf eine Kriegserklärung, vorbehaltlich und entsprechend den Bestimmungen in Artikel 2 als Angriffshandlung:
a) Die Invasion oder der Angriff durch die Streitkräfte eines Staates auf das Gebiet eines anderen Staates, oder jede auch noch so vorübergehende militärische Besetzung als Folge einer solchen Invasion oder eines solchen Angriffs, oder jede gewaltsame Einverleibung des Hoheitsgebietes eines anderen Staates oder eines Teils davon;
b) Die Beschießung oder Bombardierung des Hoheitsgebietes eines Staates durch die Streitkräfte eines anderen Staates, oder die Anwendung von Waffen jeder Art durch einen Staat gegen das Hoheitsgebiet eines anderen Staates;
c) Die Blockade der Häfen oder Küsten eines Staates durch die Streitkräfte eines anderen Staates;
d) Ein Angriff durch die Streitkräfte eines Staates gegen die Land-, See- oder Luftstreitkräfte oder die See- und Luftflotte eines anderen Staates;
e) Der Einsatz von Streitkräften eines Staates, die sich im Hoheitsgebiet eines anderen Staates mit dessen Zustimmung befinden, unter Verstoß gegen die in der Zustimmung vorgesehenen Bedingungen, oder jede Verlängerung ihrer Anwesenheit in diesem Gebiet über das Ende der Zustimmung hinaus;
f) Die Handlung eines Staates, die in seiner Duldung besteht, daß sein Hoheitsgebiet, das er einem anderen Staat zur Verfügung gestellt hat, von diesem anderen Staat dazu benutzt wird, eine Angriffshandlung gegen einen dritten Staat zu begehen.

ARTIKEL 4
Die obige Aufzählung der Handlungen ist nicht erschöpfend; der Sicherheitsrat kann feststellen, daß andere Handlungen ebenfalls eine Aggression nach den Bestimmungen der Charta darstellen.

ARTIKEL 5
Keine Überlegung irgendwelcher Art, ob politisch, wirtschaftlich, militärisch oder sonstwie, kann als Rechtfertigung für eine Aggression dienen. Ein Angriffskrieg ist ein Verbrechen gegen den Weltfrieden. Eine Aggression führt zu internationaler Verantwortung. Kein sich aus einer Aggression ergebender Gebietserwerb oder besonderer Vorteil wird als rechtmäßig anerkannt oder darf als rechtmäßig anerkannt werden.

Raum für eigene Anmerkungen

HINWEIS: Siehe dazu auch »Auf dem Stundenplan« Folge 35, Verschwiegene Wahrheiten zum US-Aufmarsch am Golf

Auf dem Stundenplan
Folge 36, Unabhängige Nachrichten 5/2003
UN, Postfach 400215, 44736 Bochum
www.aufdemstundenplan.de
Abdruck gestattet. Abgabe an Schüler und zur Beilage in Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang aus dem Kreis der älteren Leser dies ermöglicht. Bitte fordern Sie einen Überweisungsträger für das zur Zeit gültige Spendenkonto an. Die auf den älteren Folgen angegebenen Bankverbindungen wurden von den Banken im Rahmen des »Aufstandes der Anständigen gegen rechts« gekündigt.
Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

UN - Unabhängige Nachrichten 11/2003 · Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

37. FOLGE

· Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher ·

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

Helden unseres Volkes:

Der einzige Träger der höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnung

Stuka-Oberst Hans-Ulrich Rudel - der »Adler der Ostfront«

Jugendjahre und Ausbildung

Hans-Ulrich Rudel wurde am 2. Juli 1916 im niederschlesischen Konradswaldau als Sohn eines evangelischen Pastors geboren. Nach einer von vielen sportlichen Aktivitäten gezeichneten Jugend, machte er 1936 sein Abitur am Humanistischen Gymnasium in Lauban. Am 4. Dezember 1936 trat



Rudel mit der höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnung; auch die Goldene Frontflugspange mit Anhänger 2000 und Brillanten trägt er bis Kriegsende als einziger Schlachtflieger.

Stolz auf Kriegsverbrechen:

Andere Völker ehren nicht nur ihre ehrenhaften Soldaten, sie errichten sogar Denkmäler für Kriegsverbrecher wie den Schlächter Harris, der Dresden verbrennen ließ. Im Jahre 2003 erinnern die Briten mit einer Sondermarke an den 60. Jahrestag ihres Terrorangriffs mit der Bombardierung der Talsperren in Westfalen:



Insel Man (MiR 5/03)

2003, 9. Mai. Blockausgabe: 60. Jahrestag der Bombardierung von Talsperren in Westfalen. Odr.; gez. Ks 13¼.

avk) Bomber Avro Lancaster über Möhne-Talsperre (16./17.5.1943) avl

1057	2 £ mehrfarbig	avk	6,—	6,—
Block 48	(170 × 75 mm)	avl	6,—	6,—
		FDC		7,—

er als Freiwilliger in die Luftwaffe ein. Nach der Grundausbildung und der Flugzeugführerschule kam er, inzwischen zum Oberfähnrich befördert, im Juni 1938 zur I. Staffel des Sturzkampfgeschwaders 168 nach Graz-Thalerhof. Am 1. Dezember 1938 wurde er zur Aufklärerschule nach Hildesheim versetzt. Seine Beförderung zum Leutnant erfolgte am 1. Januar 1939.

Erste Kriegsjahre

Im Polenfeldzug flog er als Beobachter und wurde am 10. November 1939 mit dem EK II ausgezeichnet. Am 2. März 1940 erfolgte seine Versetzung zum Fliegerausbildungsregiment 43 nach Wien-Stammeersdorf, dann nach Crailsheim, wo er als



Vor, während und nach dem Krieg mit Beinprothese ein ausgezeichneter Sportler: Rudel betrieb Zehnkampf, Skifahren, Fußball und weitere Sportarten. Hier 1943.

Regimentsadjutant tätig wurde. Ständig schrieb er Versetzungsgesuche, weil er zu den Sturzkampffliegern wollte.
Nach dem Frankreichfeldzug des Jahres 1940 wurde er zum Sturzkampf-Geschwader 168 rückversetzt. 1940 erfolgte auch seine Beförderung zum Oberleutnant. Statt am Balkanfeldzug teilzunehmen, wurde er während dieser Zeit zur Ergänzungsstaffel nach Graz abkommandiert. Im April 1941 kam er zum Sturzkampf-Geschwader nach Griechenland.

Kampf gegen die Sowjetunion

Mit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion kam er durch einen Zufall an die Ostfront und flog am 23. Juni 1941 seinen ersten Einsatz und noch drei weitere an diesem Tag. Am 18. Juli 1941 wurde er bereits mit dem EK l und der Frontflugspange in Gold ausgezeichnet. Im September 1941 folgte der Ehrenpokal der Luftwaffe. Noch im selben Monat versenkte er das sowjetische Schlachtschiff »Marat«. Am 8. Dezember 1941 wurde er mit dem Deutschen Kreuz in Gold ausgezeichnet. Bis zum Januar 1942 hatte er bereits mehr als 500 Feindflüge hinter sich und erhielt dafür am 6. Januar 1942 das Ritterkreuz von seinem Kommandierenden General Freiherr von Richthofen. Im Frühjahr 1942 konnte er sich in Graz erholen und wurde danach ab Sommer 1942 über der Krim eingesetzt. Im Oktober 1942 flog er seinen 650. Einsatz. Am 25. November 1942 führte er an einem Tag 17 Einsätze durch, mehr als jeder Flugzeugführer im 2. Weltkrieg. Am 10. Februar 1943 vollendete er als erster Flugzeugführer der Welt seinen 1000. Feindflug.

Schrecken der sowjetischen Panzerverbände

Danach kam er zu einem Sonderkommando nach Brjansk, in dem Stukas vom Typ JU 87 mit 3,7-cm-Kanonen zur Panzerbekämpfung erprobt wurden. In der nun folgenden Zeit wurde er zum Schrecken der sowjetischen Panzer. Er ließ sich zu seiner alten Einheit, dem St.G2 »Immelmann«, rückversetzen. Am 1. April 1943 wurde er zum Hauptmann befördert. Nur zwei Wochen später erhielt er das Eichenlaub. Am 14. Juli 1943 wurde er Kommandeur der III. Gruppe seines Geschwaders und am 24. Juli 1943 flog er seinen 1200. Einsatz, am 12. August 1943 bereits seinen 1300. Bis zu seinem 1500. Feindflug am 19. Oktober 1943 hatte er bereits 60 Panzer vernichtet. Am 25. November 1943 wurde er mit den Schwertern ausgezeichnet. Am 1. März 1944 Beförderung zum Major.

Zwölf Kameraden - sechs Stuka-Besatzungen - rettete der von den Ostfrontlandsern genannte »Tapferste der Tapferen« vor Gefangenschaft oder Tod. Am 20. März 1944 landete er in feindlichem Gebiet, um abgeschossene Kameraden herauszufliegen, geriet in russische Gefangenschaft, flüchtete mit Schulterschuß rund 50 km durch sowjetisches Hinterland und erreichte wieder die deutschen Linien. Bereits zwei Tage nach seiner Rückkehr flog er wieder. Am 29. März 1944, nach mehr als 1800 Einsätzen, erhielt er die Brillanten. Am 1. Juni 1944 der 2000. Einsatz; dafür wurde er zwei Tage später mit der Frontflugspange in Gold mit Brillanten ausgezeichnet. Am 1. August 1944 übernahm er das Schlachtgeschwader 2 »Immelmann« als Kommodore und am 6. August 1944 schoß er seinen 300. Panzer ab. Am l. September 1944 wurde er bereits zum Oberstleutnant befördert. Im Kreml hatte man inzwischen 100.000 Rubel auf seinen Kopf ausgesetzt. Am 17. November 1944 verwundet, flog er mit einem Gipsverband weiter und erreichte am 22. Dezember 1944 den 2400. Einsatz und vernichtete einen Tag später seinen 463. Panzer.

Mit blutendem Stumpf im Kampf für die Heimat

Über dreißigmal durch Erdabwehr - kein einziges Mal von Jägern - abgeschossen, fünfmal verwundet, wurde der passionierte Sportler am 8. Februar 1945 durch einen Flak-Volltreffer so schwer verletzt, daß man ihm das rechte Bein amputieren mußte. In den letzen Kriegswochen führte er mit dem noch nicht völlig verheilten blutigen Stumpf seine Einsätze durch. Nach der »bedingungslosen Kapitulation« der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 flog er mit seiner Maschine aus Böhmen ab und landete bei den Amerikanern in Kitzingen am Main. Da hatte er 2.530 Feindflüge hinter sich, 519 sowjetische Panzer und unzählige Fahrzeuge, Artillerie-, Pak- und Flak-Stellungen sowie Brücken und Panzerzüge vernichtet. Er allein (!).
Rudel kam in westalliierte Gefangenschaft und wurde im April 1946 aus dem Lazarett in Fürth entlassen.



8. Juni 1958 in Malmö, Schweden: Der Sportsmann Rudel gratuliert seinem Freund und damaligen Trainer der Nationalelf Sepp Herberger zum 3:1-Sieg gegen Argentinien.

Die Nachkriegsjahre

Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft baute Rudel in Coesfeld ein Fuhrunternehmen auf, ehe er 1948 nach Argentinien auswanderte. Er kehrte aber 1951 nach Deutschland zurück. Oberst Rudel, schon vor dem Kriege ein erfolgreicher Sportler, konnte in den Nachkriegsjahren trotz Beinprothese unzählige Sportsiege, auch gegen gesunde Wettkämpfer, erringen. Als Alpinist errang er internationale Anerkennung. Höhepunkt dieser Leistungen war die Erstbesteigung des 6.920 m hohen Llullay-Yacu in den Anden, des höchsten Vulkans der Erde.

Mit eisernem Willen bezwang der als Industrieberater tätige Rudel die schlimmsten Auswirkungen eines Schlaganfalles, den der Alkohol- und Nikotingegner beim Skitraining 1970 erlitt - getreu seines Kampfspruches, den er sich in aussichtslosen Lagen im Krieg zueigen gemacht hatte:

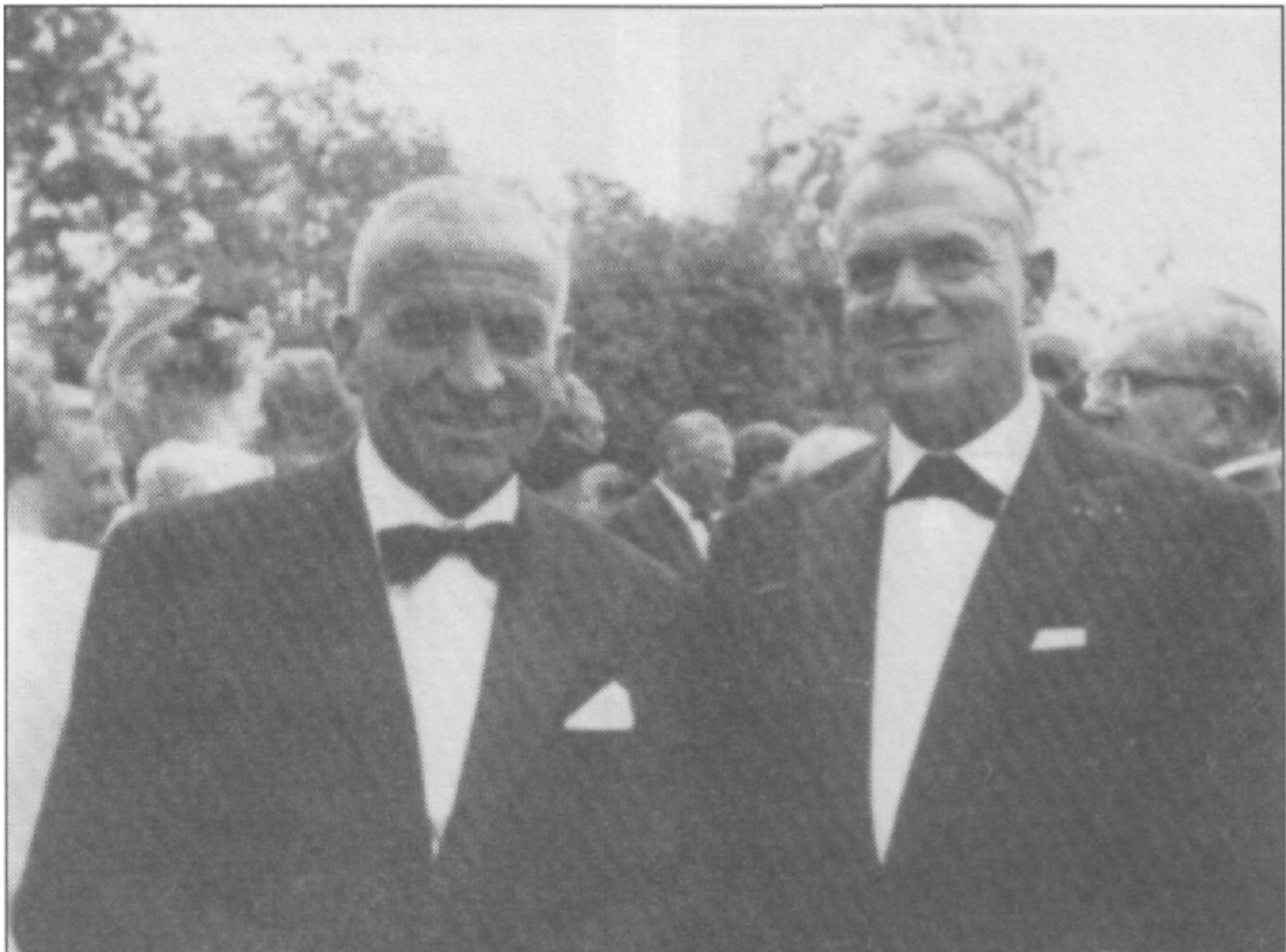
»Verloren ist nur, wer sich selbst aufgibt!«

Anerkennung durch Freund und Feind

Am 1. Januar 1945 sagte der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht in Anwesenheit der Befehlshaber aller Wehrmachtsteile zum damaligen Oberstleutnant Hans-Ulrich Rudel:

»Sie sind der größte und tapferste Soldat, den das deutsche Volk hat und je gehabt hat. Ich habe mich daher entschlossen, eine neue - nun allerhöchste - Tapferkeitsauszeichnung zu schaffen, das Goldene Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Ich verleihe es ihnen hiermit und befördere sie gleichzeitig zum Oberst.«

»Rudel ersetzt alleine eine ganze Division!«, sagte Generalfeldmarschall Ferdinand Schörner.



Eine Fliegerfreundschaft: Rudel mit seinem einstigen Rivalen Pierre Clostermann in Bayreuth, 1968.

Ein hochdekorierter, kriegsversehrter russischer Offizier beurteilte die Leistungen seines ehemaligen Gegners mit den Worten: »Rudel ist der größte Flieger, den die Geschichte kennt!«
Und Pierre Clostermann, erfolgreichster Jagdflieger Frankreichs, Träger höchster französischer und britischer Tapferkeitsauszeichnungen, schrieb im Vorwort zu einem Buch über Rudel u.a.:
»Wie schade, daß er nicht unsere Uniform getragen hat!« Clostermann und Rudel verband nach dem Kriege eine enge Freundschaft, die auf gegenseitiger Hochachtung vor dem kämpferischen Einsatz, der Leistung, Vaterlandsliebe und den charakterlichen Eigenschaften beruhte.

Hans-Ulrich Rudel starb am 18. Dezember 1982 in Rosenheim. In den ersten Jahren stattfindende, große Gedenkveranstaltungen wurden durch Polizei und die Gemeinde, in der er seine letzte Ruhestätte fand, im Laufe der Zeit unmöglich gemacht - die trotzdem noch heute jährlich im Stillen niedergelegten Ehrenkränze werden durch die Friedhofsverwallung ihrer Schleifen samt Inschriften beschnitten.

Weil Rudel sich nach dem Kriege selbst treu blieb und sich nun politisch für sein entehrtes, daniederliegendes Volk und Vaterland einsetzte, wurde er zu Lebzeiten von den in der Bundesrepublik tonangebenden Politikern und Medien gemieden und noch nach seinem Tode verunglimpft:



Winter 1969: Familienvater Rudel mit Ursula und Sohn Christoph.

Einige seiner Bücher, aus denen Charakter, Einsatz- und Opferbereitschaft der deutschen Soldaten hervorleuchten und die der Jugend als Vorbild dienen könnten, wurden von der Zensurbehörde »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPS)« in den Jahren 1960 bis 1989 als »jugendgefährdend« indiziert, weil solche Wertvorstellungen jugendliche Leser »sozialethisch verwirren« könnten.

So bleibt den Verfassern bundesdeutscher Schulgeschichtsbücher nichts anderes übrig, als den Lebensweg dieses deutschen Mustersoldaten totzuschweigen. Angesichts der sich immer steigernden Hetze gegen das deutsche Soldatentum sei betont, daß Rudel zwar das leuchtendste Beispiel eines deutschen Soldaten darstellt, aber durch seine Kriegsleistungen und Tadellosigkeit zugleich auch Zeugnis davon ablegt, wie Verhalten und Leistung der deutschen Frontsoldaten historisch zu beurteilen sind.

Bild- und Textquellen sowie für das weitere Studium:

Ralf Brunner: »Trotzdem - Hans-Ulrich Rudel« in »Volk in Bewegung«, Ausgabe 1/2001

Günther Just: »Stuka-Oberst Hans-Ulrich Rudel; Bilder und Dokumente«, 6. Auflage 1977, Motorbuch Verlag Stuttgart

Hans-Ulrich Rudel: »Mein Kriegstagebuch - Aufzeichnungen eines Stukafliegers«, 2. Auflage 1987, Limes Verlag Niedermayer und Schlüter GmbH

Eine Auswahl weiterer Stundenplanfolgen, insbesondere zur Aufarbeitung von Geschichtslügen über Deutschland:

Auf dem Stundenplan

Folge 37, Unabhängige Nachrichten 11/2003

UN, Postfach 400215, 44736 Bochum

www.aufdemstundenplan.de

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

UN - Unabhängige Nachrichten 5/2004 - Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

· Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher ·

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

38. FOLGE

Der US-Krieg gegen den Irak wirft Fragen auf:

Waren die USA am II. Weltkrieg genau so schuldig?

Die Schuld der USA an den beiden Irak-Kriegen dürfte mittlerweile jedem klar sein.

Die moderne Nachrichtentechnik bringt es mit sich, daß Kriegspläne, Vorbereitungen, Kriegsursachen und Kriegsschuld sehr schnell und weltweit bekannt werden. Die Macht der Lügenpropaganda, mit der die Menschen und Völker früher von den jeweiligen Siegern über -zig Jahre einseitig desinformiert, beeinflußt und im Sinne der Sieger umerzogen wurden, ist durch die Unzensierbarkeit des elektronischen Weltnetzes gebrochen worden. Nur durch diese frühere Medienherrschaft der Sieger ist es zu erklären, daß sich in den Köpfen der Menschen die Alleinkriegsschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg festgesetzt hat.

Waren die USA am Zweiten Weltkrieg völlig unschuldig?

Zuvor einige Fakten:

Am 1. 9. 1939 marschierte die Großdeutsche Wehrmacht in Polen ein. Die Gründe dafür müssen extra behandelt werden, da wir uns hier auf den Schuldanteil der USA beschränken.

Am 3. 9.1939 erklärten Großbritannien und Frankreich, zu denen damals noch ihre Kolonien in Afrika sowie Indien, Australien und Kanada gehörten, Deutschland den Krieg. Damit war aus einem deutsch-polnischen Konflikt der Zweite Weltkrieg geworden. Die USA waren offiziell noch neutral.

Am 7. 12. 1941 überfiel Japan die US-Pazifikflotte in Pearl Harbor (vgl. »Auf dem Stundenplan« Folge 31). Daraufhin erklärte Deutschland gemäß seinen Bündnisverpflichtungen gegenüber Japan den USA den Krieg. Was aber war all dem vorausgegangen?

Zitate zur Kriegsschuld

Wir veröffentlichen nachfolgend ohne jeden Kommentar Zitate zu diesem Thema und hoffen, damit zum Nachdenken anzuregen. Den Schuldanteil anderer Mächte, die Deutschland schon 1933 den Krieg erklärten (vgl. »Auf dem Stundenplan« Folge 14) klammern wir hier aus, um uns auf die Rolle der USA zu konzentrieren.

US-Präsident Franklin D. Roosevelt schrieb Anfang Februar 1938 in einem privaten Brief an Lord Elibank,


Von Roosevelt bis Bush:

Bemerkenswerte Parallelen

daß er mit Leib und Seele darauf hinwirke, »die amerikanische Öffentlichkeit dazu zu erziehen, sich einem Kreuzzug gegen Hitler anzuschließen.«. (1, S. 147)

Der polnische Botschafter in Washington, Jerzy Potokki, am 9. 2. 1938 in einer Depesche nach Warschau: »Der Druck der *einflußreichen Kreise* auf Präsident Roosevelt und auf das State Department wird immer mächtiger. *Sie* sind gegenwärtig die Anführer einer Kriegspsychose, die die ganze Welt in einen Krieg stürzen und zu einer allgemeinen Katastrophe führen würde. Diese Gemütsverfassung wird immer offensichtlicher. In ihrer Definition der demokratischen Staaten haben *sie* ebenfalls ein totales Chaos geschaffen: *Sie* haben die Idee der Demokratie und des Kommunismus miteinander vermischt und darüber das Banner des flammenden Hasses gegen den Nazismus gehißt. Dieser Haß ist zur Manie geworden. Er wird überall und bei jeder Gelegenheit verbreitet: in den Theatern, den Kinos, der Presse. Die Deutschen werden als eine Nation dargestellt, die unter der Arroganz Hitlers leben, der die ganze Welt erobern und die gesamte Menschheit in einen Ozean von Blut hinabstürzen will. In Gesprächen mit der Presse habe ich mich wiederholt gegen die unerbittliche und überzeugte Auffassung verwahrt, daß Krieg unvermeidlich sei. Diese internationalen *Kräfte* nützen jede Art von Propaganda aus, gegen jede Tendenz hinsichtlich einer Bereinigung und Verständigung zwischen den Nationen zu opponieren. Auf diese Weise wächst ständig aber sicher in der öffentlichen Meinung die Überzeugung, daß die Deutschen und ihre Satelliten in der Form des Faschismus Feinde sind, die von der „demokratischen Welt“ unterworfen werden müssen.« (3, S. 36)

Aus einem geheimen Schreiben des polnischen Botschafters in den USA, Jerzy Potocki, vom 12. 1. 1939 an seinen Außenminister:
»Die Stimmung, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten herrscht, zeichnet sich durch einen immer zunehmenden Haß gegen den Faschismus aus. Die Propaganda ist vor allem in *antideutschen* Händen, ihnen gehört fast zu 100% das Radio, der Film, die Presse und Zeitschriften. Die Lage hierzulande bildet ein ausgezeichnetes Forum für alle Art Redner und für die Emigranten aus Deutschland und der Tschechoslowakei, die an Worten nicht sparen, um durch die verschiedensten Verleumdungen das hiesige Publikum aufzuhetzen. (...) Es ist sehr interessant, daß in dieser sehr gut durchdachten Kampagne, die hauptsächlich gegen den Nationalsozialismus geführt wird, Sowjetrußland fast ganz ausgeschaltet ist. Wenn es überhaupt erwähnt wird, so tut man es in freundlicher Weise und stellt die Dinge so dar, als ob Sowjetrußland mit dem Block der demokratischen Staaten zusammenhinge. (...) Außer dieser Propaganda wird auch noch künstlich eine Kriegspsychose geschaffen: Es wird dem amerikanischen Volk eingeredet, daß der Frieden nur noch an einem Faden hängt, ein Krieg sei unvermeidlich. Dabei wird dem amerikanischen Volk unzweideutig klargemacht, daß Amerika im Falle eines Weltkrieges auch aktiv vorgehen müßte, um die Losungen von Freiheit und Demokratie in der Welt zu verteidigen. Der Weg war ganz einfach, man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, andererseits mußte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalen Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Das ganze Problem wird auf mysteriöse Art bearbeitet: Roosevelt sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden, um die Außenpolitik Amerikas zu beleben und auf diesem Wege zugleich die kolossalen militärischen Vorräte für den künftigen Krieg zu schaffen, dem die *Kriegstreiber* mit vollem Bewußtsein zustreben.“ (3, S. 36 f)

Die »Washington Post« schrieb vier Monate vor Kriegsausbruch, am 11. April 1939:

»Es ist nun Sache der Vereinigten Staaten, die Führung in der Bekämpfung der Diktatoren zu übernehmen, sei es durch Drohungen, sei es, wenn dies nicht ausreicht, durch Krieg.« (1, S. 65)

»Wiegand, der älteste der amerikanischen Journalisten in Europa, erzählt, daß er am 25. April 1939 zum amerikanischen Botschafter in Paris, Bullitt, gerufen wurde, der ihm erklärte: „Der Krieg in Europa ist eine beschlossene Sache. Amerika wird in den Krieg eintreten, nach Frankreich und Großbritannien.“ Dies wird durch die White House Papers von Harry Hopkins bestätigt, wonach Winston Churchill um dieselbe Zeit zu Bernard Baruch gesagt hat: „Der Krieg kommt nun sehr bald. Wir werden hineinsteigen und sie (die Vereinigten Staaten) werden es auch tun. Sie (Baruch) werden die Sache drüben machen, aber ich werde hier aufpassen.“« (2, S. 351)

US-General Wedemeyer: »Die Kriegsvorbereitungen der Regierung und ihre unfreundlichen Aktionen, die darauf berechnet waren, die Achsenmächte zur Kriegserklärung gegen uns zu provozieren, waren zungenfertig als Maßnahmen erklärt worden, die uns aus dem Krieg heraushalten sollten, indem sie Großbritannien und Rußland stärkten.« (1, S. 70)

Am 6. 7. 1939 faßte der Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, Graf Szembek, die Eindrükke des aus Washington zurückgekehrten polnischen Botschafters, Graf Jerzy Potocki, wie folgt zusammen:
»Im Westen gibt es allerlei Elemente, die offen zum Kriege treiben; die (...), die Großkapitalisten, die Rüstungsfabrikanten. Alle stehen heute vor einer glänzenden Konjunktur, denn sie haben einen Ort gefunden, den man in Brand stecken kann: Danzig; und eine Nation, die bereit ist zu kämpfen: Polen. Auf unserem Rücken wollen sie Geschäfte machen. Die Zerstörung unseres Landes würde sie gleichgültig lassen. Im Gegenteil: da später alles wieder aufgebaut werden müßte, würden sie auch daran verdienen.“ (2, S. 353)

Am 26. 8. 1939 berichtete der britische Botschafter in Washington, Lindsay, über ein Gespräch mit Roosevelt, demzufolge der US- Präsident »angesichts der Aussicht auf einen neuen Weltkrieg in Ekstase geraten sei.«
»Roosevelt versicherte Lindsay ebenfalls, er werde deutsche Schiffe unter falschen Vorwänden anhalten und sie auf Waffen hin untersuchen, so daß sie unter Umständen, die man zwischen Amerika und England genau festlegen könne, den Briten mühelos in die Hände fielen. Der britische Botschafter war persönlich betroffen, daß der Präsident eines so bedeutenden Landes heiter und erfreut über eine Tragödie sein konnte, die alle Menschheitshoffnungen zu vernichten schien. Er berichtete: „Roosevelt sprach in einem Ton fast teuflischer Freude. Ich mag mich irren, aber die ganze Geschichte kam mir vor wie ein Schulbubenstreich.“« (2, S. 354)

Der Marineminister der USA, James Forrestal, beschreibt in seinen Tagebüchern »The Forrestal Diaries« auf Seite 122 die Auffassung des US-Botschafters in London, Joseph Patrick Kennedy (Vater des Präsidenten):
»Weder die Franzosen noch die Briten würden Polen zum Kriegsgrund gemacht haben, wenn nicht dauernd von Washington gedrängt worden wäre. (Neither the French nor the British would have made Poland a cause of war, if it had not been for the constant needling from Washington.)« »Chamberlain, sagte er (Kennedy), erklärte, daß Amerika und (...) England in den Krieg gezwungen haben. (Chamberlain, he says, stated that America and the (…) had forced England into war.“ (1, S. 223)

Am 10. 1. 1941 hatte Roosevelt seinen maßgeblichen Berater Harry Hopkins in geheimer Mission nach London entsandt, in deren Verlauf Hopkins dem britischen Kriegspremier Winston Churchill »mit leuchtenden

Augen und verhaltener Leidenschaft« erklärte:

»Der Präsident ist entschlossen, daß wir gemeinsam den Krieg gewinnen. Zweifeln Sie nicht daran. Er hat mich hierher gesandt, um Ihnen zu sagen, daß er Sie um jeden Preis und mit allen Mitteln durchbringen wird, gleichgültig, was ihm geschieht - es gibt nichts, was er nicht tun wird, soweit es in seiner Macht steht.« (2, S. 356)

Im März 1941 beschloß der US-Kongreß das »Pacht- und Leihgesetz«. Dies war ein weiterer Schritt weg von der Neutralität der USA: »Nur sie (die USA) hatten die industrielle Kraft, den faschistischen Staaten materiell zu trotzen und sowohl die eigenen Truppen auszurüsten als auch die der bankrotten Alliierten mit dem einzigartigen Leih- und Pachtgesetz zu unterstützen. Das im März 1941 vom amerikanischen Kongreß beschlossene Leih- und Pachtgesetz bevollmächtigte den US-Präsidenten, Kriegsmaterial und Lebensmittel an alliierte Länder zu liefern. Großbritannien und das Commonwealth erhielten Waren im Wert von rund 30 Milliarden Dollar, die Sowjetunion im Wert von etwa 10 Milliarden Dollar.« (4)

»Die Briten konnten Italien weitgehend allein besiegen, die Amerikaner konnten Japan weitgehend allein besiegen, doch weder die Anglo-Amerikaner noch die Russen allein konnten Deutschland besiegen. Die anglo-amerikanischen Rüstungsgüter, die seit Ende 1941 nach Rußland verschifft wurden, waren gewaltig: 8,5 Milliarden Tonnen. Ohne sie wären Tempo und Umfang des Sturms der Russen von Stalingrad und Kursk nach Berlin unmöglich gewesen.« (5)

US-Senator Gerald P. Nye am 27. April 1941: »Wir werden von denselben Mächten zum Narren gehalten, die uns im Weltkrieg (1914-18) zum Narren gehalten haben. Wenn wir je in diesen Krieg verwickelt werden, so wird er von den künftigen Geschichtsschreibern nur mit einem Namen bezeichnet werden „Der Krieg des Präsidenten“, weil jeder seiner Schritte seit seiner Rede in Chicago (5. 10. 1937) auf den Krieg hinlenkte.« (1, S. 153)

»Im Mai 1941 besetzten US-Truppen das unter dänischer Hoheit stehende Grönland, im Juli 1941 bemächtigten sich die Amerikaner Islands. Am 11. September 1941 (!, auch ein 11. September, UN) dann der Höhepunkt antideutscher Provokationen: Roosevelt erteilte der amerikanischen Marine und Luftwaffe den Befehl, in internationalen Gewässern auf Kriegsschiffe der Deutschen und ihrer Verbündeten zu schießen. Damit stellte sich der „neutrale" US-Präsident an die Seite der Briten, die Deutschland am 3. September 1939 den Krieg erklärt und diesen auch auf die Weltmeere getragen hatten. Diese eindeutige Parteinahme Roosevelts stand im Gegensatz zu Meinungsumfragen, wonach sich die Mehrheit der Amerikaner keine Kriegsbeteiligung ihres Landes wünschte. Dieses Beharren auf Neutralität wurde von Roosevelt systematisch unterlaufen - mit dem Ziel, Deutschland und dessen Verbündete so lange abzuschnüren und zu provozieren, bis diese zum Gegenschlag ausholen. Gegen Japan verhängte der US-Präsident 1941 ein umfangreiches Embargo. Auf einen Schlag verloren die Japaner 90 Prozent ihrer Ölzufuhren und 75 Prozent ihres Außenhandels. Vor diesem Hintergrund war der Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 eher ein japanischer Verzweiflungsschlag. Er entsprach ebenso Roosevelts Kalkül wie die vier Tage später folgende deutsche Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten.« (6)

Anläßlich der Besprechungen über die Atlantik-Charta am 14. 8. 1941 - vier Monate vor Kriegseintritt der USA - wiederholte Roosevelt nochmals seine Vorliebe für Kampfhandlungen ohne Kriegserklärung, indem er Churchill offenbarte: »Ich kann niemals Krieg erklären: Ich kann Krieg machen. Wenn ich den Kongreß ersuchen müßte, Krieg zu erklären, würden sie darüber drei Monate diskutieren.« (2, S. 357)

»Churchill erzählt in seinen Kriegserinnerungen, daß er mit Roosevelt die Verhandlungen in etwa 2000 Privatbriefen im amerikanischen Geheimcode führte. Der britische Unterhausabgeordnete Emry Hughes schreibt hierzu:

„Tyler Kent, der Dechiffrierbeamte der amerikanischen Botschaft in London, wurde von der Weise alarmiert, in der Churchill und Roosevelt insgeheim die USA in den Krieg hineinmanövrierten und machte Kopien von ihrem Schriftwechsel, um diese in die USA zu schicken, wo sie Staatsmännern von Nutzen sein konnten, die sich den Interventionsplänen Roosevelts widersetzten. Kent wurde ertappt, und mußte für sein Vergehen fünf Jahre in einem englischen Gefängnis sitzen. Der amerikanische Botschafter Kennedy verzichtete auf Roosevelts Drängen hin, Kents Immunität zu wahren; man mußte sicher sein, daß dieser Mann während des Krieges schwieg. Dann wurde ein Gesetz angenommen, das es Kent verbot, den Inhalt dieser geheimen Botschaften nach Kriegsende zu enthüllen.“ (1, S. 129)

Am 5. Dezember 1941 (also zwei Tage v o r dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor) veröffentlichte die »Chicago Tribüne« einen Artikel, den General Wedemeyer vollinhaltlich (als der zuständige Geheimhaltungsoffizier der USA) als zutreffend bestätigte. Dieser Plan sah für einen »Vorstoß zu Lande am 1. Juli 1943, um die Nazis zu vernichten, Streitkräfte in Höhe von 10.045.658 Mann vor. Es ist ein Entwurf für einen totalen Krieg in einem noch nie dagewesenen Ausmaß in mindestens zwei Ozeanen und drei Kontinenten: Europa, Afrika und Asien. (...) Hier bestand ein unwiderlegbares Zeugnis dafür, daß eine amerikanische Intervention in den Krieg geplant war und nahe bevorstand und daß Präsident Roosevelts Versprechungen, uns aus dem Krieg herauszuhalten, nur Wahlkampfgerede war. Und ich selber war der verantwortliche Offizier für die Sicherheit und absolute Geheimhaltung des Programms, dessen Aufdeckung vielleicht Amerika direkt in den Krieg stürzen mochte.« (US-General Wedemeyer, zitiert in 1, S. 153)

»„Towards Christian Soldiers“ - Roosevelts antifaschistische Kreuzzugsflagge kostete die Amerikaner

bereits Blut, bevor sie überhaupt entrollt war: Nach dem Zusammenbruch Frankreichs öffnet Roosevelt die amerikanischen Docks britischen Kriegsschiffen, funken amerikanische Handelsschiffe im Atlantik die Position deutscher Handelsstörer, treiben US-Kriegsschiffe oder Flugzeuge als Fühlungshalter deutsche Einheiten in das Netz der Briten, fahren US-Zivilisten auf englischen Truppentransportern. Roosevelt, so formulierte es im Frühjahr 1941 ein US-Publizist, versuche „abgeblendet" über Tausende von Seemeilen dem Krieg in Europa nachzulaufen. Und so besetzten die Amerikaner - für sie mitten im Frieden - zusammen mit den Briten Grönland, so enterte der US-Kreuzer „Omaha" den deutschen Blockadebrecher „Odenwald", bis endlich nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor die USA selbst im Kriege standen.« (7)

»Dazu US-General Wedemeyer: „Auf diese Weise würden wir Monate vor Pearl Harbor offen in den Krieg verwickelt gewesen sein, wäre es nicht Hitlers offenbarer Entschluß gewesen, sich nicht durch unsere kriegerischen Handlungen zur Kriegserklärung provozieren zu lassen. Roosevelt hatte den Kongreß zu seinen nicht mehr neutralen Handlungen hingerissen, indem er das Gespenst eines unerwarteten Angriffs auf Amerika heraufbeschwor. Wir wissen heute dank der erschöpfenden Durchforschung der deutschen Geheimarchive während des Nürnberger Prozesses, daß es niemals einen Angriffsplan auf die Vereinigten Staaten gegeben hat. Im Gegenteil: Die ungeheure Menge der durchforschten Dokumente bewies, daß Hitler ständig bestrebt war, den Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden. Er erklärte uns nicht den Krieg, bis er durch sein Bündnis mit Japan dazu gezwungen wurde.“

Bei dem ausgezeichneten britischen Militärhistoriker Generalmajor J. F. C. Fuller heißt es in »A Military History of the Western World« 1956: „Der zweite amerikanische Kreuzzug endete noch unglückseliger als der erste, und diesmal war der Unruhestifter nicht der deutsche Kaiser, sondern der amerikanische Präsident, dessen Abscheu vor dem Nationalsozialismus und dessen Machtverlangen sein Volk in den europäischen Konflikt stürzten und ihn auf diese Weise wieder über die Welt ausbreitete. In den beschlagnahmten deutschen Archiven gibt es kein Zeugnis, das die Behauptung des Präsidenten stützen könnte, daß Hitler eine Offensive gegen die westliche Hemisphäre plante, aber es gibt eine Fülle von Zeugnissen, daß er gerade dies vermeiden wollte, bis Amerika in den Krieg eintrat. Nachdem es durch äußerste Provokationen nicht gelungen war, Deutschland dazu zu bringen, Krieg gegen uns zu führen, und nachdem dank der Entschlossenheit der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes, nicht aktiv in den Kampf einzugreifen, keine Aussicht bestand, daß der Kongreß den Krieg erklären würde, wandte sich Roosevelt dem Pazifik zu. Vielleicht würde Japan weniger Widerstreben zeigen, denn es war möglich, diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auszuüben, der es praktisch zwingen würde, uns den Krieg zu erklären.“« (2, S. 360)

Zum Angriff Japans auf Pearl Harbor schreibt »DER SPIEGEL« in Nr. 45/1998, S. 46 von »Japan, das von Roosevelt in den Krieg hineingezwungen wurde.« Und in 4/1999, S. 121:
»Als Folge von Pearl Harbor erklärte Hitler einige Tage später den Vereinigten Staaten den Krieg. Viele halten dies für seinen größten Fehler. In Wahrheit hatte er keine andere Wahl: Im Atlantik herrschte seit Monaten ein unerklärter Krieg zwischen amerikanischen und deutschen Seestreitkräften, und zu dem Zeitpunkt konnte Hitler seinen Vertrag mit Japan nicht einfach verletzen.«

Quellen:

1) Emil Maier-Dorn: Alleinkriegsschuld - Unkenntnis oder Feigheit, Kessler, Bobingen, 2. Auflage 1970

2) Udo Walendy: Wahrheit für Deutschland, Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho, 4. Auflage 1997

3) Udo Walendy: Historische Tatsachen Nr. 54, Verlag wie oben (Worte in *kursiv* nach Maßgabe der bundesdeutschen Strafgesetze bereinigt)

4) DER SPIEGEL, Hamburg, Nr. 46/1998 S. 172

5) DER SPIEGEL, Hamburg, Nr. 4/1999, S. 122

6) Nation und Europa, Coburg, Folge 10/2001)

7) Badische Neueste Nachrichten, 17. Dezember 1970, Leitartikel

//

Eine Auswahl weiterer Stundenplanfolgen, insbesondere zur Aufarbeitung von Geschichtslügen über Deutschland:

Folge 1: Deutschland und seine Ostgebiete
Folge 4: Kriegsschuld - Die unbewältigte Gegenwart
Folge 8: Stichworte: Lusitania, Lidice, Oradour
Folge 10: Lehren der Weimarer Republik
Folge 15: Katyn
Folge 16: Deutschland wollte Frieden
Folge 24: Bombenschwindel um Guernica
Folge 32: Bundesrepublik Deutschland: Souveräner Staat oder immer noch unter Besatzungsrecht?

Alle 38 Folgen geschient mit Frontfolie und Rückpappe anzufordern für nur 10 €uro zzgl. Porto.

Auf dem Stundenplan

Folge 38 • Unabhängige Nachrichten 5/2004

UN • Postfach 400215 • 44736 Bochum

www.aufdemstundenplan.de

Abdruck gestattet. Abgabe an Schüler und zur Beilage in Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang aus dem Kreis der älteren Leser dies ermöglicht.

Bitte fordern Sie einen Überweisungsträger für das z. Zt. gültige Spendenkonto an. Die in älteren Folgen dieser Serie angegebenen Konten wurden von den Banken im Rahmen des »Aufstandes der Anständigen gegen rechts« gekündigt.

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

UN - Unabhängige Nachrichten 7/2004 • Seiten 7 - 8

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •

»Auf dem Stundenplan« -Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN



Der 20. Juli 1944 - Aufstand des Gewissens?

Fragen, die bei der jährlichen Ehrung der Widerständler verdrängt werden. Wieviele Frontsoldaten haben sie auf dem Gewissen?

Fakten, die zum Nachdenken anregen sollten:

Seit Eröffnung des dreißigjährigen Krieges gegen Deutschland 1914 (Churchill und Ex-Premier Major) [1], hatten die deutschen Regierungen ständig gegen die inneren und äußeren Feinde zu kämpfen.

Der gegen Hitler gerichtete Vernichtungswille der Opposition richtete sich gegen das eigene Land. Daß das auch den kirchlichen Angehörigen des Widerstandes bewußt war, dafür zwei Beispiele. Der Theologe Prof. Karl Barth: „Ein nationalsozialistischer Sieg wäre für uns die denkbar größte Niederlage, dann lieber ein verwüstetes Deutschland.“ [2] Und Bonhoeffer sagte in aller Klarheit: „Aber das Bekenntnis muß gerettet werden, auch wenn ein ganzes Volk dafür zugrunde geht (...) Ich bete für die Niederlage meines Vaterlandes.“ [3] Sie stellten die Vernichtung des Vaterlandes höher, trotz der Bedrohung durch den atheistischen Bolschewismus, Zionismus und Kapitalismus, mit dem jeweiligen Ziel der Weltherrschaft. [4]

Die Attentäter um Oberst Graf v. Stauffenberg waren in der Mehrzahl adelige Offiziere, die es nicht verwinden konnten, daß der „böhmische Gefreite“, wie sie ihn nannten, ihnen die Befehle erteilte. Weil nur eine deutsche Niederlage dem Widerstand die Möglichkeit gab, den „Schlag gegen Hitler“ zu führen, konnte er erst 1944 ausgeführt werden. [5] Deutschlands Kriegsgegner hatten aber bereits 1943 in Casablanca beschlossen, die bedingungslose Kapitulation Deutschlands zu erzwingen. [6] Daß der Widerstand daran nichts ändern konnte war klar. Noch zwei Tage vor dem Attentat betonte Roosevelts Sonderbotschafter Dulles in Madrid gegenüber Otto John, daß die Alliierten auch nicht mit einer deutschen Putschregierung verhandeln würden. John hatte den Attentäter v. Stauffenberg noch unmittelbar vor dem Attentat darüber informiert. Am Tage des Attentats auf Hitler kommentierte der britische Rundfunk BBC, (...) daß auch eine neue deutsche Regierung nur einen gemeinsamen Frieden mit Ost und West auf der Grundlage einer bedingungslosen Kapitulation zu erwarten habe.“ [7]

Generaladmiral Böhm urteilt über das Attentat: „Ich lehne die Tat des 20. Juli ab, weil sie sachlich betrachtet von völlig falscher Beurteilung der Lage ausgeht, außen- wie innenpolitisch. Außenpolitisch war auch bei geglücktem



Foto: Von Stauffenbergs Bombe zerstörter Raum

> »Vorbilder? Viele der heutigen Selbstmordattentäter zeigen mehr Hingabe und Einsatz für ihr Volk als jemand, der eine Aktentasche abstellt und dann schnell verschwindet, um sich an die Regierung zu setzen.«
>
> (Aus einem Schüleraufsatz zum 20. Juli)

Attentat keine andere Haltung der Siegermächte zu erwarten (...), so daß der (bei Hitlers Tod) unzweifelhaft eintretende Bürgerkrieg mit schwersten blutigen Opfern den sofortigen Zusammenbruch der Fronten und dadurch die Gefangennahme und Verschleppung von noch mehr Millionen deutscher Soldaten und Zivilisten nach dem Osten verursacht hätte, als dies ohnehin geschah.“ [8]

In einer Denkschrift für das IMT Nürnberg vom 19. November 1945 schrieben die Generalfeldmarschälle v. Brauchitsch, v. Manstein, Generaloberst Halder und die Generäle Warlimont und Westphal: „Offiziere, die in christlichem Glauben erzogen waren (...) finden in ihrer Lebensauffassung keinen Platz dafür, den Eid, den sie ihrem Oberbefehlshaber geschworen haben, zu brechen, noch gar ihn zu töten (...) Es konnte auch nicht die Aufgabe der führenden Offiziere sein, der Armee das Rückgrat zu brechen (...) Mit dem größten Jahrhundertverbrechen, dem Diktat von Versailles, hätten auch die Verschwörer davon ausgehen müssen, daß die Alliierten 1939 zur endgültigen Vernichtung des deutschen Volkes angetreten waren.“ [9]

Und Generaloberst Guderian urteilte: „Noch niemals hat man sich im preußisch-deutschen Reich eines Staatsoberhauptes durch Mord entledigt. Deshalb und weil es nicht glückte, wird der 20. Juli ein ewiger Schandfleck in unserer Geschichte sein.“ [10]

Nach dem Attentat wurde durch Kontrolle der Feldpost festgestellt, daß von 20.000 kontrollierten Soldaten das Attentat nur von wenigen gebilligt wurde. [11]

Der Widerstand schreibt sich selbst einen entscheidenden Anteil an der militärischen Niederlage zu. Wieviele Hunderttausende deutsche Soldaten im Zuge des Verrats an allen Fronten starben, hat die Zeitgeschichte bisher nicht interessiert. Generalmajor v. Tresckow, einer der Hauptakteure der Verschwörung, war Generalstabschef der Heeresgruppe Mitte. Ähnliches vollzog sich vor und während der Invasion in Frankreich und ist mit dem Namen des Hauptverschwörers General Speidel verknüpft. Auf Grund von Mitteilungen des Widerstandes konnte Dulles schon im April 1944 nach Washington melden, daß deutsche Generäle an der Westfront bereit seien, die Landung alliierter Truppen zu erleichtern. [12]

Laut Widerständler Beck wurden z.B. Rückzüge von Einheiten arrangiert, ohne die Nachbareinheiten zu unterrichten, die daraufhin von zwei Seiten aufgerollt und die Reste in Gefangenschaft gerieten. So wäre es auch durchaus möglich gewesen, die Invasion zu verhindern, wenn die Verräter die zwei in Reserve befindlichen Panzerdivisionen in Marsch gesetzt hätten. [13]

Der Zusammenbruch der Ostfront I944 hatte das Vordringen der Russen bis über die Elbe zur Folge und endete mit der Vertreibung von 18 Millionen Deutschen und fast drei Millionen erlitten dabei den Tod. Der Zusammenbruch der Invasionsfront hatte das Vordringen der Westalliierten bis zur Elbe zur Folge und den Bombentod von einer Million Zivilisten. Bei vorsichtigen Schätzungen muß man von 15 Millionen Nachkriegsopfern in Ost und West ausgehen. [14] Am Ausmaß dieser Katastrophe trug der Widerstand einen beträchtlichen Teil der Verantwortung. [15]

Hierzu eine Bemerkung des britischen Politikers Vansittard 1939: „England braucht in Deutschland keinen Secret Service mehr; die Deutschen selber kommen ja in Scharen zu uns und erzählen uns alles“. [16] Der Präsident der zionistischen Weltorganisation Chaim Weizmann formulierte, daß „das trojanische Pferd in der Festung des Feindes“ der Widerstand war, d.h. der verlängerte Arm des eigentlichen Feindes, nicht irgendwelcher gegen Deutschland in den Krieg geschickter Völker, sondern bestimmter imperialistischer, gegen die Freiheit und Selbstbestimmung gerichteter Hintergrundmächte, wie wir sie in freimaurerischen, kirchlichen und anderen Kreisen vorfinden. [l7]

Der ehemalige Bundestagspräsident Dr. E. Gerstenmaier, ebenfalls ein Verschwörer, hatte es zu spät erkannt. Er schrieb am 21. März 1975 in der FAZ: „Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: Daß dieser Krieg schließlich nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.“

Winston Churchill führte ab 1940 England als Kriegspremierminister. Er schloß ein Bündnis mit den Bolschewisten, wies alle deutschen Friedensangebote zurück, befahl den Bombenholocaust an der Zivilbevölkerung und erklärte 1939: „Dieser Krieg ist Englands Krieg. Sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.“ [18] Solche Vernichtungssprüche waren aber schon ab 1897 zu hören. [19] Besonders aber auch während der beiden Weltkriege aus Amerika und der Sowjetunion. Haben die Widerständler das eigentlich nicht gewußt?

Eine gründliche Untersuchung müßte herausarbeiten, um welche Motive es sich handelte und ob und wenn ja in welchem Umfang ein deutschfeindliches und bewußt sich mit dem Feind verschwörendes Verhalten vorlag und in Beziehung stand zu einer Mitgliedschaft in freimaurerischen, kirchlichen und anderen imperialistischen und internationalistischen Zirkeln.

Quellennachweise

1 Schriftwechsel zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin 1941-1945, Bd. I, S. 204: Brief Churchills an Stalin vom 27. Februar 1944: Udo Walendy, Wahrheit für Deutsehland, S. 43; Wolfgang Popp, Wehe den Besiegten, S. 44: Historische Tatsachen Nr. 73, S. 18,

2 H. Grimm, Warum - woher - aber wohin, 1954, S. 417,

3 F.J. Strauß, Der Mensch und der Staatsmann. 1984, S. 55,

4 Helmut Schröcke, Kriegsursachen - Kriegsschuld, 2001, S. 129,

5 Fritz Becker, Stalins Blutspur durch Europa, 1995, S. 363,

6 Ebd.. S. 363,

7 Udo Walendy, Europa in Flammen, 1966 und 1967, Bd. I und Bd. II,

8 Schröcke, aaO., S. 131,

9 Ebd., S. 130,

10 Ebd.

11 Ebd.

12 Ebd., S. 131

13 J.F. Taylor, Der 20. Juli 1944, Seite 781, vgl. auch: Erich Kern, Von Versailles nach Nürnberg, S. 329,

14 Schröcke, aaO., S. 131,

15 Ebd.

16 A. von Ribbentrop, "Verschwörung gegen den Frieden", Leoni, 1963, S. 415,

17 Schröcke, aaO., S. 132,

18 vgl. Anm. 1

19 USA-Bericht, 12/2000

Auf dem Stundenplan

Folge 39 • Unabhängige Nachrichten 7/2004

UN • Postfach 400215 • 44736 Bochum

www.aufdemstundenplan.de

Abdruck gestattet. Abgabe an Schüler und zur Beilage in Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang aus dem Kreis der älteren Leser dies ermöglicht.

Bitte fordern Sie einen Überweisungsträger für das z. Zt. gültige Spendenkonto an. Die in älteren Folgen dieser Serie angegebenen Konten wurden von den Banken im Rahmen des »Aufstandes der Anständigen gegen rechts« gekündigt.

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

UN • Unabhängige Nachrichten 5/2005 • Seiten 5 • 8

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •

40. FOLGE

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

Sudetenland: Der ungesühnte und verschwiegene Völkermord

Teil I: Vorgeschichte bis 1931

»Das Sudetenland wurde 1938 durch Kriegsdrohung dem demokratischen Staat Tschechoslowakei im Münchner Abkommen abgepreßt. 1939 erfolgte die Zerschlagung Rest-Tschechiens. Während des Krieges wurde das Dorf Lidice ohne jeden Grund von SS-Einheiten ausradiert. Für diese Verbrechen nahm das tschechische Volk nach der Niederlage Nazi-Deutschlands spontan Rache.«

So oder so ähnlich lesen wir heute in den Geschichtsbüchern über das Sudetenland. Ist das die Wahrheit? Wer die Vorgeschichte verschweigt, verbreitet Halbwahrheiten, die schlimmer sind als Lügen. Deshalb behandeln wir hier die **ganze** Geschichte des Sudetenlandes.

1. Die Urbesiedlung

Bis ca. 60 v.Ztw. war Böhmen und Mähren vom keltischen Stamm der Bojer besiedelt, der nicht nur Böhmen, sondern auch Bayern seinen Namen gab. Ab etwa 300 v.Ztw. erfolgte bereits eine Einwanderung von germanischen Markomannen nach Böhmen und von Quaden nach Mähren. Diese Urbesiedlung war durchgängig, auch wenn zwischenzeitlich Oststämme in das Siedlungsgebiet eindrangen und sich teilweise mit der germanischen Urbevölkerung vermischten. Aus Ortsnamen, die noch aus der Zeit vor der Lautverschiebung stammen, läßt sich die Durchgängigkeit der Besiedlung nachweisen, z.B. Elbe (aus »Albis«), Moldau (aus »Wild-ahwa« = Wild-Ache), Igel und Waag (Woge).(1) Es gibt dort also kein behauptetes »urslawisches Siedlungsgebiet«, die Gegend war von Beginn an germanisch besiedelt!

Ab etwa 1000 n.Ztw. erfolgte ein erneuter Zustrom von Siedlern von deutschem Boden aus, friedlich, auf Einladung der Herzöge von Böhmen. Die Herzöge gewährten den Deutschen viele Freiheiten, die u.a. Herzog Sobieslaus II. (1173-78) in einem Schutzbrief festlegte, der sich jedoch schon auf weitaus ältere Briefe bezog. Dort heißt es u.a.: *»Ich nehme die Deutschen, die im Burgflecken Prag leben, in meine Huld und meinen Schutz auf und ich will, daß sie, wie sie als Volk verschieden sind von den Tschechen, so auch in ihren Rechten und Gewohnheiten von den Tschechen geschieden seien. Ich gewähre daher den Deutschen, nach dem Gesetz und Recht der Deutschen zu leben (vivere secundum legem et justitiam Theutonicorum), das sie seit den Zeiten meines Großvaters, des Königs Vratislaw (1071-1092) inne haben.«*(2)

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

Eine von den Unabhängigen Nachrichten (UN) beauftragte Arbeitsgruppe von Lehrern, Historikern und Autoren hat eine Serie von Unterlagen für den Schulunterricht zusammengestellt bzw. ausgearbeitet, die den Mangel an entsprechenden Beiträgen in den Schulbüchern oder deren verfälschende Inhalte ausgleichen sollen.

Diese Unterrichtsmaterialien zu den Fächern Geschichte, Staatsbürgerkunde und Politik erscheinen unter dem Titel „Auf dem Stundenplan" als Teil (Innenblatt) der Monatszeitschrift UN in Loseblattform, um ein Sammeln und Abheften zu ermöglichen.

Lehrer und Schüler aller Schulformen und anderer Bildungseinrichtungen sind aufgerufen, sich mit diesen Unterlagen, die in offiziellen Lehrmaterialien selten zu finden sind, kritisch auseinanderzusetzen.

2. Neubesiedlung im 12. /l3. Jahrhundert

Ermuntert durch solche Schutzbriefe kamen viele Deutsche ins Land, Bauern, Händler und Bergleute v.a. aus Bayern, Franken und Sachsen. Es galt, viel unbesiedeltes Land urbar zu machen, durch die Gründung von Städten Handel zu fördern und Bergbaugebiete zu erschließen. Die Stadtgründungen erfolgten durch Deutsche, u.a. waren Prag, Brunn, Freudenthal (1215), Troppau (um 1225), Mährisch-Neustadt (1225) deutsche Gründungen, andere Orte wurden nach Ansiedlung Deutscher von König Ottokar II. zur Stadt erhoben, darunter Hohenmauth, Kolin, Melnik, Pilsen, Brüx, Budweis, Kaaden.(3) Die Städte unterstanden deutschem Stadtrecht, so Eger (das nicht zu Böhmen gehörte, sondern freie Reichsstadt war) dem Nürnberger Recht.

Prag war bezeichnenderweise gespalten in Kleinseite (mit Rolandsäule) nach Magdeburger Recht und Altstadt mit Nürnberger Recht.[4]

Viele Ortsnamen klingen heute noch sehr deutsch, weil es nie einen tschechischen Namen für die Orte gab, z.B. deutsch (d) Warnsdorf - tschechisch (t) Varnsdorf, Sternberg (d) - Sternberk (t), Winterberg (d) - Vimperk (t), Rumburg (d) - Rumburk (t), Friedland (d) - Frydlant (t) Mährisch-Schönberg (d) - Sumperk (t) usw.

Die Neubesiedlung endete in etwa mit den Hussitenkriegen.

3. Die Hussitenkriege 1419-36

Wie zuvor dargelegt, bestand die Oberschicht vornehmlich aus Deutschen, so daß sich der Haß auf die Obrigkeit, in jener Zeit keine seltene und manchmal auch eine berechtigte Erscheinung, auf alles Deutsche übertrug. Hierzu trugen vor allem die Forderungen des Johann (Jan) Hus bei, die wir heute wohl als »fundamentalistisch« einstufen würden. Sie erinnern übrigens auffallend an die Ansichten von US-Amerikanern, sogenannten »Kreationisten«, die etwa 50% der US-Bevölkerung stellen und die Bibel und die darin enthaltene Schöpfungsgeschichte für ein »Geschichtsbuch« halten. Auch diese Leute lehnen wie Hus die Wissenschaft ab. Ein Bericht über die Hussiten lautet: *»Der Haß der dumpfen Masse gegen alle Bildung und alle Kunst kam zum Ausdruck. Da predigten die Revolutionsredner, daß die Philosophie etwas Heidnisches sei, die Medizin verwerflich, (...). Die Universität* [Prag war die erste deutsche Universitätsstadt überhaupt] *mit ihrer Gelehrsamkeit und ihrer Würde sei eine Stätte des Teufels, (...) alle Bilder und Statuen wären unreiner Gottesdienst und sollten zerstört werden.«*[5]

Johann Hus wurde am 6. Juli 1415 auf dem Konzil von Konstanz als Ketzer verbrannt. Am 30. Mai 1416 ereilte seinen Vertrauten Hieronymus von Prag das gleiche Schicksal. Die Hinrichtung der beiden Ketzer wurde zum Auslöser der Hussitenkriege, die von 1419-36 tobten und nicht nur Böhmen und Mähren, sondern auch die angrenzenden Länder Sachsen, Franken, Bayern und Österreich verwüsteten. In jener Zeit hegen die Wurzeln einer gewissen Abneigung, die manche Tschechen gegen das Deutschtum und bestimmte kulturelle Hervorbringungen entwickelt haben.

4. Die Herrschaft Habsburgs

Ab 1526 gehörten Böhmen, Mähren und Schlesien zu den Erblanden der Habsburger. Bis etwa 1700 erfolgte die Ausdehnung des deutschen Sprach- und Siedlungsraumes in Nordböhmen nach Osten, in Mähren und Innerböhmen dagegen wurden die Deutschen als Auswirkung der Hussitenkriege auf Sprachinseln zurückgedrängt, z.B. Iglau. Diese Verteilung der Sprachgebiete blieb bis 1945 im Großen und Ganzen erhalten.

1742 verlor Österreich den Großteil Schlesiens an Preußen, was den Verlust der deutschen Bevölkerungsmehrheit in den Böhmischen Erblanden zur Folge hatte. 1866 erfolgte der Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bund und 1871 die kleindeutsche Reichsgründung, was die alten Verbindungen zwischen Böhmen und Deutschland unterbrach.

5. Die Revolution 1848 und die Folgen

Die aufständischen Demokraten (heute würden sie wohl als »Nationalisten« diffamiert, obwohl sich jeder mit ihrem Erbe schmückt!) strebten einen Ersatz für das 1806 untergegangene Heilige Römische Reich Deutscher Nation an, um der Kleinstaaterei in Deutschland ein Ende zu bereiten.[6] Die Deutschen Böhmens entsandten 33 Abgeordnete an die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, die Tschechen verweigerten die Teilnahme. Sie hielten statt dessen eine panslawistische Konferenz mit russenfreundlicher Grundhaltung in Prag ab. Daraus entwickelte sich der »Prager Pfingstaufstand«, den Feldmarschall Alfred Fürst von Windischgrätz am 16. Juni 1848 blutig niederschlug, nachdem seine Frau von einem panslawistischen Terroristen ermordet worden war.

Die Niederschlagung des Aufstandes trug zu einer Verschärfung der Spannungen zwischen Deutschen und Tschechen bei, wie sie z.B. in den Prager Unruhen des 28. November 1897 zum Ausbruch kamen. Die Tschechen wollten deutschen Studenten in Prag das Tragen der Verbindungsfarben verbieten. Man warf ihnen vor, sie »schielten« nach Deutschland. Die Studenten antworteten darauf mit dem Trutzlied:

»Wir schielen nicht, wir schauen,
wir schauen unverwandt,
wir schauen voll Vertrauen
ins deutsche Vaterland!«[7]

6. Nach dem 1. Weltkrieg

Am 28. Oktober 1918 gründeten Abgeordnete unter Berufung auf das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« die »Tschechoslowakei« (CSR). Dieses Selbstbestimmungsrecht wurde den nicht-tschechischen Bevölkerungsteilen wie Ungarn, Slowaken und Deutschen vorenthalten. Das Verhalten vieler maßgeblicher Tschechen war durchaus geeignet, eine gewollte Vormachtstellung im Sinne einer Überordnung der Tschechen und einer Unterordnung der Deutschen vermuten zu lassen.

Am 4. November 1918 verkünden sudetendeutsche Abgeordnete, daß »Deutschböhmen« und das »Sudetenland« (= Deutschmähren und Deutschschlesien) Provinzen Deutschösterreichs seien, die von frei gewählten Landesregierungen verwaltet werden. Zum Landeshauptmann von Deutschböhmen wurde zunächst der Abgeordnete Pacher gewählt, der aber nach wenigen Tagen zurücktrat und von Dr. Rudolf von Lodgman abgelöst wurde, Landeshauptmann des Sudetenlandes wurde der Abgeordnete Robert Freissler. Den Landesregierungen gehörten Vertreter aller politischen Parteien an; auch in der deutsch-österreichischen Regierung zu Wien waren die Sudetendeutschen vertreten. Im Dezember 1918 begannen die Tschechen mit der Besetzung des deutschen Siedlungsgebietes. Erst später wurde aus Akten bekannt, daß ein Teil der führenden Männer der Entente Bedenken gegen diese

Einverleibung hatte und daß Benesch sie getäuscht hatte. Mit seinen Memoranden und mündlich vorgetragenen Lügen und Fälschungen räumte er die Widerstände der britischen und amerikanischen Diplomaten aus dem Weg, um zu den »historischen Grenzen« zu kommen.[8]

Benesch selbst schreibt dazu: *»Da ich die Gefahren unserer Lage kannte und nicht wußte, womit die in Prag zusammengestellte Friedensdelegation nach Paris kommen werde, begann ich allein die Vorbereitungen zur Friedenskonferenz zu treffen. Ich wollte nicht durch plötzliche Entscheidungen der Großmächte überrascht werden. Auch Masaryk forderte mich im Laufe des Jahres 1918 von Zeit zu Zeit in Briefen auf, Vorbereitungen zur Konferenz zu treffen. Ich verfaßte daher schnellstens, gleichsam improvisiert und ohne Hilfsmaterial und Literatur, die meisten unserer Denkschriften, in die ich alle unsere Friedensforderungen aufnahm. Als unsere Friedensdelegation eintraf, legte ich sie ihr zur Billigung vor. Einige der Denkschriften wurden von den Mitgliedern der Delegation ergänzt, andere richtiggestellt. Als die Friedenskonferenz sich unerwartet an die Delegationen der einzelnen Völker mit dem Ersuchen wandte, ihr schriftlich ihre Wünsche darzulegen, übergab ich gleich am nächsten Tage fast alles, was man brauchte. Diese Bereitschaft trug ihre Früchte bei der Lösung unserer Fragen in den Konferenzkommissionen. «*[9]

Die Deutschen vertraten die Auffassung, das Selbstbestimmungsrecht stünde auch ihnen zu. Ein folgenschwerer Irrtum, wie die tschechische Reaktion zeigt! Zugleich beleuchtet diese Reaktion das tschechische Verständnis von Demokratie: *»Am 4. März 1919 demonstrierten in sämtlichen Bezirksstädten beider Sudetenprovinzen insgesamt viele hunderttausende Deutscher für ihr Selbstbestimmungsrecht. Den äußeren Anlaß boten die Wahlen zum deutschösterreichischen Nationalrat, an denen sich die Sudetendeutschen im Sinne ihrer staatsrechtlichen Erklärungen vom Herbst 1918 hätten beteiligen müssen, was ihnen aber von der tschechischen Besatzungsmacht verwehrt wurde. Die sozialdemokratische Partei hatte zum Generalstreik aufgerufen und zeichnete als Veranstalterin der Kundgebung (...). In einigen Orten wurde die tschechische Besatzung nervös, in anderen hatte sie es wohl von Anfang an auf ein bewaffnetes Einschreiten abgesehen. In Kaaden, in Sternberg in Mähren, in Kaplitz in Südböhmen, feuerte das tschechische Militär in die waffenlose Menge. Insgesamt 54 Todesopfer sind an diesem Tage gefallen. Der sudetendeutsche Freiheitskampf hatte seine Blutweihe empfangen.«* Ebenfalls mit Besetzungen gingen die Tschechen gegen ungarisches Siedlungsgebiet in der Südslowakei vor. All dies Treiben wurde nachträglich von den Siegermächten des 2. Weltkrieges legitimiert. *»Obwohl sich bei einer Völker- und staatsrechtlich einwandfreien Untersuchung ergeben hätte, daß die revolutionäre Neugründung eines tschechoslowakischen Staates keinen historischen Rechtsanspruch auf die alten Grenzen Böhmens, Mährens und Schlesiens einschloß und ein aufgrund der „Vierzehn Punkte" und des „Selbstbestimmungsrechts der Völker" geschaffener Staat nicht dreieinhalb Millionen geschlossen siedelnder Menschen gegen ihren Willen und ohne sie zu befragen sich einverleiben durfte, brachte die Friedenskonferenz das Kunststück zustande, der Tschechoslowakei aufgrund des Selbstbestimmungsrechts die slowakischen Gebiete Ungarns, aufgrund eines angemaßten historischen Rechts die deutschen Gebiete der Sudetenländer und endlich noch aufgrund nackter Gewalt einen Streifen rein magyarischen Landes zuzuschlagen. Den mißhandelten Völkern und Völkergruppen blieb nur übrig zu protestieren. In feierlicher Weise nahmen die Vertreter Deutschböhmens und des Sudetenlandes im österreichischen Nationalrat Abschied von den Deutschösterreichern, mit denen sie seit 1526 ununterbrochen in einem gemeinsamen Staatsverband gelebt hatten«.* Der Friedenskonferenz hatten die Tschechen versprochen, ihren Staat als eine »zweite Schweiz« einzurichten. Da die Sudetendeutschen keinen gewaltsamen Versuch eines Widerstandes machten, wären Verhandlungen von Volk zu Volk oder mindestens für die Wahl einer Nationalitätenversammlung möglich gewesen. Es drängt sich der Verdacht auf, daß bei der Staatsgründung seitens der Tschechen eine Verständigung mit den nicht-tschechischen Völkern überhaupt nicht gewünscht war und statt dessen fragwürdige historische Vorgehensweisen zur Grundlage zu dienen bestimmt waren. *»Es gab und gibt keine tschechoslowakische Nation, sondern nur ein tschechisches und ein slowakisches Volk, die nicht nur durch ihre Sprache, Überlieferung und Eigenart verschieden sind, sondern auch 1918 zum ersten Mal in ihrer tausendjährigen Geschichte in einem Staat vereint wurden. Immer hatten die Slowaken zu Ungarn, die Tschechen zu Böhmen und Österreich, zum Römisch-Deutschen Reich, gehört.«*[10]

Nur knapp die Hälfte der Staatsbevölkerung war tschechisch. (Tschechen: 48,6%, Deutsche: 23,6%, Slowaken: 16,9%, Sonstige [Polen, Ukrainer u.a.]: 10,9%).[11]

Nach Wilsons 14 Punkten wurde die Donaumonarchie aufgelöst, weil sie ein Vielvölkerstaat war und in ihre nationalen Bestandteile zerfallen sollte. Nun wurde mit dem Diktatfrieden ein neuer Vielvölkerstaat aus der Taufe gehoben, was selbst dann noch zutrifft, wenn man sich mit der fiktiven Staatsnation abfinden wollte, wogegen vor allem ein Großteil der Slowaken selbst leidenschaftlich protestiert. Nur war in Österreich keine Nation stark genug, um die anderen zu beherrschen und die Verfassung erkannte grundsätzlich die Gleichberechtigung der Völker an, *»während sich in der Tschechoslowakei die Tschechen anmaßten, den Staat allein zu beherrschen. Sie unterschieden in ihrer politischen Ausdrucksweise von Anfang an zwischen der „staatserhaltenden" Nation und den Minderheiten. Und ein auf so viele Lügen aufgebauter Staat führte in seinem Wappen den Spruch „Die Wahrheit siegt"!*

Auch das war eine Herausforderung der Sudetendeutschen, die sich auf Schritt und Tritt nicht nur tschechischer Willkür, sondern auch einer verlogenen Politik gegenüber sahen.«[12]

Diese Willkür wurde unterstützt durch die Willkür der Siegermächte, der »großen Demokratien« und »Vorbilder für eine gerechte Welt«.Zu bemerken ist, daß die Deutschen im Staatsdienst meist auf niedrigere Ränge verwiesen wurden. So waren z.B. bei der Bahn die leitenden Stellen gerade mal zu 3% mit Deutschen besetzt! Im Jahre 1920 kam es in Österreich zu ersten Anschlußabstimmungen in Tirol (98,8% für Deutschland) und Salzburg (99,3%). Danach wurden weitere Abstimmungen auf Betreiben der Siegermächte verhindert. Frankreich drohte mit der Einstellung der Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung der Lebensmittelnot[13] und preßte somit den Österreichern den Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht ab. Für die Sudetenländer ist dieser Vorgang insofern bedeutend, da sie sich ja bereits 1918 als Provinzen Deutschösterreichs konstituierten und zunächst mit Abgeordneten im Wiener Parlament vertreten waren, bis die Tschechen die Teilnahme an den Wahlen 1919 verboten.

»Die Währungs- Wirtschafts- und Handelspolitik der Tschechoslowakei begünstigte planmäßig die tschechischen Gebiete und behandelte die sudetendeutschen, wie auch die slowakischen Bezirke als Kolonialgebiet.Aus ihnen wurde herausgeholt, was sich an Steuern nur aufbringen ließ, investiert wurde aber nur dort, wo sich tschechische Unternehmen, selbstverständlich mit tschechischen Angestellten und Arbeitern, mitten im deutschen Siedlungsgebiet niederließen.« Diese Politik gipfelte in den dreißiger Jahren *»in dem Erlaß des tschechischen Verteidigungsministers Machnik, daß bei Rüstungsaufträgen nur Firmen mit überwiegend tschechischer Belegschaft bedacht werden dürften. Das geschah mitten in der großen Wirtschaftskrise, als in einzelnen sudetendeutschen Orten zwei Drittel der Bevölkerung von der Arbeitslosigkeit betroffen und große Gemeinden buchstäblich ruiniert waren, und im Zeichen einer fieberhaften Aufrüstung, als praktisch fast jeder Staatsauftrag unter den Begriff des Rüstungsauftrages fiel!«*[14]

Von 1920 bis 1931 reichten die Sudetendeutschen insgesamt 24 Petitionen an den Völkerbund ein. Rechtliche Basis war Art. 14 des Minderheitenschutzvertrages vom 10.09.1919. Gegenstand der Petitionen waren die verschiedenartigsten Angelegenheiten, manche wurden mehrfach eingereicht: Verletzung der Minderheitenschutzbestimmung, Bitte um Selbstbestimmungsrecht, Forderung einer Volksabstimmung, Verfahrensfragen des Minderheitenschutzes, Durchführung der tschechischen Bodenreform, Verstaatlichung der Grenzwälder, gewaltsame Entnationalisierung durch tschechische Bodenreform, tschechischer Gesetzentwurf zur Verstaatlichung und Einführung tschechischer Sprachverordnungen in Heilbädern, tschechische Bodengesetzgebung, Beschlagnahme des Kurortes Karlsbad, ungenügende Finanzierung einer deutschen Hochschule, Forderung der Selbstbestimmungsrechte und zuletzt mehrfach Protest gegen die Einbeziehung in die CSR. In keinem einzigen Punkt wurde den Bitten oder Forderungen der Sudetendeutschen stattgegeben.[15]

Lutz Forster

Quellenverzeichnis

(1) vgl. Emil Franzel: Sudetendeutsche Geschichte; 8. Auflage; Mannheim 1987; S. 23f.
(2) vgl. Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen: Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen, München 1951, S. K.
(3) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 68f.
(4) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 65f.
(5) vgl. Michael Freund, Deutsche Geschichte, München 1985, S. 258
(6) vgl. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte, 2. Auflage Bonn 1991, S.130
(7) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 286
(8) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 330
(9) vgl. Eduard Benesch, Der Aufstand der Nationen, deutsche Übersetzung von Camill Hoffmann, Berlin 1928, S. 687/8, zitiert nach Dokumente zur Austreibung, a.a.O., S. XI
(10) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 332f.
(11) vgl. Hilgemann, dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Band 2, Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, 22. Auflage, München 1987, S. 46
(12) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 338
(13) vgl. Hilgemann, a.a.O.
(14) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 342f.
(15) vgl F.P. Habel, Dokumente zur Sudetenfrage, München 1984, S. 155f.

Eine Auswahl weiterer Stundenplanfolgen zu diesem oder ähnlichen Themen:

Folge 1: Deutschland und seine Ostgebiete. Verzicht oder nicht?
Folge 8: Stichworte: Lusitania, Lidice, Oradour. Vierzig und mehr Jahre danach...
Folge 9: Die Tschechen - ein »slawisches Volk«?
Folge 22: Die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945
Folge 25: Polen und Tschechien in die EU?
Folge 29: Deutsche Reparationszahlungen: Milliarden ohne Buchführung!
Folge 41: Sudetenland: Der ungesühnte und verschwiegene Völkermord, Teil II

Auf dem Stundenplan

Folge 40 • Unabhängige Nachrichten 5/2005

UN • Postfach 400215 • 44736 Bochum

www.AufdemStundenplan.de

Abdruck gestattet. Abgabe an Schüler und zur Beilage in Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang aus dem Kreis unserer Leser dies ermöglicht.

Bitte fordern Sie einen Überweisungsträger für das z.Zt. gültige Spendenkonto an. Die in älteren Folgen dieser Serie angegebenen Konten wurden von den Banken im Rahmen des »Aufstandes der Anständigen gegen rechts« gekündigt.

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

UN • Unabhängige Nachrichten 6/2005 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

• Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher •

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen • Sonderdruck der UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

41. FOLGE

Sudetenland: Der ungesühnte und verschwiegene Völkermord

Teil II: 1931 bis zur Gegenwart

7. Die Zeit bis zur Befreiung

Später wurde der Betrug Beneschs bei den Verhandlungen 1919 offenbar: In der britischen Öffentlichkeit wuchs seit 1936 die Überzeugung, daß Benesch ein Lügner, daß die Tschechoslowakei eine Fehlgründung und eine Gefahr für den Weltfrieden sei und nur durch wesentliche Zugeständnisse an die Sudetendeutschen diese Gefahr beseitigt werden könne.[16][17]

Der Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich am 13. März 1938 änderte die strategische Lage der CSR vollständig, da die teuren Verteidigungsanlagen gegenüber Deutschland nun sinnlos wurden. Sie hätten einfach über Deutschösterreich umgangen werden können. Hinzu kamen die Wahlergebnisse: *»Bei den Gemeinderatswahlen am 22. Mai und den Wahlen an den folgenden Sonntagen erhielt die SdP mehr als 90 v. H. der deutschen Stimmen. Es war der größte Wahlsieg, den je eine Partei in einer freien Abstimmung erzielt hatte. Er war um so eindrucksvoller, als man ihn unter den (...) Bajonetten der tschechischen Armee errungen hatte.«*[18]

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

Eine von den Unabhängigen Nachrichten (UN) beauftragte Arbeitsgruppe von Lehrern, Historikern und Autoren hat eine Serie von Unterlagen für den Schulunterricht zusammengestellt bzw. ausgearbeitet, die den Mangel an entsprechenden Beiträgen in den Schulbüchern oder deren verfälschende Inhalte ausgleichen sollen.

Diese Unterrichtsmaterialien zu den Fächern Geschichte, Staatsbürgerkunde und Politik erscheinen unter dem Titel „Auf dem Stundenplan" als Teil (Innenblatt) der Monatszeitschrift UN in Loseblattform, um ein Sammeln und Abheften zu ermöglichen.

Lehrer und Schüler aller Schulformen und anderer Bildungseinrichtungen sind aufgerufen, sich mit diesen Unterlagen, die in offiziellen Lehrmaterialien selten zu finden sind, kritisch auseinanderzusetzen.

»Das Sudetenland wurde 1938 durch Kriegsdrohung dem demokratischen Staat Tschechoslowakei im Münchner Abkommen abgepreßt. 1939 erfolgte die Zerschlagung Rest-Tschechiens. Während des Krieges wurde das Dorf Lidice ohne jeden Grund von SS-Einheiten ausradiert. Für diese Verbrechen nahm das tschechische Volk nach der Niederlage Nazi-Deutschlands spontan Rache.«

So oder so ähnlich lesen wir heute in den Geschichtsbüchern über das Sudetenland. Ist das die Wahrheit? Wer die Vorgeschichte verschweigt, verbreitet Halbwahrheiten, die schlimmer sind als Lügen. Deshalb behandeln wir hier die **ganze** Geschichte des Sudetenlandes.

Unter diesen Eindrücken und der aufkommenden Kriegsgefahr entsandte die britische Regierung einen Beobachter nach Prag, der in Wirklichkeit nichts anderes als *»ein Treuhänder und Schiedsrichter war. London übte auf Benesch einen Druck aus, (...). Er gab nicht ohne Bedenken nach; er wußte, daß er damit auf die Souveränität seines Staates bereits verzichtete. So erschien unter Führung Lord Runcimans (...) eine britische Delegation, die (...) in erstaunlich kurzer Zeit nachholte, was der Westen zwanzig Jahre lang versäumt hatte. Sie gewann ein umfassendes Bild von den Lügen und Betrügereien Beneschs und seiner Anhänger, von dem wirtschaftlichen Kampf gegen das Sudetendeutschtum (...), von der Geduld und Disziplin der Deutschen, aber auch von der Tatsache, daß diese Geduld nun erschöpft war und daß bei den Sudetendeutschen ein unüberwindliches Mißtrauen gegen die Tschechen bestand. Runciman selbst traute offensichtlich dem tschechischen Regime auch keine Vertragstreue zu. Er kam zu dem Schluß, daß die Lostrennung der sudetendeutschen Gebiete von der Tschechoslowakei die einzige vernünftige Lösung sei.«*[19]

In der Folgezeit kam es wiederholt zu schweren Zusammenstößen, bei denen die Regierung in zahlreichen Bezirken das Standrecht verhängte. Von Asch

aus erging Henleins berühmter Aufruf: *»Wir wollen heim ins Reich!«* Dem Haftbefehl entzogen sich Henlein und seine Mitarbeiter durch den Übertritt nach Deutschland. Henlein rief zur Bildung des Sudetendeutschen Freikorps auf, worauf Zehntausende Sudetendeutsche über die »Grüne Grenze« gingen. Doch der Aufstand im Sudetengebiet blieb aus, nur an wenigen Stellen kam es zu Kämpfen mit Opfern auf beiden Seiten. Die Tschechen meinten schon, sie seien Herren der Lage.[20][21]

Am 15. September 1938 verhandelte der britische Premierminister Neville Chamberlain mit Hitler auf dem Obersalzberg und versprach, sich für die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an das Reich einzusetzen.[22] *»Die Tschechen erklärten freilich, eine Volksabstimmung bedeute den Krieg (...) - eine entlarvende Parole, da sie das Geständnis enthielt, daß ihr „demokratischer" und auf das „Selbstbestimmungsrecht" gegründeter Staat das Urteil eines Viertels seiner Bewohner fürchten müsse (...). In den frühen Morgenstunden des 21. September unterbreiteten der französische und der britische Gesandte dem tschechischen Präsidenten die Forderung ihrer Regierungen, Prag möge die von mehr als 50 v. H. von Deutschen bewohnten Gebiete der Republik an Deutschland abtreten. Noch am 21. September nahm die tschechoslowakische Regierung das Ultimatum ihrer Bundesgenossen an. Bemerkenswert ist, daß Deutschland in diesem Stadium nicht in Erscheinung tritt.«*[23] Dies widerlegt eindeutig die Propagandalüge vom »Zwang Hitlers«!

»Warum sollte man die Verwirklichung jenes Prinzips, auf das sich die Tschechen bei der Gründung ihres Staates berufen hatten, als ein Unrecht ansehen? (...) Es wäre wahrhaftig viel verlangt gewesen, hätte man den Sudetendeutschen zumuten wollen, daß sie nun einem Staate nachtrauerten, der ihnen bis zuletzt den Anspruch auf Gleichberechtigung verweigerte, sie gedemütigt, verhöhnt und immer wieder betrogen hatte.«[24][25]

Das häufig zitierte »Münchner Abkommen« regelte entgegen aller heutiger Propaganda lediglich die Einzelheiten des Abzugs der Tschechen aus den deutschen Gebieten, die sie bereits am 21. September im Abkommen mit England und Frankreich ohne deutsche Beteiligung abgetreten hatten. Hier übte die deutsche Regierung Druck aus, um einen schnellen Abzug der Tschechen zu erreichen, da sie zu Recht Übergriffe auf die Sudetendeutschen befürchtete.

8. Nach der Befreiung

Die am 1. Oktober 1938 einrückenden Truppen der Wehrmacht wurden von der befreiten Bevölkerung mit Jubelstürmen begrüßt. Das sollte den Deutschen noch zum Verhängnis werden. Auch die Abspaltung der Slowaken, die wie die Deutschen unter der tschechischen Herrschaft gelitten hatten, und die Gründung des slowakischen Staates wurde den Sudetendeutschen später zum Vorwurf gemacht und diente als Vorwand für den Völkermord, eine Art »Dolchstoßlegende« wurde konstruiert.

So brach die alleine nicht lebensfähige Resttschechei zusammen und unterstellte sich am 15./16. März 1939 aufgrund polnischer Übergriffe dem Schutz des Deutschen Reiches. Das »Protektorat Böhmen und Mähren« wurde gegründet. Entgegen aller heutiger Propaganda erfolgte kein »Überfall« auf die Resttschechei.

9. Lidice

Am 19. Dezember 1941 setzte ein britischer Langstreckenbomber zwei Männer ab, die wir heutzutage wohl als »Terroristen« bezeichnen würden. Sie waren vom britischen Geheimdienst als Mörder ausgebildet wurden und verübten am 27. Mai 1942 einen Anschlag auf den Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, dem dieser wenige Tage später am 4. Juni erlag. Der Anschlag hatte provozierende Wirkung auf die Deutschen, indem er zwangsläufig zu Gegenschlägen motivieren mußte. In der Folgezeit wird das Dorf Lidice als Stützpunkt der Terroristen ausgemacht, am 10. Juni erfolgte die Erstürmung des Terroristennestes. Nachdem die Frauen und Kinder abgeführt worden waren, wurden die verbliebenen 199 Männer als Partisanen erschossen.[27] Auch dieses im Krieg auf beiden Seiten übliche Vorgehen dient heute noch als Vorwand, um den Völkermord an den Sudetendeutschen zu rechtfertigen.

10. Die Planung des Völkermordes

Allgemein wird behauptet, der Völkermord an den Sudetendeutschen sei eine »spontane Reaktion« der Bevölkerung gewesen, ungeplant und ungesteuert, um sich für »erlittenes Unrecht« zu rächen. Dies ist, wie die meisten Legenden, eine Lüge. Der Völkermord war schon lange sorgfältig geplant.

Schon 1941, also noch weit vor Lidice, streute Benesch in New York Gerüchte über eine Umsiedlung der Minderheiten[28] Dadurch aufgeschreckt, fragten die Juden nach, ob sie davon auch betroffen wären.[29] Der Außenminister der Exilregierung, Jan Masaryk, stellte klar, daß nur die Sudetendeutschen von der Vertreibung betroffen seien. Auch diese Zusage an die Juden wurde nicht gehalten. Vielmehr wurden diejenigen Juden, die sich bei der Volkszählung 1930 zur deutschen Muttersprache bekannt hatten, wie die Sudetendeutschen beraubt und vertrieben[30] Die geplante Austreibung der Sudetendeutschen war der Hauptgrund für die Trennung der sudetendeutschen Sozialdemokraten unter Wenzel Jaksch im Londoner Exil von Benesch. Jaksch schreibt am 22. Juni 1942 an Benesch u.a.: *»Das Programm des Bevölkerungstransfers liegt außerhalb des Prinzips der staatsrechtlichen Kontinuität, in dessen Namen bisher die Loyalität der demokratischen Sudetendeutschen im Auslande von der tschechoslowakischen Regierung reklamiert wurde.«*[31] Wie paßt also eine »spontane« Reaktion des »gerechten Volkszornes« zu diesen Äußerungen rund drei Jahre vor dem Beginn des Völkermords?

11. Der Völkermord

Während des Krieges hatten die Tschechen keinen nennenswerten Widerstand geleistet (obwohl sich die

später auftretenden Banditenhorden als »Partisanen« bezeichneten) und auch keine wirksame Sabotage gegen die deutsche Kriegswirtschaft betrieben, sie mußten entsprechend internationalem Recht auch keinen Kriegsdienst für die Deutschen leisten.(32) Da die Sudetendeutschen nichts von den Plänen Beneschs für die Nachkriegszeit wußten, sehnten sie ein Ende der Besatzung und die Übernahme der Polizeigewalt und Verwaltung durch die Tschechen herbei. Es gab ein böses Erwachen.(33)

Raub, Mord, Vergewaltigungen und Plünderungen waren an der Tagesordnung, vor allem größere Vermögen zogen die Verbrecher an wie Aas die Schmeißfliegen. So gelangte auch die Familie der späteren US-Außenministerin Madeleine Albright zu ihrem Vermögen. Albright-Vater Korbel (Körbel) hatte nach dem Kriege das beträchtliche bewegliche Vermögen (wertvolle Gemälde, Silberwaren, Schmuck u.a.) der vertriebenen deutschen Unternehmer-Familie Nebrich in seinen »Besitz« gebracht und die in Prag geborene (ehemalige) US-Außenministerin weigert sich bis heute, das geraubte Vermögen zurückzugeben.(34) Ein klarer Beleg für die wahren Absichten der selbsternannten »weltweiten Kämpfer für Völkerrecht«.

Insgesamt wurden von den rund 3,5 Millionen Sudetendeutschen über 2,3 Millionen vertrieben, über 500.000 weitere wurden zum Großteil bestialisch ermordet.(35) Die Erschießung von rund 200 tschechischen Personen, die offensichtlich in die Ermordung des SS-Obergruppenführers Heydrich verstrickt waren, vermag mitnichten ein Grund dafür zu sein, 500.000 Sudetendeutsche auf zum Teil bestialische Weise ums Leben zu bringen. Dies müßte auch auf Seiten der Bundesregierung einzugestehen sein.

Der Wert des geraubten Vermögens wurde 1947 mit 19,44 Milliarden US-Dollar angegeben, gerechnet in Reichsmark-Werten von 1938 umgerechnet nach Dollarkurs von 1938. In deutscher Hand befanden sich nach tschechischen Statistiken von 1927 der überwiegende Teil der Industrie der Tschechoslowakei. Geraubt wurden den Sudetendeutschen ferner 1.150.000 Hektar Wald und 1.650.000 Hektar landwirtschaftlichen Besitzes. In diesen Zahlen nicht enthalten ist der deutsche Anteil am Vermögen des tschechoslowakischen Staates, der Länder und anderer Selbstverwaltungskörper, der Wert der von Deutschen geleisteten Zwangsarbeit usw., so daß die genannten Zahlen Niedrigst- und nicht Höchstwerte darstellen.(36) Es wäre interessant, den heutigen Wert des Raubgutes zu ermitteln, er muß in die zig Milliarden gehen!

12. Rechtliche Betrachtungen

12.1. Internationale Bestimmungen

In der Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907 werden u.a. verboten:

- die unbeschränkte Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes (Art. 22),
- Plünderungen (Art. 28),
- die Einziehung von Privateigentum (Art. 46),
- der Zwang zum Treueid auf die feindliche Macht (Art. 45), (z.B. das Aufzwingen der feindlichen Staatsangehörigkeit, wie es u.a. die Tschechen 1919 und 1945 taten),
- Kollektivstrafen (Art. 50) - diese wurden nach dem Kriege fast überall von den Siegern angewandt.

Das Londoner Abkommen vom 8. August 1945 stellt fest, daß *»Verletzungen des Kriegsrechts und der Kriegsbräuche, Verschleppung der Zivilbevölkerung, Raub privaten Eigentums, Ermordung, Ausrottung, Versklavung und andere unmenschliche Handlungen«* gegen das Völkerrecht verstoßen. Dieses Statut diente als Grundlage im Nürnberger Prozeß gegen Deutsche, sollte aber nach dem Grundsatz der Rechtsgleichheit für alle gelten.

Artikel 8 der Genfer Konvention beinhaltet u.a.: *»Verbot des Verzichts auf die durch das Abkommen gewährten Rechte«*, d.h. jeder Gebietsverzicht der BRD-Regierungen verstößt gegen Völkerrecht.

Artikel 49 der Genfer Konventionen beinhaltet das Verbot von Zwangsverschickungen sowie Verschleppungen. Die Besatzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet verschicken.(37) Das ist nach dem Kriege millionenfach geschehen, von keiner BRD-Regierung jedoch angeprangert worden.

12.2. Tschechische Gesetze

Vergleichen wir hierzu die noch heute gültigen Benesch-Dekrete:

Im Gesetz vom 8. Mai 1946 z.B. heißt es in §1, jede Handlung, die zwischen dem »30. *September 1938 und dem 28. Oktober 1945 vollbracht wurde (...) ist auch dann nicht widerrechtlich, wenn sie sonst laut den geltenden Vorschriften strafbar wäre.«* Das bedeutet einen nachträglichen Freibrief für Mord, Raub, Vergewaltigung, Folterungen, Plünderungen usw., ähnlich dem, den heutzutage die USA für ihre Einsatzgruppen erpressen.(38)

Schon im ersten Benesch-Dekret vom 19. Mai 1945 heißt es in §2, Absatz 1: *»Das Eigentum staatlich unverläßlicher Personen auf dem Gebiete der tschechoslowakischen Republik* (in den Grenzen vom 20.9.1938, d. Verf.) *wird gemäß der weiteren Bestimmung dieses Dekretes unter nationale Verwaltung gestellt.«* Das bedeutet das staatliche Monopol auf die Beraubung der Sudetendeutschen und anderer »staatlich unverläßlicher Personen«.(39) In der Praxis ein Gummiparagraph, der jede Beraubung rechtfertigen konnte.

Es folgen Dekrete vom 19. Juni 1945 (»... *über die außerordentlichen Volksgerichte«,* sprich Lynchjustiz)(40), vom 21. Juni 1945 *(»über die Konfiskation ... des Vermögens der Deutschen, Magyaren, wie auch der Verräter und Feinde des tschechischen und slowakischen Volkes«*, sprich Raub und Plünderung)(41) und 2. August 1945 *(»Verfassungsdekret ... über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit von Personen deutscher und magyarischer Nationalität«*).(42)

12.3. BRD-Regelungen

Die BRD-Regierung unter der Kanzlerschaft des Verzichts- und Anerkennungspolitikers Herbert Karl Frahm (»Willy Brandt«) unterzeichnete 1972 ein Abkommen mit der CSSR (»Prager Vertrag«) über die Anerkennung der bestehenden Grenzen, d.h. über die Abtretung von Gebieten, die nie zur BRD gehört haben, sondern allein den Sudetendeutschen zustehen, die darüber nie befragt wurden.[43]

Im Jahre 1997 wurde die sogenannte »Versöhnungserklärung« von BRD und der Tschechei unterzeichnet. Tschechische »Opfer des Nationalsozialismus« erhalten daraus Millionenzahlungen, den Sudetendeutschen wird weiterhin ihr Land und ihr Eigentum vorenthalten, Entschädigungen gibt es nicht. Vertreter der Sudetendeutschen waren für diese Verhandlungen nicht zugelassen, das sozialistische Bruderverhältnis zwischen den Vertreibern und dem BRD-Regime wäre gestört worden.

Artikel 25 Grundgesetz bestimmt: *»Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.«*

Aufgaben

Bereiten Sie entsprechende Unterlagen, v.a. die vollständigen Gesetzestexte der Haager Landkriegsordnung, der Genfer Konventionen sowie der Benesch-Dekrete vor. Erörtern Sie mit Ihren Mitschülern und Lehrern u.a. folgende Fragen:

1. Gilt das Völkerrecht, festgelegt u.a. in Haager Landkriegsordnung und Genfer Konvention, auch für Deutsche, wenn sie es nicht gewähren sollen, sondern Anspruch auf Gewährung anmelden?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Warum werden Menschen in der BRD, die auf der Einhaltung von Völkerrechtsbestimmungen für Deutsche bestehen, als »verfassungsfeindlich« diffamiert, wo doch die »Verfassung«, das Grundgesetz, in Artikel 25 den Vorrang des Völkerrechts vor nationalem Recht feststellt?
4. Sind die »Verfassungsfeinde« nicht vielmehr diejenigen, die Deutschen die sich aus dem Völkerrecht ergebenden Ansprüche vorenthalten?
5. Wie »verfassungsgemäß« sind Politiker, die durch ihr Tun gegen das Völkerrecht verstoßen, hier insbesondere die Anerkennung annektierter Gebiete, verboten nach Artikel 8 der Genfer Konvention von 1949?
6. Untersuchen Sie, inwieweit die genannten Politiker Beihilfe zum Völkermord leisten, eventuell mit der Unterstützung durch Staatsanwälte, die entgegen ihrer Pflicht nicht gegen das Verbrechen vorgehen.

Lutz Forster

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

Quellenverzeichnis

(16) vgl. Emil Franzel: Sudetendeutsche Geschichte, 8. Auflage, Mannheim 1987, S. 377f.
(17) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 382
(18) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 389
(19) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 391
(20) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 394
(21) vgl. ebenda
(22) vgl. ebenda
(23) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 395
(24) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 398f.
(25) vgl. E. Franzel, a.a.O., S. 402
(27) vgl. UN, »Auf dem Stundenplan«, Folge 8
(28) vgl. Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen: Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen, München 1951, S. XVI
(29) vgl. Dokumente zur Austreibung, a.a.O., S. XVII
(30) vgl. ebenda
(31) vgl. ebenda
(32) vgl. Dokumente zur Austreibung, a.a.O., S. XIX
(33) vgl. Dokumente zur Austreibung, a.a.O., S. XX
(34) vgl. Prager Volkszeitung, zitiert nach SdR-Rundschreiben Nr. 88 vom 1.Mai 2000
(35) vgl. Lexikon der Weltgeschichte, Gondrom-Verlag 1985
(36) vgl. Dokumente zur Austreibung, a.a.O., S. 553/554
(37) zitiert nach SdR-Rundschreiben
(38) vgl. Dokumente zur Austreibung, a.a.O., S. 522
(39) vgl. Dokumente zur Austreibung, a.a.O., S. 525
(40) vgl. Dokumente zur Austreibung, a.a.O., S. 534ff.
(41) vgl. Dokumente zur Austreibung, a.a.O., S. 530ff.
(42) vgl. Dokumente zur Austreibung, a.a.O., S. 542f.
(43) vgl. Imanuel Geiss: Geschichte griffbereit; Band 5: Staaten - die nationale Dimension der Weltgeschichte, Hamburg 1987, S. 183

Eine Auswahl weiterer Stundenplanfolgen zu diesem oder ähnlichen Themen:

Folge 1: Deutschland und seine Ostgebiete. Verzicht oder nicht?
Folge 8: Stichworte: Lusitania, Lidice, Oradour. Vierzig und mehr Jahre danach...
Folge 9: Die Tschechen - ein »slawisches Volk«?
Folge 22: Die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945
Folge 25: Polen und Tschechien in die EU?
Folge 29: Deutsche Reparationszahlungen: Milliarden ohne Buchführung!
Folge 40: Sudetenland: Der ungesühnte und verschwiegene Völkermord, Teil I

Auf dem Stundenplan

Folge 41 • Unabhängige Nachrichten 6/2005

UN • Postfach 400215 • 44736 Bochum

www.AufdemStundenplan.de

Abdruck gestattet. Abgabe an Schüler und zur Beilage in Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang aus dem Kreis unserer Leser dies ermöglicht.

Bitte fordern Sie einen Überweisungsträger für das z.Zt. gültige Spendenkonto an. Die in älteren Folgen dieser Serie angegebenen Konten wurden von den Banken im Rahmen des »Aufstandes der Anständigen gegen rechts« gekündigt.

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

Auf dem Stundenplan

· Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher ·

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen · Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

42. FOLGE

190 JAHRE DEUTSCHE BURSCHENSCHAFT

Im Jahr 2005 feiert die Deutsche Burschenschaft – einer der größten akademischen Dachverbände – das 190. Jubiläum der Urburschenschaft. Doch in den Medien wird man nichts zu diesem Thema hören und auch von der Bundesregierung wird es keine Glückwünsche geben.

Dabei führt die Bundesrepublik Deutschland die burschenschaftlichen Farben als Landesfarben, die Nationalhymne ist von einem Burschenschafter getextet worden und in ihrer demokratischen Tradition beruft sich die Bundesrepublik auf die Revolution von 1848. Einer Revolution, bei der die Einheit Deutschlands und die Forderung nach demokratischen Grundrechten im Mittelpunkt standen. Daß diese Revolution von Burschenschaftern maßgeblich beeinflußt wurde, findet heute meist keine Erwähnung mehr.

Dieser Beitrag soll einen kurzen Überblick über die Geschichte und Ziele der Deutschen Burschenschaft geben, die zum jetzigen Zeitpunkt der einzige studentische Dachverband ist, der sich noch klar zum deutschen Volk und der deutschen Nation bekennt und sich selbst als politisch tätiger Dachverband definiert.

Die Ursprünge

Die Ursprünge der Studentenverbindungen sind so alt wie die Universitäten selbst und lassen sich zurückführen auf die im Mittelalter üblichen landsmannschaftlichen Gemeinschaften an den Universitäten, den sogenannten „Nationes". Die Mitglieder einte die gemeinsame landsmannschaftliche Herkunft (z.B. Thüringen, Schlesien, etc.), und sie wohnten unter der Aufsicht von ihren Professoren in Bursen (Wohngemeinschaften) zusammen. Diese Gemeinschaften besaßen eigene Satzungen und Vorsteher und trugen teilweise auch Abzeichen in den Landesfarben der jeweiligen Region. Daraus entwickelten sich im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts die heutigen Studentenverbindungen (Burschenschaften, Landsmannschaften, Corps, Turnerschaften und konfessionelle Verbände). Die Mitglieder wurden zum Tragen eines dreifarbigen Bandes verpflichtet.

Die Geschichte der Deutschen Burschenschaft beginnt allerdings erst später. Die Befreiungskriege gegen Napoleon (1812-1815) werden in Deutschland zur Geburtsstunde eines neuen Nationalgefühls. Beseelt von dem Gedanken an ein einiges Deutschland und von der Opferbereitschaft fürs Vaterland meldeten sich sehr viele Studenten freiwillig zum Einsatz in einem Freikorps. Das wohl bekannteste und fast ausschließlich von Studenten gebildete Freikorps ist das Lützowsche Freikorps. Nach dem Sieg über Napoleon bei der Völkerschlacht in Leipzig und in Waterloo läßt der Wiener Kongreß die Hoffnung auf eine Erneuerung Deutschlands allerdings unerfüllt. Deutschland blieb zersplittert in 34 Einzelstaaten und politisch uneins. Nichtsdestotrotz drängen die aus dem Kriege zurückgekehrten Studenten immer stärker auf einen nationalen und demokratischen Zusammenschluß aller Studenten und natürlich aller Deutschen. Ausschlaggebend hierfür sind die patriotischen Ideen von Johann Gottlieb Fichte, Ludwig Jahn („Turnvater Jahn") und Ernst Moritz Arndt.

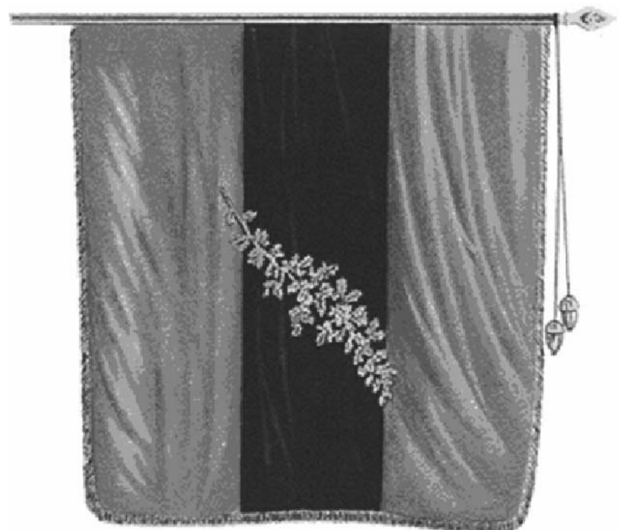


Abbildung 1: Fahne der Jenaischen Burschenschaft. Rot und Schwarz mit goldenem Eichenlaub

Die Gründung

Immer mehr Studentenverbindungen waren vom Ziel der nationalen Einheit und der Befreiung vom obrigkeitsstaatlichen Regime überzeugt. So senkten am 12. Juni 1815 vor der Gaststätte „Tanne“ in Jena Mitglieder verschiedener Studentenverbindungen die Fahnen als Zeichen ihres Aufgehens in die neu gegründete Burschenschaft.

„Die Reinheit der deutschen Sprache, die Ehrbarkeit der deutschen Sitten, die Eigenart deutschen Brauchs, überhaupt alles zu fördern, was Deutschland groß und stark, den deutschen Namen rühmlich und gefürchtet machen konnte“, war der Urburschenschaft oberstes Ziel.

Unter den elf Gründervätern der Urburschenschaft befanden sich neun Angehörige des Lützowschen Freikorps, darunter auch Ernst Moritz Arndt und Ludwig Jahn. Daher wurde in Anlehnung an den Uniformrock des Lützowschen Freikorps als Verbindungsfarben die Farben Schwarz-Rot-Gold gewählt. Der Wahlspruch der Burschenschaft lautete „Gott – Ehre – Freiheit – Vaterland“ (heute nur noch „Ehre – Freiheit – Vaterland“).

Im Laufe der Zeit gründen sich nach dem Vorbild der Jenaischen Urburschenschaft auch andere Verbindungen in Deutschland. Am 18. Oktober 1817, zur Feier des Jahrestages der Reformation und der Leipziger Völkerschlacht, kamen alle diese Burschenschaften zum Wartburgfest zusammen, und es wurde die Allgemeine Deutsche Burschenschaft gegründet. Als Farben des Dachverbandes wählte man die Farben Schwarz-Rot-Gold, die Ziele des Dachverbandes bestanden in der Einigkeit Deutschlands, in Rede- und Pressefreiheit sowie Gleichheit vor dem Gesetz, in der Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht und einer selbstbewußten deutschen Machtpolitik.

Die weitere Entwicklung

Mit ihren revolutionären nationalen Forderungen war die Burschenschaft der Obrigkeit ein Dorn im Auge, und so kam es 1819 nach dem willkommenen Anlaß der Ermordung des Burschenschaftskritikers August von Kotzebues durch den Burschenschafter Karl Ludwig Sand zu den berüchtigten „Karlsbader Beschlüssen“. Die Burschenschaften wurden verboten – auf das Tragen des Verbindungsbandes stand die Todesstrafe – und die Meinungsfreiheit stark eingeschränkt. Es gelang der Obrigkeit, die Burschenschaften in den Untergrund zu zwingen. Erst Ende der 1820er Jahre ließen die Verfolgungen nach und es bildeten sich wieder Burschenschaften.



Abbildung 2: Burschenschafter-Denkmal in Jena

Herausragende Ereignisse waren 1832 der Frankfurter Wachensturm bei dem Burschenschafter die Kassen des Deutschen Bundes stehlen wollten, um eine Revolution zu finanzieren (1.800 Burschenschafter wurden unter Anklage gestellt), und 1848 die Deutsche Revolution. In der von Frankreich auf Deutschland übergeschwappten Revolution standen Burschenschafter in vorderster Front auf den Barrikaden und die burschenschaftlichen Farben wurden als die „Freiheitsfarben des deutschen Volkes“ anerkannt. Allerdings wurde der Aufstand niedergeschlagen und etliche Burschenschafter hingerichtet.

Die Reichsgründung vom 18. Januar 1871 durch den Verbindungsstudenten Otto v. Bismarck wurde von vielen Burschenschaften begrüßt, auch wenn sie eine kleindeutsche Lösung beinhaltete und viele ihrer zentralen Forderungen unerfüllt blieben.

1914 erhörte die Mehrheit der Burschenschafter wieder den Ruf des Vaterlandes und zog freiwillig in den Krieg, so daß viele Burschenschaften zu Kriegsende durch den hohen geleisteten Blutzoll kurz vor ihrer Auflösung standen.

Die Deutsche Burschenschaft im Nationalsozialismus

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg lehnte die Mehrheit der Burschenschafter die Weimarer Republik ab und begrüßte den aufkommenden Nationalsozialismus. Viele Burschenschafter sahen mit einer Blütezeit des Nationalsozialismus auch eine Blütezeit der Burschenschaften und ihrer Ideale herannahen. Doch blieb das Verhältnis zum Dritten Reich zwiegespalten.

Durch verschiedene Verbote der NSDAP wurde (nicht nur) den Burschenschaften der Nachwuchs entzogen. Viele Verbindungen lösten sich 1935 selbst auf, andere gliederten sich in den „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund“ (NSDStB) ein. Oft lebten burschenschaftliche Ideale und studentisches Brauchtum allerdings in den gegründeten Kameradschaften weiter, was eine Wiederbelebung der Burschenschaftlichen Idee nach dem Zweiten Weltkrieg erleichterte.

Die Deutsche Burschenschaft heute

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die studentischen Verbindungen und damit auch die Burschenschaften unter fadenscheinigen Begründungen von den Besatzungsmächten stark in ihren Tätigkeiten behindert (u.a. „Tübinger Beschlüsse“). Trotzdem entstanden überall wieder Burschenschaften und zum 135. Jubiläum am 12. Juni 1950 gründete sich die Deutsche Burschenschaft neu. Sie besteht heute aus über 120 Burschenschaften in der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland und hat etwa 15.000 Mitglieder.

Bis heute ist die Deutsche Burschenschaft ihrem Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland“ treu geblieben. Sie hat z.B. als einziger Akademikerverband immer wieder die Wiedervereinigung angemahnt und sich nicht, wie viele Politiker, dem Zeitgeist gebeugt. Viele Burschenschaften zogen daraus die logische Konsequenz und gingen nach der Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland zurück an ihren alten Gründungsort in Mitteldeutschland. Ein Schritt der mit hohem persönlichem und finanziellem Einsatz verbunden ist.

Das Leben als Mitglied in einer Burschenschaft gestaltet sich sehr vielfältig und ist abhängig von den Interessen der aktiv Studierenden, die von den im Beruf stehenden Mitgliedern, den sogenannten Alten Herren, unterstützt werden. Natürlich nimmt die Traditionspflege dabei einen festen Platz ein, ist aber bei weitem kein Selbstzweck. Vielmehr stehen die Persönlichkeitsbildung der Mitglieder und der Einsatz fürs Vaterland – unabhängig von staatlichen Grenzen – im Mittelpunkt der Ziele des burschenschaftlichen Lebens. Da politisches Interesse bei den Mitgliedern erwartet und gefördert wird, legt man in Burschenschaften Wert auf politische Vortragsabende zu den verschiedensten Themen. Aber natürlich kommt – wie die „Eingeweihten“ wissen – auch das Feiern niemals zu kurz.



Abbildung 3: Werbung der Deutschen Burschenschaft. „Die Masse links liegen lassen“

Wer Mitglied in einer Burschenschaft werden möchte, muß eingeschriebener Student an einer Universität oder Fachhochschule sein und dem deutschen Kulturkreis angehören. Hinzu kommt, daß viele Burschenschaften ihren Mitgliedern das Austragen mindestens einer Fechtpartie abverlangen. Es stellt dies ein traditionelles Zeichen studentischer Wehrhaftigkeit dar und dient gleichzeitig auch als Selektionskriterium: Ist das neue Mitglied zur Not auch bereit, für die Gemeinschaft im wahrsten Sinne des Wortes „den Kopf hinzuhalten“? Die etwas schwer verständliche Faszination, die vom Fechten ausgeht, werden vor allen Dingen diejenigen bestätigen können, die zumindest einmal bei einer Fechtpartie anwesend waren.

Wer sich, angeregt durch diesen Beitrag, intensiver mit dem Thema auseinandersetzen will, sei hier auf die Netzseite der Deutschen Burschenschaft unter www.burschenschaft.de hingewiesen.

Enden wollen wir mit einer Strophe des Liedes „Wacht endlich auf!" aus dem Allgemeinen Deutschen Kommersbuch (studentisches Liederbuch):

„Wir wollen Treue halten,
verachten Zank und Streit
und helfen mitgestalten
des Volkes Einigkeit.
Laßt, Brüder, euch nicht schrecken
von Zwang und Tyrannei,
die sich euch nicht verdecken,
wer frei sein will, wird frei!"

Auf dem Stundenplan

- Ersatzblatt für fehlende oder verfälschte Schulbücher -

Eine von den Unabhängigen Nachrichten (UN) beauftragte Arbeitsgruppe von Lehrern, Historikern und Autoren hat eine Serie von Unterlagen für den Schulunterricht zusammengestellt bzw. ausgearbeitet, die den Mangel an entsprechenden Beiträgen in den Schulbüchern oder deren verfälschende Inhalte ausgleichen sollen.

Diese Unterrichtsmaterialien zu den Fächern Geschichte, Staatsbürgerkunde und Politik erscheinen unter dem Titel »Auf dem Stundenplan« als Teil (Innenblatt) der Monatszeitschrift UN in Loseblattform, um ein Sammeln und Abheften zu ermöglichen.

Lehrer und Schüler aller Schulformen und anderer Bildungseinrichtungen sind aufgerufen, sich mit diesen Unterlagen, die in offiziellen Lehrmaterialien selten zu finden sind, kritisch auseinanderzusetzen.

Folge 42, erschienen im Mai 2005
UN · Postfach 400215 · 44736 Bochum

www.AufdemStundenplan.de

Abdruck gestattet. Abgabe an Schüler und zur Beilage in Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang aus dem Kreis der älteren Leser dies ermöglicht.

Bitte fordern Sie einen Überweisungsträger für das z. Zt. gültige Spendenkonto an. Die in älteren Folgen dieser Serie angegebenen Konten wurden von den Banken im Rahmen des »Aufstandes der Anständigen gegen rechts« gekündigt.

verteilt / überreicht durch:

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen

Berühmte Burschenschafter:

Ferdinand Porsche (1875 - 1951), Automobilkonstrukteur, Inhaber von 1230 Patenten, Konstrukteur des „Volkswagens".

Karl Mauß (1898-1959), Generalleutnant und Divisionskommandeur, höchstdekorierter Burschenschafter im Zweiten Weltkrieg (Schwerter und Brillanten zum Ritterkreuz), Retter tausender Frauen und Kinder aus Danzig und Ostpreußen zu den Schiffen.

Walter Flex (1887 - 1917), Schriftsteller. Werke: „Wanderer zwischen beiden Welten", idealistische und nationale Gedichte.

Friedrich Nietzsche (1844 - 1900), Philosoph und klassischer Philologe. Werke: „Menschliches Allzumenschliches", „Also sprach Zarathustra".

Konrad Duden (1829 - 1911), Gymnasial-Lehrer, Wegbereiter der deutschen „Einheitsrechtschreibung".

Heinrich von Gagern (1799 - 1880), Politiker, 1818 Mitbegründer der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft, erster Präsident der Frankfurter Nationalversammlung.

Heinrich von Treitschke (1834 - 1896), Historiker, politischer Publizist; 1863 Professor für Staatswissenschaft in Freiburg, 1866 in Berlin einer der wichtigsten publizistischen Mitarbeiter Bismarcks, 1866 Professor für Geschichte in Kiel, 1867 in Heidelberg, 1874 in Berlin; 1871-1884 Reichstagsabgeordneter, Hauptwerk: „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert" (1879-1894).

Hans von Aufseß, (1801-1872), Historiker. Seine Sammlung wurde der Grundstock des von ihm ins Leben gerufenen Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg, dessen erster Direktor er war.

Alfred Julius Becher, (1803 - 1848), Professor der Musikwissenschaft in Den Haag und London. Musikkritiker in Wien. 1848 politisch aktiv. Redigierte das Blatt Der Radikale. Führender Kopf der Wiener Revolution. Standrechtlich erschossen.

Karl Isidor Beck, (1817 - 1879), Stand als Lyriker und Epiker dem »Jungen Deutschland« und einem revolutionären Sozialismus nahe. Schrieb den Text zum Straußenwalzer »An der schönen blauen Donau«. Janko, der ungarische Roßhirt, Gedichte.

UN • Unabhängige Nachrichten 5/2006 • Seiten 5 - 8

Auf dem Stundenplan

43. FOLGE

· Ersatzblätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher ·

»Auf dem Stundenplan« - Beiblatt für Schülerzeitungen · Sonderdruck der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN

„Was heißt eigentlich: Grundgesetz?“

Auszug aus der Rede des Abgeordneten Prof. Dr. Carlo Schmid im Parlamentarischen Rat, 8. September 1948

Abg. Dr. Schmid (SPD): »Meine Damen und Herren! (...) Worum handelt es sich denn eigentlich bei dem Geschäft, das wir hier zu bewältigen haben? Was heißt denn: „Parlamentarischer Rat“? Was heißt denn: „Grundgesetz“? Wenn in einem souveränen Staat das Volk eine verfassunggebende Nationalversammlung einberuft, deren Aufgabe klar ist, braucht nicht weiter diskutiert zu werden: Sie hat eine Verfassung zu schaffen. Was heißt aber „Verfassung“? Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz. (...) Nichts steht über ihr, niemand kann sie außer Kraft setzen, niemand kann sie ignorieren. Eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes. Darin liegt ihr Pathos, und dafür sind die Völker auf die Barrikaden gegangen.

Wenn wir in solchen Verhältnissen zu wirken hätten, dann brauchten wir die Frage: worum handelt es sich denn eigentlich? nicht zu stellen. Dieser Begriff einer Verfassung gilt in einer Welt, die demokratisch sein will, die also das Pathos der Demokratie als ihr Lebensgesetz anerkennen will, unabdingbar. (...) Es kam (...) die Erkenntnis zum Ausdruck, daß eine Verfassung in einer demokratischen Welt etwas mehr sein muß als ein bloßes Reglement, als ein bloßes Organisationsstatut.«

(Schmid führt dann aus, daß man nicht von Verfassungen sprechen könne, wenn einer staatlichen Organisation der Charakter des keinem fremden Willen unterworfenen Selbstbestimmtseins fehle. Es handele sich dann um eine »Organisation« und nicht um eine »Konstitution«.)

»Bei einer Konstitution aber ist das anders. Dort macht es einen Wesensunterschied, ob sie eigenständig geschehen ist oder ob sie der Ausfluß fremden Willens ist; denn „Konstitution“ ist nichts anderes als das Ins-Leben-Treten eines Volkes als politischer Schicksalsträger aus eigenem Willen.

Dies alles gilt auch von der Schaffung eines Staates. Sicher, Staaten können auf die verschiedenste Weise entstehen. Sie können sogar durch äußeren Zwang geschaffen werden. Staat ist aber dann nichts anderes als ein Ausdruck für „Herrschaftsapparat“. Aber es ist ja gerade der große Fortschritt auf den Menschen hin gewesen, den die Demokratie getan hat, daß sie im Staat etwas mehr zu sehen begann als einen bloßen Herrschaftsapparat. Staat ist für sie immer gewesen das In-die-eigene-Hand-Nehmen des Schicksals eines Volkes, Ausdruck der Entscheidung eines Volkes zu sich selbst. Man muß wissen, was man will, wenn man von Staat spricht, ob den bloßen Herrschaftsapparat, der auch einem fremden Gebieter zur Verfügung stehen kann, oder eine lebendige Volkswirklichkeit, eine aus eigenem Willen in sich selber gefügte Demokratie.

> ***Jeweils im Mai zum Jahrestag seiner Verkündung steht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland auf dem Stundenplan.***
>
> *»Das Grundgesetz ist unsere Verfassung« heißt es sinngemäß in allen Schulbüchern und Lehrmaterialien.*
>
> *Ist es aber wirklich eine »Verfassung«, die diesen Namen verdient? Bei der Ausarbeitung von Aufsätzen oder Referaten zum Grundgesetz und zur Gründung der BRD sollte man die kritischen Meinungsäußerungen von Prof. Dr. Carlo Schmid nicht übergehen, die wir hier ausschnittsweise veröffentlichen.*
>
> *Den vollständigen Text seiner Rede senden wir Ihnen auf Anforderung gerne zu.*

Ich glaube, daß man in einem demokratischen Zeitalter von einem Staat im legitimen Sinne des Wortes nur sprechen sollte, wo es sich um das Produkt eines frei erfolgten konstitutiven Gesamtaktes eines souveränen Volkes handelt. Wo das nicht der Fall ist, wo ein Volk sich unter Fremdherrschaft und unter deren Anerkennung zu organisieren hat, konstituiert es sich nicht – es sei denn gegen die Fremdherrschaft selbst –, sondern es organisiert sich lediglich, vielleicht sehr staatsähnlich, aber nicht als Staat im demokratischen Sinn. (...) Diese Organisation als staatsähnliches Wesen kann freilich sehr weit gehen. Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimierter Staatlichkeit unterscheidet, ist, daß es im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft; denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter

und legitimierter Gewalt voraus. Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren.

Wo das nicht der Fall ist, wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt organisiert, sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen, und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen, entsteht lediglich ein Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges.

Dieser Organismus mag alle normalen, ich möchte sagen, „inneren“ Staatsfunktionen haben; wenn ihm die Möglichkeit genommen ist, sich die Formen seiner Wirksamkeit und die Grenzen seiner Entscheidungsgewalt selber zu bestimmen, fehlt ihm, was den Staat ausmacht, nämlich die Kompetenz der Kompetenzen im tieferen Sinne des Wortes, das heißt die letzte Hoheit über sich selbst und damit die Möglichkeit zu letzter Verantwortung. (...)

Was ist nun die Lage Deutschlands heute? Am 8. Mai 1945 hat die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert. An diesen Akt werden von den verschiedensten Seiten die verschiedensten Wirkungen geknüpft. Wie steht es damit?

Die bedingungslose Kapitulation hatte Rechtswirkungen ausschließlich auf militärischem Gebiet. Die Kapitulationsurkunde, die damals unterzeichnet wurde, hat nicht etwa bedeutet, daß damit das deutsche Volk durch legitimierte Vertreter zum Ausdruck bringen wollte, daß es als Staat nicht mehr existiert, sondern hatte lediglich die Bedeutung, daß den Alliierten das Recht nicht bestritten werden sollte, mit der deutschen Wehrmacht nach Gutdünken zu verfahren. Das ist der Sinn der bedingungslosen Kapitulation und kein anderer.

Manche haben daran andere Rechtsfolgen geknüpft. Sie haben gesagt, auf Grund dieser bedingungslosen Kapitulation sei Deutschland als staatliches Gebilde untergegangen. (...) Diese Ansicht ist schlechterdings falsch.

Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind. (...) Die Sieger haben (...) in Potsdam ausdrücklich erklärt, erstens, daß kein deutsches Gebiet im Wege der Annexion weggenommen werden soll, und zweitens, daß das deutsche Volk nicht versklavt werden soll. Daraus ergibt sich, daß zum mindesten aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluß gezogen werden kann, daß Deutschland als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hat.

Aber es ist ja 1945 etwas geschehen, was ganz wesentlich in unsere staatlichen und politischen Verhältnisse eingegriffen hat. (...) Der Machtapparat der Diktatur wurde zerschlagen. Da dieser Machtapparat der Diktatur durch die Identität von Partei und Staat mit dem Staatsapparat identisch gewesen ist, ist der deutsche Staat durch die Zerschlagung dieses Herrschaftsapparats desorganisiert worden. Desorganisation des Staatsapparats ist aber nicht die Vernichtung des Staates der Substanz nach. (...) Diese Auffassung, daß die Existenz Deutschlands als Staat nicht vernichtet und daß es als Rechtssubjekt erhalten worden ist, ist heute weitgehend Gemeingut der Rechtswissenschaft, auch im Ausland. Deutschland existiert als staatliches Gebilde weiter. Es ist rechtsfähig, es ist aber nicht mehr geschäftsfähig, noch nicht geschäftsfähig. Die Gesamtstaatsgewalt wird zum mindesten auf bestimmten Sachgebieten durch die Besatzungsmächte, durch den Kontrollrat im ganzen und durch die Militärbefehlshaber in den einzelnen Zonen ausgeübt. Durch diese Treuhänderschaft von oben wird der Zusammenhang aufrechterhalten. Die Hoheitsgewalt in Deutschland ist also nicht untergegangen; sie hat lediglich den Träger gewechselt, indem sie in Treuhänderschaft übergegangen ist. Das Gebiet Deutschlands ist zwar weitgehend versehrt, aber der Substanz nach ist es erhalten geblieben, und auch das deutsche Volk ist – und zwar als Staatsvolk – erhalten geblieben. (...)

Damit, daß die drei Staatselemente erhalten geblieben sind, ist Deutschland als staatliche Wirklichkeit erhalten geblieben. (...) Diese Feststellung ist von einer rechtlichen Betrachtung aus unausweichlich. (...) Die Alliierten halten Deutschland nicht nur auf Grund der Haager Landkriegsordnung besetzt. Darüber hinaus trägt die Besetzung Deutschlands interventionistischen Charakter. Was heißt denn Intervention? Es bedeutet, daß fremde Mächte innerdeutsche Verhältnisse, um die sich zu kümmern ihnen das Völkerrecht eigentlich verwehrt, auf deutschem Boden nach ihrem Willen gestalten wollen. (...)

Aber Intervention vermag lediglich Tatsächlichkeiten zu schaffen; sie vermag nicht, Rechtswirkungen herbeizuführen. Völkerrechtlich muß eine interventionistische Maßnahme entweder durch einen vorher geschlossenen Vertrag oder durch eine nachträgliche Vereinbarung legitimiert sein, um dauernde Rechtswirkungen herbeizuführen. Ein vorher geschlossener Vertrag liegt nun nicht vor: die Haager Landkriegsordnung verbietet ja geradezu interventionistische Maßnahmen als Dauererscheinungen. So wird man für die Frage, ob interventionistische Maßnahmen von uns als „Recht“ anerkannt werden müssen, spätere Vereinbarungen abzuwarten haben.

Aber kein Zweifel kann darüber bestehen, daß diese interventionistischen Maßnahmen der Besatzungsmächte vorläufig legal sind aus dem einen Grunde, daß das deutsche Volk diesen Maßnahmen allgemein Gehorsam leistet. Es liegt hier ein Akt der Unterwerfung vor – drücken wir es doch aus, wie es ist –, eine Art von negativem Plebiszit, durch das das deutsche Volk zum Ausdruck bringt, daß es für Zeit auf die Geltendmachung seiner Volkssouveränität zu verzichten bereit ist. Man sollte sich doch darüber klar sein, was Volkssouveränität heißt: nicht jede Möglichkeit, sich

nach seinem Willen in mehr oder weniger Beschränkung einzurichten, sondern zur Volkssouveränität gehört, wenn das Wort einen Sinn haben soll, auch die Entschlossenheit, sie zu verteidigen und sich zu widersetzen, wenn sie angegriffen wird! Solange das nicht geschieht (...), werden wir die Legalität der interventionistischen Maßnahmen zum mindesten für Zeit anerkennen müssen. (...)

Zu den interventionistischen Maßnahmen, die die Besatzungsmächte in Deutschland vorgenommen haben, gehört unter anderem, daß sie die Ausübung der deutschen Volkssouveränität blockiert haben. An und für sich ist die Volkssouveränität, in einem demokratischen Zeitalter zum mindesten, der Substanz nach unvermeidbar und unverzichtbar. Ich glaube, sagen zu können, daß dies auch heute der Standpunkt der offiziellen amerikanischen Stellen ist. Aber man kann die Ausübung der Volkssouveränität ganz oder teilweise sperren. Das ist bei uns 1945 geschehen. (...) Nunmehr hat man uns eine weitere Schicht der Volkssouveränität freigegeben. Wir müssen uns fragen: Ist das, was uns nunmehr freigegeben worden ist, der ganze verbliebene Rest der bisher gesperrten Volkssouveränität? Manche wollen die Frage bejahen; ich möchte sie energisch verneinen. Es ist nicht der ganze Rest freigegeben worden, sondern ein Teil dieses Restes.

Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, daß man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolks setzt. Das will das deutsche Volk in den drei Westzonen aber nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben! Das französische Verfassungswort: La Nation une et indivisible: die eine und unteilbare Nation bedeutet nichts anderes, als daß die Volkssouveränität auch räumlich nicht teilbar ist. Nur das gesamte deutsche Volk kann „volkssouverän" handeln, und nicht ein Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn er legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre, seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte. (...) Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit wird gewählt werden können. Das setzt aber voraus entweder die Einigung der vier Besatzungsmächte über eine gemeinsame Deutschland-Politik oder einen Akt der Gewalt nach der einen oder anderen Seite. (...)

Zu dieser räumlichen Einschränkung der Möglichkeit, Volkssouveränität auszuüben, kommt noch eine substantielle Einschränkung. Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, daß die Besatzungsmächte sich eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse!

Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen. Dazu möchte ich sagen: Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück Politik des Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volksouveränität des Genehmigungspflichtigen!

Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen.

Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen. Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht.

Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden. Also: Auch die jetzt freigegebene Schicht der ursprünglich voll gesperrten deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment.

Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz: Um einen Staat im Vollsinne zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden. Mehr können wir nicht zuwege bringen, es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber – was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde – Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen. Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden. Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn „vorläufig" lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment. Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. (...)

Nichts ist für diesen Zustand kennzeichnender als der Schluß-Satz in Dokument Nr. III, worin ausdrücklich gesagt ist, daß nach dem Beschluß des Parlamentarischen Rates und vor der Ratifikation die-

ses Beschlusses in den Ländern die Besatzungsmächte das Besatzungsstatut verkünden werden, damit das deutsche Volk weiß, in welchem Rahmen seine „Verfassung" gilt. Wenn man einen solchen Zustand nicht will, dann muß man dagegen handeln wollen. Aber das wäre dann Sache des deutschen Volkes selbst und nicht Sache staatlicher Organe, die ihre Akte jeweils vorher genehmigen lassen müssen. Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt.

Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten. (...)

Über folgende Gesichtspunkte aber sollte Einigkeit erzielt werden können:

Erstens: Das Grundgesetz für das Staatsfragment muß gerade aus diesem seinen inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen. Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staatsfragments entstehen müssen, sondern muß originär entstehen können. Aber das setzt voraus, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthält, wonach es automatisch außer Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeitpunkt kann kein Zweifel bestehen: „an dem Tage, an dem eine vom deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt."

Zweitens: Für das Gebiet eines echten, vollen Staates ist charakteristisch, daß es geschlossen ist, daß also nichts hineinragen und nichts über seine Grenzen hinausragen kann. Bei einem Staatsfragment kann dies anders sein. Hier ist räumliches Offensein möglich. Das wird sich in unserer Arbeit in einem doppelten Sinne niederschlagen können und, wie ich glaube, auch müssen. Dieses Grundgesetz muß eine Bestimmung enthalten, auf Grund derer jeder Teil deutschen Staatsgebietes, der die Aufnahme wünscht, auch aufgenommen werden muß; wobei die Frage noch zu klären sein wird, wie dies geschehen soll und ob Bedingungen aufgestellt werden sollen. Ich glaube, man sollte die Aufnahme so wenig als möglich erschweren. (...) Ich meine, man könnte das nicht auf wirksamere Weise tun, als durch das Sichtbarmachen der Tatsache, daß nur äußere Gewalt verhindert, daß hier alle Deutschen vertreten sind! (...)

Deutschland ist, das glaube ich bewiesen zu haben, als staatliches Gebilde nicht untergegangen. Damit, daß Deutschland weiterbesteht, gibt es auch heute noch ein deutsches Staatsvolk. Es ist also auf dem Gebiet, das heute durch die drei Westzonen umschrieben wird, ein Gesamtakt dieses deutschen Staatsvolkes noch möglich. Ein solcher Gesamtakt kann auch durch Länderverfassungen nicht verboten werden. (...)

Ich glaube, daß das Grundgesetz weiter eine Bestimmung enthalten sollte, daß wir die Abtretung deutschen Gebietes ohne die Zustimmung der auf diesem Gebiet wohnenden Bevölkerung nicht anerkennen. Vielleicht können wir gezwungen werden, zu erleiden und zu ertragen, was uns bisher hier angetan worden ist. Aber man wird uns niemals zwingen können, es als Recht anzuerkennen! Weder im Westen noch im Osten! Das gehört zur Ehre eines Volkes und damit auch zur Demokratie. Eine Tyrannis kann es sich leisten, Menschen preiszugeben, eine Demokratie aber nicht! (...) Wir müssen dieses Grundgesetz so gestalten, daß ein Gebilde föderalistischen Typs entsteht. Man hat uns das offensichtlich im Rahmen der „Sicherheitspolitik" auferlegt. Während überall sonst in der Welt Föderalismus Vereinigung von Getrenntem bedeutet, will man ihn bei uns offenbar einführen, um schon Geeintes wieder zu dissoziieren! (...)

Ich habe versucht, eine klare Definition der Wirklichkeit zu geben und sonst nichts. Denn nur auf einer klar definierten Wirklichkeit kann man eine Politik aufbauen, die ihren Namen verdient. Mit Illusionen und mit Fiktionen kann man sich etwas vormachen, eine Zeitlang vielleicht auch anderen. Man kann sich ihrer vielleicht eine Zeitlang sogar als Instrumente einer Politik bedienen, aber man kann Fiktionen nicht zu Fundamenten einer Politik machen, nicht einmal zu Ansatzpunkten für den Hebel einzelner politischer Aktionen. (...)

Ein geeintes demokratisches Deutschland, das seinen Sitz im Rate der Völker hat, wird ein besserer Garant des Friedens und der Wohlfahrt Europas sein als ein Deutschland, das man angeschmiedet hält wie einen bissigen Kettenhund!« (Beifall)

(aufgezeichnet in „Der Parlamentarische Rat 1948-1949, Akten und Protokolle", Band 9, herausgegeben vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv, Harald Boldt Verlag im R. Oldenbourg Verlag, München 1996, Seite 20 ff.)

HINWEIS: Zu weiteren Fragen zum Status der Bundesrepublik vgl. »Auf dem Stundenplan«, Folge 32, Bundesrepublik Deutschland: Souveräner Staat oder immer noch unter Besatzungsrecht?

Auf dem Stundenplan

Folge 43 • Unabhängige Nachrichten 5/2006

UN • Postfach 400215 • 44736 Bochum

www.AufdemStundenplan.de

Abdruck gestattet. Abgabe an Schüler und zur Beilage in Schülerzeitungen erfolgt kostenlos, soweit der Spendeneingang aus dem Kreis unserer Leser dies ermöglicht.

Bitte fordern Sie einen Überweisungsträger für das z.Zt. gültige Spendenkonto an. Die in älteren Folgen dieser Serie angegebenen Konten wurden von den Banken im Rahmen des »Aufstandes der Anständigen gegen rechts« gekündigt.

Verlag und Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49, Oberhausen